BÉATRICE ZIEGLER

Nationaler Ausnahmezustand und individuelle Lebensbewältigung



ASPEKTE DES ALLTAGSLEBENS IN DER SCHWEIZ, 1939–1945

CHRONOS

Béatrice Ziegler

Nationaler Ausnahmezustand und individuelle Lebensbewältigung

Aspekte des Alltagslebens in der Schweiz, 1939–1945

CHRONOS

Unterstützt durch die Schweizerische Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch



Umschlagbild: © Hans Baumgartner / Fotostiftung Schweiz

© 2025 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1801-2
https://doi.org/10.33057/chronos.1801

Chronos Verlag
Zeltweg 27
CH-8032 Zürich
T +41 44 265 43 43
www.chronos-verlag.ch
info@chronos-verlag.ch

Produktsicherheit
Verantwortliche Person gemäss EU-Verordnung 2023/988 (GPSR)
GVA Gemeinsame Verlagsauslieferung Göttingen GmbH & Co. KG
Postfach 2021
37010 Göttingen
Deutschland
T +49 551 384 200 0
info@gva-verlag.de

Inhalt

	Vorwort	9
I	Einleitung	11
1	Historische Erzählung jenseits geschichtskultureller ideologischer Konstruktion	14
2	Individuelles Handeln in politischer Bedrohtheit: Verdunkelung, Rationierung, Mehranbau	27
II	Verdunkelung	33
1	Luftschutzvorkehrungen als politische Disziplinierung	33
2	Verdunkelungsvorgaben des Bundes	39
2.1	Verdunkelungsübungen	42
2.2	Aufklärung der Bevölkerung und Strafandrohungen	44
3	Kritik an Verdunkelungsmassnahmen in der Öffentlichkeit	46
3.1	Nervosität von Bundesrat und Luftschutzorganisation	46
3.2	Widerstand aus Grenzregionen	50
3.3	Pazifistisch und staatsrechtlich motivierte Verweigerung	53
3.4	Juristischer Disput über die Verfassungsmässigkeit der dringlichen Bundesbeschlüsse	56
3.5	Ausbleibender Gehorsam, Nachlässigkeit oder Widerstand?	58
4	Verdunkelungsvorbereitung in kleinen Gemeinden	59
4.1	Verdunkelungsmassnahmen und -übungen von Gemeinden	59
4.2	Verdunkelungsvorbereitung von Bürgerinnen und Bürgern	61
4.3	Schweizweite Verdunkelungsübungen zu Kriegsbeginn	62

5 Schweizweite Verdunkelung vom 7. November 1940 bis 12. September 1944 65
5.1 Nicht abklingende Kritik: Verdunkelung als Gefährdung 66
5.2 Verdunkelung in kleinen Gemeinden 69
5.2.1 Muri: Widerwillige Gemeindebehörden und widerspenstige Bürger 69
5.2.2 Rothrist: Kontrollen und Bussen 72
5.2.3 Brittnau: Protestbriefe gegen Verdunkelungsmassnahmen 75
5.2.4 Mülligen, Riniken, Fischbach-Göslikon und Dottikon: Nachlässigkeiten 75
5.3 Gemeindebehörden und ungeliebte Verdunkelungskontrolle 77
5.4 Erinnerungen und kritische Rückblenden 77
5.5 Fazit: Verdunkelung mit Murren 81

6 Offener oder diffuser Widerstand gegen die Verdunkelung und die Nationalisierung der Bevölkerung 83

III Rationierung: Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in den Kriegsjahren 85

1 Unsolidarisches Wirtschaftshandeln, mangelndes Vertrauen in den Staat und Gehorsamserzwingung durch Bundesbehörden und Armee 92
1.1 Der «Aufstand von Steinen» 92
1.2 «L'émeute de Bulle» 97
1.3 Kriegswirtschaftliche Solidarität versus traditionelles legitimes Handeln 102

2 Eidgenössische Gesetzgebung, Behörden und Zuständigkeiten zur Ernährung im Krieg 104

3 Das Rationierungswesen 110
3.1 Eidgenössische Organisation und Prinzipien des Rationierungswesen 110
3.2 Rationierung: Mit «Ernährungssicherheit» zur Nationalisierung der Bevölkerung? 114

3.3 Die kantonale Steuerung des Rationierungswesens am Beispiel des Kantons Aargau 118
3.4 Rationierungswesen in den Gemeinden 123

4 Auf dem Weg zur Rationierung: Die Lebensmittelsperre 125
4.1 Die Vorbereitung der Lebensmittelsperre 128
4.1.1 Aarau 129
4.1.2 Wohlen 130
4.1.3 Küttigen 131
4.1.4 Riniken 132
4.2 Flexible Durchsetzung der Lebensmittelsperre: Der Fall Küttigen 133

5 Die Rationierung 139
5.1 Die Gemeinden vor organisatorischen Herausforderungen 141
5.1.1 Wohlen 141
5.1.2 Riniken 144
5.1.3 Fischbach-Göslikon 146
5.2 Zum Beispiel Eier 147
5.2.1 Aarauer Geflügelhalterinnen und -halter 151
5.2.2 Der Versuch der lückenlosen Erfassung der Eierproduktion 153

6 Erinnerungen 155
6.1 An der Rationierung vorbei 155
6.2 «Der Pflanzblätz» 160
6.3 Ungerechtigkeiten? 161
6.4 Es war halt, wie es war und man machte das Mögliche draus 162

7 Rationierung und Selbstversorgung: Nationalisierung und Eigensinn 164

IV Die «Anbauschlacht» 169

1 Historiografische Diskussion um die Lenkung der Agrarproduktion im Zweiten Weltkrieg 169
1.1 Der politikgeschichtliche Blick auf die Landwirtschaft 171

1.2 Die Erforschung der Anbauschlacht im Kontext der Entwicklung der Agrarpolitik 175
1.3 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Leerstellen der Agrargeschichte 178
1.4 Die Anbauschlacht im Narrativ der allgemeinen Schweizer Geschichte 180
1.5 … und wo sind die Bauern und die Bäuerinnen? 181

2 Die Konkretisierung der «Anbauschlacht» 188
2.1 Von der Kriegsvorsorge zur «Anbauschlacht» 188
2.2 Der «Plan Wahlen» im Kanton Aargau 193
2.3 Der «Plan Wahlen» in den Gemeinden 198
2.3.1 Mehranbau in Mülligen 199
2.3.2 Kleinpflanzer und Kleinpflanzerinnen in Gelterkinden 204
2.3.3 Waldrodungen in Fischbach-Göslikon 207
2.3.4 Melioration in Riniken 209
2.3.5 Sportplätze in Wettingen 210
2.4 Das Industrie-Anbauwerk 214
2.4.1 Das Industrie-Anbauwerk Zofingen 216
2.4.2 Das Anbauwerk der BBC 219
2.4.3 Bilanzierung des Industrie-Anbauwerks 222
2.5 Erinnerungen 223

3 Die «Anbauschlacht»: Autarkie oder Weg zur industriellen Landwirtschaft? 227

V Fazit 233

1 Vollmachtenregime und zivilgesellschaftliche Alltagslogik 236

2 Ungehorsam oder Widerspruch 238

3 Alltägliche Eigenständigkeit trotz Nationalisierung 241

VI Literatur 245

Vorwort

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis jahrelanger Beschäftigung mit der Geschichte der Schweiz und ihrer Historiografie. Die Diskussionen um das Handeln der offiziellen Schweiz und der schweizerischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg begleiteten während vieler Jahre die Kämpfe um die politische Positionierung des Landes in der Welt. Es stellte sich damit auch die Frage, ob die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz in ihrer Reflexion über ein heutiges Kollektiv Schweiz davon beeinflusst werden – und wie. Zwar sind in jüngster Zeit weitere Themen für dieses Nachdenken über die Definition als nationale Gesellschaft wichtig geworden – allen voran die Elemente von Zwang und menschenverachtenden Routinen des schweizerischen Sozialstaats zum einen, zum andern die vermehrt zur Diskussion gestellte koloniale Einbettung des Landes und seiner Bevölkerung und damit das postkoloniale Erbe. Dennoch beschäftigt die Phase des Zweiten Weltkriegs die schweizerische Öffentlichkeit wiederkehrend.

Trotz der kontinuierlichen Beschäftigung mit der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ist das Buch aus speziellem Anlass entstanden. Studentische Arbeiten im Kontext der Ausbildung zur Lehrperson an der PH FHNW, die die Auswertung lokaler Quellen dokumentieren, bilden den Fundus an Informationen, Interpretationen und Einsichten zu alltagsgeschichtlichen Themen, der ohne weitergehende Verwendung wieder verloren gegangen wäre. Dieses Material in die historiografische Diskussion zu überführen, war eine wichtige Motivation für die vorliegende Untersuchung, denn damit werden bislang ungewohnte Perspektiven auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs ermöglicht. Für die Arbeiten, die in der Zeit zwischen 2005 und 2011 verfasst worden sind, bedanke ich mich bei den Studierenden. Ein weiterer Dank gilt Daniel Landolf, der mir seine Berner Lizenziatsarbeit zur «émeute de Bulle» überlassen hat. Ausserdem spreche ich Elisabeth Joris und Rudolf Jaun, die für meine Anliegen immer ein offenes Ohr hatten, meinen Dank aus. Konrad Kuhn hat die Arbeit mit seiner kritischen Lektüre begleitet und mich einmal mehr mit seinen Hinweisen, Korrekturen und Ermutigungen unterstützt. Für dieses freundschaftliche, aber unbestechliche Engagement bin ich ihm sehr dankbar.

Der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) bin ich für die namhafte Unterstützung der Publikation zu Dank verpflichtet. Auch die Unterstützung der Stiftung Anne-Marie Schindler schätze ich sehr. Walter Bossard vom Chronos-Verlag danke ich zudem für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts.

Die Arbeiten zu den Themen dieses Buchs haben in beklemmender Weise eine Aktualität gewonnen, die sich niemand gewünscht hätte. Der Ukrainekrieg hat nicht nur Fragen der Wehrhaftigkeit wieder aufgeworfen, sondern auch Besorgnis hervortreten lassen angesichts der Konsequenzen, die Angriffe für die zivile Gesellschaft und den – landwirtschaftlich so bedeutsamen – Naturraum haben, Konsequenzen, die hier anhand vergangener Zustände für ein Land, das sich selbst nicht (einmal) im Krieg befand, sondern von ihm umgeben war, untersucht werden.

I Einleitung

Diese Darstellung lädt dazu ein, die Idee der entschlossenen Eigen- und Widerständigkeit des demokratischen Staates Schweiz und seiner Bevölkerung im Zentrum Europas während des Zweiten Weltkriegs zu befragen. Diese Idee wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg als nationales Selbstbild gepflegt. Immer wenn es seither um die verbindliche politische Zusammenarbeit in einem europäischen Raum mit gemeinsamen Werten, rechtlicher Verfasstheit, menschenrechtlicher und demokratischer Positionierung ginge, aktivieren sich Abwehrbewegungen in der schweizerischen politischen Öffentlichkeit, die auch auf diese diskursive Figur zurückgreifen: In den Jahren des Zweiten Weltkriegs habe man in grösster Bedrängnis gegen faschistische und nationalsozialistische Herrschaftsansprüche bewiesen, dass die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz durch ein freiheitsverteidigendes, verzichtbereites, solidarisches und humanitär agierendes «Volk»[1] habe bewahrt werden können. Damit habe es die Unversehrtheit des Landes und die Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft zum Wohle einer gut situierten Bevölkerung sichern können. Diese Erfahrung weise der Schweiz den Weg für ihre gegenwärtige und zukünftige politische Situierung. Sie habe damit eine Leitlinie entwickelt, wie die Schweiz auf als

1 «Volk» ist in der schweizerischen Politik ein ideologisch hoch aufgeladener Begriff. Ist damit vorerst der «Souverän» angesprochen, also die stimm- und wahlberechtigten Bürger und seit 1971 Bürgerinnen, wird er auch identitär in einem Zugewanderte exkludierenden Sinn verwendet. Bürgerliche Parteien sprechen nach Abstimmungen auch vom «Volk», wenn sie die jeweilige Mehrheit der Stimmbevölkerung benennen wollen, die ihrer Stimmempfehlung gefolgt ist, womit sie gleichzeitig die Zugehörigkeit der unterlegenen Minderheit zum Staatsvolk in Zweifel ziehen. In diesem Kontext ist der Kommentar des SVP-Chefs Christoph Blocher zu sehen, nachdem die Romandie die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» (https://swissvotes.ch/vote/580.00, 19. 5. 2024) am 9. 2. 2014 geschlossen abgelehnt hatte: «Die Welschen hatten seit jeher ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz» (vgl. Thomas Gutersohn: Die Westschweiz schäumt nach Blochers Urteil, SRF online, 13. 2. 2014, www.srf.ch/news/schweiz/schweiz-die-westschweiz-schaeumt-nach-blochers-urteil, 19. 5. 2014), eine Aussage, die er noch ergänzte: «Es habe hierzulande schon immer Bürger gegeben, die sich anpassen wollten, und andere, die für die Unabhängigkeit gekämpft hätten.» Raphaela Birrer, «Blocher ist unpatriotisch». In: Tages-Anzeiger online, 13. 2. 2014, www.tagesanzeiger.ch/blocher-ist-unpatriotisch-749775892694, 19. 5. 2024.

Bedrohung wahrgenommene Herausforderungen zu reagieren habe. Diese politische Argumentation verkennt, dass das heutige Europa selbst eine menschenrechtlich und demokratisch orientierte Bevölkerung aufweist, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzt und ihrerseits darum ringt, politische Entitäten zu etablieren und zu sichern, die diese Prinzipien hochhalten.

Die Idee des während des Zweiten Weltkriegs geeinten «Schweizervolks», das freiheitsverteidigend, verzichtbereit, solidarisch und humanitär agiert habe, soll hier zur Diskussion gestellt werden. Es soll an Beispielen aus dem gewöhnlichen Alltag gezeigt werden, wie unterschiedlich Loyalitäten gegenüber dem Staat und Solidaritäten untereinander interpretiert wurden. Es soll deutlich gemacht werden, dass Widerständigkeit gegen staatliche Anordnungen kein Ausnahmehandeln darstellte. Es soll thematisiert werden, welche Androhungen von Zwang und Strafen für nötig gehalten wurden, um Loyalitäten und Solidaritäten zu sichern. Kurz, es soll dargestellt werden, wie Leute in ihrem Alltag im kriegsbedrohten Land handelten.

Die bisherige geschichtswissenschaftliche Forschung hat die Idee der geeinten, freiheitsverteidigenden, verzichtbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Nation als wehrhafte, neutrale und demokratische Schweiz als ideologisches Konstrukt der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise freigelegt. Entstanden ist aber nach wie vor keine Erzählung darüber, wie die schweizerische Bevölkerung ihren ganz normalen Alltag an die Zumutungen der Wehrhaftigkeit und des Mangels der Kriegsjahre, die sie als von der Regierung auferlegt wahrnahm, anpasste. Diese Leerstelle soll nachfolgend Thema sein, wobei das Augenmerk darauf gerichtet werden soll, wie konflikthaft die Alltagssituationen waren, wie viel Unwille, ausbleibende Solidarität, welche Zerreissproben und wie viel offener Zwang sich in den historischen Quellen rekonstruieren lassen.

Mit dieser alltagsgeschichtlichen Analyse soll also die Freilegung und Dekonstruktion[2] jenes ideologischen Konstrukts vorangetrieben werden, mit dem sich Teile der schweizerischen Bevölkerung nach wie vor ein stabil-selbstbezogenes Selbstbild zimmern und Teile der politischen Akteure weiterhin behaupten, einen Rückhalt in der Bevölkerung für ihr isolationis-

2 Der Begriff ist in den Ausführungen Cullers (1988) und Butlers (1991) verortet und zielt auf die systemische Analyse von Begriffs- beziehungsweise Konzeptsystemen.

tisches, unsolidarisches sowie wirtschaftlich elitäres und ausbeuterisches Handeln zu haben. Damit wird sich gleichzeitig zeigen, welche historische und politische Brisanz einer Alltagsgeschichte innewohnen kann.

Die Freilegung des alltäglichen Lebens in den Kriegsjahren setzt die Dekonstruktion des ideologischen Konstrukts von im Wehrwillen, in den demokratischen und rechtsstaatlichen Überzeugungen geeinten Gesellschaft und Staat fort, die die Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten in mehreren Wellen vorangetrieben hat. Um die Bedeutung einer alltagsgeschichtlichen Herangehensweise deutlich zu machen und die Ausgangslange für die hier behandelten alltagsgeschichtlichen Themen zu schaffen, werden im Folgenden die Etappen dieser Dekonstruktion und damit der Stand dieser Bemühungen knapp dargestellt. Im Anschluss werden die historischen Themen vorgestellt, an denen die Analyse des Handelns der Bevölkerung exemplarisch vorgenommen werden soll. Diese Themen werden in drei Kapiteln behandelt. Abschliessend wird, gestützt auf die präsentierten Befunde, die These der geeinten wehrhaften und solidarischen Bevölkerung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg noch einmal aufgenommen, bevor die Ergebnisse der Untersuchung bilanzierend bewertet werden.

1 Historische Erzählung jenseits geschichtskultureller ideologischer Konstruktion

Der Alltag der schweizerischen Bevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs ist also Gegenstand dieses Buches, und zwar mit der Absicht, die ideologische Figur eines solidarischen, zum erbitterten Widerstand entschlossenen Volkes im von kriegerischen Auseinandersetzungen bedrohten Land herauszufordern, eine Figur, die bereits gegen Ende des Krieges und unmittelbar danach als historische Erzählung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg entworfen und mit der fortschreitenden Forschung und geschichtskulturellen Diskussion schrittweise abgewandelt worden ist. Um diese historische Erzählung und diese ideologische Konstruktion geht es hier. In den bald 80 Jahren seit der Kapitulation der deutschen Armee und der überbordenden Freude und Erleichterung über das Kriegsende in Europa hat sich die Geschichtswissenschaft in mehreren Etappen an diesem ideologischen Konstrukt abgearbeitet, allerdings, wie hier sichtbar werden soll, keineswegs erschöpfend.

Die Ideologie der entschlossenen Widerständigkeit der kleinen Demokratie im Zentrum Europas, die einen Einbezug in die Kriegshandlungen verhindert habe, diente in der Phase des Kalten Krieges vor allem der Stabilisierung der herrschenden Nachkriegsordnung in der Schweiz, die in mannigfacher Hinsicht Hierarchien, Ideologien und Machtverhältnisse der (Vor-)Kriegsjahre fortsetzte.[3] In ihr wurde das Primat der Armee gegenüber der Zivilgesellschaft auch in Friedenszeiten damit begründet, dass sie – mit «Gott, Gotthard und Guisan» – den von kriegführenden Staaten umgebenen Kleinstaat vor den kriegerischen Verwicklungen bewahrt habe.[4] Damit wurde das Denken in Szenarien der Bedrohtheit weiter gepflegt, das gegebene und «bewährte» Strukturen stützte und den kritischen Blick sowohl auf das Handeln in den Kriegsjahren als auch auf aktuelle Herrschaftsmechanismen schwächte, ja als unpatriotisch diffamierte.[5]

3 König 1998, S. 60–82.

4 Tanner 2015, S. 288. Henri Guisan war der vom Parlament gewählte General und damit Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/019083/2020-02-10, 18. 5. 2024.

5 Dies bekamen nicht nur linke und weltoffene Beobachtende zu spüren, auch die Frauenbewegung mit ihrer Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Frauen geriet schnell ins Visier der «Vaterlandsverteidiger». Vgl. etwa Broda/Joris/Müller 1998.

In den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts begann sich ein Revisionismus durchzusetzen, der als Begründung für das Ausbleiben von Kriegshandlungen auf neutralem Schweizer Boden im Zweiten Weltkrieg nicht mehr oder nicht zentral die militärische Verteidigungsbereitschaft anführte.[6] Weitreichende, aber noch nicht zu einem alternativen Narrativ verdichtete Forschungen hoben die weitgehende Funktionalität der schweizerischen Wirtschaft für die deutsche Kriegsmaschinerie hervor, was eine Eroberung des Territoriums obsolet gemacht habe. Mit dieser Deutung setzte ein massiver Bedeutungs- und Machtverlust der Armee in der schweizerischen Gesellschaft und Politik ein. Und nicht nur das: Die Erkenntnisse betreffend die von breiten Kreisen der Wirtschafts- und Politikelite getragene Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich brachten den Mythos des über alle Interessen und Schichten geeinten, solidarischen und Widerstand leistenden «Volkes» zum Einsturz.

Daraus empor stieg eine neue Variante der ideologischen Figur, diejenige der Teilung zwischen der Widerstand leistenden, «einfachen» schweizerischen Bevölkerung und den schweizerischen Eliten, die Kriegsgewinne gewittert und im Nationalsozialismus nicht nur die feindliche Diktatur, sondern auch Züge eines erstrebenswerten ständestaatlichen Herrschaftsmodells erkannt hätten.[7]

Doch sind die wirtschaftlichen Verbindungen und die politischen Machenschaften dieser Eliten und deren Wirken in der Nachkriegszeit trotz der Arbeit der Bergier-Kommission[8] und ähnlicher Forschung seither nur punktuell und exemplarisch aufgearbeitet worden.[9] Immerhin sind in jüngster Vergangenheit die Aktivitäten des grössten Waffenhändlers der Schweiz, Emil Georg Bührles (1890–1956), und das Netzwerk seiner Unterstützer und der ihm gleich Gesinnten ein Stück weit erhellt worden.[10] Denn die Über-

6 So etwa Heiniger 1989.

7 Vgl. Jost 1998, S. 7.

8 www.uek.ch/de, 20. 6. 2023.

9 Werner (2000) etwa hat einige Zusammenschlüsse von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Publizistik zwischen 1928 und 1947, die gesellschaftspolitisch Einfluss nahmen, untersucht.

10 *Bührle Saga* (1981, 2. Auflage 1986) von Ruedi Christen et al. wurde noch nicht breit rezipiert. In diesem Buch wurde zum ersten Mal die Verbindung zwischen Waffenproduktion und -export und dem Aufbau der Gemäldesammlung hergestellt. Die

führung von Bildern der Sammlung Bührle[11] in den Neubau des Zürcher Kunsthauses[12] 2021 löste vor allem wegen der verschleiernden historischen Einordnung auf der Basis einer völlig ungenügenden Provenienzforschung[13] durch die Stiftung Sammlung E. G. Bührle einen Skandal aus.[14] Infolgedessen ist der Zürcher Waffenhersteller und -händler mit seinem gigantischen Vermögen und dem damit ermöglichten Aufbau einer weltweit beachteten Gemäldesammlung in den Fokus der öffentlichen Diskussion um die Frage von Raub- und Fluchtgut beziehungsweise von «NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern»[15] gerückt.[16] Unter grossem öffentlichem Druck und begleitet von der Wellen schlagenden Diskussion um die 2017 in Auftrag gegebene und 2020 der Öffentlichkeit präsentierte Begleitforschung wurde die Ausstellung vorübergehend geschlossen.[17] Eine neue Leitung des Kunst-

Mitautoren Dölf Duttweiler und Res Strehle haben aus aktuellem Anlass 2021 eine ergänzte Ausgabe publiziert.

11 www.buehrle.ch/geschichte/die-stiftung, 28. 5. 2024.

12 Sabine von Fischer: In Zürich kritisiert, international gelobt: David Chipperfield gewinnt den Pritzkerpreis, Swissinfo, 7. 3. 2023, 17.00 Uhr, www.swissinfo.ch/ger/kultur/in-zuerich-kritisiert-international-gelobt-david-chipperfield-gewinnt-den-pritzkerpreis/48338486, 28. 5. 2024.

13 2015 machten Thomas Buomberger und Guido Magnaguagno die problematische Provenienz der Bilder der Sammlung Bührle zum Thema. Buomberger/Magnaguagno 2015.

14 Die Ausstellung wurde daraufhin vorübergehend geschlossen. Vgl. zum Beispiel Ellinor Landmann: Kunsthaus Zürich – Umstrittene Bührle-Sammlung: Transparenz geht anders. Wo geht's zur Provenienz? Das Zürcher Kunsthaus zeigt die Bührle-Bilder wie Prunkstücke. Aber den historischen Kontext muss man suchen. Radio SRF 2 Kultur, Kultur Aktuell, 6. 10. 2021, 17.10 Uhr, www.srf.ch/kultur/kunst/kunsthaus-zuerich-umstrittene-buehrle-sammlung-transparenz-geht-anders, 28. 5. 2024.

15 Keller 2021, S. 74–87, zum Begriff S. 84 f. Die lang anhaltende hartnäckige Weigerung, die Bilder auf ihre Eigenschaft als «Fluchtgut» zu überprüfen, hat im Frühjahr 2024 erneut Negativschlagzeilen produziert. Mit einer geänderten Provenienzabklärung durch das Kunsthaus Zürich und auf grossen öffentlichen Druck hin mussten fünf Bilder der Sammlung abgehängt werden, www.swissinfo.ch/ger/sammlung-b%C3%BChrle-sucht-nach-l%C3%B6sungen-f%C3%BCr-mehrere-fluchtgut-werke/80658724, 28. 6. 2024.

16 Die Geschehnisse um das Kunsthaus Zürich und die Stiftung Bührle haben zudem den Anstoss für eine breite Diskussion zum Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in der Schweiz gegeben. Doll 2024.

17 Die Begleitforschung stand unter der Leitung des ausserordentlichen Professors für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich, Matthieu Leimgruber. Der Bericht wurde in der Version von 2021 auf die Website der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hochgeladen. Im

hauses Zürich beziehungsweise die Leitung der Stiftung Sammlung Bührle versprach, mit der Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirats, der Überarbeitung des Ausstellungskonzepts, insbesondere hinsichtlich der Provenienz der Bilder und der historischen Einordnung ihres Erwerbs durch E. G. Bührle, und einem neuerlichen Bericht, diesmal über die von der Stiftung vorgenommene Provenienzforschung, den Umgang mit der Sammlung und die Ausstellung auf eine solide Basis zu stellen. Nachdem auch die Wiedereröffnung der Ausstellung 2023 trotz überarbeiteter historischer Kontextualisierung mit einem Paukenschlag – der wissenschaftliche Beirat trat vorgängig zurück – vonstattengegangen war, kritisierte ein neuerlicher Bericht von Raphael Gross die stiftungseigene Provenienzforschung scharf[18] und die Debatte um die intransparente Politik von Stiftung und Stadtbehörden flammte erneut auf.[19]

gleichen Jahr erschien die Publikation von Erich Keller und veröffentlichte Daniel Binswanger seine dreiteilige Recherche in der «Republik». Daniel Binswanger: Der Kunsthaus-Deal. Bührle-Connection, Teil I. *Republik*, 9. 10. 2021, www.republik.ch/2021/10/09/serie-buehrle-connection-teil-1-der-kunsthaus-deal; ders.: Die Bührle-Blackbox: Aufklärung erwünscht. Bührle-Connection, Teil II. *Republik*, 19. 10. 2021, www.republik.ch/2021/10/19/serie-buehrle-connection-teil-2-die-blackbox; ders.: Zürich forscht. Bührle-Connection, Teil III. *Republik*, 6. 11. 2021, www.republik.ch/2021/10/19/serie-buehrle-connection-teil-3-zuerich-forscht, alle eingesehen am 7. 2. 2025.

18 Gross 2024.

19 Keller spricht deshalb vom «kontaminierten Museum». Keller 2021, zum Begriff S. 147 f. Neben dem problematischen Ausstellungsgut erhitzt auch die Tatsache die Öffentlichkeit, dass die verschleiernde Vorgehensweise von Stiftung, Kunsthausgesellschaft und Stadtbehörden den zürcherischen Steuerzahlenden einen wesentlichen Anteil der durch die Sammlung verursachten Kosten aufbürdet. Die Kosten beginnen bei den entgangenen Vermögenssteuern Bührles durch die Steuerbefreiung der Sammlung mit ihrer Überführung in eine Stiftung. Sie setzt sich fort bei den Aufwendungen für den Neubau. Die weitere Entwicklung zeigt zudem, dass nicht einmal die Kosten für den Betrieb des Hauses beziehungsweise der Ausstellung korrekt berechnet worden waren, was bedeutet, dass erneut Zusatzkredite gesprochen werden müssen. Philipp Meier: Das Kunsthaus Zürich schreibt rote Zahlen. NZZ online, 21. 5. 2024, 17.47 Uhr, www.nzz.ch/feuilleton/das-kunsthaus-zuerich-schreibt-tiefrote-zahlen-ld.1831289. Philipp Meier: Kommentar. Das Defizit des Zürcher Kunsthauses und die rückläufigen Eintrittszahlen sind ein Debakel, NZZ online, 23. 5. 2024, 5.30 Uhr, www.nzz.ch/meinung/kunsthaus-kommentar-ld.1831478, 28. 5. 2024. Vgl. auch den Medienspiegel von 2017 bis 2023, www.fsw.uzh.ch/de/personenaz/lehrstuhlleimgruber/Forschung/B%C3%BChrle.html, 28. 5. 2024.

Die begleitende Auftragsforschung wandte sich unter anderem dem schweizerischen Netzwerk zu, das sich Bührle aufgebaut und das seine Waffenlieferungen an die Nationalsozialisten und seine teils illegalen Waffengeschäfte in der Nachkriegszeit ebenso wie seine Kontakte zur Zürcher Kunsthausszene begleitet und gestützt hatte.[20] Gleichzeitig betonte sie, wie wichtig die vertiefte Erforschung dieser konservativen und rechtsnationalen Netzwerke in Zürich wäre.[21] Die skandalösen Begleiterscheinungen der Übernahme der Bildersammlung durch das Kunsthaus haben zudem deutlich gemacht, wie stark die zürcherischen Traditionslinien bis in die Gegenwart hinein sind. Die historische Beurteilung der Tätigkeiten Bührles, der enorme Nutzen, den der Waffenfabrikant für seine Exporte aus der Unterstützung durch die Schweiz zog,[22] die Herkunft der Gemäldesammlung und die problematischen Absprachen zwischen der Stiftung und den zürcherischen Behörden führten schliesslich Jakob Tanner und Jacques Picard dazu zu verlangen, dass die Bilder der Sammlung dem Kunsthaus geschenkt werden sollten,[23] während Raphael Gross eine gross angelegte Forschung zur Provenienz sehr vieler dieser Bilder fordert.[24]

Trotz der mit der Forschung zu Bührle erneut deutlich gewordenen ambivalenten Positionierungen und Interessenlagen von Elitenangehörigen

20 Leimgruber 2021; Keller 2021. Die Einflussnahmen der Auftraggeber führten zur Verschleierung von Bührles antisemitischer Haltung und seiner Mitgliedschaft in einem Freicorps 1919, was Keller bewog, aus der Auftragsforschung auszusteigen. Keller 2021, S. 66–69. Zu Bührles Mitgliedschaft in einem Freicorps vgl. Hafner 2015, S. 38 f.

21 Als wegweisend bezeichnen die Forschenden die Studie zum Berner Konservativismus von Rieder 2008. Wichtige Hinweise auf erhebliche Spannungen zwischen offen deutschfreundlichen und rechtskonservativen Kreisen und auf eine mögliche Funktion von Bührle als Buhmann, hinter dem sich andere kompromittierte Vertreter des industriellen und Bankenbürgertums verstecken konnten, liefert der kurze Text von Jost 2015.

22 Vgl. Jost 2015, S. 18 f.; Hafner 2015, S. 54–59.

23 Jakob Tanner, Jacques Picard: Die Bührle-Sammlung sollte dem Kunsthaus geschenkt werden, Tages-Anzeiger online, 15. 11. 2023, 11:33, www.tagesanzeiger.ch/buehrle-kunsthaus-zuerich-sammlung-sollte-dem-kunsthaus-geschenkt-werden-823939793559, 28. 5. 2024; Andreas Tobler: Reaktionen auf Kunsthaus-Debatte. Linke Parteien sind für Schenkung der Bührle-Sammlung an Kunsthaus, Tages-Anzeiger online, 25. 11. 2023, 06:00, www.tagesanzeiger.ch/reaktionen-auf-kunsthaus-debatte-linke-parteien-sind-fuer-schenkung-der-buehrle-sammlung-an-kunsthaus-265876238365, 28. 5. 2024.

24 Gross 2024, S. 136 f.

und Angehörigen der eidgenössischen Politik ist in der geschichtskulturellen Diskussion ein kruder und wertbeladener Antagonismus von «Anpassung oder Widerstand»[25] wirksam geblieben, der den historischen Handlungsoptionen nur holzschnittartig gerecht werden kann. Eine Gesamtbeurteilung des «Eliten»-Handelns – insbesondere jenseits dieses stets bemühten Antagonismus – wie diejenige Tanners[26] ist nicht wirklich ins schweizerische Selbstverständnis eingedrungen und hat noch kaum weitere Forschung ausgelöst.

Das «geeinte und solidarische, einfache» Volk, also der andere Teil der jüngsten Version der ideologischen Figur «widerständiges Volk – anpassungsbereite Eliten», hat noch weit weniger kritische Forschungsaufmerksamkeit erfahren als die «kompromisslerischen» oder gar «anpasslerischen» Eliten. Dazu passt, dass gesellschaftliche Konflikte in den Kriegsjahren kaum Eingang ins schweizerische Narrativ gefunden haben. So betont Matthieu Leimgruber, dass es angesichts des bedeutenden sogenannten wilden Streiks bei der Bührle-Waffenfabrik, der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, 1940 gelte, die geschichtswissenschaftliche Mär «eines während des Zweiten Weltkriegs stabilen Arbeitsfriedens in der Schweiz» zu beerdigen.[27]

Der bedeutsame Ansatz, Stimmen aus diesem «einfachen» Volk im Erinnerungsmodus in die Öffentlichkeit zu tragen,[28] hat zwar ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass die Lebenssituationen der späteren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen während des Krieges sehr unterschiedlich gewesen waren. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass diese Zeitzeugen die Nachkriegsdiskurse über die Zeit des Zweiten Weltkriegs rezipiert, viele von ihnen den geschichtskulturell aufgebauten Mythos einer wehrhaften Neutralität zu guten Teilen verinnerlicht hatten und ihre Erzählungen auch von

25 Alice Meyer (1965), die das Begriffspaar in ihrem Buch ausführlich bearbeitete, sah die Anpassung noch von wenigen politischen Verrätern initiiert, gegen die sich die Schweiz im Widerstand sammelte.

26 Tanner 2015, S. 288–292.

27 Leimgruber S. 61–64, Zitat S. 64. Koller (2008) und Degen (2012) erwähnen den Streik. Christen 1981, S. 53–55.

28 «L'histoire c'est moi» (www.archimob.ch/f/ausstellung.html, 28. 6. 2023) war eine Ausstellung, die auf der Grundlage von 555 Interviews gestaltet worden war. Sie wurde zwischen 2004 und 2008 in elf Städten gezeigt. Die Interviews waren im Rahmen des Projekts Archimob geführt und aufgezeichnet worden, www.archimob.ch/f/archimob.html, 28. 6. 2023. Davor erschien eine kleine Sammlung von Ausschnitten aus Interviews, die auf Initiative des *Schweizerischen Beobachters* entstanden (Chiquet 1992).

ihrer Positionierung in den zur Zeit der Interviews stattfindenden Debatten eingefärbt waren. Insbesondere dokumentierten sie, dass den erlebten Kriegsjahren ein Sinn der Zugehörigkeit zur nationalen Widerstandsgesellschaft unterlegt wurde. Diese Deutung brachte die Unterschiedlichkeit der Erzählungen ein Stück weit zum Verschwinden und verhinderte, dass konflikthafte Situationen und Entscheidungen erzählt wurden.[29]

Man könnte die Erwartung formulieren, dass, anders als die Geschichte der Schweiz, die zahlreichen neuen Kantonsgeschichten[30] aufgrund der unterschiedlichen geografischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situationen der jeweils thematisierten Kantone ein Stück weit die ideologische Figur des geeinten und einheitlichen Schweizer Volks wenn nicht auflösen, dann doch befragbar machen würden. Immerhin stellte sich die Lebenssituation in den grossen Städten anders dar als in agrarischen Gebieten, Grenzregionen erlebten die Kriegsjahre anders als etwa die Innerschweiz usf. In der Tat macht der Vergleich der Kantonsgeschichten sehr deutlich, wie unterschiedlich die Lebenssituationen und Betroffenheiten der Bevölkerungen der einzelnen Kantone beschrieben werden.[31] Bezüglich ergänzender Aussagen zur Figur des geeinten und solidarischen Volkes entsteht allerdings ein ambivalentes Bild. Dies hat damit zu tun, dass diese Kantonsgeschichten ihren Gegenstand mit unterschiedlichen theoretischen Zugängen und aus unterschiedlichen historischen Perspektiven betrachten und für ihre Darstellungen unterschiedliche Ordnungsprinzipien anwenden. Des Weitern ist die Darstellung geprägt von den unterschiedli-

29 Die Geschichtsdidaktikerin Nadine Fink, die Genfer Schulklassen in die Ausstellung begleitete und mit den Schülerinnen und Schülern Gespräche führte, vermerkt abschliessend, dass diese zwar die Varietät der Lebenssituationen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Krieg wahrgenommen hatten, dass aber sowohl die Erzählungen der Interviewten als auch diejenigen der Schülerinnen und Schüler stark geprägt sind vom Bedürfnis, Sinn herzustellen, einen Sinn, der Identität mit nationaler Zugehörigkeit verknüpft (Fink 2014, S. 241–245). Zu den Zeitzeugeninterviews siehe S. 29–30.

30 Mit «neuer» sind Kantonsgeschichten gemeint, die während oder nach den Forschungen der Bergier-Kommission, also seit rund 2000, entstanden sind.

31 Konsultiert wurden unter anderem die Geschichten der Kantone Aargau (Gautschi 1978), Bern (Junker 1996), Genf (Perroux 2014), Graubünden (Jäger 2000), Schaffhausen (Wipf 1999), Schwyz (Horat 2012), Solothurn (Schluchter 2018; Heim 2018, S. 55–79), St. Gallen (Lemmenmeier 2003), Uri (Aschwanden 2015), Wallis (Fibicher 1993) und Zürich (König/Kurz/Suter 1994); ausserdem die Publikation zum Kanton Graubünden in den Kriegsjahren von Ruch (2023).

chen Ressourcen, welche Kantons- und andere Archive herzugeben vermögen. Trotzdem wird deutlich, dass die geografische Lage des Kantons, seine wirtschaftliche Situation vor dem Krieg und seine politischen Traditionen die Darstellung der Kriegsjahre wesentlich prägen. So repräsentieren die Kantonsgeschichten vor allem eine föderalistische Wahrnehmung der Kriegsjahre.

Nicht nur wegen der Regionalität von Kantonsgeschichten, sondern auch weil sie zumeist in den Nullerjahren des 21. Jahrhunderts entstanden sind, war die Erwartung geweckt, dass neue, polifone Perspektiven in die Darstellung aufgenommen worden wären, die der Vielfalt von Lebenszusammenhängen und Umständen der Bevölkerung im Krieg gerecht würden. Es zeigt sich aber, dass mit den Kantonsgeschichten die Figur des geeinten und solidarischen Volkes auf der Ebene individueller Interessen, Werthaltungen und Verhaltensweisen kaum angesprochen und damit befragbar wurde. Ausserdem ist selten ein expliziter Bezug auf in der Geschichtswissenschaft (kontrovers) diskutierte Fragen auszumachen.[32] Vielmehr herrscht ein «Bericht erstattender» Ton vor, in welchem Ergebnisse bisheriger Forschungen im Duktus einer Fortschrittsgeschichte berichtet werden. Häufig sind die Kantonsgeschichten in gesellschaftsgeschichtliche Bereiche mit administrativem Blick auf Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik etc. gegliedert und fokussieren allenfalls Grossgruppen, deren Situation und seltener deren Handeln sichtbar gemacht werden, etwa «die Sticker», «die Urner Bauern nach der Vernebelungsaktion», die «Reichen in den Städten Zürich, St. Gallen und Basel auf der Flucht ins Innere des Landes im Mai 1940» usf. Damit ist freilich das Zoom schon deutlich grösser als in der nationalgeschichtlichen Literatur. Doch wird zur Frage, die hier aufgeworfen wird, der Frage nach der Gültigkeit der Idee des solidarischen, am Gemeinwohl orientierten Handelns der Bevölkerung, kein systematisches Bild entworfen.[33] Deshalb lässt sich auch auf der Grundlage der Kantonsgeschichten kaum eine Aussage wagen.

32 Eine Ausnahme stellt die St. Galler Geschichte dar.

33 Die 2023 erschienene Arbeit *Graubünden und der Zweite Weltkrieg* von Christian Ruch ist in gewisser Hinsicht eine Ausnahme. Nicht nur thematisiert sie den «Alltag im Ausnahmezustand», sondern dokumentiert immer wieder spannungsgeladene Verhaltensunterschiede unterschiedlicher Berufsgruppen, Kleinregionen, Gemeinden und der Kantonsregierung. Allerdings wird die Frage nach Solidarität und Gemeinwohl nicht explizit diskutiert. Basis sind neben eidgenössischen und kanto-

Die Beiträge zu den Kantonen im *Historischen Lexikon der Schweiz* (HLS),[34] die in den letzten rund zwanzig Jahren verfasst wurden, sind nicht aufschlussreicher. Häufig weisen sie keinerlei Passagen zu den Kriegsjahren auf und wenn, dann am ehesten zur parteipolitischen Kräfteverteilung oder zum Aufkommen von Fronten- beziehungsweise nationalsozialistischen Gruppierungen. Zudem sprechen in diesem Zusammenhang nur die Autoren und die Autorin des Artikels über den Kanton Aargau deren soziale Trägerschaft an: «Rechtsbürgerliche Kreise sympathisierten zum Teil offen mit dem Nationalsozialismus, doch kamen rechtsextreme Parteien (Nationale Front nach 1933) nie über einzelne Sitze hinaus.»[35] Ausser an dieser Stelle stellen sonst in den Kantonsgeschichten auffallend durchgängig die «Frönt-ler» und die «Nazis» einen vom «Volk» abgespaltenen Sonderfall dar. In den meisten Texten tauchen diese Gruppierungen Ende der Zwanziger-, Anfang der Dreissigerjahre auf, meist aus dem Nichts, und es wird betont, dass sie nie eine relevante Grösse wurden; ausserdem gewinnen sie keine Konturen als Teil der Bevölkerung.

Ein wichtiger Impuls zur Reflexion über das geeinte und solidarische Volk hätte von der Geschlechtergeschichte aufgenommen werden können. Mit ihr wurde kritisiert, dass sich die historische Erzählung, soweit sie die Bevölkerung betraf, noch bis gegen die Neunzigerjahre an einer anscheinend alles verändernden Mobilmachung der männlichen Erwerbstätigen festmachte. Sie stellte dem die «immobilisierten Frauen»[36] entgegen. Damit wurde deutlich, dass die Kriegsjahre von Frauen und von Männern

nalen amtlichen Quellen auch die bündnerische Presse und Erinnerungen aus der Bevölkerung.

34 https://hls-dhs-dss.ch/de, 17. 7. 2023.

35 Steigmeier et al. 2018. Für den Kanton Graubünden nimmt Georg Jäger (2000, S. 325) den Antagonismus zwischen Eliten und Bevölkerung auf, wenn auch abgeschwächt: «Verbreiteter Widerstandswille in der Bevölkerung und Übergabementalität einiger politischer und militärischer Führungskräfte kennzeichneten die Gewichte in der öffentlichen Meinung. Dazu kamen die Umtriebe organisierter Frontistenkreise und einiger einheimischer Anhänger, deren Anzahl gemäss einem amtlichen Bericht der Bündner Regierung allerdings gering war.»

36 Pavillon 1989. Der Titel tritt gegen die historiografische Vorstellung an, wonach der moderne Krieg Frauen zu sozialer Mobilität verholfen habe, indem sie über die Besetzung ‹männlicher› Arbeitsplätze den Weg in eine gesellschaftlich eigenständigere Existenz angetreten hätten, eine Sicht, die höchstens für die vorübergehende Situation im Krieg vertreten werden kann, aber als Fortschrittsnarrativ im Hinblick auf die Frauenemanzipation widerlegt ist.

unterschiedlich erlebt wurden. Die Geschlechtergeschichte zeigte derart, dass sich unterhalb des Redens über das «solidarische Volk» eine wenig erforschte Geschlechterspezifik des Lebens verbirgt. Diese Differenz wurde wiederum zur These zugespitzt, es habe sich in den Kriegsjahren eine Hierarchie zwischen einer militärisch-politischen männlichen Welt und einer zivilen weiblichen Gesellschaft entwickelt.[37] In der Tat: Dass in den Kriegsjahren die (männliche) Armee mehr galt als die Zivilgesellschaft, ist nicht nur durch Christof Dejungs Untersuchung gezeigt worden.[38] Das Denken und Reden der Kriegs- wie der Nachkriegsöffentlichkeit war von dieser Hierarchie durchdrungen.[39] Auf der Ebene der Diskurse lässt sie sich also in vielfältiger Weise festmachen.[40] Aber sozial- und kulturgeschichtlich stimmt das Bild der geschlechterhierarchisierten Schweiz zu Ungunsten der ‹zivilen Frauen› im Krieg nur bedingt: In ihren individuellen Erfahrungen erlebten Frauen in den Kriegsjahren teilweise vorübergehend eine Erweiterung ihrer Handlungs- und Verantwortungsspielräume und Männer erfuhren als Soldaten eine drastische Beschneidung ihrer Autonomie und erlebten teilweise viel Unbill in ihren Lebensumständen.[41] Gleichzeitig funktionierte die Hierarchie zwischen Männerarmee und «weiblicher Zivilgesellschaft» nur in eine Richtung: Zwar bestand die Armee praktisch vollständig aus Männern, die Zivilgesellschaft aber nicht einfach aus Frauen. Denn zum einen blieben die älteren Männer sowie die Funktionsträger schon während der Generalmobilmachung zu Hause, zwar meist von paramilitärischen Organisationen erfasst, was das militärische Prinzip verstärkte, aber im Zivil- und Berufsleben präsent. Zum andern war die Armee nur für relativ kurze Zeit vollständig mobilisiert, nämlich gleich zu Beginn des Krieges und um den Mai 1940. Die übrige Zeit gingen relevante Teile der Armeeangehöri-

37 Dejung 2006.

38 So hat Ronny Kaufmann gezeigt, dass deutschschweizerische Militärzeitschriften bereits lange vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Armee als männlich und oppositionelle sozialistische, pazifistische und antimilitaristische Strömungen als «weiblich» profilierten. In diesen Medien galt der «Primat des Militärischen» (auch vor dem Politischen), «zivile Bildung und ziviles Leben» wurden als unmilitärisch ausgegrenzt. Kaufmann 2003, S. 166 f.

39 Annette Frei hat darin eine diskursive Prägung vermutet, die die lang dauernde Verweigerung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen begünstigt habe. Frei Berthoud 1998.

40 Vgl. dazu Dejung/Stämpfli (2003) sowie darin zitierte Literatur.

41 Diesen Widerspruch zwischen Diskurs und sozialer Realität betonen Dejung und Stämpfli (2003), insbesondere S. 16–18.

gen ihren zivilen Tätigkeiten nach. Aber im Bemühen, zu verdeutlichen, dass die schweizerische Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes erhebliche Verzichtsleistungen auf sich zu nehmen hatte, wurden die Schicksale von jungen Männern, die Hunderte von Tagen Aktivdienst leisteten, als Regelbiografie behauptet und etabliert. Da sich nach einer relativ kurzen Phase das Interesse der Geschlechtergeschichte von der Thematik der Frauen und der Geschlechterverhältnisse im Krieg abwandte, war ihr Impuls für die Revision der diesbezüglichen ideologischen Figur noch zu schwach. Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Lebensläufen von Männern und Frauen im Krieg, aber auch von Leuten in unterschiedlichen Regionen und Gemeinschaften wurden allenfalls episodisch und an einzelnen Biografien erläutert, aber nicht strukturierend in die wissenschaftliche Deutung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs überführt. Erhalten blieb die Ideologie des freiheitsverteidigenden und verzichtbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Volkes.[42]

Die Befunde der Forschung zu den schweizerischen jüdischen Organisationen und zur jüdischen Bevölkerung in der Schweiz hätten weiter darauf hinweisen können, dass sich beim «Volk» auch die Frage der (zugebilligten) Zugehörigkeit stellt. In den letzten zwanzig Jahren hat diese Forschung deutlich gemacht, welche Grenzen der behaupteten gesamtschweizerischen Solidarität und humanitären Gesinnung auch in Teilen dieses «Volkes» gezogen wurden, etwa indem es kaum jemanden interessierte, dass es der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz überbürdet war, den Lebensunterhalt von jüdischen Flüchtlingen zu finanzieren, oder welche enormen Schwierigkeiten es dieser bereitete, Unterkünfte oder Fluchtwege für Verfolgte und Gestrandete zu organisieren. Die systemische Sprengkraft dieser Sachverhalte für das Bild der solidarischen und humanitär agierenden Bevölkerung allerdings ist bislang kaum thematisiert worden. Selbst die rückblickende gesellschaftliche oder staatliche Würdigung solidarischer Taten Einzelner, die es durchaus gab,[43] mündet in der Regel nicht in die Ein-

42 Dejung (2006) hat auf der Grundlage von Erinnerungsliteratur die ideologische Nachkriegskonstruktion des Lebens in den Kriegsjahren untersucht und deutlich gemacht, dass die sogenannte Aktivdienstgeneration nie ein homogener Block war, sondern erst im Rückgriff auf dominante Muster der Deutung des eigenen Erlebens homogen konstruiert wurde (S. 373).

43 Eklatantes Beispiel ist der wohl erste thematisierte Fall, derjenige des St. Galler Polizeikommandanten Paul Grüninger. Keller 1998. Siehe auch Krummenacher 1998.

sicht, dass gerade die Betonung der Besonderheit dieser Taten für die allgemein verbreitete Haltung entlarvend ist. Die Kantonsgeschichte St. Gallen stellt hierbei eine Ausnahme dar, indem sie nicht nur das Wirken von Paul Grüninger würdigt,[44] sondern dieses auch mit den «üblichen» beziehungsweise «normalen» Verhaltensweisen und Praktiken kontrastiert.[45] Auch in der Nachkriegszeit war es eine Minderheit, die – mit Verweis auf eine als Versäumnis eingeschätzte Passivität während des Zweiten Weltkriegs – zu einer humanitären Asylpolitik aufrief.[46] Die nichtjüdische Gesellschaft im Allgemeinen hielt bis in die jüngste Vergangenheit beim Blick zurück auf das Handeln der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg keine Korrekturen für nötig, weder mit Bezug auf den aktuellen Umgang mit Migration noch bei der Einschätzung der Ideologie des freiheitsverteidigenden und verzichtbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Volkes – und so hat es auch die allgemeine Forschungsliteratur gehalten.[47] Erst seit knapp zehn

44 Lemmenmeier 2003, S. 77. Der St. Galler Polizeikommandant Paul Grüninger ermöglichte jüdischen Flüchtlingen die Überquerung der Schweizer Grenze im St. Galler Rheintal, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/031806/2006-02-24, 28. 6. 2024.

45 Lemmenmeier 2003, S. 78 f. In Erweiterung des Umfeldes der Flüchtlingspolitik in St. Gallen setzt sich zudem Silvio Bucher (2003, S. 205–224) mit dem Wirken von Fronten und nationalsozialistischen Gruppen und Personen in kantonalen Institutionen auseinander.

46 Espahangizi 2023, Kap. 2.

47 Nach einer Phase, die mit den Forschungen im Rahmen von und im Umfeld der «Bergier-Kommission» zu Themen der wirtschaftlichen Verstrickungen der Schweiz mit dem Deutschen Reich und insbesondere ihrer Positionierung und ihrem Handeln im Kontext der Ausraubung, Verfolgung und Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden von intensiven innerwissenschaftlichen und geschichtspolitischen Auseinandersetzungen begleitet war, kamen die Forschungen spezifisch zu diesem Zeitraum zum Erliegen. Historikerinnen und Historiker wandten sich nun durchwegs innenpolitischen Fragen beziehungsweise Themen des Verhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung zu. Sie griffen für die längere Phase des Sozialstaats gemeinsam mit Betroffenen Formen, Zusammenhänge, Handlungen und Akteure der unterschiedlichen Zwangsmassnahmen auf, um damit ein weiteres tabuisiertes Kapitel der schweizerischen Zeitgeschichte ans Licht zu bringen. Nationales Forschungsprogramm (NFP) 51 «Integration und Ausschluss», www.snf.ch/de/lhkKqpmdRUIVqKrO/seite/fokusForschung/nationale-forschungsprogramme/nfp51-integration-ausschluss, 13. 7. 2023; NFP 76 «Fürsorge und Zwang», www.nfp76.ch/de, 13. 7. 2023; Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen, www.uek-administrative-versorgungen.ch/startseite, 13. 7. 2023. Dabei beginnen sich diese Themen, die Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus und der von (struktureller) Gewalt durchzogene Umgang mit Teilen der Bevölkerung, zu verbinden. Jüngst hat Yves Demuth dies am Beispiel der (Zwangs-)Arbeiterinnen bei Bührle (und anderswo) dargestellt: Akte Bührle.

Jahren verdichten sich sowohl geschichtskulturelle wie geschichtswissenschaftliche Anstrengungen, um die «Verstrickung der Schweiz in die nationalsozialistischen Verbrechen» systematischer zu erforschen und in Erinnerung zu rufen. Die Planung eines «Memorials für die Opfer des Nationalsozialismus» soll unter anderem thematisieren, dass «der Schweizer Staat in jener Zeit in vielen Fällen seinen verfolgten Bürgerinnen und Bürgern und den Schutzsuchenden keine sichere Herberge bot», und gleichzeitig «den Mut derjenigen Personen […] würdigen, die sich für Flüchtlinge eingesetzt oder sich dem nationalsozialistischen System entgegengestellt haben».[48] Damit wird es einen Beitrag dazu leisten, soziale, kulturelle und rechtliche Ungleichheiten in der Stellung der einzelnen Menschen beziehungsweise einzelner Bevölkerungsgruppen zu verdeutlichen. Gleichzeitig wird es die Unterschiedlichkeit des Handelns der schweizerischen Bevölkerung und der staatlichen Institutionen sichtbarer werden lassen.

Zwangsarbeit in der Spinnerei. *Schweizerischer Beobachter*, 26. 8. 2021, www.beobachter.ch/gesellschaft/akte-buhrle-zwangsarbeit-in-der-spinnerei-347069, 17. 7. 2023. Vgl. auch Demuth (2023) zu Zwangsarbeiterinnen in der Nachkriegszeit. Zu Bührles Erwerb von Spinnereien und den Zwangsarbeiterinnen, die für ihn arbeiteten, insbesondere S. 64–97.

48 Konzeptpapier «Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus», https://swissmemorial.ch, 23. 11. 2024, Zitate S. 11. Wichtige Forschungsarbeiten dazu sind Spörri/Staubli/Tuchschmid 2019 sowie Redolfi 2019. Zu einem knappen Überblick über die geschichtskulturellen Anstrengungen und staatlichen Positionierungen vgl. das genannte Konzeptpapier.

2 Individuelles Handeln in politischer Bedrohtheit: Verdunkelung, Rationierung, Mehranbau

Hier wird davon ausgegangen, dass das Denken, Fühlen und Handeln der Schweizerinnen und Schweizer zwar durch die Angst vor einer kriegerischen Auseinandersetzung im eigenen Land und durch die Verlautbarungen und Anordnungen der staatlichen Organe stark bestimmt waren, gleichzeitig aber die Individuen sich entsprechend ihrer Lebenssituation, ihrer beruflichen Tätigkeit und familiären und übrigen sozialen Einbindung und ihren weltanschaulichen und politischen Überzeugungen gemäss unterschiedlich verhielten und dieses Verhalten sich über die Kriegsjahre wandelte. Deshalb wird zu untersuchen sein, ob auch die individuelle Positionierung gegenüber dem staatlichen Anspruch, sich solidarisch und patriotisch zu definieren und zu verhalten, unterschiedlich war – so unterschiedlich, dass der ideologische Appell des Staates in vielen Fällen nicht ausreichte, um den Eindruck einer geschlossenen Widerständigkeit seiner Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die ideologische Figur der solidarischen und Widerstand leistenden sogenannten einfachen Bevölkerung soll dabei nicht als moralische Richtschnur gelten, an der das Verhalten Einzelner gemessen wird. Vielmehr wird diese ideologische Figur selbst aufgrund der Befunde zum Verhalten Einzelner geprüft werden können. Es ist also nicht die Stossrichtung dieser Analyse, zu beurteilen, ob die Bevölkerung sich dem von der Regierung definierten patriotischen Dienst am Volk unterzog. Denn damit würden nicht die komplexen Lebensumstände der Einzelnen im Fokus stehen, sondern ihre Botmässigkeit gegenüber den Ansprüchen des Staates. Hier soll aber das Handeln der Einzelnen angesichts vorgegebener Ansprüche des solidarischen Widerstands gegen die äussere Bedrohung und der Hintanstellung eigener Interessen so breit dargestellt werden, wie es die Quellen erlauben. Es wird abschliessend zu prüfen sein, ob sich angesichts der Untersuchungsbefunde die Figur der geeinten widerständigen Bevölkerung halten lässt. Versucht wird auch eine Aussage zur Frage, inwiefern sich in der Bevölkerung die von Tanner angesprochene Nationalisierung tatsächlich zeigt.[49] Schliesslich soll die Bedeutung der erzielten Aussage für die historische Erzählung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg eingeschätzt werden.

49 Tanner 2015, S. 26–36.

Für die Untersuchung werden jene Lebensumstände in den Fokus genommen, die von allen damaligen Menschen Einschränkungen und Mehrarbeit im Alltag verlangten: Verdunkelung, Rationierung und Mehranbau. Die Vorgaben dafür erfolgten durch die Landesregierung und wurden begründet als notwendig für das Überleben in Freiheit und für den Schutz vor den Gefährdungen des Krieges. Die Studie fokussiert also das Zentrum der traditionellen Erzählung über die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs: Nicht nur wurde der Bevölkerung angesichts äusserer Bedrohung und inneren Konformitätsdrucks Widerständigkeit, Solidarität und Bereitschaft zum Verzicht attestiert, sondern es wurde auch ihr grosses Vertrauen in Regierung und General betont, das dazu geführt habe, dass deren Anordnungen fraglos akzeptiert und befolgt worden seien.

Die drei Themenfelder – die Anordnung und Durchsetzung der Verdunkelung, die Rationierung der Lebensmittel sowie die Ausdehnung der Anbaufläche im Kontext der sogenannten Anbauschlacht – sind angelegt zwischen individuellen Überzeugungen und Interessen, den Vorgaben der (eidgenössischen) Behörden und der Organisation des verwalteten Alltags durch die Gemeindebehörden. Keines dieser Themen erfuhr bisher grosse Aufmerksamkeit der geschichtswissenschaftlichen Forschung und einzig bei der «Anbauschlacht» fanden einschlägige Forschungsergebnisse die Aufmerksamkeit der allgemeinen Geschichte zur Schweiz.[50]

Die vorliegende Darstellung stützt sich auf die Ergebnisse von empirischen Forschungsarbeiten, die in den Jahren 2005–2011 an der Pädagogischen Hochschule FHNW im Fach Geschichte im Rahmen der sogenannten disziplinären Vertiefung erarbeitet wurden.[51] In einer grossen Zahl dieser Arbeiten wurden lokale Quellen zu Themen der Alltagsgestaltung in Gemeinden vor allem des Kantons Aargau während des Zweiten Weltkriegs untersucht.[52] Damit wurde ein differenzierteres Bild der Verschränkung von Partikular- und Gemeininteressen ermöglicht, als es sowohl die oben

50 Die Arbeit von Peter Maurer (1985) zum Plan Wahlen wurde sowohl in der Geschichtswissenschaft wie in der Politik rezipiert. Zum Forschungsstand bezüglich der drei Themen und zur Rezeption durch die allgemeine Geschichte der Schweiz siehe die einzelnen Kapitel.

51 Vgl. dazu Ziegler 2006.

52 Da die genannten Arbeiten nicht publiziert sind, werden die von ihnen zitierten Quellen zusätzlich ausgewiesen.

erwähnte ideologische Figur als auch eine moralisierende Kritik an den Befunden erlauben.

Diese unpublizierten Arbeiten bilden den Kern des vorliegenden Textes. Sie boten den Anlass, zu den darin behandelten Themen und Fragestellungen die (neuere) Literatur zu überprüfen. In bestimmten Fällen wurde auch Quellenstudium betrieben, um die lokalen Ausprägungen von Themenbereichen in einen allgemeineren Kontext einordnen zu können. Die Suche nach weiterem Material konnte jedoch nicht systematisch erfolgen. So wurde etwa aus Aufwandsgründen die Presse nicht systematisch berücksichtigt.[53] Auch ging es nicht darum, Quellen der eidgenössischen und kantonalen Ebene umfassend zu erfassen, da der zentrale Fokus auf der lokalen Ebene liegt.

Neben Archivquellen werden zudem Erinnerungen ausgewertet. Teilweise interviewten Studierende zusätzlich zum Quellenstudium einzelne Personen zu ihren Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Zusätzlich werden hier publizierte Interviewausschnitte berücksichtigt. Seit Beginn der 1990er-Jahre ist in der Schweiz bei Historikerinnen und Historikern, aber auch bei Personen und Institutionen der nicht universitären Geschichtskultur das Bedürfnis erwacht, Erzählungen von Personen, die die Kriegsjahre erlebt hatten, aufzuzeichnen und zu sichern. Solche Erinnerungen sollten es ermöglichen, sowohl der auf Akten basierenden Geschichtserzählung als auch der mythischen Verklärung der Kriegsjahre durch die politisch stimulierte «Aktivdienstgeneration»[54] wissenschaftlich begleitete Erzählungen als Nachwirkungen der Erlebnisse dieser Jahre gegenüberzustellen. Die Monatszeitschrift *Der Beobachter* erliess 1989 einen Aufruf, Erfahrungsberichte einzusenden, von denen im Herbst 1989 einige in der Zeitschrift publiziert wurden. Danach bereitete Simone Chiquet die Publi-

53 Weil die zusätzliche Quellenarbeit nur punktuell erfolgte, werden die jeweiligen Verweise ausschliesslich in den Anmerkungen und nicht im Literaturverzeichnis angemerkt.

54 Für die Wehrmänner, die während der Kriegsjahre für längere oder kürzere Zeit zum sogenannten Aktivdienst aufgeboten waren, bürgerte sich die Bezeichnung «Aktivdienstgeneration» ein. In der öffentlichen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg («Bergier-Kommission») wurde die Bezeichnung häufig eingeengt für den Wehrmännerzusammenschluss verwendet, der in scharfer Opposition zur historischen Aufarbeitung der schweizerischen Flüchtlingspolitik stand und aus dem der «Arbeitskreis Gelebte Geschichte» hervorging. Vgl. dazu https://gelebte-geschichte.ch, 30. 6. 2023.

kation einer grösseren Zahl dieser Einsendungen in Buchform vor.[55] Später sicherte das Projekt Archimob,[56] das auch die Grundlage für die Publikation *Landigeist und Judenstempel. Erinnerungen einer Generation 1930–1945*[57] darstellte, eine grosse Zahl weiterer Erzählungen. Bei der Auswertung von Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs, die im Rahmen der Oral History gesichert werden, ist ein spezifisches kritisches Vorgehen angezeigt. So ist zu bedenken, wie alt die interviewten Personen zur Zeit des Krieges waren. Viele der in den genannten Projekten Befragten waren im Kindes- oder Jugendalter und haben später ihre Erfahrungen und Wissensbestände in unterschiedlichem Masse kritisch befragt. Gleichzeitig durchlebten sie nach dem Krieg eine jahrzehntelange Phase, in welcher immer wieder öffentlich über Aspekte der Kriegsjahre gesprochen und geschichtskulturell verbreitete Narrative entwickelt und tradiert worden sind. Es ist deshalb heute kaum mehr entscheidbar, wieweit es sich beim Erzählten um die Aneignung dieser öffentlichen Diskurse handelt, die frühere Erfahrungen und zeitgenössisches Reden überformten. Hinzu kommt, dass die beiden Interviewausschnittsammlungen zu Zeitpunkten entstanden, in welchen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg Gegenstand intensiver Diskussionen war, was die Erzählungen in einen spezifischen Diskursraum stellte und prägte.[58]

Mit dieser Darstellung wird deutlich werden, dass auch die schweizerische Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg geprägt war von Spannungen, von individueller Verfolgung partikularer Interessen, von einer Vielfalt von Überzeugungen, aber auch von sozialen Bedingtheiten und wirtschaftlichen Spielräumen. Sollte die Bevölkerung den obrigkeitlichen Vorgaben für ihr Handeln, der Lenkung ihres Wirtschaftsgebarens und den Einschränkungen und zusätzlichen Verpflichtungen in ihrem Alltagshandeln folgen, waren deshalb nicht nur klare Anweisungen nötig. Die schweizerische Regierung und ihr kriegswirtschaftlicher Apparat waren sich einig, dass es dafür neben intensiver Propaganda auch die Androhung von Bussen und Bestrafungen brauchte. Diese hatten sich gegebenenfalls nicht nur gegen

55 Chiquet 1992.

56 L'histoire c'est moi. 555 Versionen der Schweizer Geschichte, www.archimob.ch.

57 Dejung/Gull/Wirz 2002.

58 Das Netzwerk Schweizer Oral History befasst sich speziell mit der Sicherung (mündlicher) Erinnerungen, https://oralhistory.ch/web, 30. 6. 2023. Es beschäftigt sich auch mit Erkenntnisfragen im Kontext von Erinnerung sowie der Verwendbarkeit von Oral History für Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht.

Zivilpersonen zu richten, sondern auch gegen kantonale oder kommunale Behörden. Das Wissen, dass die freiheitsverteidigende und verzichtbereite, solidarische Haltung nicht nur das Produkt individueller Überzeugung und Haltung war, sondern auch die Folge von mehr oder weniger bereitwilligem Gehorsam gegenüber Gesetzen und Bestimmungen der Regierung beziehungsweise der Angst vor angedrohten Bestrafungen, wollte nach dem Krieg allerdings niemand wachhalten. Es wich einer ideologischen Figur.

Im Folgenden wird für jedes der drei Themen Verdunkelung, Rationierung und «Anbauschlacht» in aller Kürze dargestellt, welche Konzeption und Organisation die eidgenössischen Behörden, vor allem der Bundesrat und der General, den Anordnungen zugrunde legten. Dabei wird die Behandlung des jeweiligen Themas durch die geschichtswissenschaftliche Forschung zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg dargestellt. Gleichzeitig wird die diesbezügliche Lückenhaftigkeit des Forschungsstands zu beleuchten sein. Der Sachverhalt gibt Anlass, durch ausgewählte Quellen die Kenntnisse für die eidgenössische oder kantonale Ebene so zu ergänzen, dass die Befunde auf Gemeindeebene eingeordnet und gedeutet werden können. Die kantonale Ebene wird zu berücksichtigen sein, weil dort die Organisation des Vollzugs und teilweise die Kontrolle der landesweiten Massnahmen angesiedelt waren. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Gemeindeebene, für die aus lokalen Archiven Quellenmaterial erschlossen wurde, um ein Bild zu zeichnen zum lokalen Vollzug der Massnahmen, zu Schwierigkeiten der Umsetzung und zu Protesten und Widerständen in der lokalen Bevölkerung.

II Verdunkelung

1 Luftschutzvorkehrungen als politische Disziplinierung

Henri Guisan, Oberbefehlshaber der Schweizer Armee während des Zweiten Weltkriegs, ordnete vom November 1940 bis September 1944 an, nachts schweizweit sämtliche Lichtquellen zu verdunkeln. Fenster waren so abzudecken, dass kein Lichtschein nach aussen drang. Die Strassenbeleuchtung musste reduziert und mit blauem Licht, das aus der Entfernung kaum sichtbar war, ausgerüstet werden, ebenso Autoscheinwerfer, Velolampen und im Freien verwendete Taschenlampen.

Die Vorbereitung der Verdunkelung als Teil des sogenannten passiven Luftschutzes war, so blickte Eduard von Waldkirch, Chef der Abteilung für passiven Luftschutz im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD), im Mai 1939 auf die diesbezügliche Entwicklung zurück, in vielen Ländern bereits Jahre vor dem Krieg erfolgt. Es habe wegen der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg international eine grosse Angst vor einem Luft- und Gaskrieg gegeben. Auch in der Schweiz begann man sich früh mit diesem «passiven Luftschutz», also mit Massnahmen zur Verhinderung oder Linderung möglicher Schäden an Infrastruktur und Menschen, zu befassen.[1] Von Waldkirch stellte die Aktivitäten in einen internationalen Zusammenhang, ihren Anfang hätten sie beim Internationalen Roten Kreuz genommen. Dieses habe auf schwerwiegende Mängel des «Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen im Kriege»[2] hingewiesen und die nationalen Regierungen auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, Vorkehrungen für den Schutz der Zivilbevölkerungzu treffen.[3]

1 1928 wurde die Eidgenössische Gasschutzkommission eingerichtet. Auf deren Vorarbeiten erfolgte der Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz vom 29. September 1939. Vgl. M. Koenig: Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. *Protar* 1 (1), 6–8.

2 Protocol for the Prohibition of the Use of Asphyxiating, Poisonous or Other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare. Geneva, 17. 6. 1925, ICRC, https://ihl-databases.icrc.org/applic/ihl/ihl.nsf/Article.xsp?action=openDocument&documentId=58A096110540867AC12563CD005187B9, 30. 6. 2022.

3 Damit, dass von Waldkirch die initiale Stimme für den Luftschutz dem IKRK zuweist, betont er dessen defensiven Charakter. Von Waldkirch, Eduard: Grundlagen und

Aus der Idee des Gasschutzes habe sich insbesondere angesichts einer mit Besorgnis verfolgten technischen Entwicklung im «Flugwesen»[4] eine umfassendere Konzeption des «passiven Luftschutzes» entwickelt.[5] Dass die Abrüstungsbemühungen an der Weltabrüstungskonferenz, die am 2. Februar 1932 in Genf begann und bis 1934 mehrmals zusammentrat, scheiterten, sei der zentrale Impuls gewesen, den «passiven Luftschutz» auch in der Schweiz aufzubauen.[6]

Von Waldkirch brachte die Sicht des EMD zum Ausdruck:

«Besonders der Stand des Flugwesens hat die Lage gegenüber 1914 auch für die Neutralen stark verändert. Er […] bildet auch eine unmittelbare Gefährdung des neutralen Gebietes. Man braucht beispielsweise nur daran zu denken, in welcher Höhe Flugzeuge sich bewegen können, wie leicht es daher möglich sein wird, die Behauptung aufzustellen, es sei neutrales Gebiet überflogen und somit eine Neutralitätsverletzung begangen worden, für die der neutrale Staat Rechenschaft schulde. So ist es leider nicht ausgeschlossen, dass der neutrale Staat in kürzester Zeit in den Krieg hineingezogen wird, sei es, dass eine Partei hierfür bloss einen Vorwand sucht, sei es, dass sie in ernster Besorgnis für ihre eigene Sicherheit handelt.

Gerade wer die Neutralität der Schweiz stärken will, muss unter den gegenwärtigen Zeitumständen dafür sorgen, dass die Bevölkerung auf der Höhe der Aufgaben steht, die ihr im Kriegsfalle auferlegt wären. Die militärische Rüstung allein genügt nicht. Wäre sie auch noch so gut ausgebaut, so bestände keine ausreichende Widerstandskraft, wenn die Bevölkerung im Hinterland ohne Vorbereitung bliebe und infolgedessen bald einmal zusammenbrechen würde.»[7]

Aufgaben des passiven Luftschutzes. *Protar* 5 (7), 1939, 105–110. Jakob Tanner, der die These der Genese des Luftschutzes in der Bedrohung durch Gasangriffe stützt, weist darauf hin, dass dieser in Deutschland sehr schnell «in ein moralisches Rückgrat für einen Angriffskrieg» umfunktioniert worden sei. Tanner 1988, S. 71.

4 Von Waldkirch erwähnte die rasch gestiegenen Geschwindigkeiten, die erhöhten Transportkapazitäten, die den Bombenabwurf ermöglichten, sowie die Zahl der für den Krieg bereiten Flugzeuge. Von Waldkirch, Eduard: Einführung. *Protar* 1 (1), 1934, 2.

5 Ebd., 1.

6 Ebd.

7 Ebd., 2.

Luftabwehr, eigene Kampfflugzeuge und Schutzbauten für die Bevölkerung gehörten zu den Massnahmen, mit denen sich Kriegführende vor fremden Luftangriffen zu schützen suchten. Hinzu kam die Verdunkelung des Territoriums, die helfen sollte, fremden Bombern die Orientierung und damit die Bombardierung von anvisierten Zielen zu erschweren. Verdunkelung galt seit dem Ersten Weltkrieg als Möglichkeit, feindlichen Bombern mögliche Ziele zu verbergen und damit ihre Wirksamkeit zu schwächen.

Diese Logik wurde von der Schweiz übernommen. Eine verdunkelte Schweiz, so wurde der Bevölkerung, den Unternehmen und den Gemeinden bedeutet, schütze das schweizerische Territorium vor einem (irrtümlichen) Bombenabwurf, da sie das neutrale Gebiet kennzeichne und den Fliegern die Orientierung erschwere.[8] Ob eine durchgehende Normalbeleuchtung ein neutrales Land wie die Schweiz im Luftkampf zwischen den USA und Grossbritannien einerseits und dem Deutschen Reich andererseits angesichts der Verdunkelung im Deutschen Reich nicht besser geschützt hätte, war während des Krieges durchaus Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg gab es darüber keine nennenswerten Diskussionen mehr. Auch wurde nicht thematisiert, dass während des Krieges im Bundesrat, zwischen Bundesrat und General und zwischen der eidgenössischen und den kantonalen Regierungen eine teilweise heftige Diskussion dazu geführt worden war.[9]

Zunächst folgte die Verdunkelungsanordnung eåinfach der international vertretenen militärischen Logik, ohne auf die besondere Situation eines neutralen Landes Rücksicht zu nehmen. Jedoch ist aus den Akten ersichtlich, dass die Verdunkelung eine Massnahme war, die die schweizerische Regierung als Gefälligkeit dem deutschen Nachbarn gegenüber verfügte.[10] Jakob Tanner deutet die Verdunkelungsanordnung denn auch als «Fortsetzung dieser Beschwichtigungspolitik» von General Guisan, die «in den darauffolgenden Jahren den alliierten Bomberpiloten die Orientierung erschwerte und mithin für die Bevölkerung des neutralen Kleinstaates eine riskante Sache war».[11]

Tanners Analyse von 1988 ermöglicht eine vertiefte Einordnung des Zivil- und passiven Luftschutzes beziehungsweise der Verdunkelung in eine

8 Siehe Kap. 3.1.
9 Wipf 2001; Hunger 1989.
10 Wipf 2001, S. 182 f.
11 Tanner 2015, S. 268 f.

Dynamik der zunehmenden Nationalisierung von Bevölkerungen. So habe seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert im Kontext imperialistischen Wettbewerbs in vielen Nationalstaaten ein Prozess der Intensivierung der Verbindung zwischen Staat, Nation und Krieg eingesetzt: «Die Bedrohung von aussen wurde zum Lebenselixier der Innenpolitik. Verschiedenste Methoden der Propaganda und der Mobilisierung, mit dem Krieg als äusserster Zuspitzung ermöglichten nun die ‹vollere Integration der Staatsbürger in den Staat›, wie der Soziologe Norbert Elias schreibt. ‹Erst im Zuge der zwei grossen Kriege dieses Jahrhunderts [des 20.] erwarben die Bevölkerungen der höher entwickelten Industriestaaten den Charakter von Nationen im neueren Sinne des Wortes und die betreffenden Staaten den von Nationalstaaten. Nationalstaaten sind, so könnte man sagen, in Kriegen und für Kriege geboren.› Staaten, die sich immer stärker von ‹Überlebenseinheiten› in ‹Vernichtungseinheiten› verwandeln, beginnen ihr eigenes Volk vor der Destruktionsgewalt der anderen zu schützen und rechtfertigen dadurch die Anhäufung eigener Zerstörungsmittel.»[12]

Tanner belegt und begründet treffend, dass und weshalb der neutrale Kleinstaat Schweiz diesem allgemeinen Trend folgte und mit einem gesteigerten geschichtsmythisch unterlegten Patriotismus die schweizerische Variante solcher nationaler Ideologien entwickelte. Die Hilfestellung der «Geistigen Landesverteidigung»[13] hielt er für die Ausformung der «autoritären Demokratie» beziehungsweise des «helvetischen Totalitarismus» für wesentlich.[14] Der Luftschutz sei ohne diesen Kontext nicht verständlich. Er sei «eingebunden [gewesen] in das damals aufkommende Modell der Überlebensnation autoritär-korporativ-faschistischen Zuschnitts».[15] In welchem Ausmass in der Schweiz dieses Modell seine Durchsetzung fand, wäre nach wie vor zu diskutieren. Zumindest hat der Luftschutz zu einer sich verstärkenden Militarisierung des Zivilen deutlich beigetragen. Die lokalen Quellen zu den Vorbereitungen der Verdunkelung in der Vorkriegs-

12 Tanner 1988, S. 67. Mit Verweis auf Norbert Elias: Die Gesellschaft der Individuen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987, S. 277.

13 Marco Jorio bezeichnet im HLS «Geistige Landesverteidigung» als die «politisch-kulturelle Bewegung, welche die Stärkung von als schweizerisch deklarierten Werten und die Abwehr der faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismen zum Ziel hatte». Jorio 2006. Zur «Geistigen Landesverteidigung» aber nach wie vor grundlegend ist Mooser 1997.

14 Tanner 1988, S. 68. Vgl. auch Jost 1992; 2006 (1983), insbesondere S. 761.

15 Tanner 1988, S. 69.

zeit und zur Durchsetzung während des Zweiten Weltkriegs ermöglichen es, diese Militarisierung, aber auch – im Sinne Tanners – den Umgang und die Auseinandersetzungen der Bevölkerung mit diesem Aspekt der Nationalisierung exemplarisch zu dokumentieren. Dabei wird etwa in einer Arbeit zum Luftschutz in Zofingen deutlich, dass diese Nationalisierung in Gemeinden, die als «luftschutzpflichtig» eingestuft wurden, weit deutlicher wahrnehmbar ist als in den im Folgenden untersuchten «nicht luftschutzpflichtigen» Gemeinden: «Luftschutzpflichtige» Gemeinden hatten nicht nur wie die «nicht luftschutzpflichtigen» Verdunkelungsanordnungen zu treffen, sondern auch Schutzräume für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Weiter hatten sie eine bestimmte Anzahl Personen dem «passiven Luftschutz» zuzuteilen.[16] Deren Uniform, ein blaues Übergewand, machte ihren Status als Mitglied einer «Truppe» sichtbar[17] und signalisierte der Öffentlichkeit eine Militarisierung der Gesellschaft,[18] die über die regulären Truppen hinausging.[19]

Die Verdunkelung brachte Privaten wie Gemeindebehörden vor allem Nachteile. Die Abdeckung sämtlicher Lichtquellen in der Nacht schuf eine

16 «Luftschutzpflichtig» waren grundsätzlich Gemeinden mit über 3000 Einwohnenden. Zofingen zählte 1941 6502 Personen. Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10. 2018, abgerufen am 29. 5. 2019, 11. 9. 2023. In Zofingen standen dem Luftschutz ab 1937 «130 Mann» zur Verfügung (darunter gab es zeitweise auch Frauen, die aus dem Frauenhilfsdienst dem passiven Luftschutz zugeteilt wurden, Ruch 2008, S. 9). Diese konnten jederzeit aktiviert werden. Ruch 2008, S. 2; vgl. dazu auch Lüthi/Ros/Roth/Steigmeier 1999, S. 245.

17 Der lokale Luftschutz marschiert. Zofinger Tagblatt, 25. 11. 1937. Zit. nach Ruch 2008, S. 7 f.

18 Lüthi/Ros/Roth/Steigmeier 1999, S. 245. Für die Mitglieder des passiven Luftschutzes selbst erwies sich der militärische Charakter ihrer Verpflichtung deutlich: «Ein Soldat im Passiven Luftschutz hatte bei entsprechender Mobilmachung einzurücken, an regelmässigen Wiederholungskursen teilzunehmen, Wachdienste zu verrichten oder bei Alarm einzurücken. Wenn die Mannschaft auf Pikett gestellt war, durften die Soldaten die Ortschaft nicht verlassen. […] Insofern wurden die Soldaten nicht permanent aus ihrem Alltag herausgerissen, konnten aber jederzeit zu Dienstleistungen angehalten werden.» Ruch 2008, S. 20.

19 Neben den Truppen des passiven Luftschutzes wurde zudem die freiwillige Ortswehr mobilisiert. Als am 17. und 18. 5. 1940 in Zofingen die Einschreibung erfolgte, meldeten sich 240 Mann. Vgl. Bertschi (1946), Militärisches Leben in Zofingen während des Zweiten Weltkrieges 1939/1945. Zofinger Neujahrsblatt 31, 1946, 11–27. Zit. nach Ruch 2008, S. 20.

besondere Atmosphäre. Sie war paradoxerweise geeignet, die Gefühle von Bedrohtheit zu verstärken, denen entgegenzutreten man behauptete. Und als bedrohlich erinnerten einige Zeitzeugen den verdunkelten Aussenraum tatsächlich. Die Verdunkelungspflicht verursachte zudem Privaten, Betrieben und Gemeinden Kosten und zusätzlichen Arbeitsaufwand. So berichtet Matthias Wipf, dass für die Verdunkelung der öffentlichen Gebäude Schaffhausens ein Kredit von 8300 Franken gesprochen wurde.[20] Stimmen aus der Industrie befürchteten, die Verdunkelung verunmögliche die Schichtarbeit.[21] Sie schränkte zudem die nächtliche Mobilität ein, die nächtlichen Vergnügungen litten. Vor allem aber erinnerte die Verdunkelung jeden Abend neu ans Kriegsgeschehen in den kriegführenden Ländern, aus denen von grossen Zerstörungen (trotz Verdunkelung) durch Bombardemente berichtet wurde.

In der Verdunkelungspflicht sahen Private und Gemeindebehörden keinen unmittelbaren Nutzen oder Vorteil. Dieser vermittelte sich ideell erst, wenn sie die Behördenäusserungen glaubten, dass die Bemühungen tatsächlich ihrem Schutz dienten, beziehungsweise wenn sie überzeugt waren, dass ohne die Massnahmen Bombardemente durch Flugzeuge der kriegführenden Staaten drohten. Dementsprechend wurde die Verdunkelungspflicht nicht überall ernst genommen und umgesetzt, obwohl bei Nichtbeachtung empfindliche Strafen drohten. In den letzten Kriegsjahren gab es sehr häufig Luftalarm, da alliierte Flugzeuge in den schweizerischen Luftraum eindrangen. Dass die Leute beim allabendlichen Montieren der Verdunkelungseinrichtungen eine mögliche Bedrohung durch Bombardemente vor Augen hatten, muss aber angesichts des Verhaltens der Schaffhauser Bevölkerung beim Luftalarm vom 1. April 1944 bezweifelt werden. Matthias Wipf zitiert verlässliche Quellen, die die 40 Toten vor allem der Tatsache zuschreiben, dass die Getöteten beim Fliegeralarm, anstatt Schutzräume aufzusuchen, entweder sorglos weiter ihren Geschäften nachgingen oder sogar auf die Strasse oder an die Fenster traten, um dem Schauspiel der überfliegenden Flugzeuge zuzuschauen.[22] Und dies, obwohl schon früher in verschiedenen (Grenz-)Regionen meist verirrte Flugzeuge Bomben abgeworfen hatten.

20 Wipf 1999, S. 156 f.
21 So etwa Vertreter der GF oder auch der SIG in Schaffhausen. Wipf 1999, S. 158, 160.
22 Wipf 1999.

2 Verdunkelungsvorgaben des Bundes

Der Bund setzte 1933 eine eidgenössische Luftschutzkommission ein,[23] deren Hauptaufgabe der Entwurf eines «Bundesbeschlusses betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung»[24] war. Der Beschluss wurde am 29. September 1934 vom Parlament mit sofortiger Geltung in Kraft gesetzt. Es handelte sich dabei um einen sogenannten dringlichen Bundesbeschluss, das heisst, das Referendum und damit jede direktdemokratische Kontrolle waren ausgeschlossen.[25] Dringliche Bundesbeschlüsse wurden seit dem Ersten Weltkrieg häufig erlassen und stiessen immer wieder auf mehr oder weniger ernsthaften und effektiven politischen Widerstand, so auch der Beschluss zum Luftschutz.

Eines der Probleme des Bundesbeschlusses zum passiven Luftschutz war, dass er gemäss Artikel 4 zur Dienstverpflichtung gegebenenfalls auch auf Frauen zurückgreifen konnte.[26] Vorerst erhob sich vonseiten der Frauenorganisationen kein Widerstand gegen die mögliche Dienstverpflichtung. Erst 1938 wurden die Frauenverbände aktiv. 1943 machte das Eidgenössische Justizdepartement (EJPD) das EMD darauf aufmerksam, dass die Rechtsbasis für die Verpflichtung der Frauen zu schwach sei[27] beziehungsweise dass diese einem Verfassungsbruch gleichkomme.[28]

Artikel 3 litt. c des Bundesbeschlusses nennt als auszuarbeitende Massnahmen des Bundes «Alarmdienst, Verdunkelung, Tarnung».[29] In seinem

23 M. Koenig hatte sie anfänglich Eidgenössische Gasschutzkommission genannt. Vgl. Protar 1 (1), 1934, S. 6. Die Eidgenössische Luftschutzkommission wurde 1944 als Abteilung für Luftschutz in die Militärverwaltung aufgenommen. S. n.: Die Abteilung für Luftschutz des EMD. Protar 11 (1), 1945, 1–3, hier 1.

24 Entwurf zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung vom 4. 6. 1934. Ergänzend die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. Bundesblatt 1934, II, 383–397. Vgl. den Kommentar in M. König: Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. Protar 1 (1), 1934, 6–8.

25 Kley 2020.

26 Der Staatsrechtler Fritz Fleiner hatte schon 1923 die Auffassung vertreten, dass ein solcher Einbezug gemäss der Notstandspflicht möglich sei. Fleiner 1923, S. 615. In: Stämpfli 2002, S. 38.

27 Stämpfli 2002, S. 40 f.

28 Ebd., S. 36–40.

29 BB betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung, 29. 9. 1934. In: M. König: Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. Protar 1 (1), 1934, 6.

Kommentar betonte der Direktor der Eidgenössischen Gasschutzstudienstelle, M. König: «Die Vorschriften für den Alarmdienst und die Verdunkelung müssen für das ganze Land einheitlich vorgeschrieben werden; dies ist ohne weiteres einleuchtend, denn es ist nicht zulässig, dass der Fliegeralarm in den einzelnen Ortschaften auf verschiedene Art erfolge.»[30] Diese Auffassung sollte wegen des anhaltenden Protests der Grenzkantone gegen die Verdunkelung besondere Schwierigkeiten bieten, weshalb die diesbezügliche Verordnung dann Ausnahmeregelungen vorsah.

Der ebenfalls im Bundesbeschluss festgehaltenen Pflicht des Bundes zur Aufklärung der Bevölkerung kam dieser mit der (moralischen) Unterstützung der Gründung des Schweizerischen Luftschutzverbandes,[31] von Anlässen[32] und der Zeitschrift *Protar. Schweizerische Monatsschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung*[33] nach.

Die Verdunkelung spielte im Kontext des passiven Luftschutzes auf eidgenössischer Ebene eine eher untergeordnete Rolle. Weit mehr Aufmerksamkeit wurde dem unmittelbaren Schutz vor Gasangriffen etc., zum Beispiel der Errichtung von Schutzräumen, geschenkt. Dennoch folgte dem dringlichen Bundesbeschluss 1936 eine «Verordnung betreffend Verdunkelung im Luftschutz».[34] Da sich diese Verordnung auf den dringlichen Bundesbeschluss von 1934 stützte, stand auch ihre Verfassungsmässigkeit zur Diskussion.

Der Zweck der Verdunkelung wurde darin wie folgt definiert: «Die Verdunkelung hat zum Zweck, fremden Flugzeugen zur Nachtzeit die

30 BB betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung, 29. 9. 1934. In: M. König: Erläuterungen zum Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung. *Protar* 1 (1), 1934, 7.

31 Von Waldkirch, Eduard: Einführung. *Protar* 1 (1), 1934, 3.

32 So etwa die Luftschutzausstellung in den Reithallen an der Zürcher Gessnerallee vom 12.–28. 10. 1934. Vgl. dazu den Führer zur Ausstellung o. A.: Luftschutz ist Selbstschutz. Luftschutz-Ausstellung 12.–28. Oktober 1934 Zürich in den Reithallen an der Sihl. Führer durch die Ausstellung und Anweisung für jedermann über den Schutz vor der Luftgefahr und das Verhalten bei Fliegerangriffen. Zürich, Schweizer Aero-Revue, 1934, ausserdem den Bericht zur Ausstellung Dr. Sch.: Eine Luftschutzausstellung in Zürich. *Das Rote Kreuz* 42 (11), 1934, 249–252.

33 Die Zeitschrift erfuhr verschiedene Umbenennungen und Änderungen in der Trägerschaft. Hier geht es um *Protar. Schweizerische Monatsschrift für den Luftschutz der Zivilbevölkerung*, Jg. 1, 1934/35, bis Jg. 11, 1945.

34 Verordnung betreffend Verdunkelung im Luftschutz, 3. 7. 1936. *Protar* 2 (9), 1936, 174 f.

Erkennung von Ortschaften und besondern Anlagen sowie überhaupt die Orientierung zu verunmöglichen oder zu erschweren.»[35] Dementsprechend wurde dem Bundesrat beziehungsweise dem General die Kompetenz zugesprochen, die Verdunkelung anzuordnen: «Die Verdunkelung wird vom Bundesrate und nach der Wahl des Generals von diesem verfügt. Nach der Anordnung der Verdunkelung gelten die allgemein vorgeschriebenen Massnahmen solange weiter, bis sie völlig oder für örtlich genau abgegrenzte Teile des Landes aufgehoben werden.»[36]

Die Gemeinden wurden verpflichtet, die notwendigen Massnahmen für die Verdunkelung in die Wege zu leiten und gegebenenfalls für ihre Durchsetzung zu sorgen. Die kantonalen Stellen für den passiven Luftschutz hatten dafür die detaillierteren Anweisungen vorzunehmen. Auch Verdunkelungsübungen wurden vorgesehen. Sofern sie der Bund anordnete, waren sie verbindlich. Die Nichtbefolgung konnte gebüsst werden.[37]

Der Verordnung folgte eine Verfügung des zuständigen EMD. Im Oktober 1936 bestimmte dieses, dass die Gemeinden ihre Vorkehrungen bis zum 1. Februar 1937 abgeschlossen haben mussten. Ausnahmegenehmigungen für eine Erstreckung der Frist konnten aber beantragt werden, insbesondere von Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.[38] Ein Bericht aus der Sitzung der Kommission für passiven Luftschutz vom 14. Januar 1937 zog bezüglich der Gesuche, die bis Ende 1936 hatten eingereicht werden müssen, Bilanz: «Der Kommission lag nur eine geringe Zahl von Gesuchen vor, die durch Gemeinden an sie gerichtet worden waren (26 von rund 3200 Gemeinden). Den meisten Gesuchen wurde entsprochen. Die Frist für die Vorbereitung der Maßnahmen ist für folgende Gemeinden bis zum 1. April 1937 verlängert worden: Aarau, Basel, Bern, Biel, Chur, Davos, Freiburg, Herisau, Lausanne, Montreux, Morges, Nyon, Rapperswil, Rorschach, St. Gallen, St. Moritz, Thun, Winterthur und Zürich. Für die sämtlichen übrigen Gemeinden der Schweiz bleibt die ursprünglich angesetzte Frist bis zum 1. Februar 1937 maßgebend.»[39]

35 Ebd., 174, Art. 1.
36 Ebd., 174, Art. 8.
37 BB betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz vom 24. 6. 1938. *Protar* 5 (1), 1938, 3 f.
38 Verfügung des EMD betreffend Verdunkelung im Luftschutz, 13. 10. 1936. *Protar* 3 (1), 1936, 4.
39 (Mitg.): Massnahmen zur Verdunkelung. *Wohnen* 12 (3), 1937, 34.

Die im positiven Ton gehaltene Bilanz unterlässt es darauf hinzuweisen, dass die meisten grossen Städte der Schweiz Ausnahmegenehmigungen beantragt hatten, also gerade diejenigen Kommunen im Verzug waren, für die die Regierung den passiven Luftschutz als am wichtigsten erachtete.[40] Genf hatte zudem nicht nur keinen Verlängerungsantrag gestellt, sondern weigerte sich, Luftschutzmassnahmen zu treffen. Auf seinen Strassen wurde gegen den Luftschutz demonstriert und die Sitzungen des Genfer Grossen Rates zu den kantonalen Luftschutzkrediten 1937 verliefen tumultartig.[41]

Die weitverbreitete politische und öffentliche Unruhe wegen der Verdunkelungsvorbereitungen ist wohl als eine der Ursachen zu sehen, dass sich der Verdunkelungsbefehl nach Kriegsbeginn hinauszögerte. Hinzu kommt, dass der zuständige General Guisan deutlich machte, dass aus militärischer Sicht die Verdunkelung für die neutrale Schweiz nicht sinnvoll war. Erst im November 1940 ordnete er die allgemeine Verdunkelung an. Eine Verordnung von 1943 präzisierte schliesslich die Verdunkelungsanordnungen weiter.[42]

2.1 Verdunkelungsübungen

Gemeinden wurde mit den Beschlüssen von 1934/36 die Aufgabe zugewiesen, die Verdunkelung aller öffentlichen Gebäude, der Strassenbeleuchtung und des öffentlichen Verkehrs vorzubereiten. Zudem hatten sie die Privaten, seien es Gewerbe- und Industriebetriebe oder Einzelhaushalte, zu informieren und aufzufordern, geeignete Massnahmen zu treffen, damit sie für eine Verdunkelung vorbereitet sein würden.

So fanden relativ früh in einzelnen Gemeinden Verdunkelungsübungen statt. Diejenigen vom 18. Mai 1935 in Dübendorf[43] und vom 28. Februar 1936 in Thun dienten allerdings der Überprüfung bisheriger Luftschutzvorbereitungen auf eidgenössischer Ebene durch einen «besonderen Aus-

40 Eidgenössisches Statistisches Amt 1954, S. 12.
41 Vgl. Hunger 1989, S. 26.
42 Bundespräsident Celio: Verordnung über die Verdunkelung im Luftschutz, 23. 11. 1943. *Protar* 9 (12), 1943, 280–282.
43 Tanner 1988, S. 76.

schuss».[44] Dafür rief Bundesrat Minger, Vorsteher des EMD, in *Protar* zum «Respekt» der Bevölkerung für den Luftschutz auf.[45] Gegen Ende Jahr berichtete die eidgenössische Luftschutzstelle über eine Alarm- und Verdunkelungsübung, die in Laupen durchgeführt worden war. Geleitet vom örtlichen Feuerwehrkommandanten sollte sie Erkenntnisse dazu bringen, «wie in einem ländlichen Gebiet, welches nicht luftschutzpflichtig ist, die Verdunkelung und der Alarm mit behelfsmässigen Mitteln durchgeführt werden können»[46]. Der sogenannten Luftschutzpflicht nicht unterstellt waren Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie stellten bei weitem die Mehrheit dar. Die Quellen, die weiter unten zur Dokumentation der Vorbereitung und Durchsetzung der Verdunklung zitiert werden, stammen alle aus solchen Gemeinden.

Vom 24. auf den 25. November 1937 fand die erste gesamtschweizerische Verdunkelungsübung statt. Rund ein Jahr später ordnete das EMD für die Nacht vom 27. zum 28. September 1938 eine weitere schweizweite Verdunkelungsübung an. Nach Kriegsausbruch, im September 1939, stieg offenbar die Nervosität – auch im Hinblick auf die Frage, ob nun verdunkelt werden sollte oder nicht. Deshalb stellte die Armeeleitung klar:

«3. Die Armeeleitung wird den Verdunkelungsbefehl nur erteilen, wenn die Umstände es erfordern. Hierbei werden selbstverständlich alle ins Gewicht fallenden Faktoren berücksichtigt.

4. Je nach der Lage werden Verdunkelungsübungen angeordnet werden, die ohnehin für diesen Herbst vorgesehen waren.»[47]

Tatsächlich verlangte General Guisan 1939 lediglich eine weitere Verdunkelungsübung. Schweizweit sollte in der Nacht vom 14. zum 15. November verdunkelt werden. Anfang November waren die Gemeinden über die kantonalen Militärdirektionen über die bevorstehende Übung informiert worden.

44 König: Alarm- und Verdunkelungsübung in Thun, 28. 2. 1936. *Protar* 2 (4), 1936, 1 f. In Heft 5 erschien dann ein ausführlicher Bericht über die Ergebnisse der Übung. F.: Die Luftschutz-Teilübung in Thun vom 28. 2. 1936 (Mitgeteilt von der Eidgenössischen Luftschutzstelle, Bern). *Protar* 2 (5), 1936, 79–83.

45 Bundesrat Rudolf Minger: Aufruf an das Schweizervolk. *Protar* 2 (4), 1936, 1.

46 Eidgenössische Luftschutzstelle: Alarm- und Verdunkelungsübung in Laupen und Umgebung vom 17. 10. 1936. *Protar* 3 (1), 1936, 2 f.

47 S. n.: Verdunkelung. *Protar* 5 (11), 1939, 169.

2.2 Aufklärung der Bevölkerung und Strafandrohungen

Neben einer Ausstellung über den Luftschutz in Zürich informierten auch in anderen Städten Ausstellungen über Luftschutzmassnahmen und/oder Verdunkelungsmöglichkeiten. Bereits im Mai 1935 soll im Aarauer Schachen die Wanderausstellung «Gas- & Luftschutz» stattgefunden haben.[48] In *Protar* wurde dann für den 13.–22. März 1936 eine Luftschutzausstellung in der Mustermesse in Basel angekündigt.[49] Am 22. Januar 1937 wurde in Bern eine «Ausstellung über Einrichtungen für die Verdunkelung und für Verdunkelungsmaterial» eröffnet. In der Mitteilung in der *Allgemeinen schweizerischen Militärzeitung* wurde diese Ausstellung sehr gelobt: «Die Ausstellung wirkt vorbildlich namentlich auch in dem Sinne, als die Bevölkerung sieht, wie sich die amtlichen Forderungen mit einfachen Mitteln oder sogar nur behelfsmässig erfüllen lassen. Da man beiläufig auch einen wertvollen Einblick in die Tätigkeit der in Bern bereits ausgebildeten Luftschutzdetachemente gewinnt, trägt die ganze Veranstaltung wesentlich zur Aufklärung und Beruhigung der Zivilbevölkerung bei. Der äusserst lebhafte Besuch beweist denn auch, dass das Bedürfnis nach einer solchen Ausstellung in weitesten Kreisen vorhanden war und dass die hier gebotene Belehrung dankbar entgegengenommen wird.»[50]

Neben den Ausstellungen wurde in unterschiedlichen Medien informiert über spezifische Fragen der Verdunkelung. Die 1934 neu gegründete Zeitschrift *Protar* nahm dabei für die Bundesbehörden die Funktion eines halboffiziellen Organs wahr: Hier wurden den Luftschutz betreffende Beschlüsse, Verordnungen und Ähnliches publiziert. In weiteren Medien wurden technische Lösungen bei spezifischen Problemen der Verdunkelung von Industriebetrieben vorgestellt. Fragen zur Beleuchtung insbesondere von Autos und Fahrrädern, aber auch der Strassenbahnen und Züge sowie der Strassenbeleuchtung wurden erörtert.[51]

48 Schreiben an die Gemeinderäte des Kantons Aargau, Zofingen, Gemeinderatsprotokoll Akten 1935, 27. 5. 1935. Zit. in Ruch 2008, S. 7.

49 S. n.: Luftschutz-Ausstellung in Basel, 13.–22. 3. 1936. *Protar* 2 (4), 1936, 58.

50 Mitteilungen. Luftschutz- und Verdunkelungs-Ausstellung in Bern. *Allgemeine schweizerische Militärzeitung* 83 (2), 1937, 109.

51 Beispiele dieser teilweise auch von Geschäftsinteressen bestimmten Beiträge sind die Folgenden: Vogt/Hörnlimann: Beispiele von wirtschaftlich vorteilhaften Lösungen der Verdunkelung. *Wohnen* 12 (2), 1937, 16–19; s. n.: Geschäftliche Mitteilungen. Verdunkelung für den Luftschutz. *Wohnen* 12 (2), 1937, 26; H. Leuch: Verdun-

Neben den Aufklärungs- beziehungsweise Informationsmassnahmen erliess der Bundesrat am 3. April 1936 Strafbestimmungen bezüglich des passiven Luftschutzes. Der Artikel 12 der Verordnung des Bundesrates betreffend Verdunkelung im Luftschutz vom 3. Juli 1936 bezog sich auf diese Strafbestimmungen.[52] Sie betrafen zum einen in leichten Fällen Bussen von 5 bis 200 Franken, zum andern Strafurteile, die zu höheren Bussen, Haft, Verlust der «bürgerlichen Ehrenfähigkeit» und für Ausländer zur Landesverweisung führen konnten. 1938 wurden die Strafbestimmungen nach juristischen Auseinandersetzungen in einen Bundesbeschluss integriert.[53] Bei den Verdunkelungsübungen verhängte die Polizei zumindest in den Städten Bussen und machte damit klar, dass die Verdunkelungsanordnung strikt zu befolgen war.

kelung im Luftschutz. *Schweizerische Bauzeitung* 109/110, 1937, 4, 41 f.; s. n.: Erfahrungen mit Verdunkelungsmassnahmen. *Schweizerische Bauzeitung* 115/116 (22), 1940, 250 f.; Zambetti, Th.: Baden. Die Verdunkelung der Strassenbeleuchtung im Luftschutz. *Protar* 1 (11), 1935, 182–185; Dr. W. Denzler: Über die Verdunkelung industrieller Betriebe. *Protar* 4 (1), 1937, 7–9; F. Stauffer: Verdunkelungseinrichtungen für Fahrzeuge. *Protar* 4 (1), 1937, 2–6.

52 Bundesrat: Verordnung betreffend Verdunkelung im Luftschutz, 3. 7. 1936; speziell Art. 12. *Protar* 2 (9), 1936, 174.

53 Der Bundesratsbeschluss vom 3. 4. 1936 bildete die Vorlage für den Bundesbeschluss, der 1938 von der Bundesversammlung verabschiedet wurde. Bundesbeschluss betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz vom 24. 6. 1938. *Protar* 5 (1), 1938, 3 f.

3 Kritik an Verdunkelungsmassnahmen in der Öffentlichkeit

Die Haltung der Bevölkerung gegenüber der Forderung, den öffentlichen Raum sowie private Gebäulichkeiten und Fahrzeuge zu verdunkeln, ist insgesamt schwer einzuschätzen. Zwar können gewichtige politische Stimmen insbesondere in den nördlichen Grenzkantonen wahrgenommen werden, die dezidiert gegen die Verdunkelungsvorgaben opponierten. Politische Proteste von Privatpersonen dagegen sind eher spärlich überliefert. Es gab aber Äusserungen, die die Verdunkelung als sinn- und nutzlose Schikane einschätzten. Da und dort hörte man Murren wegen der finanziellen Belastung und der zusätzlichen Arbeit. Zahlreicher waren Personen, die es mit der Verdunkelung nicht so genau nahmen – ob in Opposition gegen die Anordnung, aus Nachlässigkeit, wegen Überforderung oder aus anderen Gründen, ist nur in Einzelfällen zu eruieren.

Vor allem aber gab es Äusserungen von für die Durchsetzung der Verdunkelungsvorgaben Verantwortlichen, die eine gewisse Nervosität verraten. Sie zeigten sich besorgt, dass die Bevölkerung durch die Vorbereitungen verängstigt werde und dass es eine beträchtliche Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern geben könnte, die die Vorschriften missachten würden. Deshalb versprachen sie nicht nur Unterstützung, sondern drohten auch mit Strafe. Es zeigt sich denn auch in den Gemeinden, zu denen Quellen aufgearbeitet wurden, dass es in den Kriegsjahren immer wieder zu Nachlässigkeiten und Weigerungen kam und die Gemeindebehörden oft ein Auge zudrückten. Von einer lückenlosen Verdunkelung kann vielerorts nicht gesprochen werden.

3.1 Nervosität von Bundesrat und Luftschutzorganisation

1937 fühlte sich der Vorsteher des EMD, Bundesrat Minger, gedrängt, «Irrtümern und Missverständnissen» bezüglich des Luftschutzes, die insbesondere in der Tagespresse verbreitet würden, entgegenzutreten.[54] So

54 R. Minger, Chef des EMD: Verdunkelung im Luftschutz. Bern, im März 1937. *Schweizer Soldat. Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung* 12 (14), 1937, 239 f.

behauptete er, es würden Gegensätze zwischen Militär und Luftschutz vermutet. «*Solchen Behauptungen muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.*» Zudem gebe es offenbar Leute, die die Verdunkelung für unnütz hielten, da Flugzeuge ihren Weg trotzdem finden würden. Das sei falsch, ja es liege in der Aussage ein «Defaitismus» – womit Kritikern klargemacht wurde, in welchen Verdacht sie bei kritischen Äusserungen oder Fragen geraten konnten. «*Alle Länder, die den Krieg erlebt, bereiten die Verdunkelung vor*», so die Kernaussage des Bundesrats gegen derartige Zweifel. Es werde ferner eingewendet, dass die modernen Flugzeuge für den Blindflug geeignet seien. Das stimme, aber dies helfe keineswegs für die Orientierung, wo die Bomben abzuwerfen seien, genauso wenig wie die Verwendung von Leuchtkörpern.[55] Verdunkelung nütze nichts, weil die Flüsse und Seen bei Mondschein hell leuchteten, sei ein weiteres Argument. Allerdings sei es doch so, dass feindliche Geschwader selbst die Dunkelheit suchten und deshalb Mondnächte wohl nicht so wichtig seien, vermutete Minger. Besondere Bedeutung aber habe der folgende Sachverhalt: «Ist ein ganzes Land verdunkelt, so wird der Angreifer gezwungen, bei seinen Flügen auf verhältnismäßig geringe Höhen hinunterzugehen, wenn er sein Ziel mit einiger Sicherheit finden will. Damit gelangt er notwendigerweise in den Bereich der Abwehrwaffen, die vom Boden aus tätig sind. Die Risiken, die er läuft, sind somit viel schwerer, als sie es ohne Verdunkelung wären, wenn er den Angriff aus großen Höhen durchführen könnte. Die Verdunkelung setzt derart die Angriffsgefahr mittelbar herab, und zwar um so entschiedener, je besser die Abwehr vom Boden aus eingerichtet und ausgebaut ist.» Gerade dies zeige auch, dass es eine Rivalität zwischen passivem und aktivem Luftschutz nicht gebe, dass die entsprechenden Akteure zusammenzuarbeiten hätten.[56] Weshalb der Bundesrat allerdings davon ausging, dass die Flugzeuge, die das neutrale Land überfliegen könnten, in demselben Ziele anvisieren sollten, deshalb tiefer fliegen würden und so angegriffen werden könnten, machte er nicht deutlich.

1938 druckte die Zeitschrift der Übermittlungstruppen *Der Pionier* einen Beitrag des Schweizerischen Luftschutzverbandes ab. Unter dem Titel «Verdunkelung – eine Erfindung von heute?» wurde mit den Erfahrun-

55 Ebd., 239 (Hervorhebung im Original).
56 Ebd., 240.

gen von Staaten, die im Ersten Weltkrieg Kriegspartei waren, gegen Zweifel argumentiert: «Gewiss, der Schützengraben stellt für den Soldaten und die Verdunkelung für die Zivilbevölkerung keinen vollständigen Schutz dar. Die Gefahr besteht weiter, durch unser Verhalten zwar herabgemindert, nicht aber völlig ausgeschaltet. […] Und soll, weil dem so ist, eine Stadt, ein Dorf, aber auch ein ganzes Land auf die Verdunkelung verzichten, sich dem Feinde zeigen? Wenn wir dem Rate oberflächlicher Besserwisser folgen sollten, dann ja. Der Unsinn eines solchen Verhaltens ist offensichtlich; wer solchen propagiert, darf nicht ernst genommen werden.»[57] Weshalb solches Verhalten für ein neutrales Land unsinnig sein sollte, wurde nicht erklärt. Leute, die solches zur Diskussion stellten, wurden als unbedarfte «Nörgler» bezeichnet.[58]

Vermutet werden kann, dass sich die Regierung nicht sicher war, ob die Kriegsparteien die Neutralität der Schweiz respektieren würden. Befürchtet wurde in den ersten Kriegsjahren laut dem Militärhistoriker Rudolf Jaun, dass das Deutsche Reich einen «Terrorangriff» starten könnte. Ab 1944 habe dann die Verdunkelung aber die amerikanischen Flugzeugstaffeln behindert: «1940–1942 war die Verdunkelung zum Nachteil der Wehrmacht, hätte sie doch einen Terrorangriff auf Ortschaften des militärisch fast vollständig geräumten Mittellandes erschwert (Angriff am Ende der Nacht, bzw. Morgengrauen). Nachher war mit einem deutschen Angriff nicht mehr zu rechnen. […] Ab 1944 nach der Landung war sie zum Nachteil der Alliierten, d. h. Amerikaner, die allenfalls den Schweizer Luftraum benutzen wollten.»[59]

Ob die Überzeugung des Bundesrats, die Schweiz müsse verdunkelt werden, damit zusammenhing, dass dieser in Kenntnis der Tatsache argumentierte, dass schweizerische Industriebetriebe in grossem Stil für das Deutsche Reich produzierten und deshalb trotz politischer Neutralität von den Alliierten als feindliche Betriebe gesehen wurden, muss offenbleiben.

57 SLV Schweizerischer Luftschutzverband: Verdunkelung – eine Erfindung von heute? *Der Pionier. Zeitschrift für die Übermittlungstruppen* 11, 1938, 69 f.

58 Stefan Ineichen spricht davon, dass gerade die Bombardierungen von Basel heftige Diskussionen über den Sinn von Verdunkelung ausgelöst hätten, gibt aber keine Quellen an. Ineichen 2009, 29–31.

59 Rudolf Jaun, E-Mail, 31. 10. 2022. Allerdings weisen zum Beispiel Kambers Forschungen sowohl bezüglich des Terrorangriffs als auch bezüglich der Datierung der Relevanz der Verdunkelung für die Alliierten darauf hin, dass die Aussage problematisch ist. Kamber 1993.

Für eine solche Motivation der Verdunkelungspflicht konnten bislang keine Belege gefunden werden. Dass eine gewisse Unsicherheit bestand, zeigte etwa das Dach der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle & Co., auf dem ein grosses Schweizer Kreuz aufgemalt wurde, um die alliierten Bomber von Bombardierungen abzuhalten.[60]

Die Nervosität des Bundesrates und bürgerlicher Kreise hinsichtlich der Akzeptanz der Verdunkelungsvorschriften mündete, wie gezeigt wurde, in vermeintlich sachliche Klarstellungen. Das Bekenntnis zum Luftschutz und zur Verdunkelung stellte sich vordergründig nicht gegen eine politische Opposition gegen die unverhohlenen Kriegsvorbereitungen, sondern erschien als eine Frage der technischen Vernunft. Gänzlich unterdrückt wurde in der Öffentlichkeit die Frage, ob eine vorsorgliche Verdunkelung nicht das Bekenntnis zur Neutralität torpedierte, indem derart die Grenze zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Territorium unkenntlich gemacht würde und deshalb ein Angriff wahrscheinlich würde, zum einen weil sich alliierte Bomber bereits auf deutschem Territorium wähnen konnten, zum andern weil man die Verdunkelung als Unterstützung des Deutschen Reiches interpretieren konnte.

Dahinter lauerten aber Ängste, etwa die Linke werde diesen Kurs trotz Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung ab 1935 zu wenig mittragen. So wurde die Befolgung der Verdunkelungsübungen in den grossen Städten, wo die Sozialdemokratie stark war, von der *Neuen Zürcher Zeitung* mit Argusaugen beobachtet. Begleitet war diese Aufmerksamkeit davon, dass man die Städte als Ballungsraum und wegen ihrer Komplexität als besonders gefährdet ansah.[61] Die Ängste waren unbegründet, denn die Linke trug das in verfassungswidrigem Prozess erlassene Luftschutz- und Verdunkelungsprogramm mehrheitlich mit, was Tanner wie folgt beurteilt: «Diese Unterstützung zeigt jedoch eher die Problematik der damaligen

60 Vgl. Leimgruber 2021, S. 68, Abb. 4. Dass am 18. 5. 1943 Bomben in Oerlikon niedergingen, war für einige ein Warnschuss wegen der Waffenproduktion. Aber Thomas Bachmann zeigte in seiner Lizenziatsarbeit aufgrund englischer Quellen, dass es sich bei diesem und anderen Abwürfen um irrtümliche Angriffe handelte. Vgl. Bachmann, Thomas: Vor 60 Jahren fielen Bomben auf Zürich. Irrtümer im strategischen Luftkrieg der Alliierten. *Neue Zürcher Zeitung*, 4. 3. 2005.

61 So berichtet Tanner von Entwürfen der 1930er-Jahre für die «Zukunftsstadt», bei denen sozialhygienische und luftschützerische Überlegungen kombiniert wurden. Tanner 1988, S. 71, 80–82. Zur Kontroverse um die Verfassungsmässigkeit des Programms siehe Kap. 3.3 und 3.4.

‹Nationalisierung› der Linken auf, als dass sie den Luftschutz von seinen politischen Hypotheken entlasten könnte. Denn gerade durch diese Form der Bedrohungsabwehr wurde die Schweiz im Innern anfällig für jene Tendenzen, die sie als ‹Gefahr von aussen› bekämpfen wollte, ein Sachverhalt, der von der kritischen Zeitgeschichtsschreibung als ‹helvetischer Totalitarismus› charakterisiert worden ist.»[62]

3.2 Widerstand aus Grenzregionen

Die Regierungen von Grenzkantonen wie Basel, Aargau, St. Gallen oder Schaffhausen waren bezüglich der Vorbereitung von Verdunkelungsmassnahmen zur Verwischung der Grenze zum Deutschen Reich äusserst beunruhigt. Genf wandte sich dezidiert gegen die Verdunkelungspläne.[63]

Matthias Wipf berichtet, dass Anfang September 1939 die Schaffhauser Regierung, noch in Unkenntnis des Kriegsausbruchs, beim eben gewählten General Guisan mit der Forderung vorstellig wurde, dass «‹keine Verdunkelung für den Kanton Schaffhausen angeordnet wird und die Grenzen besonders gekennzeichnet werden›».[64] «In einem Schreiben an Generalstabschef Labhart wies Grossratspräsident Franz Moser-Rich […] darauf hin, dass den Piloten der kriegführenden Mächte wahrscheinlich ‹die nicht einfachen Grenzverhältnisse nicht oder ungenügend bekannt› seien, was sich gerade in den Gebieten nördlich des Rheins fatal auswirken könne. Eine Markierung der Landesgrenze mittels Schweizerkreuzen, wie sie nun verschiedentlich auch in der Presse gefordert wurde, scheine ihm deshalb ‹wert genug, um geprüft zu werden›, auch wenn eine solche mit der geplanten Verdunkelung in Widerspruch stehe.»[65]

Der General zeigte sich aus Gründen mangelnder Wirksamkeit gegenüber Massnahmen, die die Grenze tagsüber markieren sollten, skeptisch. Hingegen stimmte er dem Schaffhauser Parlamentarier darin zu, dass die Verdunkelung den Schutz vor Bombardierungen torpedierte, und stellte sich damit gegen die offizielle Version des Bundesrates: «Auch General Guisan wies gegenüber der Schaffhauser Kantonsregierung, die gleich mehrmals

62 Ebd., S. 70.
63 Hunger 1989.
64 Protokoll Regierungsrat Kanton Schaffhausen, 1. 9. 1939. Zit. von Wipf 2001, S. 180.
65 BAR, E 27-14368, Bd. 4. Zit. von Wipf 2001, S. 180.

vorstellig geworden war, auf ‹zahlreiche praktische Schwierigkeiten› bei allfälligen Grenzmarkierungen hin, womit vor allem die Geländebeschaffenheit und die Witterung gemeint waren. ‹Als wirksamste Massnahme bei Nacht›, teilte Guisan mit, ‹betrachte ich die normale Ortsbeleuchtung, die auf die ganze Nacht ausgedehnt werden kann. Die beleuchteten Ortschaften bilden den besten Gegensatz zum verdunkelten Ausland und sind für die Flieger deutliche Kennzeichen.›»[66]

Die Schaffhauser Regierung suchte währenddessen weiter nach Massnahmen, die die Grenze tagsüber sichtbarer machen würden. Statt der Markierung mit Schweizer Kreuzen verfolgte sie den Plan, die Grenze durch eine Schneisenrodung deutlicher hervortreten zu lassen, eine Massnahme, die rechtlich international abgesichert war. Laut Matthias Wipf wollte der Bundesrat jedoch das Projekt nicht verfolgen, weil er die Kosten für die Rodung scheute. Immerhin bekräftigte Bundesrat Minger «in Übereinstimmung mit General Guisan, ‹die Kennzeichnung der Landesgrenze [sei] im Interesse unserer Neutralität […] geboten›».[67]

Im Spätsommer 1940, so Wipf weiter, «wurde im Schaffhauser Stadtrat die Frage erörtert, ‹ob eventuell der Munot als Wahrzeichen der Stadt die ganze Nacht angeleuchtet werden soll›, was – trotz Befürchtungen einzelner Ratsmitglieder – dann auch so beschlossen wurde. Zudem behielt man nun, als Kontrast zum bereits verdunkelten Deutschland und im Einklang mit den Vorschlägen der Militärbehörden, die öffentliche Beleuchtung der Strassen Schaffhausens bis morgens um zwei Uhr eingeschaltet, da die vor Kurzem erfolgten Fliegeralarme doch eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hatten.»[68]

Auch die Regierung des Kantons St. Gallen sah in der Verdunkelung eine Gefährdung der grenznahen Gemeinden, denn «[g]leichzeitig sah man sich in der Ostschweiz mit regelmässigen Überflügen englischer Flugzeuge konfrontiert, wobei auf die Gemeinde Au Bomben fielen. […] Die Regierung verlangte ‹für die ganz unverantwortliche Tat dieser fremden Flieger, die ein gut beleuchtetes Schweizer Dorf in so gefährlicher Weise angegrif-

66 BAR, E 27-14368, Bd. 4. Zit. von Wipf 2001, S. 180.
67 Wipf 2001, S. 181; BAR, E 27-14368, Bd. 4. Zit. von Wipf 2001, S. 181.
68 Protokoll Stadtrat Schaffhausen, 21. 8. 1940 und 6. 9. 1940: Stadtarchiv Schaffhausen, C II 03.2.21. Zit. nach Wipf 2001, S. 182.

fen habe›, Schadenersatz und drängte auf eine sichtbare Markierung der Schweizer Grenze.»[69]

Max Lemmenmeier fährt fort: «Aus politischen Rücksichten geschah allerdings das Gegenteil: Am 6. November [1940] ordnete der General im Einvernehmen mit dem Bundesrat die allgemeine Verdunkelung des Landes von 22 Uhr bis 6 Uhr an. Ortschaften und Städte verschwanden bis September 1944 in der Finsternis, obwohl dies der Schweiz keinerlei militärischen Nutzen brachte. In der Bevölkerung sorgte eine strenge Kontrolle, die Nachlässige büsste, regelmässig für Ärger. Nach den schweren Bombardierungen im Bodenseeraum durch die Alliierten ersuchte 1943 das Kantonale Militärdepartement den Bundesrat, die Verdunkelung zu lockern. Unter dem Druck parlamentarischer Vorstösse erneuerte die Regierung nach der Bombardierung Schaffhausens (1. April 1944) ihre Bitte. Zugleich wehrte sie sich erfolglos gegen die deutschen Schiessübungen am Bodensee, die wiederholt zu Geschossniedergängen in den Seegemeinden führten.»[70]

Die Basler Regierung, die schon bei den Vorbereitungen des Luftschutzes zögerlich gewesen war, äusserte sich bezüglich der Verdunkelung besorgt, wie Bettina Hunger berichtet. Als kurz nach der Verhängung der Verdunklung am 7. November 1940 in Basel vom 16. auf den 17. Dezember Bomben vier Menschenleben forderten und einen Sachschaden von über 700 000 Franken hinterliessen, intervenierte die Basler Regierung mit Rückendeckung des Grossen Rates beim Bundesrat und forderte die Aufhebung der Verdunkelung.[71]

Offensichtlich waren Politiker aber bemüht, mit ihren Bedenken und Forderungen die Öffentlichkeit nicht zusätzlich zu beunruhigen.[72] Dennoch zeigt das Dargelegte, dass es im föderalen Gebälk in den Grenzregionen rumorte bei der Vorstellung, dass nicht nur keine besonderen Massnahmen für die Markierung des neutralen Staates vorgenommen werden sollten, sondern vorgesehen und schliesslich umgesetzt wurde, dass die Grenze «in

69 Lemmenmeier 2003, S. 87.

70 Ebd., S. 87 f.

71 Ganzer Abschnitt Hunger 1989, speziell S. 26.

72 Diesbezüglich ist allerdings noch einige Forschungsarbeit zu leisten. Einerseits sind politische Demarchen der Grenzkantone unterschiedlich konsequent aufgearbeitet. Andererseits müssten in den lokalen Zeitungen Berichte zu allfälligen Diskussionen in der Öffentlichkeit gesucht werden.

der Finsternis» versank und sich damit die Gefährdung von Menschen und Infrastruktur bedeutend erhöhte.

3.3 Pazifistisch und staatsrechtlich motivierte Verweigerung

Clara und Leonhard Ragaz, tragende Figuren des religiösen Sozialismus und der von ihnen inspirierten Friedensbewegung, verweigerten trotz polizeilicher Intervention die Verdunkelungsübung vom 11. auf den 12. Juni 1937 in Zürich. Ihre Aktion und deren Begründung erläuterten sie später in der Zeitschrift der religiös-sozialen Bewegung *Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit*.[73]

Als Hauptmotiv für die Verdunkelungsverweigerung gaben die beiden ihre religiös begründete pazifistische Überzeugung an. Daneben vertraten sie die Auffassung, dass «der sogenannte passive Luftschutz nicht nur völlig nutzlos, sondern auch eine gefährliche Ablenkung von dem wahren und allein wirksamen Schutze» sei, «dem Kampf gegen den Krieg», zudem sei er «eine tiefe Entwürdigung des göttlichen Ebenbildes im Menschen».[74]

Die Verdunkelung stelle ein demokratiewidriges Diktat dar: «Wir halten an unserer wiederholt auch öffentlich ausgesprochenen Überzeugung fest, dass sowohl die Luftschutzverordnungen des Bundesrates im allgemeinen als besonders auch die darin enthaltenen Strafbestimmungen wider Recht und Verfassung und auf dem Wege des Diktates dem Volke auferlegt worden sind. Darin befinden wir uns in Übereinstimmung mit hervorragenden Lehrern des schweizerischen Strafrechtes wie mit einem sehr großen Teil des Schweizervolkes überhaupt und besonders seiner Juristen. Als besonders gravierend erscheint uns, dass der Bundesrat mit diesen Luftschutzdiktaten nicht mehr und nicht weniger als einen neuen Militärdienst eingeführt hat, einen Militärdienst für einen großen Volksteil, der zu solchem nicht pflichtig wäre oder schon den gesetzlichen Militärdienst geleistet hat. Der Bundesrat hat damit eine fundamental wichtige Sache der Volksabstimmung entzogen, sich eines schweren Verfassungsbruches schuldig gemacht und die Grundlagen und Grundrechte der schweizerischen Demokratie zerstört.»[75]

73 Leonhard Ragaz, Clara Ragaz: Gegen die Verdunkelung: Bericht und Erklärung: Teil I, II und III. *Neue Wege* 31 (9), 1937, 371–375.

74 Ebd., 373.

75 Ebd., 375.

Schliesslich begründeten sie ihre Ablehnung der Verdunkelungsübung auch mit der Art und Weise, wie diese in der Stadt Zürich durchgeführt worden war: «Denn an Stelle des furchtbaren Ernstes, den diese Sache doch hätte haben müssen, falls sie nicht ganz und gar Humbug sein sollte, welch' ein Treiben! Johlen, Flirten, Lärm, Musik überall, kurz: Fastnacht. Der Gedanke drängt sich auf, dass wir für eine neue Sintflut reif seien. Darüber füllte sich mein Herz mit Dank gegen Gott, dass wir durch ihn davor bewahrt geblieben seien, das mitzumachen, dass wir dagegen Protest erheben und Zeugnis ablegen durften.

Dabei wäre überall Licht in Hülle und Fülle für einen Angreifer gewesen, dem gerade diese Nachtstunden gepasst hätten. Aber nicht genug: von Zeit zu Zeit wurde die Stadt fast taghell beleuchtet, so hell, wie sie in nicht ‹verdunkelten› Nächten niemals ist. Mächtige Scheinwerfer suchten Flugzeuge am Himmel – von denen man eines hoch oben schimmern sah – und hoben damit die Verdunkelung gründlich auf. Dieser Widerspruch offenbarte vollends die ganze Unwahrheit dieser Sache. In der Tat glaubte ja wohl niemand recht daran. Aber alles machte mit, duckte sich.»[76]

Nach einer weiteren Verdunkelungsübung ein Jahr später veröffentlichten Leonhard und Clara Ragaz erneut eine Stellungnahme, diesmal mit weiteren Friedensaktivistinnen und -aktivisten:[77] «Die neue Verdunkelungsnacht, die vom 27. auf den 28. September, hat uns Verweigern mehr zu schaffen gemacht als die vorhergehenden. Denn die Lage hatte sich verändert. Vorher war diese Verdunkelung ein unwürdiges, ja gottloses Theater. Auch dagegen ging unser Protest. Und er ging gegen den Fatalismus, der den Krieg für unvermeidlich hält. Diese Momente schienen nun, wenn nicht weggefallen, so doch abgeschwächt. Nun war ja die Kriegsgefahr vorhanden. Nun kam, schien es, auch in das, was vorher ein frivoles Schauspiel war, etwas mehr Ernst.»[78]

76 Ebd.

77 Es handelte sich um Max und Agnes Gerber, Zürich; Dr. Bernhard Lang, Langenthal; Elisabeth Blaser, Le Locle; Clara Waldvogel, Neuenburg, und Pierre Cérésole, Gland. Ebenso bezog Pfarrer Paul Trautvetter von Zürich Stellung. Leonhard Ragaz, Clara Ragaz et al.: Nochmals Verdunkelung: Teil I, II und III. *Neue Wege* 32 (10), 1938, 436–442.

78 Leonhard Ragaz, Clara Ragaz et al.: Nochmals Verdunkelung: Teil I, II und III. *Neue Wege* 32 (10), 1938, 436.

Bei der Lektüre der beiden Stellungnahmen fällt auf, dass diese Kritik politisch, pazifistisch und ethisch-sittlich basierte Motive in schwer verständlicher Argumentation vorbrachte. Aus der zweiten wird deutlich, dass die beiden Ragaz die öffentliche Kritik am Luftschutz 1938 bereits in einer schwierigen Lage sahen. Die Aussage, dass die Verdunkelung eine Kapitulation vor dem Krieg sei, verfing wohl kaum noch als Argument für den Kampf gegen die Verdunkelung, da sich der Krieg mit dem «Anschluss» Österreichs deutlich ankündigte.

Auch der Pazifist und Quäker Pierre Cérésole verweigerte ab 1937 die Verdunklungsübungen konsequent. Er wurde jedesmal gebüsst und ging, weil er sich weigerte, die Busse zu bezahlen, jeweils für ein paar Tage ins Gefängnis. Er sei nicht bereit gewesen, sich zum Komplizen des Krieges zu machen.[79]

Zentral für den Widerstand blieb die Einschätzung des dringlichen Bundesbeschlusses als verfassungswidrig. Eine Position, an die insbesondere Pfarrer Paul Trautvetter anknüpfte. Er war zudem der Überzeugung, dass der Luftschutz die Bevölkerung darüber hinwegtäusche, was ein moderner Krieg mit ihr machen werde: «Dass man bei uns den ‹Luftschutz› in verfassungswidriger Weise ohne Volksabstimmung eingeführt hat, ist ein Beweis dafür, dass man die öffentliche Erörterung dieser Sache scheute, während es doch umgekehrt den verantwortlichen Führern des Volkes ein heiliges Anliegen sein müsste, dass den Völkern die Augen aufgehen über die Furchtbarkeit der Lage, in der sie sich im Kriegsfalle befänden.»[80]

Der Widerstand gegen den dringlichen Bundesbeschluss wurde 1938 obsolet, als Bundesrat und Parlament die Strafbestimmungen bei Verstössen gegen den passiven Luftschutz dem Referendum unterstellten und sich derart die direktdemokratische Legitimation einholten.

Laut Willy Spieler brachte die Haltung gegenüber der Verdunkelung der pazifistischen Bewegung in der Öffentlichkeit Schelte ein. So habe sich die «Hüterin des Dunkels», die *Neue Zürcher Zeitung*, gegen sie gewendet. Der Kirchenrat habe den pazifistischen Pfarrer Paul Trautvetter gerügt. Hingegen hätten die Jungsozialisten eine «Sympathieadresse» verfasst.[81]

79 Vgl. Kamber 1993, S. 32. Der Beitrag im HLS zu Cérésole erwähnt dazu nichts. Perrenoud 2005.

80 Paul Trautvetter in: Leonhard Ragaz, Clara Ragaz et al.: Nochmals Verdunkelung: Teil I, II und III. *Neue Wege* 32 (10), 1938, 440.

81 Spieler 2006, S. 320.

Welche Wirkung der Positionsbezug der Protagonisten des religiösen Sozialismus gegenüber der Verdunkelung und dem Luftschutz insgesamt in der Bevölkerung hatte, ist auf der vorhandenen Quellenbasis nicht eruierbar. Aufgrund verbreiteten Unwillens gegenüber der Verdunkelung (siehe Kapitel 3.2) dürfte allerdings die Öffentlichkeit nicht so deutlich der Meinung der *Neuen Zürcher Zeitung* zugeneigt gewesen sein, wie Spieler insinuiert.

3.4 Juristischer Disput über die Verfassungsmässigkeit der dringlichen Bundesbeschlüsse

Leonhard und Clara Ragaz waren der Auffassung, dass die als dringlicher Bundesbeschluss erlassenen Bestimmungen zum Luftschutz verfassungswidrig seien, da sie so dem Referendum entzogen und damit ohne direktdemokratische Legitimation waren. Diese Argumentation fand auch in anderen Kreisen Unterstützung. Sie beriefen sich dabei auf den Zürcher Staatsrechtler Zaccaria Giacometti. Dieser kritisierte generell die häufige Inanspruchnahme der Dringlichkeitsklausel, insbesondere aber das Vollmachtenregime des Zweiten Weltkriegs scharf als verfassungswidrig.[82] Darin wurde ihm von seinem Kollegen Dietrich Schindler widersprochen, dem letztlich, so der Professor für Verfassungsgeschichte Andreas Kley, die Mehrheit der Staatsrechtler folgte.[83]

Aufgrund der Strafbestimmungen von 1934/36 waren Leonhard und Clara Ragaz gebüsst worden. Auch in Frauenfeld wurde eine Busse ausgesprochen: Martha Sch. in Frauenfeld verweigerte bei einer Übung die Verdunkelung und wurde deswegen aufgrund des Bundesbeschlusses vom 3. April 1936 gebüsst. Der Fall gelangte bis ans Bundesgericht. Dieses wies in seinem Urteil vom 20. Dezember 1937 die Klage von Martha Sch. ab.

82 Giacometti 1945. Siehe auch Kley 2020, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/010094/2020-10-06, 30. 6. 2022. Ferner Tanner 2015, S. 225 f. Küffer (2014, S. 197–201, insbesondere S. 201) hält fest, dass Giacomettis Kritik auf der Auffassung beruhte, dass es Notrecht nur auf der Grundlage eines diesbezüglichen Artikels in der Bundesverfassung geben könne. Da ein solcher Artikel fehlt, sei Notrecht verfassungswidrig. Darin wird ihm laut Küffer in der Lehrmeinung auch 2014 nicht gefolgt.

83 Vgl. dazu Kley 2011, hier 434 f. Andreas Kley ist Professor für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

Die «Regeste» des «Kassationshofes» zur «Frage der Rechtsbeständigkeit des Bundesratsbeschlusses vom 3. April 1936 betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz» hält fest: «Der Beschluss ist gültig soweit er polizeiliche Strafdrohungen enthält, ungültig soweit darin kriminell zu ahndende Tatbestände aufgestellt worden» sind.[84] Damit hatte das Bundesgericht zwar Bussen wie diejenige für Martha Sch. geschützt. Aber gleichzeitig hatte es die Unzulässigkeit von Sanktionen festgehalten, die über polizeiliche Strafen hinausgingen. Es stellte sich also gegen das Vorgehen von Bundesrat und Parlament, mittels dringlichen Bundesbeschlusses ohne direktdemokratische Legitimation «kriminelle Tatbestände» festzustellen und deren gerichtliche Verfolgung anzudrohen.

1938 unterstellte die Bundesversammlung schliesslich den Bundesbeschluss inklusive der Strafvorschriften für den passiven Luftschutz dem Referendum. Es ist wohl nicht falsch zu vermuten, dass das Parlament die Strafbestimmungen regulär verabschiedete, weil das Bundesgerichtsurteil dem Bundesrat und dem Parlament klargemacht hatte, dass insbesondere diejenigen für nicht polizeiliche Strafen nicht rechtens waren. Damit wurden aber auch Proteste wie derjenige von Clara und Leonhard Ragaz erschwert.[85] Artikel 10 des Beschlusses hielt nämlich fest: «Wer Anordnungen oder Weisungen im passiven Luftschutz, insbesondere für Übungen oder andere Veranstaltungen, den Strassenverkehr, die Verdunkelung und die Entrümpelung, vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Busse von 5–200 Fr. und in schweren Fällen überdies mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.»[86]

84 BGE 63 I 326. 63. Urteil des Kassationshofs vom 20. 12. 1937 i. S. Sch. gegen Bezirksamt Frauenfeld, https://entscheide.weblaw.ch/cache.php?link=BGE-63-I-326, 2. 4.2025.

85 Tanner schreibt, es habe auch in der «Blütezeit der Geistigen Landesverteidigung» vereinzelte Widerstandshandlungen gegeben, vermerkt aber einzig einen Artikel im *Vorwärts* vom 9. 6. 1988, Tanner 1988, S. 4.

86 Bundesbeschluss betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz vom 24. 6. 1938. *Protar* 5 (1), 1938, 3 f.

3.5 Ausbleibender Gehorsam, Nachlässigkeit oder Widerstand?

Neben der deklarierten Opposition und dem offenen Widerstand gegen die Verdunkelung gab es häufige Verstösse gegen die Verdunkelungsvorgaben bei Übungen. Ob diese nicht korrekte oder nicht erfolgende Verdunkelung Einzelner als widerständig eingestuft werden soll oder ob sie anders motiviert war, lässt sich nicht eruieren. Es kommen auch Nachlässigkeit, der finanzielle Aufwand für das Verdunkelungsmaterial, Überforderung wegen Zeitmangel und anderes als Motive infrage. Die folgenden Aussagen zur Befolgung der Verdunkelungsvorbereitungen in einzelnen Gemeinden für einen möglichen Ernstfall, also die schweizweite Anordnung der Verdunkelungspflicht, ermöglichen ein detaillierteres Bild.

4 Verdunkelungsvorbereitung in kleinen Gemeinden

Ortschaften mit weniger als 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern waren mit gewissen Ausnahmen von umfangreichen Luftschutzmassnahmen befreit.[87] Hingegen galt für alle Gemeinden die Pflicht, Verdunkelungsvorbereitungen zu treffen. Dazu gehörten auch Übungen, die die Überprüfung der getroffenen Massnahmen ermöglichen sollten. Die vom Bund angeordnete Verdunkelungsübung in Laupen vom 17. Oktober 1936 zielte auf die Realisierung der Verdunkelung in ländlichen Gebieten.[88] Im Folgenden ist die Rede aber von dezentralen vorbereitenden Verdunkelungsmassnahmen und Verdunkelungskontrollen in den Gemeinden Brittnau, Dottikon, Fischbach-Göslikon, Mülligen, Muri, Rothrist und Riniken (alle Kanton Aargau).[89]

4.1 Verdunkelungsmassnahmen und -übungen von Gemeinden

In den studentischen Arbeiten über die Gemeinden Brittnau, Mülligen und Muri finden sich Feststellungen zu ersten Vorbereitungen der Verdunkelung. In den Gemeinden setzte die Dokumentation der Vorkehrungen zur Verdunkelung mit der Verfügung des EMD vom Herbst 1936 ein, mit der den Gemeinden für die Vorbereitungen eine Frist bis zum 1. Februar 1937 gesetzt wurde.[90]

In Mülligen beschloss der Gemeinderat am 5. Januar 1937, zum Thema Luftschutz einen Lichtbildvortrag zu veranstalten, «um die Bürger darüber aufzuklären».[91] Im Herbst organisierte das Ortskomitee in der Gemeinde mit 342 Einwohnerinnen und Einwohnern (1941) eine Verdunkelungs-

87 Von Waldkirch, Eduard: Grundlagen und Aufgaben des passiven Luftschutzes. *Protar* 5 (7), 1939, 108.

88 Eidgenössische Luftschutzstelle: Alarm- und Verdunkelungsübung in Laupen und Umgebung vom 17. 10. 1936. *Protar* 3 (1), 1936, 2.

89 Brittnau: Marti 2008; Dottikon: Haller 2007; Fischbach-Göslikon: Stutz 2006; Mülligen: Ketterer 2006; Muri AG: Haag 2006. Selma Haags Arbeit wurde veröffentlicht: Haag 2007. Rothrist: Siegrist 2011; Riniken: Schmucki 2005. Eine überarbeitete Version wurde veröffentlicht: Schmucki 2006, zur Verdunkelung S. 30.

90 Verfügung des EMD betreffend Verdunkelung im Luftschutz, 13. 10. 1936. *Protar* 3 (1), 1936, 4.

91 Ketterer 2006, S. 10.

übung. Die Kontrolle ergab in 16 Fällen ungenügende Verdunkelung.[92] Die Haushalte wurden ermahnt und es wurde eine zweite Übung angesetzt. Das Gemeindeprotokoll hielt fest: «Sollten sich bei dieser zweiten Übung Nachlässigkeiten ergeben, so werden die Fehlbaren ohne weitere Mahnung gebüsst.»[93] Bei der eidgenössischen Verdunkelungsübung 1938 waren zwei Ställe nicht verdunkelt. Der Gemeinderat verzichtete auf eine Bestrafung, drohte aber im Wiederholungsfall die doppelte Busse an. Gleichzeitig berichtete er dem Kanton, die Verdunkelung werde in der Gemeinde gut aufgenommen, man habe beim Vollzug keine Schwierigkeiten.[94] Fabian Ketterer, der Autor der Arbeit zu Mülligen, nahm es als Ungereimtheit wahr, dass die Behörden zwar Unkorrektheiten bei der Verdunkelung festgestellt hatten, aber dem Aargauischen Militärdepartement einen beruhigenden Bericht zustellten. Er stellte fest: «Schon vor Kriegsausbruch schien die Gemeinde Mülligen bemüht, die Bundesvorgaben zur Verdunkelung umzusetzen. Die vom Gemeinderat gebildete Luftschutzkommission nahm dabei den Kontrollauftrag wahr. Lediglich bei der Bestrafung zweier Personen, die bei einer Übung ihren Stall nicht verdunkelt hatten, beschloss man, die Weisungen des Bundes nicht zu befolgen.»[95]

In Brittnau, einer Gemeinde mit gut 2500 Einwohnerinnen und Einwohnern,[96] plante man 1937, die Gemeindebevölkerung zu informieren.[97] Davor aber hatte der Gemeinderat bereits die Elektrizitätskommission angewiesen, Vorschläge für die Verdunkelung der öffentlichen Beleuchtung zu machen.[98] Schliesslich war man der Auffassung, dass man im Alarmfall den Verdunkelungsbefehl einige Stunden vor der Abschaltung des öffentlichen Lichts erteilen würde. Es brauche also keine zentrale Steuerung.[99] Die Prüfung der Verdunkelung fand anlässlich einer kantonalen

92 In der kleinen Gemeinde gab es neben den Bauernbetrieben auch Kiesabbau und Textilproduktion, https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BClligen_AG, 11. 12. 2022.
93 Gemeinderatsprotokolle Mülligen, 1937–1939, S. 101. In: Ketterer 2006, S. 10.
94 Gemeinderatsprotokolle Mülligen, 1937–1939, S. 232. In: Ketterer 2006, S. 11.
95 Ketterer 2006, S. 12.
96 1941 2791 Personen. Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10. 2018, https://de.wikipedia.org/wiki/Brittnau, 10. 12. 2022.
97 Gemeinderatsprotokolle, Verdunkelung im Luftschutz, 1937/58. In: Marti 2008, S. 9.
98 Gemeinderatsprotokolle, Verdunkelung im Luftschutz, 1936/308. In: Marti 2008, S. 8.
99 Gemeinderatsprotokolle, Verdunkelung im Luftschutz, 1936/308 und 459. In: Marti 2008, S. 9.

(24./25. November 1937) und der gesamtschweizerischen (27./28. September 1938) Übung statt.[100]

Muri hatte etwas über 3000 Einwohnerinnen und Einwohner.[101] Es wurde aber 1935 als nicht luftschutzpflichtig eingestuft.[102] Dennoch wurde 1940 an der Gemeindeversammlung der Antrag gestellt, es sei zu prüfen, ob die Gemeinde nicht Luftschutzkeller erstellen sollte. Schliesslich entschied man sich aus Kostengründen dagegen, stellte aber Privaten, die ihre Keller ausbauen wollten, eine Beratung in Aussicht.[103] Die Feuerwehr von Muri unterbreitete dem Gemeinderat im November 1936 Vorschläge, wie die Verdunkelung zu bewerkstelligen sei. Sie orientierte sich dabei an der Auffassung, «die Angelegenheit [sei] in möglichst einfacher Form zweckmässig zu behandeln».[104] Aufgrund der Vorschläge zentralisierte man die Strassenbeleuchtung, um sie schnell abschalten zu können. Dabei sollte das Kreisspital, das Pumpwerk und die Pflegeanstalt ausgenommen bleiben. Die Bevölkerung wurde angewiesen, Notbeleuchtung bereit zu machen und die Lichtabschirmung nach aussen vorzunehmen.[105] Im Januar 1937 wurden versuchsweise einzelne Ortsteile verdunkelt.[106]

4.2 Verdunkelungsvorbereitung von Bürgerinnen und Bürgern

Im Allgemeinen finden sich kaum Hinweise darauf, ob Private für die Verdunkelung ihrer Gebäulichkeiten und Fahrzeuge unterstützt wurden. Im Juni 1937 beschloss die Gemeinde Fischbach-Göslikon, zur Vorbereitung

100 Gemeinderatsprotokolle, Verdunkelung 1937/368394, 1938/434. In: Marti 2008, S. 9.

101 1930: 3339. Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10. 2018. Anm. 10, https://de.wikipedia.org/wiki/Muri_AG, 10. 12. 2022.

102 Gemeinderatsprotokoll 1935/261, Aktenzeichen 25/7. In: Haag 2006, S. 4.

103 Haag 2006, S. 4 f.

104 Verdunkelung im Luftschutz, Aktenzeichen 25/7 zu Protokoll 1836/712; Feuerwehr Muri, Aktenzeichen 25/7 zu Protokoll 1936947. In: Haag 2006, S. 6.

105 Verdunkelung im Luftschutz, Aktenzeichen 25/7 zu Protokoll 1936/947. In: Haag 2006, S. 6.

106 Protokoll des Gemeindesrats, 1937/22, Aktenzeichen 25/7. In: Haag 2006, S. 6. Selma Haag vermerkte, dass die Akten über den Erfolg der Verdunkelung keine Auskunft gäben.

der Verdunkelung von der Gemeinde Tägerig Crêpe-Papier zu kaufen.[107] Ob das Papier dann an Private gegen Bezahlung oder kostenlos abgegeben wurde, ist nicht klar. Auch in Dottikon hatte die Gemeinde schwarzes Papier beschafft. Dieses wurde an Private abgegeben.[108] Die Zeitzeugen R. sowie S. M. und S. P. berichteten aus Riniken, dass für das Abdichten der Fenster blaues Crêpe-Papier zum Einsatz kam. Dieses konnte bei der Gemeinde gekauft werden. Während einige Holzrahmen gefertigt hätten, die mit dem Papier überzogen wurden, stellten andere Crêpe-Vorhänge her.[109] Der Zeitzeuge J. A. (Jg. 1925) von Muri erzählte: «Wir mussten alle Fenster mit schwarzen Tüchern oder Papier komplett abdecken. Die Velos mussten blaue Lämpchen haben und auch im Gang oder draussen musste man blaue Lampen haben. […] Man sagte, man dürfe draussen kein Feuer machen oder nicht rauchen draussen. […] Das wurde kontrolliert und habe geschaut, wo es noch einen Schlitz hat und man Licht sieht. Die haben das rapportiert.»[110]

4.3 Schweizweite Verdunkelungsübungen zu Kriegsbeginn

Nach Kriegsbeginn verfügte General Guisan eine schweizweite Verdunkelungsübung für die Nacht vom 14. zum 15. November 1939. Anfang November wurde von den kantonalen Militärdirektionen über die bevorstehende Übung informiert.[111] Der Aufruf selbst erfolgte über die Radiosender Beromünster, Sottens und Monte Ceneri am Morgen und am Mittag des 14. November. In Muri wurde der Verdunkelungsalarm «durch viertelstündiges Läuten der grossen Kirchenglocke und durch zweimaliges Ausschalten des Stromes durch das Elektrizitätswerk mit einem Unterbruch von zwei bis drei Minuten» angekündigt.[112]

107 Gemeinderatsprotokoll (1), 23. Sitzung vom 15. 6. 1937, Nr. 138. In: Stutz 2006, S. 21.
108 Vgl. Haller 2007, S. 16.
109 Interview mit R. vom 20. 9. 2005. Interview mit S. M. und S. P. am 18. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, S. 26 und 32.
110 Interview mit Herrn A. vom 19. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 7.
111 So etwa Aargauische Militärdirektion, Luftschutzstelle, Aarau, an die Gemeindebehörden des Kantons Aargau, 3. 11. 1939. Vgl. Schmucki 2005, S. 7.
112 Protokoll des Gemeindesrats 1939/869, Aktenzeichen 25/7. In: Haag 2006, S. 6.

Nach der Durchführung wurde aus Dottikon berichtet, dass die dortige Luftschutzkommission keine Beanstandungen registrierte.[113] Anders in Rothrist, wo die Kontrolle auch einer Luftschutz- und Verdunkelungskommission zugewiesen war. Zwar stellte die Kommission fest, die Disziplin habe sich gegenüber früheren Übungen stark verbessert. Aber der Gemeinderat sprach nach Meldung der Kommission am 24. November dennoch erste Strafen aus. Ein Einwohner, R. B., wohnhaft im Grüth, «weigerte sich sein Haus zu verdunkeln und wurde durch die Kantonspolizei beim Bezirksamt angezeigt». Ob daraufhin eine Busse ausgesprochen wurde, war aus den Gemeindeakten nicht eruierbar.[114] H. Z.-R., wohnhaft im Geisshubel, habe sein Fahrrad «unzureichend verdunkelt». Als die Kontrollperson ihn darauf hingewiesen habe, habe er unwirsch reagiert und sie beschimpft: «[…] es seien alles ‹Lölicheibe› und Arbeitslose, damit sie Zeit hätten hier zu stehen.» Die Luftschutzkommission habe eine Bestrafung beantragt, wohl insbesondere, weil H. Z.-R. ausfällig geworden war. Eine Busse von fünf Franken wurde handschriftlich auf dem Rapportblatt vermerkt.[115]

Bei den schweizweiten Verdunkelungsübungen vom 25. auf den 26. und vom 26. auf den 27. April 1940 wurden laut *Neuer Zürcher Zeitung* zumindest in der ersten Nacht zum ersten Mal Verdunkelung und Alarm kombiniert. Das Ganze sei zufriedenstellend verlaufen und im Allgemeinen werde gut verdunkelt. Sie merkte dennoch an: «Die unerfreulichste Erscheinung im Bild der verdunkelten Stadt sind heute die Taschenlampen der Fußgänger und die ungenügend abgeschirmten Beleuchtungsvorrichtungen der Autos und Fahrräder. Der Gebrauch von mangelhaft oder gar nicht abgeschirmten Taschenlampen ist verboten. Ihr Vorteil für den Träger wiegt übrigens die weitaus größere Belästigung entgegenkommender Passanten nicht auf, die durch das Gefunkel dieser Taschenlampen so geblendet werden, dass die Fortsetzung des Weges oft fast unmöglich wird. Auch bei den Fahrzeugen setzt sich die Verwendung vorschriftsgemäßer Beleuch-

113 Gemeinderatsprotokoll vom 30. 12. 1940, Nr. 1042. In: Haller 2007, S. 16.

114 Luftschutzkommission an den Gemeinderath Rothrist, Rothrist, 20. 11. 1939, Art. 1262. Gemeinderatsprotokoll vom 24. 11. 1939/324, Art. 1262. In: Siegrist 2011, S. 7.

115 Luftschutzkommission an den Gemeinderath Rothrist, Rothrist, 20. 11. 1939, Art. 1262. In: Siegrist 2011, S. 7 f.

tung nur langsam durch. Die Gründe dieser Erscheinung werden bei einer andern Gelegenheit zu erörtern sein.»[116]

In der Gemeinde Rothrist war man bezüglich der Verdunkelung nicht so zufrieden wie gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* in Zürich. Zwar gab es keine besonderen Vorkommnisse, aber: «Immerhin ist zu melden, dass es auch heute noch Einwohner gibt, die den gemachten Vorschriften nicht die nötige Beachtung schenken. Sie alle wurden unter Strafandrohung verwarnt und aufgefordert, die nötigen Vorkehren für eine untadelige Verdunkelung raschestmöglich zu treffen.»[117]

116 Die Verdunkelung in Zürich. *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 4. 1940, Blatt 6, Abendausgabe, Nr. 628.

117 Rapport der Feuerwehrkommission Rothrist an den Gemeinderat Rothrist über die Verdunkelungsübung vom 25. und 26. 4. 1940, Rothrist, 1. 5. 1940, Art. 609. In: Siegrist 2011, S. 8.

5 Schweizweite Verdunkelung vom 7. November 1940 bis 12. September 1944

General Guisan erliess am 7. November 1940 den allgemeinen Verdunkelungsbefehl. Er war allerdings überzeugt, dass die Massnahme für die Schweiz keinerlei Nutzen hatte. Im Armeehauptquartier betonte man, dass die Frage nach der Verdunkelung nicht eine militärische, sondern eine politische sei. Und in der Tat formulierte der Bundesrat rückblickend: «Mit dieser Massnahme wurde auch nur der Schein vermieden, dass die Schweiz militärische Aktionen gegen ihre Nachbarn erleichtern.»[118] Schon 1937 hatte Altbundesrat Schulthess an Bundespräsident Motta in Kommentierung seiner Unterredung mit Hitler geschrieben: «Die Anerkennung der Neutralität der Schweiz motiviert er [Reichskanzler], was interessant ist beizufügen, ausdrücklich auch mit deutschen Interessen. Die Schweiz decke Deutschland die Flanke und erspare ihm Befestigungen und in einem Kriege Truppen. Ich glaube aber, dass diese letztern Punkte konfidentiel behandelt werden sollten.»[119]

Dieses Neutralitätsverständnis stiess aufseiten der Alliierten allerdings auf Empörung. Entsprechend wurde die Verdunkelung eingeschätzt. Peter Kamber zitiert den Oberkommandierenden des RAF Bomber Command, Arthur Harris, wie folgt: «‹Wenn die Schweizer ihr Land verdunkeln, so tun sie dies entweder auf das Diktat unserer Feinde hin oder um diesen zu helfen. […] Absichtlich täuschen und behindern sie unsere Flugzeuge und schiessen sie dann ab. Das ist eine Kriegshandlung …›»[120] Und Charles Portal, der Oberbefehlshaber der britischen Luftwaffe, formulierte laut Kamber so: «‹Dadurch, dass sie als nicht-kriegführendes Land Verdunkelungsmassnahmen durchführen, verschaffen sie mit Absicht unse-

118 Nach Kamber 1993, S. 92. Am 23. September 1940 hatte der Bundesrat festgelegt, dass der General und unter welchen Umständen die Verdunkelung anzuordnen habe. Vgl. Bundesratsbeschluss, Protokoll 22. 10. 1940. Verletzung des schweizerischen Luftraumes und Verdunkelung (dazu Jean-François Bergier et al. [Hg.]: Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 13, Dok. 399, Bern 1991, dodis.ch/47156). Der General blieb bei seiner Auffassung, dass es sich um eine politische und nicht um eine militärische Massnahme gehandelt habe, wie auch das Protokoll von 12. Dezember 1944 bestätigte (abgedruckt in Philippe Marguerat, Louis-Edouard Roulet [Hg.], Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 15, Dok. 227, Bern 1992, dodis.ch/47831).

119 Schulthess an Motta, 23. 3. 1937, dodis.ch/46297.

120 Arthur Harris, PRO, London, AIR 14/161, 17. 7. 1943. Nach Kamber 1993, S. 93.

ren Feinden einen grossen Vorteil, was der Wirkung nach einem Bruch der Neutralität gleichkommt.›»[121]

Ab 7. November 1940 war zwischen 22 Uhr und der Morgendämmerung zu verdunkeln. «Morgendämmerung» wurde dann ab 26. November mit 6 Uhr morgens präzisiert.[122] Ab 9. Dezember 1942 musste schon ab 20 Uhr verdunkelt werden.

5.1 Nicht abklingende Kritik: Verdunkelung als Gefährdung

Die Kritik an der Gefährdung der Bevölkerung und der Wirtschaftsbetriebe durch die Verdunkelung riss nicht ab. Insbesondere die an Deutschland grenzenden Kantone erlebten wiederholt nicht nur Fliegeralarm, sondern auch Luftzwischenfälle und Bombenabwürfe. So intervenierte die Regierung des Kantons St. Gallen wiederholt bei Bundesrat und General.[123] Matthias Wipf kommentierte: «Trotz verschiedener Bombardierungen schweizerischer Ortschaften, die auch Todesopfer forderten, hielten Bundesrat und Armeekommando nun während der folgenden Jahre unbeirrt an der Verdunkelung fest.»[124] Später habe Bundesrat Karl Kobelt, der Nachfolger Mingers im EMD, «dem intervenierenden Basler Regierungsrat zwar zu[gestimmt], dass sich die Gefahr möglicher Bombenabwürfe über der Schweiz verschärft habe, befürwortete aber ‹unter dem Drucke der Achsenmächte› trotzdem weiterhin die Verdunkelung, weil sonst ‹die ohnedies nicht befriedigenden Beziehungen mit Deutschland noch schlechter› würden. ‹Halbheiten, z. B. eine Grenzbeleuchtung, bewirkt die gleichen Unzukömmlichkeiten wie ein gänzliches Aufheben der Verdunkelung›, gab Kobelt Einblick in seine Überlegungen; ‹wir gehen jetzt schon sehr weit mit der teilweisen Beleuchtung der Bahnhöfe und dem Ansetzen der Winterverdunkelung auf 22 Uhr, und diese Konzessionen erfüllen mich mit ernsten

121 Bericht aus dem Jahre 1941, PRO, London, AIR 14/160 (Minute 11). Nach Kamber 1993, S. 93.

122 Weisung betreffend Verdunkelung und Alarm des Luftschutzoffiziers des Territorialkommandos 5 an den Gemeinderat Rothrist, 19. 11. 1940, Art. 1588. In: Siegrist 2011, S. 8 f.

123 Lemmenmeier 2003, S. 87 f.

124 Wipf 2001, S. 182.

Bedenken.› Auch in Armeekreisen wurde ‹eine öffentliche Diskussion der Verdunkelungsfrage als unerwünscht› betrachtet.»[125]

Noch 1943 kamen vonseiten des Militärs fadenscheinige Argumente gegen die Grenzmarkierung und die Aufhebung der Verdunkelung. Gemäss Wipf soll General Guisan vorgebracht haben, «bei einer Beleuchtung der Grenzzonen [würden] auch die benachbarten ausländischen Ortschaften zur Beleuchtung übergehen […], was eine neue Vermischung des sichtbaren Kontrastes zwischen neutralem Gebiet und Kriegsgebiet zur Folge hätte».[126] Und der Generalstabschef Jakob Huber war «der Meinung, es sei eine ‹lückenlose Markierung […] nicht durchführbar›. Dies wiederum würde ‹den fremden Fliegern direkt einen Freibrief ausstellen, jede Sorgfalt auszuschalten und alles anzugreifen, was nicht hinter einer Markierungslinie liegt›. Bundesrat […] Karl Kobelt befürchtete […], eine Aufhebung der Verdunkelung könnte ‹zu gefährlichen Reaktionen der Achse› führen, und Amtskollege […] Pilet-Golaz […] befand – in Anlehnung an die Apostrophierung der Schweiz als ‹Leuchtturm mitten in Europa› –, diese wäre eine ungerechtfertigte ‹parteiische Handlung›. Die Landesregierung beschloss denn auch an ihrer Sitzung vom 25. August 1943, ‹grundsätzlich an der Verdunkelung festzuhalten› – und kam so dem Nazi-Regime faktisch weiter entgegen, auch auf Kosten der eigenen Sicherheit.»[127]

Matthias Wipf ist der Auffassung, dass nach der irrtümlichen Bombardierung von Schaffhausen am 1. April 1944[128] bei Bundesrat und Armeeleitung ein Umdenken eingesetzt habe.[129] In der Folge habe man an der Grenze auf grossen Dächern, auf «Feldern, Wiesen und Hügeln» grossflächige Schweizer Kreuze angebracht. «Damit sollte, so Bundesrat Kobelt im Herbst 1944, ‹eine deutliche, weit sichtbare Kenntlichmachung der Grenze› gewährleistet werden.» Wipf, der zur Bombardierung von Schaffhausen 2019 die gründlichste Untersuchung vorgelegt hat, meint dazu allerdings: «Für die Bevölkerung mochte dies zwar beruhigend sein, aber die ange-

125 BAR, E 27-16214. Zit. aus Wipf 2001, S. 182.

126 Wipf 1999, S. 161.

127 Wipf 2001, S. 183, mit Bezug unter anderem zu BAR, E 27-14368, Bd. 1, Kennzeichnung der Schweizergrenze 1939–1945.

128 Matthias Wipf setzte mit seinen umfangreichen Recherchen in in- und ausländischen Archiven der Vermutung ein Ende, die Bombardierung sei eine Strafaktion gegen die Schweiz wegen der wirtschaftlichen Zulieferung an die Kriegsmaschinerie des Deutschen Reiches gewesen. Wipf 2019.

129 Diesen Zusammenhang sieht Kamber gleich. Kamber 1993, S. 271–276.

strebte Wirkung muss zumindest kritisch hinterfragt werden: Einerseits waren die Kennzeichnungen, auch bei guter Witterung, ab einer bestimmten Höhe schlicht nicht mehr zu sehen, und andererseits zeigten Befragungen internierter amerikanischer Flugzeugbesatzungen, dass ein Grossteil von ihnen diese Schweizerkreuze gar nicht als Grenzmarkierung wahrnahm.»[130] In der Tat erscheint die Bewilligung für das Anbringen solcher Schweizer Kreuze als billige Konzession an die Ängste der Bevölkerung und den Missmut kantonaler Verantwortlicher zu einem Zeitpunkt, in welchem die alliierten Angriffe heftiger wurden und die Niederlage des Deutschen Reiches eine Frage der Zeit schien.

Am 19. September 1944 erfolgte schliesslich auf Ersuchen des Generals durch Bundesratsbeschluss die Aufhebung der Verdunkelungspflicht. Die Bevölkerung sollte jedoch bei Alarm die Verdunkelungsmöglichkeiten weiterhin bereithalten. Die Luftschutzstellen der aargauischen Militärdirektion teilte den Gemeinden mit, «dieser Beschluss des Bundesrates, welcher im Einverständnis mit dem Oberbefehlshaber der Armee gefasst wurde, [sei] im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung und besonders zum Schutze des Grenzgebietes» erfolgt.[131] Erst jetzt also wollte man das Territorium der Schweiz für die Alliierten sichtbar und vom Deutschen Reich unterscheidbar machen, damit es von Fliegerangriffen verschont blieb. Der General hatte dem Bundesrat mitgeteilt: «‹Nach meinem Dafürhalten […] lässt sich die Beibehaltung der Verdunkelung […] für unser Land nicht mehr verantworten.› Es müsse inskünftig ‹die Sicherheit der Bevölkerung einer diskutierbaren Interpretation der Neutralitätspflichten vorangehen›.»[132] Diese Anordnung und ihre Begründung machen umso deutlicher, dass die Verdunkelungsanordnung von 1940 weder militärisch begründet noch neutralitätsbedingt gewesen war, sondern die Schweiz dem Territorium des Deutschen Reiches gleichgestellt hatte – etwas, was man nun, da der Kriegsverlauf sich gegen das Deutsche Reich wendete, korrigieren wollte.

130 Wipf 2019, S. 67.

131 Aargauische Militärdirektion, Luftschutzstelle, an die Gemeindebehörden der nicht luftschutzpflichtigen Gemeinden des Kantons Aargau, 19. 9. 1944. In: Siegrist 2011, Anhang S. 37.

132 BAR, E 27-16214-295, Aufhebung der allgemeinen Verdunkelung für die ganze Schweiz. Zit. nach Wipf 2001, S. 185.

5.2 Verdunkelung in kleinen Gemeinden

5.2.1 Muri: Widerwillige Gemeindebehörden undwiderspenstige Bürger[133]

In Muri delegierte der Gemeinderat die Kontrollen der Verdunkelung an die Luftschutzkommission. Diese stellte bei drei Kontrollen fest, dass die Vorschriften nicht überall eingehalten wurden. Dennoch handelte der Gemeinderat nicht.[134] Erst, als im November 1942 der Kanton darauf aufmerksam machte, dass die Gemeindebehörden für die Verdunkelung verantwortlich waren und für Verstösse belangt werden könnten, wurde der Gemeinderat von Muri nochmals aktiv. Er beschloss, in den Regionalzeitungen eine Bekanntmachung einrücken zu lassen: «Die Bevölkerung von Muri wird hiermit ersucht, ab 20.00 Uhr bis morgens 5.00 Uhr zu verdunkeln. Durch die Feuerwehr und die Kantonspolizei finden regelmässig Kontrollen statt. Zuwiderhandlungen gegen die Verdunkelungsvorschriften müssen durch Ausfällung von Bussen durch den Gemeinderat oder durch gerichtliche Strafen geahndet werden.»[135]

In dieser Bekanntmachung fällt auf, dass der Gemeinderat die Vorschriften distanzierend weitergibt: Die Bevölkerung wird «ersucht», wo üblicherweise von Anordnung, Verfügung oder Ähnlichem die Rede ist. Auch die Strafandrohung wird mit Distanz formuliert: Der Gemeinderat sieht sich verpflichtet zu büssen. Üblicherweise bezeichneten sich die Behörden als eigenständig Handelnde und nicht als von oberer Instanz gezwungen. Während also Rothrist bereits anlässlich der Verdunkelungsübung Bussen verhängte, gab die Behörde von Muri noch 1942 zu verstehen, dass sie die Vorschriften nur widerstrebend durchsetzt.

Nach dem Hinweis des Kantons auf die Haftung von Gemeindebehörden wurde auch in Muri am 14. Dezember kontrolliert[136] und vielfach die mangelhafte Abdichtung von Fenstern festgestellt, ja sogar, dass Aussenlampen brannten.[137] Mit 66 Strafbefehlen traf es hohe 11 % der 605 Haushaltungen. Bei den Verstössen wurde eine Busse von zwei Franken

133 Es wird nur von Protestbriefen von Männern berichtet.
134 Gemeinderatsprotokolle, 1941/17, Aktenzeichen 25/7. In: Haag 2006, S. 6 f.
135 Publikation vom 17. 11. 1942, Aktenzeichen 25/7, Protokoll 1942/967. In: Haag 2006, S. 7.
136 Protokoll des Gemeinderats, 1942/967, Aktenzeichen 25/7. In: Haag 2006, S. 7.
137 Diverse Rapporte über Verdunkelungskontrolle vom 14. 12. 1942, Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 7.

ausgesprochen,[138] ein Betrag, der unter den gesetzlichen fünf Franken Mindestbusse lag.[139]

Trotz der Milde sorgten die Strafbefehle für erheblichen Wirbel. Mehrere Einwohner hätten sich in Briefen an die Gemeindebehörden darüber beklagt, so Selma Haag in ihrer Arbeit zu Muri, dass gleich gebüsst statt zuerst verwarnt worden sei. Ausserdem habe man wegen der Zustellung des Strafbefehls erst nach drei Wochen nach der Kontrolle nicht mehr überprüfen können, ob tatsächlich nicht verdunkelt worden sei. Ein solches Vorgehen sei nicht korrekt, sei argumentiert worden.[140] Auch der Kommandant des dort stationiert gewesenen Bataillons 47 wehrte sich empört gegen die verhängte Busse: Er habe beim Verlassen von Muri am 18. Dezember mit der Gemeinde abgerechnet und er sei auch nicht gemahnt worden. Die Kontrolleure hätten sich gleich bei der Beanstandung bei den betreffenden Kommandostellen melden müssen.[141]

Der Verfasser eines weiteren Beschwerdebriefs kritisierte die Strafen angesichts der seiner Auffassung nach bekanntermassen schlechten Verdunkelung in Muri und behauptete gleichzeitig, das Bataillon 47 habe nicht verdunkelt: «Es ist kein Geheimnis, dass den Vorschriften der Verdunkelung, in der ganzen Gemeinde Muri, *sehr schlecht nachgelebt* wird und es wäre intressant [sic] zu wissen, ob von der Luftschutzkommission wirklich *alle Fälle* zur Anzeige gebracht worden sind. Ich möchte dies lebhaft bezweifeln und daran erinnern, dass z. B. während Anwesenheit des letzten Militärs die ganzen Fensterreihen des Schulhauses nach der Verdunkelung noch beleuchtet waren. Es ist auch schon manchmal konstatiert worden, dass Wirtschaften und eine Grosszahl von Privathäusern nicht nur schlecht, sondern gar nicht verdunkelt hatten.»[142]

Der Bezirkstierarzt unterstellte, dass man bei der Kontrolle vor allem Anzeigen verteilen, nicht die Verdunkelung durchsetzen wollte: «Ich habe mit ziemlichen Auslagen Verdunkelungseinrichtungen angeschafft. Eine

138 Bussen vom 18. 12. 1942, Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 7.

139 Bundesbeschluss betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz vom 24. 6. 1938, Art. 5. *Protar* 5 (1), 1938, S. 5. Vgl. dazu auch Wm. Eichenberger: Zur Behandlung der Verdunkelungsrapporte. *Protar* 7 (10), 1941, S. 168–170.

140 Haag 2006, S. 7.

141 Stabskp. Geb. Füs. Bat. 47, Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 8.

142 Brief F. H. Papeterie, Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 8 (Hervorhebung im Original).

Verfehlung ist mir nicht bekannt. Es müsste vergessen worden sein die Verdunkelung anzubringen, was ich jedoch sehr bezweifle. Wenn jedoch an der Verdunklung Beanstandungen gemacht werden müssen, hätte man doch gewiss die Beanstandung sofort anbringen können. Ein Druck auf die Hausglocke hätte genügt. Dann hätte man die Beanstandung sofort beseitigt. […] Ferner die Frage hat das Militär das in Muri war verdunkelt? Wurde es auch bestraft? verdunkelt die Bahn? Ich sage nein & kann jeden Tag den Beweis erbringen. Es sollten vor dem Gesetze alle gleich behandelt werden. Oder ist es schliesslich eine Geldmacherei wie wir schon Verschiedene erfahren mussten?»[143]

Insgesamt trafen 15 Beschwerdebriefe bei der Gemeinde ein, die auch die Aufhebung der Bussen verlangten. Ihnen allen wurden tatsächlich die Bussen erlassen.[144] Offenbar fanden in der Folge aber weitere Kontrollen statt. Der dabei gebüsste E. D. schrieb: «Es kann mir nicht zugemutet werden, dass ich für ein leichtes Verdunkelungsvergehen Busse bezahle, während andererseits Lampen eingeschaltet sind, die ununterbrochen, nicht nur bis 20.45 Uhr, sondern bis 22.45 ohne irgendwelche Abschirmung in die dunkle Nacht hinaus leuchten, so gesehen am 4. Jan. 1943 in Muri-Egg. Ich könnte noch weitere Beispiele anführen, aber das würde zu weit führen.»[145]

Selma Haag schreibt zur höchst mangelhaften Verdunkelung in Muri: «Über die Gründe der mangelhaften Verdunkelung kann man nur spekulieren. Ein Faktor könnten die Kosten sein, die das Verdunkelungsmaterial verursachte oder man stufte ein Vergehen gegen die Verdunkelungsvorschrift als nicht sonderlich schwerwiegend ein, besonders da es bis zum Dezember 1942 auch nie Konsequenzen hatte, wenn man sich nicht daran hielt. Aber in keinem der Briefe wurde der Sinn des Verdunkelungsgebot grundsätzlich in Frage gestellt. Es fällt auch auf, dass vor allem Leute eine Beschwerde schrieben, die der Meinung waren, ihr Haus ausreichend verdunkelt zu haben, wogegen andere anscheinend nur wenig oder gar nicht verdunkelt hatten und darum wohl auch klaglos die Busse bezahlten.»[146]

143 Brief J. V. Bez. Tierarzt, Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 8.
144 Protokoll des Gemeinderats, 1943/98, Aktenzeichen 27/8a. In: Haag 2006, S. 9.
145 Brief E. D., Aktenzeichen 27/8a, Mappe 1942. In: Haag 2006, S. 9.
146 Haag 2006, S. 9.

Die Haltung der Behörden und der Einwohnerinnen und Einwohner hinterlässt einen eigenartigen Eindruck. Der Wirbel um die Bussen ist wohl tatsächlich erklärbar durch die inkonsequente Haltung der Behörden, die sich offenbar anfänglich kaum um die Verdunkelung kümmerten und kümmern wollten, dann aber plötzlich, nach der Androhung von Konsequenzen für sie selbst, doch die Auffassung gewannen, durchgreifen zu müssen. Ob diese Haltung damit zu tun hatte, dass man den Sinn der Verdunkelung nicht einsah oder ob man eben dagegen war, dass man mit der Verdunkelung die deutschen Interessen stützen sollte, muss offenbleiben.

5.2.2 Rothrist: Kontrollen und Bussen

An der Sitzung vom 27. November 1940 nahm der Gemeinderat von Rothrist von einer Weisung vom 19. November von Hauptmann Wyss, Luftschutzoffizier des Territorialkommandos 5, Kenntnis. Dieser betonte, dass die Verdunkelung für Industriebetriebe zwingend bis 6 Uhr morgens eingehalten werden müsse.[147] Dieser Weisung folgend informierte der Aargauische Arbeitgeberverband am 25. November die Verbandsfirmen: «[…] industriellen Unternehmungen, die für den Heeresbeschaffungsdienst im Mehrschichtenbetriebe arbeiten, kann die Abteilung für passiven Luftschutz des Eidg. Militärdepartementes in Bern […], bis die erforderlichen Verdunkelungseinrichtungen erstellt sind, ein Vorschieben des Verdunkelungsendes bewilligen.»[148] Es zeigt sich darin zum einen, dass auch Industriebetriebe die Verdunkelungsvorgaben nicht immer ernst nahmen. Zum andern wird aber sichtbar, dass die Verdunkelung unter Umständen auch im Austausch mit Verdunkelungspflichtigen konkretisiert werden musste.

Die Kontrolle der Verdunkelung erfolgte in Rothrist relativ häufig. Bereits im Januar 1941 meldete der Ortspolizist zwölf Verstösse. Betroffen waren das neue Schulhaus, drei Wirtshäuser («Rössli», «Bündnerstube», «Bahnhof») sowie weitere acht Private, datunter der Sektionschef der Gemeinde. Bei allen handelte es sich um mangelhafte Verdunkelung, etwa indem ein Fenster

147 Weisung betreffend Verdunkelung und Alarm des Luftschutzoffiziers des Territorialkommandos 5 an den Gemeinderat Rothrist, 19. 11. 1940, Art. 1588. In: Siegrist 2011, S. 8 f.

148 Aargauischer Arbeitgeberverband, Aarau, an die Verbandsfirmen, 25. 11. 1940, Art. 1617. In: Siegrist 2011, S. 9.

vergessen ging oder die Fenster nicht sauber abgedichtet waren.[149] Am 12. und am 28. Februar berichtete dann der Präsident der Luftschutzkommission von seinen Kontrollen (am 5. auf den 6. Februar sowie am 15. und am 22. Februar). Anlässlich der zweiten Kontrolle musste er Missachtungen der Verdunkelung sowohl bei Gemeindeammann Siegrist als auch bei Gemeindeschreiber Niklaus feststellen.[150]

Per 1. März gingen Kompetenzen und Unterlagen betreffend den Luftschutz an die Ortswehr der Gemeinde Rothrist über, die fortan auch die Kontrollen durchführte.[151] Bei der Kontrolle vom 18. März gab es zwölf Beanstandungen.[152] Die betreffenden Personen wurden verwarnt und es wurde angekündigt, dass bei einer nächsten Kontrolle Bussen verhängt würden.[153] Als am 26. März eine weitere Kontrolle durchgeführt wurde, wurden nur noch vier Mängel festgestellt.[154] Bussen sind nicht vermerkt. Die beiden letzten Kontrollrapporte wurden von einer Frau der Ortswehr unterzeichnet. Am 2. Mai hielt der Gemeinderat fest, dass die Rapporte jeweils direkt ans Bezirksamt Zofingen geschickt werden sollten. Dort

149 Rapport des Ortspolizisten Jäggi an den Gemeinderat Rothrist, 6. 11. 1941, Art. 26; Gemeinde Rothrist an Willi Karrer, Sektionschef, im Januar 1941. In: Siegrist 2011, S. 10.

150 Rapporte des Präsidenten der Luftschutzkommission an den Gemeinderat Rothrist, 12. und 28. 2. 1941, Art. 304 und 352. In: Siegrist 2011, S. 10.

151 Gemeinderatsprotokoll 1941 der Gemeinde Rothrist, Art. 305. In: Siegrist 2011, S. 11. Eigentlich gehörte die ordnungsgemässe Verdunkelung nicht zu den Aufgaben der Ortswehr. Bei ihr handelte es sich um Freiwillige zwischen 16 und 70 Jahren, die dem Aufruf von General Guisan im Mai 1940 folgten. Der öffentliche Diskurs zollte der Ortswehr höchste Wertschätzung, aber die Ende 1940 128 000 Personen umfassenden Ortswehrverbände waren nur partiell und sehr mangelhaft ausgerüstet. Viele der Registrierten nahmen ihre Aufgaben wenig ernst und hielten weder von ihren Vorgesetzten noch von den Verteidigungsmöglichkeiten viel. Tomi von Felten, der die Ortswehr auf der Grundlage von Gemeindeakten von Olten zum Gegenstand seiner DV-Arbeit machte, kam zum Schluss, dass es sich bei der Ortswehr primär um einen Verband der Geistigen Landesverteidigung handelte. Gleichzeitig war sie in paramilitärische Strukturen erfasst, was die These der Militarisierung der Gesellschaft im Krieg weiter stützt (vgl. Kap. II.1). Von Felten 2009.

152 Rapport der Ortswehr Gruppe 1 an den Gemeinderat Rothrist, 19. 3. 1941, Art. 635. In: Siegrist 2011, S. 11.

153 Gemeinderat Rothrist an die Besitzer nicht verdunkelter Gebäude, 15. 4. 1941. In: Siegrist 2011, S. 11.

154 Rapport durch die Ortswehr Gruppe 1 an den Gemeinderat Rothrist, 27. 3. 1941, Art. 635. In: Siegrist 2011, S. 11.

werde als kleinste Busse jeweils 10 Franken verlangt,[155] was relativ viel ist. Wegen dieser Neuordnung kann auf der Basis des Gemeindearchivs die Verdunkelungsdisziplin in Rothrist nicht weiterverfolgt werden.

Anfang Dezember 1942 beschloss der Gemeinderat, im *Allgemeinen Anzeiger* ein Inserat schalten zu lassen, in welchem die Verdunkelung nochmals angemahnt und Büssung angedroht wurde. Er reagierte damit wie derjenige von Muri auf das Schreiben der aargauischen Militärdirektion, die den Gemeindebehörden drohte, sie würden für mangelndes Verdunkeln in ihrer Gemeinde zur Rechenschaft gezogen.[156]

Im Dezember 1943 machte sich Vizeammann Haller stark dafür, die Bestrafung von Verdunkelungssünderinnen und -sündern vom Bezirksamt wieder in die Gemeinde zurückzunehmen. Das Bezirksamt bestrafe in einer Weise, die den Verhältnissen der Bürger oft nicht angepasst sei. Man beschloss, dies dem Bezirksamt vorzutragen. Eine Antwort ist nicht auffindbar.[157]

Die Gemeindebehörden von Rothrist waren, wie aus den Quellen geschlossen werden kann, früh bemüht, die Verdunkelung in der Gemeinde umzusetzen. Diesem Anliegen folgten jedoch einige der Einwohnerinnen und Einwohner nur zögerlich. Die Gründe für die Weitergabe der Verzeigungen ans Bezirksamt Zofingen sind unklar. Die Folge war aber, dass die Bussen höher ausfielen. Es könnte also vermutet werden, dass der Gemeinderat sich von der Einschaltung des Bezirksamtes eine wirksamere Disziplinierung der Verdunkelungssünder erhoffte. Darauf deutet die Äusserung von Vizeammann Haller vom Dezember 1943 hin, der die rigorosen und vergleichsweise hohen Bussen des Bezirksamts bei einzelnen Vergehen nicht angemessen fand und sich dafür aussprach, die Bussen wieder in die Hoheit der Gemeinde zu legen, die eine «angepasstere» Praxis an den Tag legen könne.

155 Gemeinderat Rothrist an das Kommando der Ortswehr Rothrist, Herrn Siegrist-Koprio, 28. 4. 1941, Art. 798. In: Siegrist 2011, S. 12.

156 Gemeinderatsprotokoll vom 4. 12. 1942, Art. 1649; Aargauische Militärdirektion, Luftschutzstelle, Aarau, an die Gemeindebehörden des Kantons Aargau, 9. 11. 1942, Ar. 1544. In: Siegrist 2011, S. 13.

157 Gemeinderatsprotokoll vom 3. 12. 1943, Art. 1689. In: Siegrist 2011, S. 13 f.

5.2.3 Brittnau: Protestbriefe gegen Verdunkelungsmassnahmen

Auch in Brittnau kam es zu Beanstandungen. So erhielt der Gemeinderat ein Schreiben des Luftschutzkommandos Zofingen, in dem stand, die Polizeipatrouille habe festgestellt, dass am 15. Dezember 1940 abends um 22.20 Uhr die Strassenbeleuchtung im Hardgebiet noch gebrannt habe.[158] Anfang 1941 wurde eine Busse von 10 Franken gegen O. H. ausgesprochen.[159] Am 10. Juli 1942 meldete sich das Luftschutzkommando Zofingen wieder mit der Beanstandung, dass «hauptsächlich an den Höhenzügen der Gemeinde die Verdunkelungsvorschriften vernachlässigt» würden. Es wurde zudem gemeldet, dass man am 24. Juli den Wirt W. D. auf eine brennende Lampe im Gang aufmerksam machte, die «weithin die Strasse beleuchtet hatte». Dieser habe gegenüber der Patrouille nur grobe Bemerkungen gemacht.[160] Luca Marti spricht von Dutzenden von Beanstandungsschreiben und schliesst daraus, dass viele Personen mit den Verdunkelungsvorschriften nicht zufrieden waren. Jedenfalls verursachten sie Mehrkosten. So wurde der Gemeinderat vom Männerchor Mättenwil[161] ersucht, die Kosten für das Verdunkelungspapier für das Übungslokal im Schulhaus Mättenwil zu übernehmen. Die Rechnung belief sich auf 33.75 Franken,[162] was eine beträchtliche Summe darstellte.

5.2.4 Mülligen, Riniken, Fischbach-Göslikon und Dottikon: Nachlässigkeiten

Dem Gemeinderat von Mülligen wurde noch 1940 vom «Armeekommando» mitgeteilt, so Fabian Ketterer, «dass der Verfügung betr. die Verdunkelung nicht überall vorschriftsgemäss Folge gegeben werde. Es seien daher die Verdunkelungsmassnahmen verschärft worden. Wer die Vorschriften nicht genau beachtet, soll erstmals mit einer Busse von Fr. 100 bis Fr. 200 gebüsst werden.»[163] Von einer gleichen Mitteilung berichtete ein Gemeinderatsprotokoll im Dezember 1940 von Fischbach-Göslikon.[164] Offenbar fand in Mülligen im Anschluss an diese Warnung eine Kontrolle

158 Gemeinderatsprotokoll, Verdunkelung, 1940/546. In: Marti 2008, S. 10.
159 Gemeinderatsprotokoll, Bussenverfügung, 1941/43. In: Marti 2008, S. 10.
160 Gemeinderatsprotokoll, Verdunkelung Beanstandung, 1942/309. In: Marti 2008, S. 10.
161 Mättenwil ist ein Ortsteil der Gemeinde Brittnau.
162 Gemeinderatsprotokoll, Verdunkelung, 1942/483. In: Marti 2008, S. 11.
163 Gemeinderats-Protokolle Mülligen, 1940–1943, S. 92. In: Ketterer 2006, S. 12.
164 Gemeinderatsprotokoll (1), 45. Sitzung vom 18. 12. 1940, Nr. 785. In: Stutz 2006, S. 22.

durch die Luftschutzkommission statt, die dann «einzelne Gebäudebesitzer, welche ungenügend verdunkelt hatten zur Anzeige gebracht [hatte] mit der Bemerkung, dass die Fehlbaren schriftlich zu mahnen seien. Erst wenn diese Aufforderung erfolglos sein sollte, sind die Betreffenden dem Strafrichter zu überweisen.»[165]

Es zeigt sich also auch in dieser Gemeinde, dass die lokalen Behörden eine Mittlerstellung einnahmen zwischen den rigiden Vorschriften von Bund und Armee beziehungsweise der Luftschutzstelle des kantonalen Militärdepartements und der Bevölkerung, welche diesen Weisungen aus verschiedenen Gründen nicht immer konsequent nachkam. Auch in den Gemeindeversammlungsprotokollen von Riniken fand sich ein Hinweis, dass der Gemeinderat «die mangelhafte Verdunkelung an einigen Häusern» rügte und «Fehlbare» ersuchte, «ihren Pflichten nachzukommen».[166] Zu Dottikon berichtet Gabriel Haller: «Die Bevölkerung war zu Kriegsbeginn folgsam. […] Je länger der Krieg dauerte, desto mehr meldete der Ortspolizist ‹ganz ungenügende Verdunkelungen›.»[167] Mehrmals seien die Bewohner mit einem Inserat auf die Einhaltung der Verdunkelungsvorschriften aufmerksam gemacht worden. Ob die Verschlechterung der Disziplin tatsächlich zutraf oder ob der Gemeinderat dies im Mai 1942 schlicht behauptete, weil die Gemeindebehörden darauf aufmerksam gemacht worden waren, dass sie für Verdunkelungsprobleme hafteten, muss offenbleiben. Ein Inserat, das im *Generalanzeiger. Dottiker Wochenblatt* am 1. Juli 1943 eingerückt wurde, zeigt – wie bereits die Inserate von Muri oder Rothrist –, dass der Gemeinderat nicht als Urheber der Strafandrohungen dastehen wollte:

«Verdunkelung.

Durch Befehl des Polizeikommandos des Kts. Aargau in Aarau ist die aarg. Polizeimannschaft angewiesen worden, für die strikte Einhaltung der Verdunkelungsvorschriften besorgt zu sein. Fehlbare werden in Zukunft den Strafbehörden zur Aburteilung überwiesen werden.

Wir möchten es nicht unterlassen, die hiesigen Einwohner nochmals auf die bestehenden Verdunkelungsvorschriften aufmerksam zu machen und sie hiermit ersuchen, diesen Vorschriften in Zukunft strikte nachzu-

165 Gemeinderatsprotokolle Mülligen, 1940–1943, S. 107. In: Ketterer 2006, S. 13.

166 Protokoll Gemeindeversammlung, Januar 1941, Bd. 1929–1958, S. 134. In: Schmucki 2005, S. 6.

167 Haller 2007, S. 16. Zitat des Ortspolizisten: Gemeinderatsprotokoll vom 26. 5. 1942. Haller 2007, S. 16.

leben. Sie können sich dadurch vor Schaden und Unannehmlichkeiten schützen.

Dottikon, den 1. Juli 1943. Der Gemeinderat.»[168]

5.3 Gemeindebehörden und ungeliebte Verdunkelungskontrolle

Die Kontrollmassnahmen und Bussen, insbesondere aber die Androhung der Haftung der Gemeindebehörden für Nachlässigkeiten in ihren Gemeinden und die teilweise distanzierende Weitergabe dieser Androhungen zeigen meines Erachtens deutlich, dass die Bevölkerung die Verdunkelung mit wenig Konsequenz behandelte und dass die Behörden befürchteten, sich mit scharfer Durchsetzung unbeliebt zu machen. Ob dies so war, weil die Bevölkerung die damit erreichte Angleichung ans Deutsche Reich ablehnte, weil sie den Zweck der Verdunkelung nicht einsah, weil sie nicht erkannte, dass die Massnahme nur wirkte, wenn wirklich überall verdunkelt wurde, weil sie in ihrem Alltag andere Prioritäten setzte und auch setzen musste oder weil die finanziellen Aufwendungen für die Verdunkelung hoch waren, kann nicht entschieden werden. Sicher ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, aber auch manche Gemeindebehörden bei der Verdunkelung weit weniger diszipliniert waren als die bisherigen geschichtskulturellen Erzählungen über die solidarische schweizerische Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg glauben machen wollen. Dafür spricht auch, dass die Luftschutzangelegenheiten der militärischen Befehlskette übertragen wurden, was für mehr Nachdruck sorgte und die Gemeindebehörden von militärischen Stellen zur Befolgung der Befehle in die Pflicht nahm.

5.4 Erinnerungen und kritische Rückblenden

In den veröffentlichten Sammlungen zu Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs[169] sowie in den von den Studierenden geführten Interviews ist zum Luftschutz wenig zu finden. Verdunklung wurde kaum themati-

168 *Generalanzeiger. Dottiker Wochenblatt*, 2. 7. 1943. In: Haller 2007, S. 17.
169 Chiquet 1992; Dejung/Gull/Wirz 2002.

siert, so etwa von einem 1939 13-jährigen Thalwiler: «Die Strassenlaternen brannten nur noch in ganz schwachem Blaulicht an den wichtigsten Kreuzungen, alle Fensterläden mussten geschlossen und die Fenster mit speziellem Verdunkelungspapier abgedichtet werden.»[170]

Kleine Alltagsepisoden zeigen, dass sich die Erzählenden daran unterschiedlich gestimmt erinnert haben: Gemeinsam erlebtes Abwarten des Endalarms und der Gang durch die Dunkelheit hätten neue Bekannte und Gemeinschaftsgefühle ermöglicht.[171] Der Gang durch das Dunkel ist auch als aufregend erinnert worden.[172] Einzelne Frauen haben demgegenüber berichtet, dass sie sich in der Dunkelheit fürchteten. So die Schriftstellerin Gertrud Häusermann, die erzählt hat, dass sie einmal von einem Mann verfolgt und von zufällig vorbeikommenden Soldaten beschützt worden sei. Auch habe es Exhibitionisten gegeben.[173]

Die Studierenden, deren Arbeiten hier herangezogen worden sind, interviewten teilweise ergänzend zu ihrem Quellenstudium Personen aus dem von ihnen untersuchten Dorf.[174] Daraus gingen vor allem Aussagen zu den konkreten Verdunkelungsmassnahmen hervor. Nur zwei Interviewte äusserten sich dazu, wie sie die Verdunkelungspflicht einordnen.

S. M. von Riniken hat erzählt, dass man blaues Crêpe-Papier habe kaufen können, aus welchem man Vorhänge genäht habe.[175] G. W. aus Brittnau hat berichtet, dass sie die Fenster mit Tüchern vermacht hätten. Die Ortswehr habe Mahnungen ausgesprochen und Bussen verteilt.[176] Auch

170 Chiquet 1992, S. 38.

171 Elisabeth Fischer-Roy, geb. 1910, und Margrit Brügger, geb. 1920. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 418, 420.

172 Sigurd Schottländer, geb. 1928. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 420.

173 Gertrud Häusermann, geb. 1921, und Martha Jäggi, geb. 1909. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 419, 420.

174 Interview mit Herrn G. W. (Jg. 1922) aus Brittnau am 5. 6. 2008. In: Marti 2008, S. 37 f.; Interview mit Herrn J. A. (Jg. 1925) aus Muri am 19. 9. 2006 und Herrn H. S. aus Muri am 21. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 21–29; Interview mit Karin Müller (Jg. 1928, Name geändert) am 20. 9. 2006. In: Ketterer 2006, S. 21–25. Interview mit R. (Jg. 1929) am 20. 9. und 23. 9. 2005. In: Schmucki 2005, S. 23–27; Interview mit S. M. (Jg. 1914) und S. P. (Jg. 1911) am 18. 9. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, S. 28–33; Interview mit Altgemeindeammann Josef Seiler-Lang am 3. 9. 2006. In: Stutz 2006, S. 27–31; Interview mit Bertha Seiler-Kohler am 21. 3. 2006. In: Stutz 2006, S. 31 f.

175 Interview mit S. M. und S. P. am 18. 9. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, S. 32.

176 G. W. aus Brittnau am 5. 6. 2008. In: Marti 2008, S. 38.

J. A. aus Muri hat berichtet, sie hätten vermutlich Tücher verwendet.[177] R. von Riniken hat sich erinnert, dass der Vater Rahmen hergestellt habe, auf die «spezielles Papier» gespannt worden sei. Zusätzlich habe die Familie die Läden geschlossen.[178] Herr H. S. aus Muri hingegen hat erzählt, dass sie jeden Abend Karton aufgehängt hätten, um die Fenster zu vermachen: «Wir hatten Wellkarton und befestigten den mit Reissnägeln. Mein Vater machte dann ein Provisorium, damit es ein bisschen ringer ging. Man konnte es dann ein bisschen aufrollen und später nur noch runterlassen.»[179]

Karin Müller, die während des Zweiten Weltkriegs als Kind in Grossdietwil (LU) wohnte, hat von dunklen Matten berichtet, die ihnen gebracht worden seien: «[…]| es waren steife Sachen, die schwarz waren und die wir abends innen vor die Fenster an einen Nagel gehängt haben, da wir ein Holzhaus hatten. Wir haben alle im Haus gemeinsam geholfen zu verdunkeln, da das alleine nicht gut möglich war.»[180]

Es sei streng kontrolliert worden, meinte H. S. von Muri. Die Verdunkelungsdisziplin sei aber, so J. A., immer etwas schwierig gewesen. Er spricht in diesem Zusammenhang von «Querulanten», aber auch von «alten Leuten, die nicht mehr ihre Fenster [vermachen konnten]».[181] Dagegen hat der Brittnauer G. W. von grosser Solidarität berichtet, die er auch bedingt sah durch die Angst vor Bomben:

«G. W.: Und am Abend machte es dann uhuuhuu und die Bomber flogen über die Schweiz. Man sah dann in Zofingen Scheinwerfer der Artillerie. Aber die kamen nur 7–8 km und Flieger flogen 10 km hoch, die hätten die gar nicht erwischt.

Interviewer: Gab es Leute, die nicht verdunkelt haben?

G. W.: Da gab es grosse Solidarität. Wenn es am Abend so gebrummelt hat, dann überlegte sich mancher, was mache ich gescheiter, als dann plötzlich wie in Schaffhausen Bomben runterkommen, das hat man sich schon überlegt.»[182]

Für J. A. aus Muri dagegen steht die Verdunkelung nicht wie bei G. W. im Zusammenhang mit einer direkten Bedrohung, sondern mit einer Ein-

177 H. S. aus Muri am 19. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 29.
178 Interview mit R. aus Riniken am 20. und 23. 9. 2005. In: Schmucki 2005, S. 26.
179 H. S. aus Muri am 21. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 29.
180 Karin Müller am 20. 9. 2006. In: Ketterer 2006, S. 21 f.
181 J. A. aus Muri am 19. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 24 f.
182 G. W. aus Brittnau am 5. 6. 2008. In: Marti 2008, S. 38.

flussnahme der Reichsregierung: «Und zwar kam das [die Verdunkelung], weil wenn die Schweiz schön beleuchtet gewesen wäre, hätten die Flieger, die Alliierten, nur den Leuchtschlangen nachzufliegen brauchen und schon wären sie in Konstanz gewesen. Man hat das allweg auf Drängen der Deutschen gemacht. Damit die keine Orientierungshilfe mehr gehabt haben.»[183]

Auch ein bei Kriegsausbruch 13-jähriger Sekundarschüler hat als Grund für die Verdunkelung angegeben, dass damit die Orientierungsmöglichkeit für Flugzeuge verhindert werde. Auch bei ihm waren es die alliierten Bomber, die deutsche Städte angreifen wollten: «Da die alliierten Flieger nachts die hellerleuchtete Schweiz als Orientierung für die Bombardierung deutscher Städte benutzten, wurde bald die totale Verdunkelung befohlen.»[184]

Äusserungen der im Rahmen von Archimob Interviewten, die die Verdunkelung kritisch kommentiert haben, taten dies in der Gegenüberstellung der Auffassungen, die sie und andere während des Krieges gehabt hätten, und der Beurteilungen, die sie später vornahmen. So meinte etwa Liselotte Meyer-Fröhlich: «Die Verdunkelung wurde damit begründet, dass die Deutschen nicht sehen sollten, wo die Grenze ist. Nein, das ist nicht wahr! Es war wegen der Flugzeuge: Damit die Amerikaner nicht sehen sollten, wo Deutschland anfängt, damit sie sich nicht an der Schweiz orientieren konnten. […] Für die Schweiz war die Verdunkelung ein grosses Risiko, vor allem für die Grenzregionen […]. Doch wir mussten halt gehorchen. Wir mussten die Verdunkelung für die Deutschen machen. Das hinterfragten wir damals nicht, wir hinterfragten sehr wenig. […] Wir nahmen einfach zur Kenntnis: Man muss verdunkeln, damit die Flugzeuge den Weg nicht finden.»[185]

Leni Altweg, Theologin und Aktivistin in der Antiapartheidbewegung, äusserte sich in ähnlicher Weise: «Man meinte auch, die Verdunkelung sei zu unserem Schutz. Man war felsenfest überzeugt: Wenn wir nicht verdunkeln, kommen die Bomben. Aber genau das Gegenteil ist logisch. Die

183 J. A. aus Muri am 19. 9. 2006. In: Haag 2006, S. 24 f.

184 Chiquet (Hg.) 1992, S. 38.

185 Liselotte Meyer-Fröhlich, geb. 1922. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 420. Liselotte Meyer-Fröhlich war eine freisinnige Politikerin in der Stadt Zürich. Sie setzte sich für das Frauenstimmrecht, den straflosen Schwangerschaftsabbruch und für Opfer häuslicher Gewalt ein.

Verdunkelung war im Interesse der Deutschen verordnet. Wenn wir nicht verdunkelt hätten, hätten die Alliierten gemerkt, dass sie bei uns am falschen Ort waren. Die Verdunkelung erfolgte deshalb wahrscheinlich im Einvernehmen mit den Deutschen. Aber das ist uns damals nie in den Sinn gekommen. Mir auf jeden Fall nicht. Ich erfuhr erst hinterher, dass Leonhard Ragaz, der pazifistische Theologe, das schon während des Krieges verkündet hatte. […] Ragaz sagte das alles schon während des Krieges, aber seine Ansichten wurden von der Regierung unterdrückt. Über solche Sachen durfte man damals nicht sprechen.»[186]

Angesichts der nervösen Äusserungen von Bundesrat Minger, der auch von Defätismus sprach, und der hohen Bussen, die bei Nichtbefolgung der Verdunkelung angedroht waren, scheint diese Einschätzung kaum übertrieben.

5.5 Fazit: Verdunkelung mit Murren

Die Quellen der konsultierten Gemeindearchive im Kanton Aargau zeigen, dass die Verdunkelung sowohl von Gemeindebehörden wie von Privaten unterschiedlich konsequent befolgt wurde. Obwohl die Nichtbeachtung des Befehls mit Strafen belegt wurde, die in schweren Fällen einschneidend sein konnten, gab es immer wieder Verstösse. Bezieht man die nachlässige Durchsetzung durch Gemeindebehörden und die Reaktionen der Verwarnten oder Gebüssten mit ein, entsteht der Eindruck, dass die Verdunkelung vielerorts nur widerwillig und zögerlich vorgenommen wurde.

Erstaunlich scheint das Ergebnis, dass Gemeindebehörden sich teilweise kaum oder wenig konsequent um die Befolgung der Verdunkelungspflicht kümmerten. Für einige Gemeinden belegen Quellen, dass die Behörden die Verdunkelung erst dann mit Nachdruck anordneten und überprüften, als ihnen vom Armeekommando klargemacht wurde, dass sie als Gremium für die Verstösse in ihrer Gemeinde haftbar gemacht werden konnten. Insbesondere das Beispiel von Muri zeigt, dass die inkonsequente und nachlässige Haltung der Gemeindebehörden die Bürgerinnen und Bürger einlud, sich über die Verdunkelung hinwegzusetzen.

186 Leni Altweg, geb. 1924. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 420.

Eine politische Begründung für die Verdunkelungsverweigerung ist für die Zeit vor Beginn des Kriegs dokumentiert. Dabei tritt ein religiöser Pazifismus hervor, während die staatsrechtliche Kritik nicht die Verdunkelung als solche ablehnte, sondern die anfänglich mangelnde demokratische Legitimation der Vorschriften.

Weshalb die Verdunkelungsanordnungen und deren Begründung durch Bundesrat und Armee in den Gemeinden nur mässig verfingen, ist aufgrund der hier untersuchten Quellen nicht zu beantworten. Es gibt kaum Hinweise darauf, dass Private oder Behörden der Verdunkelung nicht oder mangelhaft nachkamen, weil sie darin ein «anpasslerisches» Verhalten gegenüber dem Deutschen Reich gesehen hätten, das sie nicht unterstützen wollten. Trotz der öffentlichen und offiziellen Opposition vor allem in den Grenzregionen gegen die Verdunkelung, die teilweise offen mit der Anpassung an Deutschland erklärt wurde, gibt es kaum explizite Hinweise darauf, dass die Verstösse Einzelner gegen die Verdunkelung politisch motiviert gewesen wären. Solche Argumentationen finden sich lediglich in Erinnerungen und bei diesen ist es teilweise deutlich, dass die späteren Diskussionen die eigenen Erfahrungen verändert haben.

6 Offener oder diffuser Widerstand gegen die Verdunkelung und die Nationalisierung der Bevölkerung

Dass die Bevölkerung vom November 1940 an zu verdunkeln hatte, war ihr von General und Bundesrat unmissverständlich vorgeschrieben worden. Entlang der Befehlskette über die jeweilige Kantonsregierung war die Durchsetzung an die Gemeindebehörden delegiert, denen spätestens seit 1942 die persönliche Haftbarmachung angedroht war, sollten sie die Vorschriften nicht befolgen. Daneben versuchte die militärische und luftschützerische Propaganda der Bevölkerung zu vermitteln, dass die Verdunkelung in ihrem eigenen Interesse sei, da diese sie vor Bombardementen schützen würde. Für den Fall, dass weder Befehle noch Propaganda ausreichten, sollten die angedrohten Strafen und Bussen den Gehorsam erreichen.

Wird die ideologische Figur der solidarischen und widerstandsbereiten Bevölkerung am Beispiel der Verdunkelung mit Tanners These von der «Nationalisierung der Bevölkerung» und vom «helvetischen Totalitarismus» konfrontiert, zeigt sich Erstaunliches. Auf der Basis eines zumindest anfänglich zweifelhaften legislatorischen Prozesses war die lückenlose Befehlskette, die in der Androhung und im Vollzug der Bestrafung ihre Abrundung erfuhr, zweifellos Ausdruck der «autoritären Demokratie», stellte sie sich doch nicht nur taub gegen alle Argumente, die dem fehlenden Sinn der Massnahme, der Gefährdung durch die Verdunkelung und der Verletzung der Neutralität galten, sondern auch stumm gegen alle demokratische Verpflichtung zur Begründung obrigkeitlichen Handelns. Das Schweigen über den Grund der Massnahme, die Gefälligkeit gegenüber und die Angst vor dem nördlichen Nachbarn nämlich, wäre als nationale Haltung im internationalen Kontext zu erklären und müsste heute deutlicher befragt werden. Denn die damit verbundene Interpretation von «Neutralität» wurde von allen Kriegsbeteiligten als fadenscheinig verstanden. Verdunkelung muss deshalb dezidiert als Neutralitätsverletzung erzählt werden. Das behördliche Schweigen wurde aber von der Bevölkerung letztlich akzeptiert, weil sie in einem Amalgam von Nationalisierung und Widerstandsbereitschaft glauben wollte, was die Regierung für «neutral» und «wehrhaft» erklärte.

Daraus abzuleiten, es habe keine Diskussionen und Proteste gegen die Verdunkelungspflicht gegeben, wie dies in der nachfolgenden geschichtskulturellen, aber auch in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung lange getan wurde, ist nicht statthaft. Der Unwille war gross. Er wurde

unterschiedlich begründet und in unterschiedliche Handlungen und Verweigerungen umgemünzt. Auch wenn gerade an den lokalen Quellen (neutralitäts)politischer Widerstand kaum ablesbar ist, zeigt sich zumindest ein immenses Reservoir an Widerständigkeit gegen eine «Nationalisierung» des eigenen Alltags. Das Unverständnis entwickelte sich in den Grenzkantonen angesichts der akuten Bedrohung, dass die Verdunkelung die Grenze unsichtbar machte und damit die schweizerischen Grenzgemeinden der Gefahr von Bombardementen aussetzte, zum föderalen und kommunalen Widerstand. Dies hängt auch mit der Verantwortung der kantonalen Regierungen und kommunalen Behörden für «ihre» Bevölkerungen und Unternehmen zusammen, deren Schutz sie auch gegen die Zumutungen des Nationalstaats wahrzunehmen hatten. In diesem Sinn erwies sich die politische und verfassungsrechtliche Kraft der Kantone als Gegengewicht zum Vollmachtenregime und zur Nationalisierung der Bevölkerung.

III Rationierung: Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in den Kriegsjahren

Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden einige wichtige Lebensmittel rationiert. Es handelte sich dabei in einem ersten Schritt um Produkte, die zu wesentlichen Teilen importiert werden mussten. Im Verlauf des Kriegs wurden dann immer mehr Nahrungsmittel der Rationierung unterstellt und die Zuteilungen mit einem zunehmend ausdifferenzierten System an die wissenschaftlich bestimmten Bedürfnisse einzelner Gruppen der Bevölkerung angepasst. Die Rationierung wurde von weiteren marktlenkenden Massnahmen begleitet: einerseits einer Preisbindung, die Preissteigerungen abbremsen und den sogenannten Wucher verhindern sollte, andererseits der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbaufläche und der Umstellung der damals dominierenden Milchwirtschaft und Viehzucht auf Ackerbau, um so die inländische Versorgung der Bevölkerung zu steigern. Während die Rationierung in der Bevölkerung trotz der mit der Zeit sinkenden täglichen Rationen insgesamt gut aufgenommen wurde, gab es aufseiten der Produzenten viel Widerstand. Der Bundesstaat baute deshalb sein Kontroll- und Strafsystem laufend aus.

Die Bevölkerung mit genügenden und erschwinglichen Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern des täglichen Gebrauchs zu versorgen, war eine der zentralen Zielsetzungen der kriegswirtschaftlichen Systeme kriegführender, aber auch neutraler Staaten im Zweiten Weltkrieg. Die Vernachlässigung kriegswirtschaftlicher Massnahmen, der schlechte Ernährungs- und damit Gesundheitszustand vor allem der ärmeren städtischen Bevölkerung und die sich steigernde soziale Unruhe im Ersten Weltkrieg hatten gezeigt, dass in einem neuerlichen Krieg den staatlichen Behörden in der bestmöglich geregelten Versorgung der Bevölkerung eine unverzichtbare Aufgabe erwuchs. Die dafür getroffenen Massnahmen waren vielfältig: Die unmittelbar auf die Versorgung der Bevölkerung abzielenden Instrumente waren die Rationierung knapper Güter, Preisbindungen und «gerechte» Verteilung. Diesen ging die Vorsorge für den Kriegsfall voraus: die Anordnung von Pflichtlagern vor allem für Importgüter durch Unternehmen und die staatliche Anlegung von Vorräten. Überhaupt wurden die mehr oder weniger globalisierten Handelsströme

auf Gefährdungen durch Kriegshandlungen geprüft, die Sicherstellung der Lieferketten vorangetrieben oder aber alternative Möglichkeiten des Nachschubs geschaffen.[1] Daneben wurden in der Schweiz die Bemühungen, den Selbstversorgungsgrad zu steigern, durch verstärkte Waldrodung, Melioration von sumpfigen Böden und Steuerung landwirtschaftlicher Tätigkeit weg von der Fleisch- auf die pflanzliche Produktion verfolgt. Ebenso wie bei der Rationierung stellten Entscheidungen, die gegen Ende 1940 zum Tragen kamen, auch bei der landwirtschaftlichen Produktion den Ausgangspunkt eines verschärften Zugriffs der Politik auf das wirtschaftliche Geschehen dar.[2]

Während die «Anbauschlacht», die Ausdehnung und die möglichst effiziente Nutzung der Anbaufläche, von grossem propagandistischem Aufwand begleitet wurde und auch nach dem Zweiten Weltkrieg als die wesentliche – bäuerliche – Leistung zur Verhinderung von Hunger und sozialen Unruhen, ja als Beitrag zur Wahrung der Unabhängigkeit gefeiert wurde,[3] betont die jüngere Forschung, dass mit der Rationierung und der Preisbindung eine ungenügende, als «ungerecht» verteilt empfundene oder für weite Teile der Bevölkerung unbezahlbare Ernährung vermieden und so ein weit grundsätzlicherer Beitrag zum sozialen Frieden und zum Selbstbehauptungswillen geleistet wurde.[4]

Die Rationierung und die gleichzeitige Preisbindung knapper Güter sollten Versorgung und «gerechte» Verteilung ermöglichen, damit es nicht zu völlig ungleichgewichtigen Beschaffungsmöglichkeiten für arme und begüterte Privatpersonen sowie die Gewerbe- und Industriebetriebe in unterschiedlichen Gegenden des Landes kommen würde. Die Zustände, wie sie in der Schweiz im Ersten Weltkrieg aufgetreten waren, sollten im Zweiten Weltkrieg durch die behördlichen Regelungen verhindert werden. Damals waren Rationierungsmassnahmen und Inflationsbekämpfung viel zu spät erfolgt, sodass ein relevanter Teil vor allem der städtischen Bevölkerung in Not und Hunger getrieben worden war. Die Bundesbehörden selbst waren der Ansicht, dass dies die sozialen Spannungen verschärft, die Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung geschwächt und schliesslich

1 Vgl. etwa Feldman 2008; Tanner/Groebner/Guex 2008, S. 16 f.
2 Siehe Kapitel IV.
3 Vgl. dazu Maurer 1985.
4 Baumann/Moser 1999, S. 331–337; Tanner 2015, S. 278–280.

den Landesstreik mitverursacht hatte.[5] Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg war die Sicherung der Versorgung angesichts einer erheblichen Importabhängigkeit bei wichtigen Gütern allerdings ein schwieriges Unterfangen. Massnahmen auf der Angebotsseite wie Pflichtlager, aber auch neutralitätsgefährdende beziehungsweise -verletzende Verhandlungen insbesondere mit dem Deutschen Reich zur Beschaffung von unverzichtbaren Gütern wie Kohle und Dünger waren deshalb von Bestimmungen begleitet, die den Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln und anderen Gütern zunehmend beschränkte. Der Rechenschaftsbericht der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft (EZK) liefert dafür reiches Material und bietet bis heute die ausführlichste Darstellung der Rationierung.[6]

Die Eingriffe in die liberale Wirtschaftsordnung, die sowohl für Produzierende wie für Konsumierende einschneidende Änderungen zur Folge hatten, sind von der Geschichtsschreibung zwar in die eben geschilderten Zusammenhänge gestellt worden. Sie sind aber in ihrer Konzeption, Durchführung und Durchsetzung sowie in ihrer Akzeptanz durch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nie Gegenstand detaillierter Untersuchung geworden und deshalb im Narrativ der Schweiz im Zweiten Weltkrieg immer nur oberflächlich und anekdotisch behandelt worden.

Die Organisation der kriegswirtschaftlichen gerechten Verteilung, preislichen Bindung und Sicherung des Vorrats an Gütern, vor allem Lebensmitteln, aber auch Textilien oder Energieträgern, verlangte ausserordentliche behördliche Anstrengungen, die auf Bundesebene mit dem frühzeitigen Aufbau der EZK eingeleitet wurden.

Nach der anfänglichen Rationierung von wenigen Lebensmitteln, die zu erheblichen Teilen Importware waren, wurde ab November 1940 ein umfassendes System der Rationierungen errichtet. Für diese Hinwendung zu einem totalisierenden Rationierungssystem verliessen sich die Bundesbehörden in hohem Ausmass auf die Beratung durch die neu eingerichtete wissenschaftliche Kommission, womit – wie Jakob Tanner in seiner Studie zur Ernährung in der Schweiz mit Bezug auf deren Präsidenten, den Professor für Physiologie der Universität Lausanne Alfred Fleisch, formulierte – die staatliche Rationierungspolitik zu einem «Massenernährungs-

5 Vgl. dazu Feisst 1945, S. 8–19; Jakob/Maissen/Schwarz 2010, S. 90–93. Vgl. die Beiträge in Krämer/Pfister/Segesser (2016) sowie den Beitrag von Meier in Rossfeld/Koller/Studer (2018) sowie ihre Lokalstudie zur Stadt Basel (2020).

6 Bericht der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950.

experiment»[7] wurde, das allerdings gerade dann (1945/46) abgebrochen werden konnte, als es die beginnende Mangelernährung der Bevölkerung nicht mehr verhindern konnte.[8]

Die Anstrengungen der entsprechenden Institutionen von Bund und Kantonen waren umso grösser, als die getroffenen Rationierungsmassnahmen bis auf Gemeindeebene organisiert werden sollten, was auch die Kontrolle der Beteiligten – sowohl der Beamten und Angestellten der staatlichen Stellen als auch der Privaten – erforderte. Die Behörden von Bund, Kantonen und insbesondere Gemeinden sahen sich dabei vor ganz neue Probleme, Verantwortlichkeiten und einen enormen Arbeitsaufwand gestellt. Allein die geregelte und gesicherte Versorgung stellte eine gewaltige logistische Herausforderung dar. Aber auch die Überwachung der Prozesse und involvierter Personen war mit einem enormen Aufwand verbunden.

Nicht alle Angestellten dieser Behörden stellten sich in den Dienst der Gesellschaft; es gab Einzelne, die sich mit der Verschaffung persönlicher Vorteile strafbar machten. Manche in der Bevölkerung wie auch zahlreiche der grösseren und kleineren Unternehmen versuchten zudem, die Vorschriften grosszügig zu interpretieren, zu umgehen und persönlichen beziehungsweise unternehmerischen Gewinn aus einer ungenauen Befolgung oder deutlichen Verletzung der Vorgaben zu ziehen. Manche vermochten nicht zu erkennen oder nicht anzuerkennen, dass ihre Schlaumeiereien oder systematischen Gesetzesbrüche im Kontext der Versorgung der Gesamtbevölkerung als ein Akt der mangelnden Solidarität verstanden werden konnten. Anderen lag das Eigeninteresse erklärterweise näher als die solidarische Haltung. Die rückblickende Verklärung (wirtschaftlichen) Handelns während des Zweiten Weltkriegs als bestimmt von der Überzeugung von der Nation als Schicksalsgemeinschaft ist nicht nur überbetont, sondern wird auch der individuellen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz überhaupt nicht gerecht.

Immense propagandistische Anstrengungen sollten die Idee der Schicksalsgemeinschaft in der Bevölkerung verankern.[9] Wie noch zu zeigen sein

7 Tanner 1999, S. 383–436, hier S. 383.

8 Fleisch 1947, S. 63. Vgl. auch Gysling/König/Ganz 1995, S. 118 f., 120 f.

9 Bekanntes Mittel war die «Schweizer Filmwochenschau», die in den Kinos vor den Spielfilmen ausgestrahlt wurde. Memoriav Memobase (2020). Vgl. dazu Schärer/Sutter 2000.

wird, wurde in Tat und Wahrheit daneben aber auch ein System von Anordnungen, Organisation, Kontrolle und Bestrafungen eingerichtet, das als Ganzes die mehr oder weniger konsequente Befolgung des gemeinschaftlichen Interesses herstellen sollte. Bestrafungen waren ein wichtiges Element dieses Systems: In der Rückblende der EZK 1950 wurde festgehalten, dass allein im Kontext der wegen der verbreiteten privaten Hühnerhaltung betrugsanfälligen Eierrationierung zwischen 1942 und 1946 rund 20 000 Strafverfolgungen eingeleitet worden waren.[10] Insgesamt wurden im Kontext der Rationierung und der Produktionssteuerung zwischen 1939 und 1946 in der ganzen Schweiz 231 075 Strafuntersuchungen angeordnet, wovon 212 829 zu Strafurteilen führten.[11] Der Generalsekretär des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), dem die kriegswirtschaftliche Strafrechtspflege und -praxis oblag, Eugène Péquignot, berichtete einerseits von langwierigen Untersuchungen von Vergehen, andererseits davon, dass er (kantonalen und eidgenössischen) Amtsstellen die konsequente Verfolgung solcher Vergehen nicht unbedingt zutraute:

«In den Jahren 1941 und 1942 beantragten das Kriegs-Ernährungs-Amt, das Kriegs-Industrie- und Arbeits-Amt und die eidg. Preiskontrollstelle, im Wesen und Aufbau der kriegswirtschaftlichen Strafrechtspflege gewisse grundsätzliche Änderungen einzuführen. […] Sie wünschten, man möge den Kriegswirtschaftsämtern die Befugnis erteilen, selbständig Strafverfahren einzustellen und Bussen bis zu 200.– auszufällen. Sie wollten auch die Kantone in einzelnen bestimmt umrissenen Straftatbeständen ermächtigen, kriegswirtschaftliche Verfehlungen mit Bussen bis zu Fr. 50.– abzuwandeln.

Es waren sehr verschiedenartige Gründe, welche das Generalsekretariat veranlassten, den Begehren der Kriegswirtschaftsämtern zu opponieren. […] Die bewirtschaftenden Amtsstellen waren oft geneigt, Verfehlungen in ihrem Sektor entweder zu wichtig oder als bedeutungslos hinzunehmen.»[12]

Mit der Belassung der Strafverfolgung bei den jeweils involvierten Ämtern wären gemäss dem Generalsekretär krasse Ungleichheiten aufgetreten. Seine Aussagen machen auch deutlich, dass er von der Notwendig-

10 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 477.
11 Vgl. Péquignot 1950, S. 1079.
12 Ebd., S. 1079 f.

keit einer konsequenten Strafverfolgung von Verfehlungen ausging, die er aber gefährdet sah, wenn Kriegswirtschaftsämter oder gar Kantone Bussen aussprechen könnten. Hinzu kam, dass Péquignot davon ausging, dass Urteile eines Gerichts grösseren Respekt hervorriefen als Behördenentscheide, was gleichzeitig zeigt, dass er von der Notwendigkeit der Abschreckung ausging: «Der Schweizerbürger hat eben immer viel mehr Achtung gehabt vor einem richterlichen Urteil als vor dem Entscheid einer Verwaltungsbehörde. Es war daher wichtig, dass nur vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement unabhängige Gerichte Strafen aussprachen.»[13]

Strafuntersuchungen wurden denn auch während der ganzen Zeit des Kriegs in einer Zusammenarbeit von eidgenössischen, kantonalen und Gemeindebeamten vorgenommen. Dabei waren die eidgenössischen Ermittler federführend. Eine Untersuchung führte zu einem Dossier, das zuletzt im Generalsekretariat des EVD (und in der angegliederten Sektion für Rechtswesen) begutachtet wurde, welches auch über die Weitergabe an die strafrechtlichen Kommissionen, Gremien, denen ein Berufsrichter vorstand, entschied.[14] Die Kommissionen waren schon bald völlig überlastet, weshalb weitere derartige Gremien gebildet werden mussten.[15]

Diese zentralistische und hierarchische strafrechtliche Organisation zur Verfolgung kriegswirtschaftlicher Vergehen sowie die stetig steigende Arbeitslast der strafrechtlichen Kommissionen belegen, dass die Bestrafung von Vergehen beziehungsweise das Wissen in der Bevölkerung und in den Behörden, dass Vergehen strafrechtlich untersucht und verfolgt wurden, als für die Disziplinierung notwendig angesehen wurden und sich auch als notwendig erwiesen – ein Befund, der der Sicht auf die ent- und geschlossene Solidarität in der gesamtschweizerischen Bevölkerung nicht unbedingt entspricht. Vielmehr kann sie – wie schon die Durchsetzung der Verdunkelung – als Anstrengung gelesen werden, jene nationale Solidarität als Element der Nationalisierung der Bevölkerung durchzusetzen, die Tanner als ein zentrales Bestreben der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert ausgemacht hatte.[16] Und wie bei der Verdunkelung, wo die Kantone an der Grenze als Ort des mehr oder weniger gelingenden Widerstandes gegen diese Tendenzen interpretiert werden konnten, zeigt sich auch bei

13 Ebd., S. 1080.
14 Ebd., S. 1077.
15 Ebd., S. 1078.
16 Tanner 1988, S. 88 f.

der Rationierung, dass (gewisse) Kantone und ihre Eliten einerseits ihre Interessen im Einklang mit dem Bundesstaat sahen, andererseits als relativ massives Bollwerk gegen ihn wirkten.

1 Unsolidarisches Wirtschaftshandeln, mangelndes Vertrauen in den Staat und Gehorsamserzwingung durch Bundesbehörden und Armee

1942 und 1944 ereigneten sich Zusammenstösse zwischen dem (Bundes-) Staat und lokalen Bevölkerungsgruppen, die ein schweizweites Echo hatten. In beiden Fällen gingen dem Zugriff des Staates schwere Verletzungen der kriegswirtschaftlichen Regelungen voraus. Davon ausgelöst führte je ein Bündel von Ursachen zu lokalen Aufständen. In den Konflikten zeigten sich unter anderem grundsätzliche Differenzen zwischen dem Bund und (Teilen) der lokalen Bevölkerung bei der Einschätzung, was gerecht, legitim und billig sei, und damit bei der Beurteilung der kriegswirtschaftlichen gesetzlichen Bestimmungen.

1.1 Der «Aufstand von Steinen»

Am Samstag, den 19. September 1942, sollte Josef Nufer, Besitzer der «Untermühle», einer Futtermittel- und Maismühle in Steinen, und Betreiber einer Sennerei wegen grober Verstösse gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen, insbesondere Schwarzhandels in grossem Stil,[17] in Untersuchungshaft gesetzt werden. Nufer wollte sich zuerst nicht verhaften lassen, liess sich dann aber überzeugen, «freiwillig» den beauftragten Polizeisekretär nach Aarau zu begleiten. Mit der Festnahme wollten die eidgenössischen Strafverfolgungsbehörden Kollusion verhindern und dem Verdacht auf Schwarzhandel mittels Durchsicht der Geschäftsbücher des Müllers nachgehen. Nufer war ein angesehener Mann in Steinen, einer Gemeinde mit 1652 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1941, die mehrheitlich in Viehzucht und Milchwirtschaft beschäftigt waren.[18] Er hatte viele Ämter

17 Fuhrer und Vincenz (2005, S. 26, Anm. 6) berichten, dass allein der «am 19. September 1942 […] verhaftete Direktor der Getreideflocken AG in Lenzburg und der Hellmühle AG in Wildegg einem Untersuchungsbeamten der Sektion für Getreideversorgung des Kriegsernährungsamtes KEA [gestand], am 3. September 1942 von Josef N. im Kettenhandel fünf Tonnen Hirse und 2,5 Tonnen Mais bezogen zu haben».

18 Fuhrer/Vincenz 2005, S. 25. Neben den Landwirtschaftsbetrieben, die auch aus Obst und Kirschen gebranntes Wasser herstellten, gab es Hammerschmieden, die eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung hatten.

bekleidet. So war er acht Jahre lang Gemeinderat gewesen, Schulpräsident, Präsident der Raiffeisenbank und anderes mehr.[19] Nufer leugnete den Schwarzhandel nicht. Im Dorf allerdings war das enorme Ausmass seiner kriminellen Handlungen anfänglich nicht bekannt.

Am folgenden Montag, den 21. September 1942, erteilte der Leiter der kantonalen kriegswirtschaftlichen Zentralstelle Schwyz im Einverständnis mit dem Chef der Sektion für Getreideversorgung des Kriegsernährungsamtes (KEA) den Auftrag, den Mühlebetrieb von Josef Nufer zu schliessen und die Buchhaltung sicherzustellen. Ein Sohn Nufers leistete gegen die Massnahme Widerstand, drohte mit dem Einsatz von Waffen und damit, er werde Beamte, die die Schliessung durchsetzen wollten, totschlagen. Schliesslich willigte er doch in die Schliessung des Betriebs ein, während der Beamte auf die Sicherstellung der Bücher verzichtete.[20]

Veranlasst vom KEA trafen am Tag darauf, am 22. September, der Chef des Kontrolldienstes der schweizerischen Zentralstelle der Lebensmittelimporteure Oskar Walther und der Inspektor der Sektion für Milch und Milchprodukte Willy Rhyner gemeinsam mit dem lokalen Polizisten Stählin bei der Mühle ein, um eine Betriebskontrolle durchzuführen. Der in Aarau festgesetzte Nufer hatte seine Familie aufgefordert, bei der Kontrolle keine Schwierigkeiten zu machen.[21]

Schon nach dem sonntäglichen Kirchgang war aber Nufers Gang nach Aarau Dorfgespräch geworden. Bei der Ankunft der Kontrolleure in Steinen am 22. September liess man die Kirchglocken läuten und mobilisierte Männer aus dem Dorf, die die Betriebskontrolle verhindern wollten. Beim gewalttätigen Vorgehen wurde Walther bei einem Treppensturz verletzt und Rhyner verprügelt. Die beiden befanden sich nun in den Händen von mittlerweile rund 200 Aufrührern, die drohten, es gebe Tote, wenn Nufer nicht freigelassen werde.[22]

Filip Vincenz, der die Ereignisse von Steinen untersuchte und zusammen mit Hans Rudolf Fuhrer einen Beitrag dazu publizierte, interessierte sich bei seiner Diplomarbeit an der Militärakademie der ETH Zürich ganz wesentlich für die militärischen Entscheidungen und Vorgehensweisen

19 Vgl. dazu www.schwyzkultur.ch/artikel/steinen/volkskultur/schwarzer-tag-in-steinens-geschichte_AnMUY7r, 28. 10. 2022.
20 Gemäss Fuhrer/Vincenz 2005, S. 26.
21 Ebd., S. 26.
22 Ebd., S. 27.

beim Ordnungsdiensteinsatz, der die aufrührerische Situation definitiv beendete. Er beurteilte diesen als militärisch-politische Überreaktion, die beinahe in eine «Katastrophe», eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Militär und Aufständischen, gemündet wäre.[23]

Im Zusammenhang mit der Frage, wie Rationierung, Preisbindung und Schwarzhandel in der Bevölkerung aufgenommen und diesbezügliche gesetzliche Vorgaben befolgt wurden, stellt der «Aufstand von Steinen» ein krasses Beispiel dafür dar, dass es Bevölkerungsgruppen gab, die den behördlichen Vorgaben nicht zu folgen bereit waren. Er ist ein Zeugnis dafür, dass im eidgenössischen Rahmen unsolidarisches Wirtschaftsgebaren Hand in Hand gehen konnte mit dem Widerstand gegen staatliche Anordnungen. Festzustellen ist auch, dass noch heute lokalgeschichtliche Kommentatoren den Vorfall bagatellisierend und ironisierend darstellen und darin häufig auch einen Ausdruck stauffacherscher Tradition, «Freiheitsliebe» und – kaum je gerechtfertigten – Misstrauens gegen die Zentralregierung sehen.[24]

Die beiden Autoren, die sich ausführlich mit der Agrarpolitik in der Schweiz befasst haben, Werner Baumann und Peter Moser, legen nahe, den Aufstand auch als Ausdruck einer 1942 bereits lange bestehenden Unzufriedenheit von Innerschweizer Bauern zu sehen. Sie hätten sich nicht nur von den «Herren in Bern», sondern auch von der agrarischen Elite des Schweizerischen Bauernverbands nicht vertreten gefühlt. Extreme Parzellierung, Hypothekarverschuldung, sinkende Milch- und Viehzuchtpreise hätten lange vor der «Anbauschlacht» zu einer endemischen Krise geführt.[25] In Reaktion darauf und aus Protest gegen den Schweizerischen

23 Ebd., S. 34; vgl. auch Jaun 2019, S. 233, 235.

24 Vgl. Erich Aschwanden: 3700 Soldaten umstellen rebellische Schwyzer. *Neue Zürcher Zeitung*, 25. 9. 2017; s. n.: Schwarzer Tag in Steinens Geschichte. *Bote der Urschweiz*, 28. 9. 2009, www.schwyzkultur.ch/artikel/steinen/volkskultur/schwarzer-tag-in-steinens-geschichte_AnMUY7r, 22. 10. 2022. Zur Bagatellisierung durch die damaligen kantonalen Behörden vgl. Fuhrer/Vincenz 2005, S. 28. Die Geschichtswissenschaft hat sich des Themas kaum angenommen. Dies zeigt auch die knappe Erwähnung im *Historischen Lexikon der Schweiz*. Meyerhans 2012. Der Historiker und ehemalige Staatsarchivar von Schwyz Erwin Horat hingegen hat zum Steiner-Handel diverse kleinere Texte veröffentlicht (2007, 2008). Dabei ist insbesondere sein Text von 2007 geprägt vom versöhnlichen und verharmlosenden Gestus der lokalgeschichtlichen Tradition.

25 Baumann/Moser 1999, S. 76–84.

Bauernverband sei der Innerschweizer Bauernbund gegründet worden, der aber eher als Ventil gewirkt habe denn als wirkungsvolle politische Kraft.[26]

Selbst die Gemeindebehörden unterstützten die Kontrolleure anfänglich nicht, sondern hielten sich im Hintergrund. So informierten sie die empörten Dorfbewohner erst spät darüber, welches Ausmass der Schwarzhandel Nufers angenommen hatte – etwas, was die Wut gegen die Strafverfolgungsbehörden zu dämpfen imstande gewesen wäre. Erst als das Ganze vollends auf einen gewalttätigen Konflikt hinauszulaufen drohte, versuchten sie etwas zu beruhigen und zur Ordnung aufzurufen. Das Vorgehen der Gemeindebehörden zeugt davon, dass Solidarität und Gemeinschaftssinn durchaus vorhanden waren, aber dass sie nur beziehungsweise vornehmlich dem eigenen Dorf und seinen Interessen galten.[27]

Im Kanton sahen sich Regierung und Parlamentarier zwischen den Fronten: Zwar war ihnen die Notwendigkeit, Nufers Betrügereien zu ahnden und die Aufrührer zum Aufgeben zu bewegen, klar. Dennoch hatten sie für Letztere viel Verständnis und hatten ihnen auch unhaltbare Versprechungen gemacht. Nun bemühten sie sich, dem Bundesrat ein massives Eingreifen auszureden. Der Empfehlung Bundesrat Etters, um Truppen nachzusuchen, kamen sie anfänglich nicht nach, weil sie davon ausgingen, dass es möglich war, den Konflikt anders beizulegen.

Der Schwyzer Landammann Knüsel und Polizeidirektor Bürgi trafen am Nachmittag des 22. September bei der Mühle ein, um mit den Aufrührern zu verhandeln. Diese verlangten die Freilassung von Nufer, was aber von der zuständigen Stelle in Aarau und von der Bundesanwaltschaft verweigert wurde. Für die beiden Festgehaltenen, Walther und Rhyner, konnten die Magistraten vorerst Erleichterungen, nicht aber die Freilassung erwirken. Am späteren Nachmittag traf Oberleutnant Keller, der Kommandant der Radfahrerkompanie 36, mit einem Alarmdetachement ein. Gleichzeitig verliessen nicht wenige der Aufrührer den Ort, weil sie ihre Kühe zu

26 Ebd., S. 168–186. Die Innerschweizer Bauern formulierten in ihren Forderungen keine tragfähigen Lösungen für ihre Existenzprobleme. Letztlich zeigte sich in ihrer Situation eine Folge der hochkapitalistischen industrialisierten Schweiz (Behrendt 1932), nämlich die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitigem Zerfall der Preise für agrarische Produkte, auf den gerade die (vor)alpine Viehzucht und Milchwirtschaft schlecht reagieren konnte, was sie in extremem Ausmass von den agrarpolitischen Beschlüssen der Eidgenossenschaft und deren Subventionen abhängig machte.

27 Fuhrer/Vincenz 2005, S. 27 f.

besorgen hatten. Schliesslich trat die Ehefrau Nufers vor die verbliebenen rund 80 Aufständischen und hielt ihnen vor, sie schadeten ihrem Ehemann. Polizeidirektor Bürgi versicherte zudem, die Bestandsaufnahme anhand der Geschäftsbücher Nufers werde erst vorgenommen, wenn dieser wieder frei sei. Daraufhin liessen die noch immer aufgebrachten und misstrauischen Aufrührer Walther und Rhyner mit den Regierungsvertretern ziehen.

Trotzdem waren in der Armee Vorbereitungen im Gang, um Truppen aufzubieten und in den Kanton Schwyz zu entsenden. Der Aufmarsch nahm in den folgenden Tagen zu und hielt bis zum 30. September an, als schliesslich Entwarnung gegeben wurde. Dabei herrschte in Bern sowohl zwischen Bundespräsident Etter und Bundesrat Kobelt wie auch zwischen einzelnen Heeresangehörigen keine klare Vorstellung über die Vorgänge und insbesondere über ihre weitere Entwicklung. Man schätzte jedoch die Lage nach wie vor als sehr ernst ein, glaubte nicht, dass sich diese mit der Entschärfung der Situation vor der Mühle wirklich beruhigt hatte, und rechnete mit weiteren Unruhen, denen man mit einem Armeeeinsatz entschieden entgegentreten wollte. Insbesondere die Vorladung der am Aufruhr Beteiligten zur Vernehmung nach Brunnen am 29. September hielt man für risikoreich. Truppen umstellten deswegen Steinen in der Absicht, jegliche aufrührerische Aktivität niederzuschlagen. Am Tag darauf ersuchte dann der Regierungsrat beim Bundesrat um Abzug der Armeeeinheiten.[28]

Auch wenn die Truppenaufgebote als Resultat sich widerstreitender Auffassungen in Bern und von schwierigen Vorgängen im Armeeapparat interpretiert werden können, war das Ergebnis doch, dass sich der Bund letztlich mit seinen Gewaltmitteln durchsetzte, deren Einsatz den Leuten in Steinen angedroht war.

Erst 1944 ergingen die Urteile gegen Nufer und die Aufrührer. Josef Nufer wurde des Schwarzhandels schuldig gesprochen. Offenbar nach einem Rekurs verurteilte ihn «die strafrechtliche Rekurskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) am 16. September 1944 zu sechs Monaten Gefängnis» und büsste ihn «mit 12 000 Franken».[29] Das Bundesstrafgericht, das vom 11. bis 18. Dezember 1944 in Luzern tagte, behandelte die Anklage der Bundesanwaltschaft wegen des

28 Zu den Vorgängen um das Truppenaufgebot und die Präsenz von Armeeeinheiten in Schwyz während der Septembertage vgl. Fuhrer/Vincenz 2005, S. 28–34.

29 Ebd., S. 34.

Aufruhrs. Diese hatte ursprünglich gegen 56 Personen ermittelt[30] und erhob nun gegen 18 von ihnen Anklage «wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Freiheitsberaubung». Als erschwerend erachtete sie, dass die Unruhen nicht als spontane, sondern als vorbereitete Aktion einzuschätzen sei. Das Urteil ergab schliesslich folgende Verurteilungen: «Zwölf Angeklagte wurden zu bedingten Gefängnisstrafen bis sechs Monate, sechs Angeklagte zu unbedingten Gefängnisstrafen bis fünf Monate verurteilt. Letztere beantragten bei der Begnadigungskommission eine Strafreduktion, der in vier Fällen entsprochen wurde.»[31]

Vor dem Prozess hatte in Bulle die «émeute» (siehe unten) stattgefunden. Es gab Kommentatoren, die der Auffassung waren, dass in Reaktion auf Bulle im Prozess von Steinen harte Urteile gefällt wurden. Man habe befürchtet, der Bundesstaat würde nicht mehr imstande sein, seine kriegswirtschaftliche Ordnung durchzusetzen, wenn die Sanktionierung nicht deutlich ausfallen würde. Dies auch, weil in der Bevölkerung im Herbst 1944 zudem die Erwartungen bestanden hätten, dass der Krieg nun bald zu Ende sein werde und mit ihm die behördlichen Einschränkungen aufgehoben würden, was die Disziplin sowieso geschwächt habe. Nicht nur widersprach das KEA – zu Recht – klar der Hoffnung auf rasche Normalisierung der Nahrungsmittelsituation angesichts der voraussehbar anhaltend schwierigen Versorgungslage, es rechnete auch mit zunehmenden Widerständen in der Bevölkerung, sobald die unmittelbare Kriegssituation beendet sein würde.

1.2 «L'émeute de Bulle»

Am 23. November 1944 wurden eidgenössische Inspektoren, die Schwarzschlachtungen in grossem Umfang in Greyerzer Metzgereien und damit verbundenem Schwarzhandel bis nach Lausanne und Genf nachgingen, von einer «aufgebrachten Menschenmenge» in Bulle bedroht und festgesetzt und konnten erst Stunden danach im Verborgenen das Städtchen Richtung Freiburg verlassen.

30 Horat 2008, S. 114.
31 Fuhrer/Vincenz 2005, S. 34.

Am 9. November waren die Inspektoren Fürsprecher Schranz, Albert Spiess und Adolf Urfer nach Bulle gereist, legten dem Präfekten Beweise für Schwarzschlachtungen durch drei Metzger vor und verlangten von ihm die Ausstellung von Haftbefehlen wegen «Kollusionsgefahr». Wie in Steinen betrafen die Untersuchungen angesehene und einflussreiche Bürger. Nach der Verhaftung von Metzger Raymond Boschung und seinem Metzgerburschen Pierre Savary in La Tour-de-Trême und ihrer Überstellung nach Freiburg entstand in der Region grosse Unruhe. 305 Unterschriften für die Freilassung von Boschung wurden innert zwei Tagen im Umkreis von La Tour-de-Trême gesammelt. Auch hier beteiligte sich ein Amtsträger, der dortige Gemeindepräsident und Abgeordnete des Freiburger Parlaments, Louis Sauter, an der Aktion. (Gross-)Metzger der Region trafen sich, um die Situation zu erörtern. Am 15. November wurde der Besitzer der grössten Metzgerei in Bulle, Albert Berthet, in Kollusionshaft gesetzt. Nach einigen Tagen dann kam zuerst Pierre Savary, am 18. November Raymond Boschung frei.[32]

Zu den bereits vor Ort befindlichen Inspektoren stiessen zwei weitere namens Gantenbein und Paul Bürdel, um die Untersuchungen vom Schloss Bulle aus, wo die Inspektoren ihr Quartier im Gerichtssaal aufgeschlagen hatten, zu unterstützen. Am Donnerstag, dem 23. November, einem Markttag, der viele Leute anzog, wurde zudem das Freiburger Territorial-Füsilierbataillon 165 entlassen. Dies führte dazu, dass viele Wehrmänner in den Wirtschaften anzutreffen waren. Zeugen berichteten später, es sei reichlich Wein ausgeschenkt worden und die Stimmung habe sich zunehmend aufgeladen. Am Vormittag dieses 23. Novembers kontrollierten die Inspektoren drei Metzgereien und nahmen sich am Nachmittag die Metzgerei Colliard vor. Colliard selbst – auch er ein einflussreicher und angesehener Mann – war in einer Wirtschaft, von wo er dann, alarmiert von seiner Frau, auch gleich in Begleitung von etwa zehn Männern zur Metzgerei kam. Es kam zum Streit, worauf schliesslich Inspektor Schranz und seine Begleiter sich in das Schloss zurückzogen.[33]

Im Schloss verbarrikadierten sich die Inspektoren. Laut Bundesanwaltschaft hatten sich davor bereits rund 1000 Personen versammelt, die die Männer beschimpften. Einige Personen erkämpften sich den Weg in den ersten Stock des Gebäudes, konnten aber nicht in den Gerichtssaal eindrin-

32 Vgl. dazu Landolf 1996, S. 29–32.
33 Ebd., S. 33–35.

gen. Als der Präfekt von auswärtigen Geschäften im Schloss eintraf, verlangten sie von ihm die Freilassung des in Freiburg inhaftierten Metzgers Berthet.

Später traf der Freiburger Polizeikommandant mit zehn Gendarmen aus der Kantonshauptstadt ein, um die Inspektoren in zwei Autos wegzubringen. Inzwischen dunkelte es ein und die Limousinen fuhren los, kamen aber nicht weit: Sie wurden mit Steinen beworfen, die Autos wurden demoliert, Pneus durchstochen. Nur dem zweiten Auto gelang es, mit einigen der Inspektoren der aufgeregten und gewalttätigen Menge zu entkommen. Inspektor Schranz rettete sich zu Fuss in ein nahegelegenes Café und wurde dort in den oberen Räumen von zwei Frauen versteckt, während die Gendarmen ihn suchten, um ihn beschützen zu können. Auch dort musste der Aufgang in die oberen Etagen des Gebäudes verbarrikadiert werden, um die aufgeregte Menge fernzuhalten. Gegen Mitternacht gelang es dann dem Freiburger Polizeikommandanten und einem Begleiter, mit Schranz Bulle in einem Taxi zu verlassen.[34]

Weit mehr noch als zwei Jahre zuvor in Steinen schlug sich eine grosse Zahl von Amtsträgern auf die Seite der Aufständischen. Im Freiburger Parlament wurden Interpellationen eingebracht, die die Sympathie und das Verständnis für die Aufrührer deutlich machten und die Geschehnisse zu bagatellisieren suchten. Die Presse zeigte sich nicht einheitlich: Die grosse Mehrheit der Zeitungen – zu der auch das Blatt des Metzgerverbandes gehörte[35] – verurteilte die «émeute» und mahnte, dass die kriegswirtschaftlichen Massnahmen notwendig und die Solidarität im Land wichtig seien,[36] und es gab Zeitungen, die sich für harte Bestrafungen starkmachten, wobei linke Blätter hervorhoben, dass gleiche Vorkommnisse bei Arbeitern ein gewaltiges Geheul auf bürgerlicher Seite absetzen würden.[37] Diesen Berichten gegenüber standen Kommentare, die für die Ereignisse entschuldigende Erklärungen suchten oder sie für eigene politische Zwecke instrumentalisierten.[38]

Baumann und Moser orten auch bei den freiburgischen Milchproduzenten einen bereits lange schwelenden Unmut, der sich in den 1920er-Jahren

34 Ebd., S. 36–40.
35 Ebd., S. 54.
36 Ebd., S. 52–54.
37 Ebd., S. 54 f.
38 Ebd., S. 55–60.

in der Region Romont verdichtete.[39] Die «émeute de Bulle» betraf allerdings weniger die Milch- und Käsewirtschaft als die Viehzucht und den Viehhandel. Daniel Landolf, der die «émeute de Bulle» in seiner Berner Lizenziatsarbeit untersucht hat und an dessen Studie die vorliegende Darstellung angelehnt ist, ordnete die «gewalttätigen Demonstrationen in Bulle» ein: «Die kriegsbedingte Umstellung der Landwirtschaft im traditionellen Viehwirtschaftsgebiet führte dazu, dass einflussreiche Berufsgruppen wie die Viehhändler oder das Metzgergewerbe in ihren Handelsaktivitäten eingeschränkt wurden. Auf politischer Ebene nahmen lokale und kantonale Politiker gemeinsam die Vorkommnisse von Bulle des 23. Novembers 1944 zum Anlass, sich gegen die immer stärker spürbaren Zentralisierungstendenzen des Bundes [insbesondere im Kontext der Kriegswirtschaft] zu wehren. Gemeinsam machte man sich stark für den ‹Etat de Fribourg›. Politiker aller Couleur vereinten sich im Kampf gegen den Bund […].»[40]

Allerdings betont Landolf daneben auch die «lokalpolitischen» Motive, indem wichtige Exponenten von Bulle als oppositioneller Hochburg gleichzeitig auch gegen die katholisch-konservative Freiburger Macht- und Regierungselite angetreten seien. Er sieht denn auch in der «émeute de Bulle» eine wichtige Etappe für die Veränderung der Zusammensetzung von Regierung und Parlament durch die Freiburger Wahlen 1946:[41] «So kann also gesagt werden, dass die ‹émeute de Bulle› höchstwahrscheinlich eines der Ereignisse war, welche den Wandel des Kantons Freiburg von der konservativen Hegemonie zum Pluralismus (mit)bewirkte.»[42]

Daniel Landolf, der seinen Untersuchungsgegenstand als soziale Bewegung fasst, zitiert in seinem Schlusswort Rokkan und Lipset, deren Charakterisierung ihn für die «émeute de Bulle» überzeugt: Die Demonstrationen und Gewalttaten seien «‹typical reactions of peripheral regions, linguistic minorities, and culturally threatened populations to the pressures of the centralizing, standardizing, and ‘rationalizing’ machinery of the nation state›. – Die Situation in Bulle könnte nicht treffender beschrieben werden.»[43]

39 Baumann/Moser 1999, S. 153 f.

40 Landolf 1996, S. 100. Hier muss die Behandlung föderalistischer Animositäten und lokaler politischer Ausmarchungen unterbelichtet bleiben, die Landolf in seiner Untersuchung differenziert einbezogen hat.

41 Ebd., S. 100–102.

42 Ebd., S. 102.

43 Semour Martin Lipset, Stein Rokkan: Cleavage Structures, Party Systems and Voter

Er argumentierte damit in die gleiche Richtung, die Tanner mit seiner «Nationalisierung der Bevölkerung» entwarf, wobei angesichts der föderalistischen Struktur des schweizerischen Bundesstaates die Kantone als Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen bundesstaatlichem und eigenem Autoritarismus einerseits und als Scharnier des Widerstands der Bevölkerung gegen den nationalstaatlichen Zugriff andererseits verstanden werden können.

Der Prozess vor dem sechsten kriegswirtschaftlichen Strafgericht in Lausanne wurde im Januar 1946 durchgeführt. Die Anklage richtete sich bei 6 Personen auf leichtere Vergehen. Die vor Gericht geladenen anderen 18 Angeklagten bestritten nicht die Schuld, aber deren Ausmass. Insgesamt wurden Gefängnis bedingt im Umfang eines Jahres sowie Bussen in der Höhe von 47 300 Franken gesprochen. Metzger Boschung erhielt eine unbedingte Gefängnisstrafe von drei Monaten und ein unrechtmässig erzielter Gewinn von 12 000 Franken wurde eingezogen. Die Strafen waren erheblich milder, als der Staatsanwalt gefordert hatte. Sogar die *Schweizerische Metzgerzeitung* kommentierte, bei einem solchen Urteil halte es allerdings schwer, Verfehlungen zu verhindern. Damit habe man der Kriegswirtschaft keinen Dienst erwiesen.[44]

Eine ähnliche Entwicklung nahm das Verdikt gegen die Aufrührer. Der Prozess vom 8. bis 18. Oktober 1945 endete mit bedingten Gefängnisstrafen für die 14 Angeklagten, in ihrer Mehrheit zwischen 14 Tagen und zwei Monaten. In einigen Fällen wurden drei Monate Haft verfügt. Die Untersuchung war schwierig gewesen. Zeugen wurden erwiesenermassen unter Druck gesetzt. Die Verteidiger verstanden es, die Aufständischen als patriotische Kämpfer für Demokratie und Freiheit zu beschreiben, traditionelle Werthaltungen in positivem Licht und gleichzeitig die zentralistische Kriegswirtschaft als diktatorisch erscheinen zu lassen. Das Urteil hielt zwar fest, dass der Tatbestand der «Gewalt gegen Behörden und Beamten» erfüllt war und die Inspektoren für eine gewisse Zeit ihrer Freiheit beraubt waren. Das dennoch milde ausfallende Strafmass erklärt Landolf mit der veränderten Situation nach dem Krieg, in welcher eine harte Sanktionierung nicht verstanden worden wäre.[45]

Alignments. In: Peter Mair (Hg.): *The West European Party System*. New York 1990, S. 91–138, hier S. 95, zitiert nach Landolf 1996, S. 109.

44 Landolf 1996, S. 64.

45 Ebd., S. 83–99.

1.3 Kriegswirtschaftliche Solidarität versus traditionelles legitimes Handeln

In beiden Fällen, in Steinen wie in Bulle, zeigte sich, dass die kriegswirtschaftlichen Anordnungen und der ihnen zugrunde liegende Appell an eine gesamtschweizerische Solidarität über Regionen und Berufsgruppen hinweg von einer grossen Mehrheit so verstanden und grundsätzlich akzeptiert wurden. Dennoch gab es immer wieder Einzelne – so den Müller Nufer – und einzelne Gruppen – etwa Greyerzer Viehhändler und Metzger –, die sich der bundesstaatlichen Autorität nicht verpflichtet fühlten und ihr in diesen Kontexten widerrechtliches Eigeninteresse verfolgten. In beiden Fällen entwickelten sich aus der Untersuchung der kriegswirtschaftlichen Machenschaften von Schwarzhandel und Schwarzschlachten Unruhen, die eine bereits länger bestehende Unzufriedenheit unterschiedlicher Qualität und Bedingtheit in bäuerlichen, vor allem viehwirtschaftlichen Kreisen jäh an die Oberfläche brachten. Da es sich in den beiden dargestellten Fällen um Personen relativ hohen lokalen Ansehens handelte, mobilisierte ihre strafrechtliche Verfolgung den lokalen beziehungsweise regionalen Unmut und begegnete offenem Widerstand. Ob es zudem bedeutsam ist, dass die Aufstände in Regionen der im Sonderbund unterlegenen Kantone stattfanden, wurde in den Regionen selbst zwar vermutet, müsste aber mit Untersuchungen zu einer historiografischen Leerstelle befragt werden. Immerhin wird in beiden Fällen deutlich, dass die Aufständischen «Bundesbern» als fremd, nicht legitimiert und auch als feindlich und diktatorisch apostrophierten. Im Fall der «émeute de Bulle» fällt auf, dass es der Kanton Freiburg war, der als «Etat» begriffen und als Rahmen gesamtgesellschaftlicher Regelungen verstanden wurde.

Nicht nur bei diesen beiden Vorkommnissen, auch in weniger dramatischen Fällen von strafbarem Handeln und selbst in nicht widerrechtlichem, lediglich nachlässigem und saumseligem Verhalten wird erkennbar, dass das von den Behörden erwartete konsequente und solidarische Verhalten der schweizerischen Bevölkerung und ihrer Amtsträger eine Wunschvorstellung war, mit der die tatsächlichen Verhältnisse nur partiell und in Annäherung übereinstimmten.[46] So gab es immer wieder Personen, die ihr

46 Dafür liefert Ruch (2023), S. 335–371, anschauliche Presseberichte für den Kanton Graubünden.

widerrechtliches Handeln als legitim verstanden und dabei nicht geringe Unterstützung aus ihrem Umfeld erfuhren.

Im Folgenden werden das Wissen aus der Forschungsliteratur, welches im Wesentlichen die Organisation der kriegswirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung auf Bundesebene betrifft, und die Ergebnisse zu lokalen Untersuchungen zusammengefügt. Einerseits sollen damit der Aufbau und die Entwicklung der Organisation der Versorgung der Bevölkerung während des Krieges sichtbar gemacht werden, wobei das Versorgungssystem auf Gemeindeebene im Fokus steht. Es besteht nicht der Anspruch, die Kriegswirtschaft auf nationaler und kantonaler Ebene zu untersuchen. Vielmehr werden die Institutionen und Massnahmen dieser Ebenen so weit präsentiert, dass sie einen erklärenden Rahmen für die Gemeindeebene bilden können. Hingegen werden Beispiele auf Gemeindeebene, die neu recherchiert wurden, geschildert. Auch wenn der «Aufstand von Steinen» und die «émeute de Bulle» in ihrer Dramatik besondere Fälle darstellen, sollte damit gezeigt werden können, dass es eine Mischung aus unterschiedlich definiertem Gemeinsinn sowie Gehorsam, verbunden mit der Angst vor Sanktionen und Bestrafung, und dem Versuch, sich Vorteile zu verschaffen, war, die das Handeln der Leute bestimmte.

2 Eidgenössische Gesetzgebung, Behörden und Zuständigkeiten zur Ernährung im Krieg

Am 1. April 1938 wurde das Bundesgesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern verabschiedet.[47] Dieses legte die Kompetenzen des Bundesrates hinsichtlich der Kontrollen, der Vorschriften zur Lagerhaltung (Pflichtlager), aber auch der Beschlagnahmungen und Enteignungen sowie zur Anordnung von Mehranbau fest. Bereits am 8. März des Jahres hatte die bundesrätliche Verordnung die zentrale Organisation der Kriegswirtschaft geregelt. Dafür wurde eine Reihe neuer eidgenössischer Ämter geschaffen, die von der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft (EZK) koordiniert wurden. Dabei wurde im Eidgenössischen Kriegsernährungsamt (KEA) die Rationierung geplant, verordnet und gesteuert.[48] Der Bundesbeschluss sah eine weitgehende Befugnis des Bundes vor und verpflichtete die Kantone zur Ausführung seiner Vorgaben.

Den Importeuren von lebenswichtigen Nahrungsmitteln und Industriestoffen wurden ab 1938 und 1939 Einfuhren nur unter der Bedingung bewilligt, dass sie Pflichtlager für ein halbes Jahr anlegten. Die Ausgestaltung dieser Beschlüsse hatte nach Paul Schneebeli folgende Charakteristiken: «Die Pflichtlagerhaltung verteilte die Risiken der Lagerhaltung auf alle Importeure; sie führte auch zu der in Kriegszeiten räumlichen Dezentralisierung der Vorräte. Wer aber aus besonderen Gründen nicht in der Lage war, der Lagerpflicht zu genügen, hatte auf weitere Importe zu verzichten.»[49]

Aber auch der Bund legte ab 1939 grosse Lager an Brot- und Futtergetreide sowie an Zucker für Zivile und die Armee an.[50] Selbst rückblickende Studien, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien der Nationalökono-

47 Bundesgesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern. 1. 4. 1938, www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1938/1_552_552_278/de, 13. 12. 2022.

48 Feisst 1945, S. 19–22. Es folgten die «Verordnung I über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern (Bestandesaufnahme und Vorratshaltung) vom 30. Dezember 1938» sowie die «Verordnung Ibis über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern (weitere Maßnahmen) vom 15. August 1939». Vgl. auch Biske/Senti 1948, S. 161.

49 Schneebeli 1948, S. 95.

50 Feisst 1945, S. 10. Maurer 1985, S. 29–32.

mie orientierten,[51] kamen zu einer positiven Bewertung dieser Massnahmen. So hielt etwa Schneebeli fest: «Der Erfolg der Vorratspolitik kann nicht abgestritten werden. Sie erlaubte uns nicht nur, die harte Periode, welche nach Beendigung des Krieges eintrat, zu meistern, sondern half mit, während der letzten ‹sieben magern Jahre› den grössten Schwierigkeiten zu begegnen.»[52]

Die EZK arbeitete unter Beizug privatwirtschaftlicher Kräfte. Ab 1938 wurde so eine eigentliche kriegswirtschaftliche Schattenadministration aufgebaut. Die Aufgaben der verschiedenen Ämter und ihre Organisation in Sektionen wurden festgelegt. Mit den Verbänden von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft wurde eine intensive Zusammenarbeit vorbereitet.[53] Erich Feisst, ab 1942 Chef des KEA, betonte 1945, dass dabei stets die staatliche Aufsicht gewährleistet gewesen sei.[54] Am 4. September 1939 nahmen die EZK und ihre Ämter ihre Tätigkeit auf, darunter das KEA mit elf Sektionen.[55] Bei der Rationierung stützte man sich insbesondere auf den Artikel 5 einer Verordnung vom 15. August 1939: «Im Falle unmittelbarer Kriegsgefahr kann das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement besondere Maßnahmen zur Regelung der Abgabe lebenswichtiger Waren treffen (Rationierung); es ist insbesondere ermächtigt, den Vertrieb einzelner Waren vorübergehend ganz zu verbieten und deren Kauf und Verkauf nur unter den von ihm festgesetzten Bedingungen zu gestatten (Bezugssperre). Während der Dauer solcher Verbote sind die Betriebsinhaber und Haushaltungen auf die eigenen Vorräte in den betreffenden Waren angewiesen. Vorbehalten bleibt der Bezug von Nahrungsmitteln durch Unbemittelte auf Grund besonderer Ausweise (blaue Karte). Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat die hiefür gebotenen Vorbereitungen und Anordnungen zu treffen.»[56]

Bereits auf den November 1939 wurden wichtige Importgüter, also Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Hafer, Gerste, Mehl, Griess, Mais,

51 Dazu gehörten sowohl Kalt 1951 wie auch Schneebeli 1948.

52 Schneebeli 1948, S. 96. In diese Bewertung bezieht Schneebeli auch die Vorratshaltung der privaten Haushalte mit ein.

53 Vgl. auch Maurer 1985, S. 24–29.

54 Feisst 1945, S. 21.

55 Ebd., S. 19–22.

56 Art. 5 der Verordnung I bis über die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern (weitere Massnahmen) vom 15. 8. 1939. Zit. in Biske/Senti 1948, S. 162 f.

Speisefette, Speiseöle und eingesottene Butter, rationiert. Im Oktober 1940 erfolgten dann die Entscheidungen für einen Wechsel von der Rationierung einer beschränkten Reihe von Importgütern hin zur weitergehenden Rationierung von Lebensmitteln auch der einheimischen Produktion und für die gleichzeitige Ausdehnung der Ackerfläche mit dem «Plan Wahlen». Ebenfalls dann wurde im Kriegsernährungsamt eine wissenschaftliche beratende Kommission, die Eidgenössische Kommission für Kriegsernährung, geschaffen. Ihr gehörten zehn Personen aus Wissenschaft und Medizin an, zahlreiche weitere Personen aus Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft wurden für spezielle Fragen eingeladen. Geleitet wurde die Kommission von Alfred Fleisch, Professor für Physiologie an der Universität Lausanne.[57] Fleisch bezeichnete als Aufgaben der Kommission einerseits die Beratung des KEA, andererseits die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung.[58]

Die Kommission ortete, teilweise in Übereinstimmung mit den Behörden, zwei vorrangige Probleme: Zum einen war damit zu rechnen, dass die bereits rationierten Lebensmittel weiterhin knapp bleiben würden, da mit dem Fortschreiten des Krieges nicht mit einer Verbesserung des Importes zu rechnen war. Der Eigenbedarf deckte jedoch beim Brotgetreide lediglich 31 %, bei Zucker 7 % des Vorkriegsverbrauchs.[59] Zum anderen basierte die schweizerische Landwirtschaft in hohem Masse auf der Viehzucht, die Fleisch und andere als «Veredelung von Nahrungsmitteln» bezeichnete, die aber gegenüber pflanzlicher Nahrung hohe «Verluste von 80 und mehr Prozent, sowohl an Kalorien wie an Eiweiss» mit sich brachte. Damit sei eine forcierte Umstellung der Landwirtschaft auf «diejenigen Produkte, die pro Hektare die grösste Kalorienzahl abwerfen», vonnöten.[60] Da der Absatz von Produkten der Viehwirtschaft höhere Renditen abwarf als der Verkauf der dabei verfütterten Nahrungsmittel, sollte hier auch eine finanzielle Steuerung erfolgen.[61] Die Umlenkung der landwirtschaftlichen Produktion auf pflanzliche Nahrung und des Angebots an tierischem Eiweiss von Fleisch

57 Fleisch 1947, S. 25–29.
58 Ebd., S. 29 f.
59 Ebd., S. 33–25.
60 Die Kommission stützte damit die Vorbereitungsarbeiten für den Anbauplan im KEA, die 1937/38 mit Zustimmung «von zahlreichen Landwirtschaftsfunktionären in der [sic] kriegswirtschaftlichen Organisationen» begonnen worden waren. Maurer 1985, S. 32 f.
61 Fleisch 1947, S. 35.

auf Milch und Milchprodukte resultierte aus der Analyse des Nahrungsbedarfs und der höchstmöglichen Produktion von Kalorien und Eiweiss. Gleichzeitig riet die Kommission, Kartoffeln und Gemüse in solchen Mengen zu produzieren, dass sie stets frei verkäuflich bleiben können und damit Hunger vermieden werden könne.[62] Die freie Verfügbarkeit von wichtigen Lebensmitteln wie der Kartoffel war aber auch ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, denn solange es nicht rationierte Lebensmittel gebe, könnten Befürchtungen, Hunger leiden zu müssen, abgeschwächt werden, womit auch die Hoffnung verbunden war, das Ernährungsprogramm werde trotz Einschränkungen Akzeptanz in der Bevölkerung bewahren können.[63]

Zuhanden der Kommission wurden detaillierte Zusammenstellungen zum Nährwert einzelner Lebensmittel und zum Ernährungsbedarf unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen und solchen mit besonderen Bedürfnissen wie etwa schwangeren Frauen entwickelt. Auch wenn Fleisch beklagte, dass hier noch viel Forschung nötig sei, stützte man sich auf diese Berechnungen und Statistiken ab, um die Rationierungskarten zusammenzustellen.[64] Zudem wurde aber auch experimentiert mit unterschiedlichen Qualitäten der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln, um optimale Kombinationen von Nährwert, Verträglichkeit und Produktivität zu erzielen.[65] Die derart erarbeiteten Prinzipien der Ernährungsnotwendigkeiten beeinflussten sowohl den «Plan Wahlen»[66] als auch die Rationierungsmassnahmen sowie weitere Initiativen wie die Haltbarmachung von Lebensmitteln durch Dörren und Sterilisieren, die die Nutzung von Lebensmitteln optimieren sollten.[67]

Ab Januar 1943 wurde nach Fleisch die Praxis und Wirkung der Lebensmittelzuteilung wissenschaftlich begleitet. Die Nährwerte und Kosten wurden monatlich berechnet. Das Minimum zugeteilter Kalorien sei im Mai 1945 erreicht worden, als der Normalbezug noch 1783 kcal, 52 g Eiweiss und 40,4 g Fett pro Tag ausmachte. Diesen Wert verglich Fleisch mit der Stan-

62 Ebd.
63 Tanner 2015, S. 279 f.; Tanner 1999, S. 410–415.
64 Fleisch 1947, S. 185–254.
65 Ebd., S. 64–167.
66 Vgl. Kapitel IV.
67 Fleisch 1947, S. 167, selbst das Tiefgefrieren nahm in den Kriegsjahren seinen Anfang.

dardzahl des Völkerbundes von 2400 kcal.[68] Deshalb hielt er 1946 bilanzierend fest, dass die Schweiz auch noch gegen Ende des Krieges, «als der Produktionsplan seinen Höhepunkt erreicht hatte, noch sehr weit von der Nahrungsmittelautarkie entfernt» war. «Eine völlige, länger dauernde Importblockade hätte auch in unserem Lande», so Fleisch weiter, «zu schwerer Unterernährung führen müssen».[69] Allerdings waren in den Berechnungen die frei erhältlichen Lebensmittel wie Kartoffeln und Gemüse nicht einbezogen. Ebenso wenig die Verpflegung aus dem Schwarzhandel. Diesen hielt Fleisch als für die Mehrheit der Bevölkerung nicht relevant, «denn», wie er betonte, «die schwarz gehandelten Lebensmittel kommen, höchst ungleich verteilt, nur einer kleinen Schicht von rücksichtslosen Egoisten zugute».[70] Trotz der Unsicherheitsfaktoren, die er detailliert diskutierte, hielt Fleisch die erarbeiteten Ernährungstabellen für im grossen Ganzen zutreffend.[71] Käthe Biske und Alfred Senti, die die Zürcher Stadtbevölkerung im Blick hatten, sahen die Ernährungslage kritischer als Fleisch, indem die Jahre 1943, 1944 und 1945 als ausgesprochene Mangeljahre zu bezeichnen gewesen seien, denn «selbst bei Ergänzung der knappen Rationen durch die frei erhältlichen Nahrungsmittel war nicht etwa nur für ausgesprochen minderbemittelte, sondern für weite Kreise unserer großstädtischen Bevölkerung die ernährungsphysiologische Norm einer Minimalernährung nicht mehr ganz gewährleistet».[72]

Biske und Senti bilanzierten: «Währenddem für die erwachsene Bevölkerung unseres Landes ein Tagesdurchschnitt von 2160 Kalorien erforderlich ist, standen dem Normalverbraucher unter Einbezug eines mittleren Tagesverbrauches nichtrationierter Lebensmittel von 500 Gramm Kartoffeln, 200 Gramm Gemüse und 100 Gramm Obst durchschnittlich im Jahre 1943 nur 2091, im Jahre 1944 hingegen nur 2051 und im Jahre 1945 nicht mehr als 1977 Tageskalorien zur Verfügung.»[73]

Sie zitierten zudem die Stadtzürcher Schulärztin, die bei Kindern ein deutlich geringeres Durchschnittsgewicht gegenüber früheren Messungen feststellte. Demnach «wurde bei den 10- bis 10 ½-jährigen Schülern

68 Ebd., S. 255.
69 Ebd., S. 63.
70 Ebd., S. 277.
71 Ebd., S. 255–279.
72 Biske/Senti 1948, S. 174.
73 Ebd.

und Schülerinnen trotz den Zusatzrationen an Kinder und Jugendliche ein durchschnittlicher Gewichtsrückgang von 650 bis 870 Gramm festgestellt, bei den 13- bis 13 ½-jährigen Mädchen durchschnittlich 1,16 Kilo».[74]

Trotz dieser weniger positiven Einschätzung der Wirkung der Rationierung in der städtischen Bevölkerung kamen auch Biske und Senti zum Schluss, dass man nie mit Hungerrationen leben musste – allerdings auch wegen der Vorsorge der Stadt Zürich: «Mit der Mindestration einer Lebensmittelkarte des Normalverbrauchers hatten sich in der Stadt Zürich nur etwa die Hälfte der Bevölkerung – die Erwachsenen, die keine Schwerarbeit leisteten – zu begnügen, während Kinder, Jugendliche, Schwerarbeiter und ältere Personen Zusatzkarten erhielten. Trotzdem befand sich unsere Bevölkerung gegenüber Landgemeinden mit zahlreichen Selbstversorgern im Nachteil. Vor dem Krieg mögen auf Stadtgebiet nicht mehr als 600, während der Mangeljahre jedoch 2600 Selbstversorgerhaushaltungen bestanden haben. Die Behörden der Stadt Zürich haben deshalb besondere Vorkehrungen getroffen, um die eidgenössischen Rationierungsmaßnahmen für die großstädtische Bevölkerung zu ergänzen.»[75]

74 Biske/Senti 1948, S. 174, nach Stutz 1945.
75 Biske/Senti 1948, S. 203.

3 Das Rationierungswesen

3.1 Eidgenössische Organisation und Prinzipien des Rationierungswesen

Eine der elf Sektionen des KEA galt dem Rationierungswesen.[76] Laut der Rückblende von Feisst sollte die Landesversorgung mittels Rationierung nach drei Prinzipien sichergestellt werden: «der Einschränkung des Verbrauches an Mangelwaren», der «Lenkung des Verbrauchs von Mangelwaren auf verfügbare Lebensmittel» und «der Regulierung der Warenverteilung vom Produzenten oder Importeur bis zum Konsumenten im Sinne einer geschlossenen, aber möglichst selbsttätigen Kontrolle».[77] Der Unterstellung bestimmter Güter unter die Rationierung ging in der Regel eine zweimonatige Bezugssperre voraus. Diese sollte einerseits verhindern, dass solche Lebensmittel gehamstert wurden, andererseits wurde den Behörden die Vorbereitung der neuen Rationierungssituation ermöglicht.

Auf den November 1939 erfolgte, wie erwähnt, die Rationierung von wichtigen Importgütern: Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Hafer, Gerste, Mehl, Griess, Mais, Speisefette, Speiseöle und eingesottene Butter. Die Rationierung dieser Lebensmittel lag anfänglich ausschliesslich in der Tatsache begründet, dass sie zu einem sehr hohen Anteil aus dem Ausland importiert wurden. Will man Josef Käppeli, dem Chef des KEA bis 1942,[78] glauben, dachte man zu Kriegsbeginn nicht an eine weitergehende Rationierungsplanung:

«Solange die Versorgungslage unseres Landes keine einschneidenden Rationierungsmaßnahmen erforderte und eine freie Auswahl der Nahrungsmittel möglich war, glaubten die kriegswirtschaftlichen Organisationen des Bundes, sich mit der physiologischen, mehr wissenschaftlichen Seite des Ernährungsproblemes nicht eingehender befassen zu sollen.

Die Verschärfung des Wirtschaftskrieges, und insbesondere die englische Blockade, haben seit drei Monaten bedeutende Änderungen gebracht: wir zehren von den Vorräten, die Rationen werden knapper, Planung von Produktion und Konsumation rufen nach sorgfältig abgewogenen Maßnah-

76 Feisst 1945, S. 23–32. Ausführlich dazu Muggli 1950.
77 Feisst 1945, S. 24.
78 Fleisch 1947, S. 25.

men. Es gilt, den Gefahren und Folgen einer Unterernährung sorgfältig und rechtzeitig zu steuern.»[79]

Mit der Einsetzung einer wissenschaftlichen beratenden Kommission änderten sich die Stossrichtung und Systematik der Rationierung deutlich. Im weiteren Verlauf des Krieges wurden mehr und mehr Güter der Rationierung unterstellt.[80] Dabei wurde das Rationierungswesen aus drei Gründen immer komplizierter und unübersichtlicher. Zum einen wurden zunehmend Güter rationiert, die im Inland produziert wurden, weshalb die Möglichkeit und die Kontrolle der Selbstversorgung in den Zuteilungsüberlegungen, aber auch bei der Organisation und der Durchführung der Massnahmen einbezogen werden mussten. Zum andern wurde die abgestufte Rationierung eingeführt: Neben unterschiedlichen, ernährungswissenschaftlich abgestützten Kalorienzuteilungen für verschiedene Alters- und Berufsgruppen wurde auch der spezifische Bedarf bei Krankheit berücksichtigt. Die dritte Differenzierung betraf die soziale Situation der Bezügerinnen und Bezüger: So gab es für Begüterte Karten mit Fleischrationen, die mehr finanzielle Mittel erforderten, während mit den fleischlosen Rationierungskarten dafür äquivalente Brotgetreide- und Milchprodukterationen beziehbar waren. Gemäss Alfred Fleisch wurden diese sogenannten B-Karten weit weniger häufig bezogen als diejenigen mit Fleisch.[81]

Interessanterweise spricht Feisst in seinem Rückblick im Zusammenhang mit «gerechter Zuteilung», welche ihrerseits die Voraussetzung gebildet habe, dass die Bevölkerung die Einschränkungen akzeptiert habe, die Differenzierung nach Kaufkraft überhaupt nicht an. Schichtunterschiede scheinen im Zusammenhang mit dem staatlichen Rationierungshandeln nicht zentral gewesen zu sein. Vielmehr schien es entscheidend, dass die Rationierungsberechtigungen mit den finanziellen Möglichkeiten der Haushalte optimal im Einklang waren.[82] Max Lemmenmeier zeichnet in der

79 Käppeli, 1. Konferenz über kriegswirtschaftliche Ernährungsfragen, 4. 10. 1940. In: Fleisch 1947, S. 25 f.

80 Vgl. Muggli 1945, S. 463, Tabelle «Chronologische Übersicht über die Lebensmittel-Rationierungsmassnahmen», sowie die Zusammenstellung der Rationierungsmassnahmen, S. 462–472. Eine knappe Einordnung in die zunehmend gesteuerte Wirtschaft bei Jost 1998, S. 131 f.

81 Fleisch 1947, S. 168.

82 Feisst 1945, S. 31 f.

St. Galler Kantonsgeschichte ein Bild, das diese Einschätzung zu bestätigen scheint: «Die kriegswirtschaftlichen Massnahmen sicherten zwar eine ausreichende Grundversorgung, sie konnten aber nicht verhindern, dass die besser gestellte Einwohnerschaft über zusätzliche Versorgungsmöglichkeiten verfügte. Seit Kriegsbeginn unterstanden Schieber- und Wuchergeschäfte der Strafverfolgung. Grosse Erfolge waren bei der Bekämpfung derartiger Praktiken aber nicht zu verzeichnen, *da die Mithilfe des Publikums zu wünschen übrig liess*.»[83]

Dies, obwohl Robert Kalt in seiner juristischen Dissertation von 1949 zum Schwarzhandel argumentiert, dass dessen zentrale systemische Wirkung in einer Störung des «Rationierungsgleichgewichts auf der Verbrauchsstufe» liege, die «früher oder später Versorgungsengpässe» nach sich ziehen müsse.[84] Solange nicht Bezugsberechtigungen ausgegeben wurden für Produkte, die in den Läden nicht zur Verfügung standen, wurden die unterschiedlichen Versorgungsmöglichkeiten offenbar hingenommen. So sollte es denn auch laut KEA unter keinen Umständen vorkommen, dass die Rationierungskarten Coupons für Lebensmittel enthielten, die real nicht vorhanden waren.

Die Rationierung der Lebensmittel wurde unter der Leitung von Arnold Muggli, dem stellvertretenden Chef des KEA, unter Berücksichtigung der ernährungswissenschaftlichen Erkenntnisse, die in der Kommission aufbereitet wurden, vorgenommen. Als Richtschnur nahm man 3000 kcal pro Person und Tag, musste sich dann aber bald an 2400 kcal orientieren. Im Sommer 1945 sank die Zahl auf 1800 kcal und damit auf ein Mass, das in die Mangelernährung geführt hätte.[85] Die Anteile der Versorgung aus dem Eigenanbau und aus dem Schwarzmarkt zu beziffern, hielt man für schwierig. Fleisch zitierte eine Umfrage im Kanton Aargau zur Einlösung der Rationierungsmarken, die ergab, dass Rationierungsmarken zu einem relativ hohen Anteil wegen Nichtbedarf und weit weniger mangels Geld nicht verwendet worden waren,[86] was bedeuten könnte, dass die Selbstversorgung, die Versorgung mit nicht rationierten Lebensmitteln (Gemüse, Kartoffeln), allenfalls auch der Schwarzmarkt eine wichtige Rolle spiel-

83 Lemmenmeier 2003, S. 85 (Hervorhebung B. Z.).
84 Kalt 1951, S. 99.
85 Feisst 1945, S. 22.
86 Fleisch 1947, S. 409 f.

ten.[87] Fleisch erachtete allerdings die Verpflegung aus dem Schwarzhandel für die Mehrheit der Bevölkerung als irrelevant. Dies wäre dann nicht falsch, wenn sie entweder keinen Zugang zu schwarzer Ware hatte oder sie sich nicht leisten konnte. Immerhin schätzt er, dass im Durchschnitt 6 % der Kalorien beziehungsweise 10 % von Eiweiss und Fett mittels Schwarzhandel zu den Konsumentinnen und Konsumenten gelangten: «Metzger, die den wahren Sachverhalt am besten kennen mußten, schätzten den schwarzen Fleischkonsum auf 20 % und auch die Sektion zur Bekämpfung des Schwarzhandels vermutete den gleichen Prozentsatz.»[88]

Dass der Schwarzhandel die Akzeptanz der Rationierung nicht beeinträchtigte, wie Kalt theoretisch entwickelt, wird an den Quellen zu prüfen sein. Denn Fleischs Aussagen scheinen zu belegen, dass Schwarzhandel für die Bevölkerung sichtbar war. Auch wenn er umgerechnet auf die Ernährung der Gesamtbevölkerung den nicht davon Profitierenden nicht viel entzog, müsste doch das Signal denkbar schlecht gewesen sein. Dies umso mehr, als schon die Regelung, den «Selbstversorgern», also in erster Linie den Bauern, höhere Rationen zuzugestehen, für den Rest der Bevölkerung hart zu akzeptieren war.[89] Auch wenn diese Bestimmung und Praxis einsichtig sind, weil damit verhindert werden sollte, dass die Bauern (noch mehr) Schwarzhandel betrieben, müssen sie doch da und dort ein Stein des Anstosses gewesen sein. So schliesst Kalt: «Der Schwarzmarkt übt ferner eine *demoralisierende* Wirkung aus, er untergräbt die Rationierungsdisziplin und verschiebt die Massstäbe für Recht und Unrecht, wobei er durch bewusstes Bagatellisieren kleiner Gesetzesübertretungen selber die psychologischen Voraussetzungen schafft damit er in Blüte kommen kann.»[90]

87 Ausserdem müsste in Rechnung gestellt werden, dass Geldmangel beziehungsweise beengte Verhältnisse schambehaftet waren und möglicherweise bei einer Umfrage nicht genannt wurden.

88 Fleisch 1947, S. 276.

89 Die Arbeiterschaft, die ins Industrielle Pflanzwerk einbezogen war, profitierte in bescheidenem Rahmen. Es handelte sich aber in erster Linie um Kartoffeln und Gemüse. Fleisch 1947, S. 277.

90 Kalt 1951, S. 103 (Hervorhebung im Original).

3.2 Rationierung: Mit «Ernährungssicherheit» zur Nationalisierung der Bevölkerung?

Feisst bezeichnete die kriegswirtschaftlichen Massnahmen und damit das Rationierungswesen in den Kriegsjahren als grosse Leistung, die neben dem «ausschlaggebenden und über jeden Zweifel erhabenen Beitrag, den unsere Armee zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes geleistet hat, doch etwas in den Hintergrund geraten und vielleicht allzu stiefmütterlich behandelt worden ist».[91] Auch Kalt betonte die Leistungen der Kriegswirtschaft beziehungsweise der Rationierung in der Kriegszeit, auch wenn er ausserordentlich bemüht war, allfällige Schlussfolgerungen abzuwehren, mit denen eine «Planwirtschaft» für Friedenszeiten befürwortet worden wäre.[92]

In Feissts Erläuterungen zur Kriegswirtschaft stand im Zentrum erstens die Rationierung, zweitens betonte er im Hinblick auf die «Anbauschlacht» vor allem die Lenkung des Anbaus weg von der Viehzucht und Milchwirtschaft hin zum Pflanzenbau und drittens erwähnte er die besondere Leistung der Hausfrauen: «Zum Schluss dieses Kapitels müssen wir aber noch einer weiteren Kategorie meist unbekannter, aber umso treuerer Mitarbeiterinnen gedenken. Das sind die *Hausfrauen*, die in erster Linie und am stärksten von den kriegswirtschaftlichen Massnahmen und Einschränkungen betroffen worden sind. Ihrer Anpassungsfähigkeit, ihrem fachlichen Können und ihrer Virtuosität, die Einschränkungen durch ihre hauswirtschaftliche Findigkeit zu mildern, ist es weitgehend zu verdanken, dass die Mangelwirtschaft während des Krieges erfolgreich gemeistert werden konnte. Deshalb war es nicht nur ein Gebot der Dankbarkeit, sondern vielmehr eine selbstverständliche Pflicht, die Frauenkreise und ihre beruflichen und gemeinnützigen Organisationen zur engen Mitarbeit mit dem KEA heranzuziehen.»[93]

91 Feisst 1945, S. 6.

92 Kalt 1951, S. 125–127.

93 Feisst 1945, S. 33 sowie der ganze Abschnitt S. 32–35. In vergleichbarer Weise enden die Ausführungen von Biske und Senti zur Rationierung in der Stadt Zürich. Biske/Senti 1948, S. 205. Es waren stets Frauen, die in der Propaganda und überhaupt in Presseerzeugnissen als Hausfrauen in ihrer Zuständigkeit für die Nahrungszubereitung angesprochen wurden. Hausfrauen wurden mit Hinweisen, Rezepten und Ratschlägen instruiert. Vgl. etwa die schmale Publikation *Haushalten in der Kriegszeit* von Helen Guggenbühl, wo neben einer Haushaltskunde für sparsames

Damit gewichtete Feisst bei den Anstrengungen der Schweiz im Krieg noch völlig anders, als sie von der Erinnerungs- und Forschungsliteratur nach dem Krieg dargestellt wurden. Dort stand insbesondere die Armee lange im Zentrum. Sie wurde begleitet von einer Überhöhung der «Anbauschlacht» – und damit verbunden der Arbeit der Landwirtschaft. Als das Zusammenspiel zwischen militärischer Verteidigung und industrieller Wirtschaftsleistung in den Achtziger- und Neunzigerjahren die Aufmerksamkeit der Forschung weckte, was zur Neubewertung der militärischen Anstrengungen und zur vertieften Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Bedeutung der Schweiz für die nationalsozialistische Herrschafts- und Kriegsmaschinerie führte, erfolgte auch eine vertieftere Analyse der «Anbauschlacht».[94]

In diesem Kontext erschien auch die Arbeit von Peter Maurer, der die «Anbauschlacht» auf der Grundlage vor allem von Quellen des Bundes[95] untersuchte und sich dabei auch zur Rationierung äusserte. Zu dieser hob er insbesondere hervor, dass «sie, vor allem ab 1943, zunehmend von sozial- und preispolitischen Ungleichheiten untergraben wurde. Zahlreiche, insbesondere kinderreiche Familien sowie ungelernte Arbeiter konnten sich nämlich mit ihren gesunkenen Reallöhnen selbst die ihnen zustehenden Rationen nicht mehr kaufen.»[96] Es entstand eine Disparität zwischen Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft und in der Industrie. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten waren wesentlich durch den Anstieg der Lebensmittelpreise bedingt: «Auch wenn die Lebensmittelpreise keineswegs alleine für die Verteuerung der Lebenshaltung verantwortlich gemacht werden dürfen, übten sie dabei doch einen bedeutenden Einfluss aus. Von

Wirtschaften auch Rezepte für kostengünstige Gerichte, insbesondere mit Kartoffeln und Gemüse, enthalten waren. Guggenbühl 1942. Vgl. Gysling/König/Ganz 1995, S. 44 f. Diese Zuständigkeit wurde in der zeitgenössischen Presselandschaft, in Propagandaschriften wie auch in der «Schweizerischen Filmwochenschau» eingebettet in eine Geschlechtsrollenbeschreibung, bei der die Sorge um die Familie, die Unterstützung des Ehemannes in seiner Eigenschaft als Wehrmann und dessen Stellvertretung als selbstverständliche Qualität weiblicher Existenz betont wurde, selbst wenn das eigentliche Thema das (kriegsbedingte und vorübergehende) berufliche oder öffentliche Engagement betraf. Vgl. dazu Meier/Gysin 2003, insbesondere S. 199–207.

94 Kreis 2015.

95 Ergänzt durch Dokumente aus Archiven nationaler politischer Parteien und von Wirtschaftsverbänden. Vgl. Maurer, 1985, S. 209–211.

96 Ebd., S. 102.

den verschiedenen Verteuerungsfaktoren waren die Nahrungsmittel jedoch am wenigsten weltmarktabhängig und damit für Preisstabilisierungsbestrebungen im Innern besonders geeignet.»[97]

Anders als die mit der Rationierung befasste Beamtenschaft, die in ihrer Beurteilung die schichtspezifischen Wirkungen der wirtschaftspolitischen Massnahmen im Kontext der Rationierung vernachlässigten und zu einer positiven Bilanz des Rationierungswesens gelangten, beurteilte Maurer damit die wirtschaftspolitischen Steuerungen kritischer. Zwar griff er nicht primär die Rationierung an, aber er stellte – wie auch Fleisch in seinem Schlussbericht – zum einen fest, dass der Selbstversorgungsgrad gegen Ende des Krieges stark absank. Zum andern ergänzte er, anders als Feisst, dass mit der zu wenig beachteten Teuerung «eine kritische Ernährungslage» eingetreten sei, «deren längerfristig negative gesundheitliche Auswirkungen nur durch die bald einsetzende Erholung der internationalen Wirtschaft und Transportwege und damit durch die Verbesserung der Versorgung verhindert werden konnten».[98]

Im Übrigen ist die Rationierung im Zweiten Weltkrieg von der Forschung stiefmütterlich behandelt worden. Weder in den Übersichtswerken noch in den Kantonsgeschichten[99] wurden auf sie mehr als zwei, drei Sätze verwandt. So erwähnt Sacha Zala 2014 in der «Geschichte der Schweiz» die Rationierung zwar knapp, hebt dann aber – wie Jakob Tanner 2015 auch – bei den kriegswirtschaftlichen Massnahmen insbesondere die psychologische Wirkung der «Anbauschlacht» hervor,[100] eine Beurteilung, die wesentlich auf die Arbeit von Maurer zurückgeht.[101] Tanner, der das Rationierungswesen vor allem im Kontext einer Ernährungsgeschichte ausführlich thematisiert hat,[102] schliesst sich aber zusätzlich Feissts Einschätzung

97 Ebd., S. 127.

98 Ebd., S. 175.

99 Zu den konsultierten Kantonsgeschichten siehe S. 20, Anm. 31. Eine Ausnahme bildet Ruch (2023, S. 335–371). Er widmet der Rationierung ein Kapitel, in welchem neben Informationen zur Architektur des Rationierungswesens und zur allmählich umfassenden Erfassung der Güter durch die Rationierung vor allem die Berichterstattung in der bündnerischen Presse referiert wird. Ruch fasst das Kapitel unter dem Leitmotiv des Mangels, eine Thematisierung, der hier aufgrund der Fragestellung und der Quellen nicht gefolgt wird.

100 Zala 2014, S. 519 f.

101 Maurer 1985.

102 Tanner 1999, S. 383–436.

der kriegswirtschaftlichen Anstrengungen mit Erwähnung der Rationierung und der Leistungen der (Haus-)Frauen mehrheitlich an.[103] Mit Regula Stämpfli muss zusätzlich kritisch betont werden, dass das KEA rückblickend zwar die Hausfrauen ‹ehrte› und auch die Frauenorganisationen erwähnte. In den folgenden Jahren sollten aber die Leistungen der Frauenorganisationen bei der Konzeption und Organisation des Rationierungsprogramms praktisch unerwähnt bleiben. Dann wurden Frauen als für den Familienhaushalt verantwortliche Privatpersonen angesprochen, aber nicht als Bürgerinnen, deren Verbände und Organisationen sich in ihrer überwiegenden Zahl vorbehaltlos und aktiv in den Dienst der Landesverteidigung gestellt hatten.[104] Es erfolgte nicht wie bei anderen zivilen Verbänden und Organisationen die offizielle Würdigung ihrer Leistungen. Dies, obwohl sie in den Kommissionen, in denen sie überhaupt zugelassen wurden,[105] mit ihrem «geschlechtsspezifischen Wissen um Ernährungsproduktion, -verwertung und -vorrat», aber auch mit ihrem Netzwerk, das in ausserordentlichem Umfang Frauen zu erreichen und zu mobilisieren imstande war, von allem Anfang an und entscheidend für die «erfolgreiche Organisation der Kriegsernährung» gewirkt hatten.[106]

Eine ausführlichere Untersuchung allerdings, die die Ernährungspolitik unter Einbezug solcher schicht- und geschlechtsspezifischer Perspektiven in den Kontext der schweizerischen Kriegsanstrengungen im Zweiten Weltkrieg gestellt hätte, steht weiterhin aus.[107]

103 Tanner 2015, S. 279 f.

104 Vgl. dazu die wenigen Dokumente in Joris/Witzig (1986) 42001, Quellen Nr. 263–267, S. 520–526, sowie den dazugehörigen Text S. 465–467.

105 Vgl. dazu Stämpfli 2002, Abb. 2 auf S. 119.

106 Ebd., S. 116–124, insbesondere S. 116–118.

107 Tanners «Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» (Tanner 2015, S. 278–280) ordnet Anbauschlacht und Rationierung zwar in die Darstellung der Zeit des Zweiten Weltkriegs ein, allerdings sehr knapp. Eine einlässlichere Darstellung findet sich in Kapitel 10 seines Werks «Fabrikmahlzeit» (Tanner 1999, S. 383–436). Baumann und Moser (1999, S. 331–337) beurteilen «Anbauschlacht» und «Rationierung» im Kontext der Agrarpolitik.

3.3 Die kantonale Steuerung des Rationierungswesens am Beispiel des Kantons Aargau

Die eidgenössischen Behörden arbeiteten mit den kantonalen und kommunalen Behörden zusammen, wobei sie sie – laut dem Bericht des EVD zur schweizerischen Kriegswirtschaft – nicht ihrer direkten Kontrolle unterstellten, sondern darauf bauten, dass diese in eigener Verantwortung die eidgenössischen Vorschriften unter Berücksichtigung ihrer kantonalen und kommunalen Gegebenheiten umsetzen würden.[108] Denise Thoma, die den entsprechenden Bestand im Staatsarchiv Aargau erfasst hat, ist etwas anderer Meinung: «Die Kantonalen Zentralstellen für Kriegswirtschaft besassen im Unterschied zu vergleichbaren kantonalen Ämtern keine eigenen Kompetenzen, sondern sie waren die föderalistische Umsetzung dieser gesamtschweizerischen Planwirtschaft (Vollzug der Bundesnormen).»[109]

Da die im Folgenden vorgestellten Forschungsarbeiten zur lokalen Durchführung der Rationierung zu Gemeinden des Kantons Aargau entstanden, wird in der Folge die Entwicklung in diesem Kanton dargestellt. Sie fusst im Wesentlichen auf der Kantonsgeschichte von Willi Gautschi.[110]

Im Kanton Aargau wurde das Geschäft vorerst der Militärdirektion zugeteilt. Ihr Bericht wurde dem Regierungsrat am 25. März 1939 zusammen mit einem Entwurf für die kantonale Verordnung zur eidgenössischen Kriegswirtschaftsgesetzgebung vorgelegt. «In der Sitzung vom 12. April 1939 wurde dieser diskutiert, bereinigt und schliesslich vom Regierungsrat abgesegnet.»[111] Damit wurde die Kantonale Zentralstelle für Kriegswirtschaft der Landwirtschaftsdirektion zugewiesen.[112] Als eines von vier Aufgabenfeldern oblag ihr «die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung (Inlandproduktion, Vorratshaltung, Rationierung)».[113] Die «kantonale Lebensmittelstelle» des Kantons Aargau, der das Rationierungswesen zuge-

108 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 11.
109 Thoma 2009, S. 194.
110 Gautschi 1978. Im dritten Band seiner Geschichte des Kantons Aargau widmet er «Kriegswirtschaft und Anbauschlacht» ein Kapitel von zwanzig Seiten (S. 424–444), wobei der Rationierung vier Seiten reserviert sind.
111 Thoma 2009, S. 195.
112 Gautschi 1978, S. 424.
113 Ebd., S. 425.

wiesen war, nahm am 28. September 1939 die Arbeit auf.[114] Ende 1940 hiess die Lebensmittelstelle neu «Rationierungsstelle für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel».[115] Die Arbeitslast in der Lebensmittelstelle war enorm. So wurden im vierten Kriegsmonat 220 000 ganze und 28 000 halbe Rationierungskarten ausgegeben. Der Kanton lieferte sie an die Gemeinden. Diese hatten dafür zu sorgen, dass die Berechtigten ihre Karten beziehen konnten. Ausserdem waren die Grossbezüger zu berücksichtigen, also Gaststätten, Spitäler und sogenannte Kollektivhaushaltungen. Die Arbeit wurde mit der fortschreitenden Differenzierung der Rationierungsberechtigungen immer aufwendiger. «Neben der Rationierung mussten auch die Regeln der Preiserhöhungen – indem verbindliche Preislisten in die Gemeinden via Kreisschreiben versandt wurden – oder gar die Schliessung der Geschäfte bei Missachtung durchgesetzt werden. Wie die Gemeinden diese Vorgaben umsetzten, wurde ebenfalls kontrolliert. Dafür führte die Zentralstelle Inspektionen in den Gemeinden durch.»[116]

Die Lebensmittelstelle hatte also auch Verstösse gegen die Rationierungsvorschriften zu verfolgen und allenfalls der Justiz zuzuführen. Zog der Regierungsrat in seinem Jahresbericht für 1939 bezüglich der Disziplin von Produzenten und Konsumenten noch eine positive Bilanz,[117] muss sie laut Gautschi – in Anlehnung an Eugène Péquignot – für die Folgezeit skeptischer beurteilt werden: «Dieses zu Beginn des Krieges abgegebene günstige Urteil kann für die weiteren Kriegsjahre nur relative Gültigkeit beanspruchen. Die häufigen Vergehen gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften vermitteln eher ein betrübliches Bild. Schwarzschlachtungen, Schwarzhandel, Umgehung der Abgabepflicht und der Preisvorschriften wurden konsequent bekämpft und bildeten Gegenstand zahlreicher Strafverfolgungen.»[118]

114 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 162. In: Gabathüel 2006, S. 8. Zudem Gautschi 1978, S. 424.

115 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1940. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1941, S. 147. In: Gabathüel 2006, S. 8.

116 Thoma 2009, S. 196.

117 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939, 1940, S. 161. In: Gautschi 1978, S. 424.

118 Gautschi 1978, S. 441.

Zwar hielt Gautschi fest, dass bei den Strafurteilen der Kanton Aargau im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt «nicht schlecht» abschnitt. Immerhin belegen die Zahlen aber, «dass fast jeder zwanzigste Einwohner des Aargaus mit der Kriegswirtschaft Schwierigkeiten hatte».[119] Eigentliche Strafen wurden 7664 ausgesprochen, davon handelte es sich in 4014 Fällen um sogenannte Bagatellvergehen.[120]

Von der Ermittlung bis zum Urteil waren die Bundesbehörden verantwortlich tätig. Sie stützten sich aber auch auf kantonale und Gemeindebehörden ab. Zu den Kantonen schrieb Péquignot: «Ausser der Polizeistellen, welche auf dem Gebiet der Ermittlung bei den Kantonen tätig waren, besassen kantonale Amtsstellen ähnliche mit Fachleuten dotierte Inspektorate und Kontrolldienste [wie der Bund], die sich ebenfalls mit Erhebungen im kriegswirtschaftlichen Strafrecht abgaben, so einige kantonale Brennstoffämter, einige Zentralstellen für Kriegswirtschaft, ferner die Preiskontrollstellen.»[121]

Neben den speziell eingesetzten Gremien waren aber auch sämtliche eidgenössischen und kantonalen Behörden verpflichtet, Widerhandlungen zu verzeigen. Selbst die Gemeindebehörden wurden in Ausübung ihres Amtes zur Anzeige verpflichtet.[122]

Diese und weitere Aufgaben schlugen sich in der Zunahme der Beschäftigten nieder: Ende 1939 waren drei Personen fest bei der Lebensmittelstelle angestellt, der Leiter und zwei Kanzlisten. Hinzu kamen zwei bis vier Aushilfskräfte.[123] Ende 1940 waren es bereits 14 Aushilfen. Sie hatten gemäss Rechenschaftsbericht des aargauischen Regierungsrates täglich 60–70 Briefe und 100–150 Bestellungen zu erledigen.[124] Für das Jahr 1941 wurde eine Verdreifachung der Arbeitslast berichtet. Zur steigenden Zahl von Kreisschreiben, Briefen und Bestellungen kamen die Massnahmen gegen Verstösse hinzu. Ein weiterer Angestellter und neu 32 Aushil-

119 Ebd.
120 Péquignot 1950, S. 1127, Tabelle «Verteilung der erledigten Fälle nach Kantonen».
121 Ebd., S. 1081.
122 Ebd., S. 1093.
123 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 161. In: Gabathüel 2006, S. 7.
124 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1940. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1941, S. 148. In: Gabathüel 2006, S. 9.

fen halfen nun den Anfall von Arbeit zu bewältigen.[125] Mitte 1942 erhöhte sich die Arbeitslast beträchtlich, da die abgestufte Rationierung eingeführt wurde. Nach Alter und Beruf wurden nun unterschiedliche Karten ausgegeben.[126] Zusatzkarten für besondere Arbeiten mussten von da an immer Anfang Jahr erneuert werden.[127] Als im August das KEA die aargauische Rationierungsstelle inspizierte, war der tägliche Posteingang auf 325–350 Briefe und der Ausgang auf 440–460 Schriftstücke angewachsen.[128] Entsprechend stieg die Anzahl der Beschäftigten auf einen Leiter, drei Beamte und 58 Aushilfsangestellte an.[129]

1943 wurde die Arbeit der Rationierungsstelle erschüttert, als entdeckt wurde, dass ihr Leiter seit November 1940 einen Handel mit Coupons, Bezugsmarken, aufgezogen hatte.[130] Die «Affäre Amsler», wie Kalt den illegalen Couponhandel nannte, sah er als einen der «grössten Schwarzhandelsfälle», der in der Schweiz im Krieg bekannt wurde. Amsler war im September 1939 Leiter der Rationierungsstelle des Kantons Aargau geworden. Seine Machenschaften konzentrierten sich im Wesentlichen auf «Grossbezügerkarten». Von November 1940 bis Mai 1943 verschenkte er solche nicht nur an rund 20 Bezüger im Umfang von 4000–5000 kg Lebensmittel, er bediente sich auch für sich und seine Familie. Hauptsächlich gab er aber seit November 1941 Karten an seinen Schwager in Sitten. Insgesamt betrafen seine Geschäfte 362 000 kg Lebensmittel. Den Erlös seines Schwagers schätzte man auf 135 000 bis 140 000 Franken,

125 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1941. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1942, S. 152, 153. In: Gabathüel 2006, S. 10.

126 Vgl. dazu Fleisch 1947, S. 185–254.

127 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1942. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1943, S. 169, 170, 171. In: Gabathüel 2006, S. 11.

128 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1942. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1943, S. 171. In: Gabathüel 2006, S. 11.

129 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1942. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1943, S. 180. In: Gabathüel 2006, S. 11.

130 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1943. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1944, S. 167–171. In: Gabathüel 2006, S. 12.

wovon 21 900 Franken Amsler zugutekamen.[131] Die Höhe der entwendeten Coupons entsprach, so Kalt, «einer durchschnittlichen Monats-Zuckerration des Kantons Aargau mit seinen 270 000 Einwohnern». Die illegalen Machenschaften hätten, so Kalt, «auf Dauer zu einer fühlbaren Herabsetzung der ordentlichen Zuteilungen führen müssen, wären die Infraktionen [Gesetzesübertretungen] Amslers und anderer nicht aufgedeckt worden».[132]

Wohl im Zusammenhang mit der Entdeckung der Veruntreuung wurde die Stelle reorganisiert und die Kontrolle der Coupons wurde – mit gutem Erfolg, so wurde berichtet – an die kantonale Strafanstalt nach Lenzburg ausgelagert.[133] Auch 1944 flog eine Veruntreuung auf. Diesmal hatte der Angestellte bei der Coupons-Kontrollstelle in Lenzburg während einer Woche Schwarzhandel mit Bezugsmarken betrieben.[134]

Anfang 1945 verursachte die schlechte Versorgungslage nochmals Zusatzarbeit bei den Rationierungsarbeiten. Die Situation begann sich aber insgesamt mit Kriegsende zu entspannen und der Regierungsrat war der Ansicht, dass eine Kontrolle der Gemeindestellen ergeben habe, dass dort gute Arbeit geleistet worden sei, «obwohl ‹die Arbeit ein nie geahntes Ausmass angenommen› hatte».[135] Die Aushilfen wurden von Mai 1945 43 bis Ende Jahr auf 37 und Ende 1946 auf 24 reduziert. Abteilungen wurden zusammengelegt. Da aber auch 1946 Rationierungen aufrechterhalten werden mussten, blieb den verbleibenden Angestellten immer noch viel Arbeit.[136]

131 Kalt 1951, S. 99 f. Die Verurteilten führten Nichtigkeitsbeschwerde: BGE-70-IV-63. Urteil des Kassationshofes vom 18. 2. 1944 i. S. Amsler und Nicolas gegen Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau. S. 63 Nr. 16. Strafgesetzbuch, www.servat.unibe.ch/dfr/pdf/c4070063.pdf, 13. 12. 2022.

132 Kalt 1951, S. 100.

133 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1943. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1944, S. 171, 172. In: Gabathüel 2006, S. 12.

134 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1944. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1945, S. 173, 174. In: Gabathüel 2006, S. 12 f.

135 Gabathüel 2006, S. 14. Darin: Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1945. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1946, S. 173, 174.

136 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons

3.4 Rationierungswesen in den Gemeinden

Die kantonalen Lebensmittelstellen koordinierten die Gemeinden, welche ihnen ihren Bedarf an Lebensmittelkarten anzugeben hatten. Sie gaben die Weisungen des KEA an die Gemeinden weiter. Kantone mit grossen Städten waren dabei teilweise abweichend organisiert. So wurde die Stadt Zürich als eine Grossorganisation – Biske und Senti sprechen von 300 000 Einwohnern und 3000 Grossbezügern – teilweise nicht über den Kanton Zürich, sondern direkt vom KEA angesprochen. So erhielt sie deren 577 Kreisschreiben direkt. Ausserdem delegierte der Kanton Aufgaben an die Städte Zürich und Winterthur, zum Beispiel hinsichtlich der Zuteilung von Rationen an Grossbetriebe. Die relativ weitreichenden Kompetenzen, die die grossen zürcherischen Kommunen erhielten, führten im Fall von Zürich dazu, dass eine städtische Zentrale für Kriegswirtschaft geschaffen wurde.[137]

Die Kantone veranstalteten auch Weiterbildungen für die Behörden, die die Rationierungsregeln umzusetzen hatten. Der Kanton Aargau führte zwischen dem 6. und 10. November 1939 fünf regionale Konferenzen für die von Gemeinderationierungsstellen Beauftragten durch. Damit sollten der sachbezogene Austausch sichergestellt und die Gemeindebeauftragten für ihre Aufgaben geschult werden.[138] Solche Kurse wurden auch in den folgenden Jahren angeboten.

Die eigentliche Durchführung der Rationierung (und damit auch der anfänglichen Lebensmittelsperre), das heisst, die Verteilung der Rationierungskarten, die Instruktion und Kontrolle der örtlichen Lebensmittelbezugsstellen, die Beurteilung von Sondergesuchen und die Behandlung allfälliger Beschwerden oblagen einzig den Gemeinden. So hielt die aargauische Zentralstelle gegenüber dem Gesuchsteller J. B. fest: «Wir möchten Sie ersuchen, solche Gesuche inskünftig nicht mehr an eine eidgenössische oder auch kantonale Stelle zu leiten, indem einzig die örtlichen

Aargau im Jahr 1946. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1947, S. 122, 123. In: Gabathüel 2006, S. 14.

137 Biske/Senti 1948, S. 168.

138 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 164. In: Gabathüel 2006, S. 7.

Lebensmittelstelle [sic] zur Herausgabe der erforderlichen Bewilligungen befugt ist […].»[139]

Die Gemeinden reagierten höchst unterschiedlich auf die Herausforderung, die Bezugsberechtigung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu organisieren. Die Anfangszeit mit der Vorbereitung und Durchführung der Lebensmittelsperre kann dabei auch als Übungsphase für Gemeinderäte und Gemeindeangestellte verstanden werden, die sie auf die administrativen Aufgaben der Rationierung vorbereitete.

139 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 26. 9. «Nahrungsmittel-Rationierung.» Prot. Art. No. 866. Beilage: Schreiben der kriegswirtschaftlichen Zentralstelle des Kantons Aargau an Gesuchsteller J. B., Aarau, 28. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 12.

4 Auf dem Weg zur Rationierung: Die Lebensmittelsperre

Am 5. April 1939 erliess das EVD einen Aufruf zur «Anlegung eines Haushaltungsvorrates an wichtigen Lebensmitteln für einen Zweimonatsbedarf». Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, dass bei Kriegsausbruch eine zweimonatige Bezugssperre erlassen werde. «Die Bezugssperre wurde dann unmittelbar vor dem Kriegsausbruch durch Verfügung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes als erste Bezugssperre vom 28. August bis 29. Oktober 1939 angeordnet für: Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Hafer, Gerste, Mehl, Grieß, Mais, Speisefette, Speiseöle und eingesottene Butter.»[140]

Der Aufruf vom 5. April zur Anlegung eines privaten Notvorrats appellierte an die «Hausfrauen und Vorsteher kleinerer und grösserer Verpflegungsstätten», denn es stelle sich ihnen «eine stille, aber grosse und dringende Aufgabe. Schon bisher ist ihnen die Sorge für ihre Tischgenossen Pflicht gewesen, die sie erfüllt haben im umsichtigen Einkauf, in der Zubereitung, Aufbewahrung, Konservierung und Einlagerung von Lebensmitteln. Diese Vorsorge muss heute noch einen Schritt weiter gehen. Die Hausfrau soll nicht nur an ihren eigenen Haushalt denken, sondern darüber hinaus an den des ganzen Landes. […] Daraus ergibt sich von selbst, dass sich auch der einzelne Haushalt, gleichviel ob klein oder gross, Familie oder Verpflegungsstätte, einen eisernen Vorrat an wichtigsten Lebensmitteln anlegen muss.»[141]

Die Vorgabe einer Vorratsanlegung für die Dauer von zwei Monaten samt Ankündigung einer zweimonatigen Bezugssperre im Falle des Kriegsausbruchs war begleitet von der Aufforderung, dass Haushalte, die nicht in der Lage waren, einen Notvorrat anzulegen, sich bei ihrer Wohngemeinde für den Bezug von sogenannten blauen Karten anzumelden. Damit trug man der Tatsache Rechnung, dass es Haushalte gab, in denen das Geld fehlte, um Lebensmittel auf Vorrat zu kaufen. Ein Gesuch um «blaue Karten» stellte umgekehrt das Eingeständnis dar, dass man zu diesen ärmsten Haushalten gehörte. Die rechtzeitige Beantragung setzte zudem voraus, dass die Haushaltungen überhaupt so weit vorausschauten beziehungsweise die Möglichkeit, dass es zur Sperre käme, ernst nahmen.

140 Biske/Senti 1948, 163.
141 Zit. nach Schneebeli 1948, S. 95.

Biske und Senti berichteten, dass in der Stadt Zürich im Juli 1939 eine Vereinbarung mit Lebensmittelgrosshandlungen (etwa Konsumverein Zürich, Lebensmittelverein Zürich, Aktiengesellschaft Migros, Konsum Denner & Co.) getroffen wurde, dass dieselben «zusätzliche Vorräte von insgesamt über 1000 Tonnen lebenswichtiger Nahrungsmittel» anlegen sollten. «Diese Vorräte entsprachen ungefähr 100 000 Vorratsrationen zu rund 10 kg in der Zusammensetzung, wie sie vom Bund den privaten Haushaltungen zur Einlagerung vorgeschrieben worden war. Auf Grund der Vereinbarung mit den genannten Firmen hätten infolgedessen während zwei Monaten einem Drittel der Bevölkerung die gebräuchlichsten Nahrungsmittel in den vom Bund vorgeschriebenen Mengen verkauft werden können.»[142]

Man muss wohl daraus schliessen, dass damit gerechnet wurde, dass bis ein Drittel der Bevölkerung selbst keine Vorräte anlegen würde, aus welchen Gründen auch immer. Nach dem bundesrätlichen Aufruf zur privaten Vorratshaltung waren in der Stadt 64 000 «blaue Karten» verteilt worden, was in der Tat beinahe einem Drittel der Stadtbevölkerung entsprach.[143]

Feisst resümierte 1946, der Aufruf, einen Notvorrat anzulegen, bei gleichzeitiger Ankündigung der Lebensmittelsperre habe «seine Wirkung nicht verfehlt».[144] Auch im Schlussbericht des KEA von 1950 rühmte man den Aufruf als «Alarmruf», der «durchschlagend» gewesen sei: «Überall fand sich das erforderliche Verständnis für die bei uns infolge der leichten Warenbeschaffung etwas in Vergessenheit geratene private Vorratshaltung.»[145] Im Rechenschaftsbericht des Regierungsrats des Kantons Aargau von 1939 wurde die Wirkung des Aufrufs weniger günstig beurteilt:[146] «Leider fand dieser Aufruf viel zu wenig Beachtung, denn es gab sehr viele Leute, welche an den Ernst der Zeit nicht glauben wollten. […] zeigte es sich dann, dass sehr viele Haushaltungen, denen ihre Mittel die Anlage ausreichender Vorräte erlaubt hätten, dies versäumt hatten. Die Gemeindestellen

142 Biske/Senti 1948, S. 169.
143 Ebd.
144 Feisst 1945, S. 10.
145 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 162.
146 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 161. In: Gabathüel 2006, S. 5.

wurden von diesen Leuten geradezu bestürmt, um dann nachträglich doch noch in den Genuss der ‹blauen Karten› zu gelangen.»[147] So wurden im September und Oktober 1939, also nach Ablauf der Anmeldefrist und während der Lebensmittelsperre selbst, im Kanton Aargau noch 23 686 «blaue Karten» abgegeben.[148]

Gautschi kommentierte die Auffassung des damaligen Regierungsrats nicht, die Leute hätten den Ernst der Lage nicht erkannt.[149] Vorerst muss festgehalten werden, dass die Aussage des KEA, die private Vorratshaltung sei «etwas in Vergessenheit» geraten, angesichts der deutlichen Anzeichen, dass vielenorts die Mittel fehlten, um überhaupt einen Vorrat anlegen zu können (siehe die Zitate weiter unten), einen Zug ins Zynische hat. Immerhin sollte die Frage nach den Motiven, die die Leute bewogen, keinen Notverrat anzulegen und den Bezug von «blauen Karten» nicht in die Wege zu leiten, gestellt werden. Wie die Gesuche unten zeigen, konnten (vorübergehende) finanzielle Engpässe und die Scheu, dies den Gemeindebehörden zu erkennen zu geben, das Verhalten bestimmen. Auch die Idee, man könne dann immer noch aktiv werden, wenn es so weit sei, kann angetroffen werden. Rudolf Braun hat in seiner Arbeit zum Heimarbeitermilieu um 1800 gezeigt, dass die Grundpfeiler lang dauernder Lebensumstände kulturelle Verhaltensmuster ausprägen.[150] Dieser Feststellung folgend ist zu bedenken, ob nicht für viele arme Leute, deren Situation keine langfristige Planung zuliess, eine Vorsorge für einen zeitlich noch nicht bestimmbaren Fall ausserhalb ihrer Routinen und ihrer Aufmerksamkeit lag.

147 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 161. In. Gautschi 1978, S. 424.

148 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1939. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1940, S. 166. In. Gautschi 1978, S. 424.

149 Dass der Regierungsrat der Meinung war, die Leute hätten die angekündigte Lebensmittelsperre nicht ernst genommen, muss als unsicheres Urteil angesehen werden, da Grundlagen für diese Einschätzung fehlten.

150 Braun 1960.

4.1 Die Vorbereitung der Lebensmittelsperre

Der Rückblick von Biske und Senti für Zürich macht deutlich, welchen organisatorisch-logistischen Aufwand die Vorbereitung von Lebensmittelsperre und Rationierung für Kommunen nach sich zog: «Die Lebensmittelabteilung, die im Oktober 1939 im Amtshaus I installiert und mit der Durchführung der Lebensmittelrationierung betraut worden war, bildete die weitaus größte Dienstabteilung der Zentralstelle für Kriegswirtschaft der Stadt Zürich. Die Vorbereitungsarbeiten waren durch das städtische Arbeitsamt, die Beschriftung der rund 105 000 Haushaltungsumschläge (nach dem Hausbogenregister der Einwohner- und Militärkontrolle) durch die Schreibstube für Stellenlose besorgt worden. Die ersten, für den Monat November 1939 gültigen Lebensmittelkarten wurden Ende Oktober ausgegeben. […]. Da es nicht zweckmäßig gewesen wäre, die Karten an die Bevölkerung der Stadt Zürich in einer einzigen Stelle (man denke nur an die Familien Meier und Müller) auszugeben oder wie im ersten Weltkrieg jeder Haushaltung durch Boten ins Haus bringen zu lassen, wurden sie in quartierweise dezentralisierten Ausgabestellen verteilt, anfänglich in 28 Stellen. Allmonatlich wurden die Lebensmittelkarten mit der Stammkartothek in Lastautos verpackt, in die ‹fliegenden› Ausgabestellen transportiert und nach Beendigung der Ausgabe wurde das Material in die Zentrale der Lebensmittelabteilung, die im Jahre 1940 in die Nüschelerstraße 30 verlegt wurde, zurückbefördert. Schon bald zeigte sich aber die Notwendigkeit, in den wichtigeren Quartieren den ganzen Monat über installierte Kartenausgabestellen zu errichten. So wurde denn im Jahre 1942 die Kartenverteilung in 14 festen Ausgabestellen konzentriert und lediglich die Außenquartiere Leimbach, Witikon, Affoltern und Schwamendingen blieben auf die nur für wenige Tage errichteten ‹fliegenden› Ausgabestellen angewiesen.»[151]

Als besondere Dienstleistung konnten sich Haushalte in Zürich die Rationierungskarten gegen Entgelt auch nach Hause schicken lassen: «Von den 100 000 Haushaltungen der Stadt Zürich ließen sich im Jahre 1940 etwa 27 000 Haushaltungen mit über 80 000 Personen ihre Rationierungskarten per Post schicken. Als mit der Verschärfung der Versorgungslage die Karten nicht mehr mit gewöhnlicher Briefpost, sondern eingeschrieben spediert werden mussten und die jährliche Abonnementsgebühr auf

151 Biske/Senti 1948, S. 170.

6 Franken verdoppelt wurde, wurden nur noch 6000 Abonnemente für 14 800 Personen gelöst.»[152]

Während laut Biske und Senti in der Stadt Zürich frühzeitig Vorratshaltungen von Grossisten und der Stadt selbst angegangen wurden und die organisatorischen Vorkehrungen für einen reibungslosen Bezug der «blauen Karten» beziehungsweise später der Rationierungskarten getroffen wurden, reagierten die Behörden der mittleren und kleineren Gemeinden sehr unterschiedlich, wie die Fallbeispiele aus dem Kanton Aargau zeigen. In der Zeit von der Aufforderung des EVD zur Anlegung des Notvorrats und der Lebensmittelsperre mussten die Anmeldungen für «blaue Karten», die den Bezug von Lebensmitteln auch während der Lebensmittelsperre ermöglichen sollten (siehe unten), durch die Gemeinden geprüft werden. Lebensmittelgeschäfte waren aufzufordern, inskünftig rationierte Lebensmittel zu inventarisieren. Nach Ablauf der Fristen mussten auch nachträgliche Gesuche um die Zuteilung von Extrarationen oder überhaupt von «blauen Karten» bearbeitet werden.

4.1.1 Aarau

Die Aarauer und Aarauerinnen hatten sich zwischen dem 5. April und dem 21. Juni 1939 für den Bezug von «blauen Karten» bei der Stadtpolizei zu melden, die daraufhin eine Liste erstellte. Gemäss der Liste hatten sich 205 Haushaltungen mit 634 Personen, also etwa 5 % der Einwohnerschaft, gemeldet. Der Bedarf war aber offensichtlich weit höher, denn das städtische Fürsorgeamt, dem die Aufgaben um die Rationierung zugewiesen worden waren, musste zu Beginn der Sperre fast doppelt so viele «blaue Karten» ausgeben, nämlich 1335.[153] Auch dann ist die Differenz zum Prozentanteil in der Stadt Zürich beträchtlich. Es muss hier offenbleiben, ob sich darin unterschiedliche Sozialstrukturen der Kommunen abbildeten, die weiteren Beispiele legen dies aber nahe. Ob säumige Aarauer und Aarauerinnen die «blauen Karten» aus Scham nicht rechtzeitig bezogen oder weil sie die Notwendigkeit für einen Notvorrat unterschätzten, bleibt ebenfalls offen. Bemerkenswert ist, dass, wie im Kanton überhaupt, auch in Aarau die «blauen Karten» nachträglich noch ausgeteilt wurden.[154]

152 Ebd., S. 171.
153 Pestalozzi 1990, S. 89.
154 Ebd.

4.1.2 Wohlen

In Wohlen beschloss gemäss der Arbeit von Sengül Güzel zum Rationierungswesen in dieser Gemeinde der Gemeinderat erst am 12. Juni, die Bevölkerung durch die lokalen Zeitungen zu informieren und Interessierte aufzufordern, sich innert acht Tagen beim Steuerbüro zu melden, wenn sie eine «blaue Karte» beantragen wollten.[155]

In der vorgegebenen Frist meldeten sich 296 der 6070 in Wohlen wohnhaften Personen (Zahlen von 1941). Die Gesuche wurden vom Steueraktuar und vom Vorsteher des Gemeindearbeitsamtes geprüft, die 31 Familien einen abschlägigen Bescheid gaben.[156] Auch in Wohlen verpassten viele Leute die Anmeldefrist, wobei diese hier extrem kurz war. So listeten die Behörden, nachdem bereits die Lebensmittelsperre in Kraft getreten war, am 30. August 377 Personen, am 31. August 188 Personen und am 6. September nochmals weitere 300 Personen auf, die sich noch für eine «blaue Karte» anmeldeten. Damit hatte nur ein Drittel derjenigen, die einen Antrag stellten, die Frist eingehalten.[157] Insgesamt 1161 beantragten eine «blaue Karte», was knapp 20 % der Einwohnerschaft entsprach.[158] Dieser hohe Anteil belegt vermutlich, dass die Bevölkerung in Wohlen auch vor dem Zweiten Weltkrieg noch unter dem Zusammenbruch der regionalen Strohindustrie litt. Dass sich zwei Drittel der Personen, die keinen Notvorrat anzulegen vermochten, sich erst mit der Ausrufung der Lebensmittelsperre überhaupt meldeten, zeigt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner die Ankündigung nicht ernst nahmen oder, warum auch immer, keiner längerfristigen Handlungsperspektive folgten.

155 Gemeinderatsprotokoll Nr. 35, 30. Sitzung vom 12. 6. 1939, Art. 800. In: Güzel 2007, S. 9.

156 Gemeinderatsprotokoll Nr. 35, 34. Sitzung vom 12. 6. 1939, Art. 800. In: Güzel 2007, S. 9. Leider ist unklar, wie sich die Angaben in Personen und in Familien zueinander verhielten. Es ist denkbar, dass sich die genannte Zahl Personen jeweils für alle im gleichen Haushalt lebenden Personen meldeten. So ergäbe sich ein Anteil von gut 10 % der Gesamtbevölkerung.

157 Nachtragslisten für den Bezug der blauen Karten. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. In: Güzel 2007, S. 10.

158 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10. 2018; abgerufen am 19. 5. 2019, https://de.wikipedia.org/wiki/Wohlen, Anm. 61, 13. 12. 2022.

4.1.3 Küttigen

Stefan Kaufmann fokussierte seine Arbeit auf die Lebensmittelsperre in der Gemeinde Küttigen anhand der Gemeinderatsprotokolle und dazugehöriger Akten.[159] In Küttigen waren bis zum 21. Juni 1939 16 Gesuche für «blaue Karten» eingegangen. Elf davon mit insgesamt 39 Personen wurden bewilligt (Tab. 1).

Tab. 1: Bewilligte Gesuche um «blaue Karten» in Küttigen

Haushalte beziehungsweise Familien	Personen/ Haushalte	Personen
5	2	10
1	3	3
2	4	8
1	5	5
1	6	6
1	7	7
11		39

Quelle: Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll der Sitzung vom 20. 6. 1939, «Kriegswirtschaftl. Massnahmen. Nahrungsmittel-Vorrat», Prot. Art. No 599, Beilage: Gemeinderat Küttigen an die kantonale kriegswirtschaftliche Zentralstelle Aarau, Küttigen, 21. 6. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 6.

Diese Zahl von bedürftigen Personen ist erstaunlich klein, denn in Küttigen lebten 1941 2129 Personen.[160] Es dürfte sich also um knapp 2 % der Einwohnerinnen und Einwohner gehandelt haben, die die Möglichkeit zum Bezug einer «blauen Karte» nutzten. Auch fällt hier wie in den anderen Gemeinden auf, dass die Haushalte nicht gross waren: In acht von elf Haushalten lebten nicht mehr als vier Personen; 21 Personen lebten also in eher kleinen Haushaltungen, während immerhin 18 Personen grössere Haushaltungen bilde-

159 Kaufmann 2006.

160 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10. 2018; abgerufen am 19. 5. 2019, https://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%BCttigen, 13. 12. 2022, Anm. 18.

ten. Zwar handelte es sich bei Küttigen um eine Gemeinde, in welcher die Landwirtschaft dominierte.[161] Dennoch ist anzunehmen, dass ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung auf den Kauf von Lebensmitteln angewiesen war, gab es doch gemäss einer Auflistung «3 Bäckereien, 2 Handlungen, 2 Spezerei-Handlungen, 2 Kolonialwaren-Handlungen, 1 Futtermittel-Handlung, 1 Konsumverein und 2 Metzgereien. Rund 4 dieser Geschäfte führten dazu noch eine Wirtschaft (Total = 13 Detailverkaufsstellen).»[162]

Der Chronist Alfred Lüthi berichtete 1975, dass ein beträchtlicher Teil der Küttiger und Küttigerinnen in den Fabriken von Aarau arbeiteten. Der Fussweg nach Aarau, wo Industrie und Gewerbe angesiedelt waren, dauert berechnet aufgrund heutiger Strassen 45 Minuten. Viele benutzten zumindest im Sommer das Velo. Der Anbau von Lebensmitteln auf kleinen und Kleinstgrundstücken nach der Lohnarbeit war aber laut Lüthi nicht nur im Krieg sehr verbreitet. Äusserst bescheidene Lebensverhältnisse waren für einen grossen Teil der Bevölkerung normal.[163]

In den Akten ist eines der Gesuche für eine «blaue Karte» erhalten. Kaufmann zitiert das Schreiben von R. W.:

«Küttigen, 14. Juni 1939

Herr Gemeindeammann! Nach Bekanntmachung betrefs. Notversorgung ersuche ich Sie höflich […], dass allfällige Lebensmittel mir zukommen, da meine Frau schon seit Wochen krank ist und die [Lebensumstände; SK] ohne Verdienst sehr beschwerlicht [sind; SK]. In Erwartung zeichnet: Hochachtungsvoll: R. W.»[164]

4.1.4 Riniken

Riniken war ein kleines Dorf in der Umgebung von Brugg. Es hatte 1941 283 Einwohnerinnen und Einwohner. Diese wohnten in 60 Häusern mit 73 Haushaltungen. Fast die Hälfte der 113 Erwerbstätigen erzielte ihr Einkommen in der Landwirtschaft, nämlich 51.[165] Zudem habe es zwei Schreinereien

161 Lüthi 1975, S. 218–221, 237–256.

162 Beilage zu Art. No. 789. Gemeindekanzlei an die kantonale kriegswirtschaftliche Zentralstelle Aarau, Küttigen, 2. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 8.

163 Lüthi 1975, S. 237–256.

164 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Sitzung vom 20. 6. «Kriegswirtschaftl. Massnahmen. Nahrungsmittel-Vorrat». Prot. Art. No 599. Beilage: Schreiben des Gesuchstellers R. W. Küttigen, 14. 6. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 5.

165 Karl Obrist, Martin Vögtli: Geschichte der Gemeinde Riniken. 750 Jahre Riniken. Riniken: Gemeindekanzlei, 2003, S. 116, 126. In: Schmucki 2006, S. 29. Verheira-

und einen Schuhmacher sowie das Restaurant Hirschen gegeben. Ein Riniker betrieb eine fahrbare Schnapsbrennerei.[166] Überhaupt gestaltete sich das Leben im Dorf noch sehr ländlich, auch wenn Arbeiterinnen und Arbeiter ansässig waren, die mit einer halben Stunde Fussweg hauptsächlich bei der «Hartstein Hunziker» und im «Möbelhaus Simmen»[167] in Brugg arbeiteten, wie Martin Schmucki aufgrund von Interviews in seiner Arbeit zur Gemeinde berichtet. Insgesamt waren in Gewerbe- und Handwerksbetrieben sowie der Industrie 49 Personen beschäftigt.[168] Sechs Personen waren im Dienstleistungssektor tätig. Als der Kanton die Gemeinden aufforderte, für das Anlegen von Notvorräten besorgt zu sein, hielt dies der Gemeinderat nicht für nötig.[169] Damit verletzte er seine gesetzlichen Pflichten. Weshalb er zudem bei den Arbeiterinnen und Arbeiter davon ausging, dass sie auch bei einer Lebensmittelsperre genügend zu essen hätten, ist nicht klar.

4.2 Flexible Durchsetzung der Lebensmittelsperre: Der Fall Küttigen

Nachdem am 28. August die Lebensmittelsperre verfügt worden war, trat der Gemeinderat von Küttigen am 29. August zusammen. Er beschloss, den Lebensmittelgeschäften und Metzgereien das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln mitzuteilen und sie darauf aufmerksam zu machen, dass Inhaberinnen und Inhaber von «blauen Karten» von diesem Verbot ausgenommen waren. Die kantonale Zentralstelle präzisierte in einem Zirkular, welches die Zusendung der bewilligten «blauen Karten» begleitete, dass der Gemeinderat auf den Karten weitere Präzisierungen hinsichtlich der Berechtigungen anbringen könne.[170] Es ist unklar, ob diese Präzisierungen

tete Frauen, die als Bäuerinnen tätig waren, galten gemäss damaliger statistischer Erhebung nicht als Erwerbstätige. Wecker 1988, 1995.

166 Interview mit S. M. und S. P. 18. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang B, S. 31.

167 Ebd.

168 Karl Obrist, Martin Vögtli: Geschichte der Gemeinde Riniken. 750 Jahre Riniken. Riniken: Gemeindekanzlei, 2003, S. 116, 126. In: Schmucki 2006, S. 29.

169 Protokoll des Gemeinderates Riniken 1939. Beleg 452 Gemeindearchiv C. 422.13. In: Schmucki 2005, S. 10.

170 Beilage zu Art. 770. Aargauische kriegswirtschaftliche Zentralstelle. «An den Gemeinderat». Aarau, 29. 8. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 7.

in erster Linie Einschränkungen beinhalten konnten oder allenfalls zusätzliche Bezüge ermöglichten, etwa bei Krankheit oder Gebrechlichkeit.

Anfang September wurde deutlich, dass auch in Küttigen nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner, die «blaue Karten» nötig hatten, diese beantragt hatten. Sie meldeten nun Bedarf vor allem an einzelnen Lebensmitteln an und beantragten deshalb nachträglich «blaue Karten». Der Gemeinderat beschloss in Reaktion darauf, gestützt auf eine Weisung der kantonalen Zentralstelle, eine Bekanntmachung zu veröffentlichen: «Bei der Ausgabe blauer Karten an solche, die sich nicht rechtzeitig für deren Bezug gemeldet haben, ist die grösste Zurückhaltung geboten. Die Gesuchsteller sind darauf zu verweisen, dass der Bezug einer ausreichenden Zahl anderer Lebensmittel bis auf weiteres frei ist. Wer nicht rechtzeitig vorgesorgt hat, soll in einem gewissen Mass die Folgen tragen. In einzelnen Fällen dürfte es möglich sein, die nachträgliche Abgabe blauer Karten zu ersetzen durch Bewilligung von begrenzten Bezügen an Teigwaren, Getreidemehl, eventuell auch Speisefett und Speiseöl. *Grösste Zurückhaltung ist zu üben in der zusätzlichen Bewilligung von Zucker und Reis*.»[171]

Bereits in seiner Sitzung vom 5. September hatte der Gemeinderat fünf Gesuche zu behandeln. In den dabei vorgebrachten Begründungen behaupteten die Gesuchsteller, nicht oder falsch informiert worden zu sein. Dass die Pflicht, «blaue Karten» zu beantragen oder einen Notvorrat anzulegen, jemandem unbekannt geblieben war, ist allerdings kaum vorstellbar. Eine solche Aufforderung wurde mit Sicherheit in der Nachbarschaft und in der dörflichen Öffentlichkeit diskutiert. So wird meines Erachtens deutlich, dass die drohende Sperre im Vorfeld wohl auch nicht ganz so ernst genommen wurde oder die Hoffnung bestand, man könne sich dann irgendwie einrichten, um der häufig als Schande empfundenen Anmeldung zu entgehen.

Das Gesuch von A. S. lautete wie folgt: «Ersuche Sie nun höfflichst um eine Karte für Fett Zucker & Teigwaren. Da ich mich nicht angemeldet habe, möchte ich mich entschuldigen, den ich habe es nicht gewusst, und wir haben keinen Zettel erhalten.»[172]

171 Beilage zu Art. No. 790. Gemeinderat, Bekanntmachung, 6. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 7 f. (Hervorhebung im Original).

172 A. S. Gesuch an die Gemeindekanzlei Küttigen. O. D. In: Kaufmann 2006. Anhang, S. 21.

Gesuche dokumentieren neben der Vernachlässigung der Pflicht, auf die eine oder andere Art für den Fall einer Lebensmittelsperre vorzusorgen, auch Auswirkungen von Armut:

«Küttigen d. 5. Sept. 1939.

Anmeldung! Möchte Sie ersuchen mir eine Lebensmittelkarte auszuhändigen da ich keinen Vorrat habe kaufen können, weil ich das Geld nicht habe, und die Wohnung nicht dazu [geeignet] ist um Lebensmittel aufzubewahren. Hochachtungsvoll B. i. Armenhaus Küttigen»[173]

Das folgende Gesuch hingegen stellt den Bedarf als Folge vorübergehender Geldknappheit dar, die auch begründen sollte, warum eine «blaue Karte» wohl in Abwehr des Verdachts auf Armengenössigkeit nicht beantragt worden war:

«Da ich der Meinung war wenn man nicht Lebensmittel vorkaufen könne und sich bei der Gemeindebehörde anmelden müsse die Gemeinde diese Kosten zahlen habe ich mich nicht angemeldet. Ich hoffe nun das Geld aufzubringen um diesen Vorrat anzuschaffen das ist mir leider wegen Krankheit eines Kindes nicht möglich gewesen sodass ich nur wenig einkaufen konnte und nun fehlt mir Zucker und Fett. Ich möchte Sie nun höflich fragen ob Sie mir nicht eine blaue Karte bewilligen könnten.

Ihrer sehr geschätzten Antwort zum Voraus mit bestem Dank entgegensehend zeichnet

Hochachtungsvoll W. A. R.»[174]

Der Gemeinderat beherzigte die Weisung aus Aarau zur Zurückhaltung und gab dem Gemeindeschreiber den Auftrag, mit den Gesuchstellenden Kontakt aufzunehmen, um zu klären, welches der unbedingt notwendige Bedarf darstellte, der dann bewilligt werden sollte.[175]

Auch in der Sitzung der darauffolgenden Woche hatte der Gemeinderat wieder Gesuche zu behandeln. Er bewilligte sechs Personen Nahrungsmittel in beschränktem Umfang.[176] Während F. B. in seiner Eingabe als Begrün-

173 B. Anmeldung. Küttigen, 5. 9. 1939. Kaufmann 2006. Anhang, S. 21.

174 W. A. Schreiben an den Gemeinderat. 5. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 21 (Absender anonymisiert, B. Z.).

175 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 5. 9. 1939. «Kriegsmobilmachung. Nahrungsmittelabgabe. ‹Blaue Karten›.» Prot. Art. No. 790. In: Kaufmann 2006, S. 8.

176 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 12. 9. «Nahrungsmittelabgabe. Bewilligungen.» Prot. Art. No. 827. In: Kaufmann 2006, S. 10.

dung angab, dass man die Notrationen aufgebraucht habe,[177] berichtete R. C., dass er inzwischen einen eigenen Hausstand gegründet habe und deshalb nun eine «blaue Karte» beantrage.[178] Solche Begründungen zeigen wohl auch, dass manche Leute überhaupt nicht gewohnt waren, auf lange Sicht ihre Lebensmittelversorgung zu planen. Dies vor allem, weil in vielen Haushaltungen dazu weder das Geld noch geeignete Vorratsräume vorhanden waren und zudem in normalen Zeiten die Öffnungszeiten der Lebensmittelgeschäfte fast jederzeit einen Einkauf ermöglichten. Aber auch die Gesuchstellerin, die verriet, dass sie für einen bäuerlichen Haushalt sprach, hatte nicht für erwartbare Fälle vorgesorgt:

«Herr Gemeindeammann! Sehr geehrte Herren!

Möchten Sie bitte so gütig sein und für 20 kg Früchte den nötigen Zucker bewilligen. Wir konnten noch nicht Dreschen, daher bitte ich um Bewilligung von Mehl.

Hochachtungsvoll E. G.»[179]

Die kantonale Zentralstelle hatte Kenntnis davon, dass Gemeindebehörden immer wieder Gesuche erhielten und sich bemühten, den Notlagen der Gesuchsteller entgegenzukommen. So erhöhte sie ihrerseits den Druck: «Es wird speziell darauf aufmerksam gemacht, dass die Nahrungsmittelabgabe von den Gemeindebehörden besser zu überwachen ist und dass die Verkaufsstellen laufend Buch zu führen haben …»[180]

Diesen Hinweis zuhanden der Detailverkaufsstellen gab der Gemeinderat weiter und warnte, dass in nächster Zeit Kontrollen durchgeführt würden.[181] Mit seinen Ausnahmebewilligungen wurde der Gemeinderat weiter zurückhaltender und wies zudem darauf hin, dass es ja nach wie vor Lebensmittel gebe, die der Sperre nicht unterlagen.

177 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 12. 9. «Nahrungsmittelabgabe. Bewilligungen.» Prot. Art. No. 827. Beilage: F. B. Gesuch. 11. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 9.

178 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 12. 9. «Nahrungsmittelabgabe. Bewilligungen.» Prot. Art. No. 827. Beilage: R. C. Gesuch. 12. 9. 1939. In: Kaufmann 2006, S. 9 f.

179 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 12. 9. «Nahrungsmittelabgabe. Bewilligungen.» Prot. Art. No. 827. Beilage: E. G. Gesuch. O. D. In: Kaufmann 2006, S. 10.

180 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 19. 9. «Nahrungsmittelabgabe». Prot. Art. No. 838. In: Kaufmann 2006, S. 10.

181 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 19. 9. «Nahrungsmittelabgabe». Prot. Art. No. 838. In: Kaufmann 2006, S. 10.

Bei den Gesuchen, die an den folgenden Gemeinderatssitzungen behandelt wurden, wurde deutlich, dass sich der Mangel immer stärker auf Zucker und allenfalls etwas Mehl konzentrierte. Der Zuckerbedarf war unter anderem deshalb hoch, weil Früchte und Beeren zu Konfitüre verarbeitet werden sollten. Da damit Lebensmittel haltbar gemacht werden konnten, waren die Behörden bereit, Zucker abzugeben.[182] So hatten offenbar verschiedene Gemeinden an die kantonale Zentralstelle Gesuche um eine erhöhte Abgabe von Zucker gestellt. Diese reagierte gemäss Gemeinderatsprotokoll gleichzeitig mahnend und ausgleichend auf den steigenden Bedarf an Zucker in den Haushaltungen: «In letzter Zeit sind eine Anzahl Gesuche um Bewilligung von Zucker für den Haushaltsbedarf und für Einmachzwecke gestellt worden. Wie in Erfahrung gebracht wurde, hat die kant. Zentralstelle einzelnen Gemeinden Bewilligungen für eine beschränkte Zuckerabgabe erteilt. Der Gemeindeschreiber ist daher in Aarau ebenfalls vorstellig geworden und hat den Bescheid erhalten, dass die kant. Zentralstelle keine Bewilligungen mehr erteilen dürfe, dass es aber der Gemeindebehörde überlassen werde, denjenigen Familien, die bisher noch keine Bezugsscheine erhalten haben, für den dringen Haushaltsbedarf ein kleines Quantum Zucker zu bewilligen.»

Aufgrund dieser Sachlage fasste der Gemeinderat den

«*Beschluss:*

Ausnahmsweise wird den Familien, die bisher keinen Bezugsschein für Zucker erhalten haben, für den dringenden Haushaltsbedarf ein kleines Quantum Zucker von 2–3 kg bewilligt. Die Bezugsscheine können auf der Gemeindekanzlei bezogen werden.

Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf.»[183]

Gleichzeitig legte die Eidgenössische Preiskontrollstelle einen Höchstpreis für den Zucker im Detailhandel fest.[184]

Nicht nur in den Einzelhaushaltungen wurde der Zucker zu einem dringend benötigten Stoff, um Nahrungsmittel zu verarbeiten. Auch Gewerbezweige waren im Herbst in erhöhtem Ausmass auf Zucker angewiesen.

182 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 26. 9. «Nahrungsmittelabgabe». Prot. Art. No. 865. In: Kaufmann 2006, S. 11 f.

183 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 3. 10. «Preiskontrolle. Einmachzucker.» Prot. Art. No. 887. In: Kaufmann 2006, S. 12 f.

184 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 3. 10. «Preiskontrolle. Einmachzucker.» Prot. Art. No. 887. In: Kaufmann 2006, S. 13.

So konnte den Küttiger Rebbauern mitgeteilt werden, dass die kantonale Lebensmittelstelle die Bewilligung zur Zuteilung von Zucker für die Trockenzuckerung der Weine erhalten habe. Unter Verwendung des Reblandverzeichnisses – mit einem Schlüssel vom 83,3 kg Zucker auf 1 ha Rebland – genehmigte deshalb der Gemeinderat den 19 Rebenbesitzern insgesamt 106 kg Zucker.[185]

185 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 10. 10. «Nahrungsmittelabgabe. Weinzuckerzuteilung.» Prot. Art. No. 928. In: Kaufmann 2006, S. 13.

5 Die Rationierung

Die anfängliche zweimonatige Lebensmittelsperre hatte der Vorbereitung der eigentlichen Rationierung besonders knapper Lebensmittel gedient. Anfänglich betraf die Rationierung einige Lebens- und Futtermittel, bei denen die Schweiz in hohem Masse von Importen abhängig war. Im Verlauf des Krieges wurden weitere Lebensmittel rationiert. Vorerst waren Kartoffeln, Fleisch, Milch, Käse, frische Butter und anderes mehr frei erhältlich.[186] Neben den Lebensmitteln unterlagen mit der Zeit auch weitere Güter wie Textilien der Rationierung. Der Rationierung ging meist die zweimonatige Bezugssperre voraus, um Hamsterkäufe zu verhindern.

Zwecks Vorbereitung der ersten Rationierung verlangte das Kriegsernährungsamt des EVD eine Bestandsaufnahme für Artikel, die in den Gemeinden vertrieben oder als Rohstoffe verwendet würden: «Zucker, Reis, Teigwaren, Hülsenfrüchte […], Hafer- und Gerstenprodukte, Mehr oder Griess aus Brotgetreide oder Mais […], Speisefette […], Speiseoele». Diese Aufforderung gab die aargauische Kantonale Lebensmittelstelle an die Gemeinden am 13. Oktober weiter.[187] Nach der Lebensmittelsperre waren dann ab dem November 1939 Zucker, Reis, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Hafer, Gerste und Mais sowie Speiseöle und Speisefett rationiert.[188]

1940 verschärfte sich die Situation – der Ernährungsplan des KEA und seiner Kommission bestimmte von nun an die Rationierung der Lebensmittel.[189] Dies zog enorme Mehrarbeit in den Kantonen und Gemeinden nach sich: Die bis dahin rationierten Waren wurden im September und Oktober 1940 erneut gesperrt.[190] Neu rationiert wurden dann gegen Ende der Sperre Frischbutter, Rahm und Margarine.[191] Im November wurden Textilien und Schuhe gesperrt und anschliessend, wie auch Waschmittel und Seife, rationiert.[192] Da 1941 die Einfuhren weiter abnahmen, kam es zur Ausdehnung

186 Feisst 1945, S. 8, 9, 40, 57.

187 Schreiben der Lebensmittelstelle des Kantons Aargau. «An die Gemeinderäte.» Aarau 13. 10. 1939. Beilage zu Art. No. 953. In: Kaufmann 2006, S. 14.

188 Feisst 1945, S. 57. In: Gabathüel 2006, S. 8.

189 Fleisch 1946.

190 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1940. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1941, S. 143. In: Gabathüel 2006, S. 8.

191 Feisst 1945, S. 57. In: Gabathüel 2006, S. 8.

192 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons

der Rationierung. Durch die Einführung einer Mahlzeitenkarte für den Besuch von Gaststätten schaltete man die Doppelversorgung aus. Zudem wurden Produkte aus der Selbstversorgung wie Käse und Eier im Dezember 1941 rationiert, Letztere, weil die Futtermittel immer mehr zur Mangelware wurden. Dem Futtermittelrückgang folgte eine Abnahme des Hühnerbestandes von 4,5 Millionen vor dem Krieg auf 2,8 Millionen 1944.[193] 1942 mussten auch Fleisch, Milch, Brot sowie weitere Artikel rationiert werden.[194] 1943 ermöglichte die Einführung der sogenannten B-Lebensmittelkarte eine kostengünstigere Variante der Ernährung, indem mit ihr kein Fleisch bezogen werden konnte, dafür mehr Brot, Milch und Käse.[195] Im Rechenschaftsbericht von 1945 hielt der Regierungsrat fest, dass nun die Rationierungen so knapp bemessen gewesen seien, dass Zusatzkarten, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, abgegeben werden mussten.[196] Nach dem Krieg musste das Brot auf den 1. Juni 1945 rationiert werden und die Milch-, Butter- und Käserationen wurden im Verlauf des Jahres nochmals herabgesetzt.[197] Erst im Folgejahr begann sich die Versorgungslage zu entspannen, auch wenn für Zucker, Brot, Mehl, Teigwaren, Butter, Öl und Käse die Rationierung erst am 1. Juli 1948 aufgehoben wurde.[198]

Aargau im Jahr 1940. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1941, S. 142, 146, 147. In: Gabathüel 2006, S. 8.

193 Feisst 1945, S. 40, 43. In: Gabathüel 2006, S. 9.

194 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1942. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1943, S. 168, 171. In: Gabathüel 2006, S. 11.

195 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1943. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1944, S. 174. In: Gabathüel 2006, S. 12.

196 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1945. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1946, S. 131. In: Gabathüel 2006, S. 13.

197 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1946. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1947, S. 121. In: Gabathüel 2006, S. 14.

198 Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung des Kantons Aargau im Jahr 1948. Aarau: Aargauer Tagblatt, 1949, S. 359–361. In: Gabathüel 2006, S. 15.

5.1 Die Gemeinden vor organisatorischen Herausforderungen

Nicht nur auf Bundesebene und im Kanton war die Belastung durch die Arbeiten im Zusammenhang mit der Rationierung erheblich, sondern auch in den Gemeinden. Vielfach versuchten kleinere Gemeinden anfänglich die anfallenden Arbeiten mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen, was sich schnell als Illusion herausstellte. Fand der Schriftverkehr anfänglich immer über die Gemeinderäte statt, gab die Lebensmittelstelle des Kantons Aargau bekannt, dass sie sich nach dem 10. November jeweils direkt an die Lebensmittelstellen der Gemeinden wenden werde, um die Gemeinderäte zu entlasten – und wohl auch, um kürzere Wege zu schaffen.[199]

Die Lebensmittel- beziehungsweise Rationierungsstellen in den Gemeinden arbeiteten unter hohem Druck. Während die Bevölkerung auf pünktliche, genaue und gerechte Abwicklung der Berechtigungen pochte – häufig, weil man über keinerlei Vorräte und wenig Geld verfügte –, kontrollierten die Inspektoren des Kantons verhältnismässig häufig und die Gemeinderäte wollten ihr Ansehen nicht durch Schwierigkeiten bei der Rationierung geschmälert sehen.

5.1.1 Wohlen

In Wohlen entschied der Gemeinderat anfänglich, kein «Fürsorgeamt» einzurichten, sondern dem Gemeindeaktuar die Bearbeitung von Gesuchen um «blaue Karten» und später von solchen im Zusammenhang mit der Rationierung zuzuweisen. Diese – kostengünstige – Lösung hielt nicht lange vor. Kurz nachdem die Rationierung in Kraft getreten war, meldete sich der Steueraktuar beim Gemeinderat und schrieb, es sei ihm «absolut unmöglich», die zusätzliche Arbeit bei der Lebensmittelstelle und dem Brennstoffamt zu leisten, denn «die Arbeiten haben einen Umfang angenommen, die ich ohne die Gefährdung meiner Gesundheit nicht bewältigen kann».[200] Daraufhin erfolgte eine Umstellung: Die Lebensmittelstelle und das Brennstoffamt wurden dem Gemeindearbeitsamt zugeteilt. Beschäftigt wurde dort

199 Lebensmittelstelle des Kantons Aargau an die Gemeinderäte vom 10. 11. 1939. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. In: Güzel 2007, S. 11.

200 Steueraktuar an den Gemeinderat Wohlen, 6. 11. 1939. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. In: Güzel 2007, S. 10.

anfänglich eine Aushilfe, bald schon eine zweite. Der Steueraktuar musste aber weiterhin bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten mitwirken.[201]

Nach der Einführung der abgestuften Rationierungskarten Mitte 1942 wurde eine weitere Aushilfskraft eingestellt.[202] Ende des Jahres wurde eine weitere Aushilfskraft gesucht. Da anfänglich kein Mann gefunden wurde, beschäftigte man während 14 Tagen die Ehefrau eines Angestellten. Der Mann, den man schliesslich fand, wurde in sämtliche Arbeiten eingeführt und avancierte ab Mai 1943 zum Leiter der Rationierungsstelle.[203] Diese Regelung für die Gemeinderationierungsstelle sollte sich bewähren, denn als am 13. und 14. März das KEA eine stichprobenartige Kontrolle durchführte, bescheinigte es dem Leiter, die Stelle gut zu führen. Zwar waren vier Haushaltungen, für die die Voraussetzungen nicht gegeben waren, als Selbstversorger anerkannt worden (weshalb sie weniger abliefern mussten). Aber insgesamt wurden vonseiten des Kantons keinerlei Beanstandungen laut.[204]

Im Vergleich zu Küttigen wird deutlich, dass in Wohlen sich die Leute schrittweise Verbesserungen in der Organisation der Abgabe der Rationierungskarten erstreiten mussten. Im Gegensatz zu Wohlen hatte die Küttiger Behörde bereits in der Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober 1939 beschlossen, eine spezielle Lebensmittelstelle zu schaffen, da die Massnahmen «betreffend die Rationierung von Lebensmitteln […] immer umfangreicher» geworden seien. Diese sollte zweimal zwei Stunden untertags und am Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr Sprechstunden abhalten.[205] Die Lebensmittelstelle in Wohlen musste ab dem 30. April 1940 auf Geheiss des Gemeinderates die Öffnungszeiten verlängern, weil der Bevölkerung die bisherige Öffnung nur zu Bürozeiten Schwierigkeiten

201 Gemeinderat an das Gemeindearbeitsamt, 26. 8. 1940. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. Gemeinderatsprotokoll Nr. 37, 58. Sitzung vom 9. 12. 1940, Art. 825. In: Güzel 2007, S. 12.

202 Gemeinderatsprotokoll Nr. 40, 27. Sitzung vom 8. 6. 1942, Art. 295. In: Güzel 2007, S. 12.

203 Gemeinderatsprotokolle Nr. 40, 48. und 41. Sitzung vom 19. und 26. 10. 1942, Art. 1146 und 1203; Nr. 41, 11. und 23. Sitzung vom 15. 2. und 10. 5. 1943, Art. 627, 669 und 1311. In: Güzel 2007, S. 13.

204 Gemeinderatsprotokolle Nr. 43, 27. Sitzung vom 12. 6. 1944, Art. 531. In: Güzel 2007, S. 16.

205 Gemeinderatsverhandlungen, Protokoll, 1939, Gemeinderatssitzung vom 21. 10. «Lebensmittelstelle.» Prot. Art. No. 966. In: Kaufmann 2006, S. 15.

bereitete, weshalb in der Lokalpresse die Organisation des Lebensmittelkartenbezugs gerügt worden war.[206]

Ein halbes Jahr später, am 2. Dezember 1940, beschwerte sich der Milchverwalter von Anglikon, einem Dorf, das 1912 mit Wohlen fusioniert hatte und eine halbe Stunde Fussweg vom Zentrum von Wohlen entfernt war, dass die Lebensmittelrationierungskarten für den Dezember noch nicht abgegeben worden seien. Der Gemeinderat solle dafür sorgen, dass die Karten rechtzeitig verteilt würden, um Sperren zu vermeiden. Ausserdem forderte er, dass die Anglikoner Einwohnerinnen und Einwohner die Karten im dortigen Schulhaus beziehen können sollten. Zwar reagierte der Gemeinderat zuerst ungehalten, wohl wesentlich bestimmt durch die ablehnende Haltung der Wohlener Rationierungsstelle. Man gab aber schliesslich Ende Dezember nach.[207] Als der Milchverwalter in Anglikon 1942 ein zweites Mal Beschwerde führte, diesmal weil die Rationierungsstelle in Anglikon (lediglich) noch eine Stunde präsent sei, während der die Karten bezogen werden konnten, blitzte er ab. Die Rationierungsstelle in Wohlen argumentierte gegen die Verlängerung der Öffnungszeit: Die Tatsache, dass einige Bewohnerinnen und Bewohner nicht rechtzeitig eingetroffen seien, sei kein Grund, die Öffnungszeiten zu verlängern; es kämen bei jeder Regelung vier bis sechs Bezüger zu spät.[208]

Im Kontext von Fällen, bei denen Gemeindeangestellte Unterschlagungen und andere Vergehen begingen, können die häufigen Kontrollen durch die kantonalen oder eidgenössischen Stellen gesehen werden. So hatte in Wohlen ein Angestellter Gelder von insgesamt 1971.40 Franken aus einer Dörraktion unterschlagen. Der Gemeinderat war bemüht, die Verfehlung auf gütlichem Wege zu regeln. Er gab dem Fehlbaren eine Frist und liess ihn eine Schuldverpflichtung unterzeichnen, die es ermöglichte, ihm von seinem Gehalt Abzüge zur Tilgung der Schuld zu machen. Er erhielt ausserdem die Möglichkeit, von Verwandten eine Bürgschaftsverpflichtung bei-

206 Gemeinderat an die Lebensmittelstelle, 30. 4. 1940. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. In: Güzel 2007, S. 11.

207 Briefwechsel zwischen Anton Vock, Milchverwalter in Anglikon, und Gemeinderat Wohlen zwischen dem 2. und dem 24. 12. 1940. Gemeindearchiv Wohlen 26/9. In: Güzel 2007, S. 18 f.

208 Anton Vock, Milchverwalter in Anglikon, an den Gemeinderat Wohlen, 16. 11. 1942. Rationierungsstelle an den Gemeinderat, 22. 11. 1942. Gemeindearchiv Wohlen. 26/9. In: Güzel 2007, S. 20.

zubringen, was ihm aber nicht gelang. Erst als er die diesbezügliche Frist verstreichen liess, reichte der Gemeinderat Strafanzeige ein und entliess ihn fristlos. Daraufhin waren wiederum die Verwandten nun bereit, die Zahlungsverpflichtung zu übernehmen, unter der Bedingung, dass der Fehlbare wieder bei der Gemeinde arbeiten konnte. Dies aber, so hielt der Gemeinderat fest, war ausgeschlossen. Der Fehlbare wurde zu zehn Monaten Zuchthaus verurteilt und für fünf Jahre unter Schutzaufsicht gestellt.[209]

5.1.2 Riniken

Die Berichte aus dem stark ländlich geprägten Riniken zeugen von der unterschiedlichen Wirkung der Rationierung auf die Bauern- und Arbeiterbevölkerung beziehungsweise zwischen wohlhabend und arm. So wird im Interview von einer Person aus Riniken, die laut eigenen Aussagen zu den bescheideneren Bauernfamilien gehörten, deren Vater aber «fast 30 Jahre» lang Gemeindeverwalter war, weshalb sie wohl die Verhältnisse im Dorf relativ gut kannte,[210] erzählt: «Die Lebensmittelrationierung traf vor allem die Arbeiterbevölkerung sehr hart. Wir Bauern schlachteten ab und zu ein Schwein, die grösseren Bauern eines vor und eines hinter dem Haus, das schon. Während dem Krieg war halt wirklich Selbstversorgung. Man hat kein Fleisch dazu gekauft, überhaupt nicht. Man war halt wirklich Selbstversorger, man pflanzte einfach selber alles an. Fast jeder Haushalt hatte Hühner und Kaninchen, so schlug man sich durch.»[211]

«Wir hatten eigentlich nie Mangelernährung. Das war natürlich anders als für die Menschen in der Stadt. Wir hatten Verwandte in Zürich, die kamen einmal für etwa drei Wochen zu uns, damit wir sie wieder auffüttern konnten. Im Garten hatten wir ja Gemüse und Kartoffeln und Äpfel hatten wir ja sowieso im Überfluss. Wir hatten ja auch vor dem Krieg nicht viel mehr.»[212]

Nicht nur in Riniken wird deshalb berichtet, dass Kinder, manchmal auch Erwachsene regelmässig nach der Ernte Ährenlesen gingen, um zu

209 Gemeinderatsprotokoll Nr. 38: 24., 26., 28., 30., 32., 33., 36., 40. und 41. Sitzung vom 20. 5., 3., 11., 30. 6., 7., 14. 7., 4., 25. 8. und 1. 9. 1941. In: Güzel 2007, S. 19 f.

210 Interview mit S. M. und S. P., 18. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang B, S. 32.

211 Interview mit S. M. und S. P., 18. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang B, S. 31.

212 Interview mit R., 20. und 23. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang A., S. 24.

Korn zu kommen, das weder der Kontingentierung unterlag noch – vermutlich abgesehen vom Mahlen – bezahlt werden musste: «Auf den Feldern lasen wir die restlichen Ähren zusammen. Diese gab man dann einem Bauern zum Dreschen und Mahlen mit. So hatte man dann auch genügend Mehl. Wir sind bis auf den Bözberg gelaufen, um die Felder nach Ähren abzusuchen. Damals wurde das Korn noch mit der Sense geschnitten, einzelne Bauern hatten auch schon Motorschneider. Da blieb schon noch einiges auf dem Feld liegen. Viele verrichteten diese Arbeit noch barfuss.»[213]

Allerdings betraf dies für die Ärmeren nicht nur die Kriegsjahre: «Unten im Dorf wohnte eine Frau, mit fünf oder sechs Kindern. Diese Frau ging mit ihren Kindern die Ähren auflesen, sackweise. Beim Schneiden der Ähren gab es dann Abschnitte, welche beim Zusammenrechen liegen blieben. Die Frau sammelte diese Abschnitte zusammen mit ihren Kindern, Sack um Sack um Sack. Danach liess sie die Ähren bei einem Bauern dreschen und von der Mühle mahlen, so hatte sie dann auch ein bisschen Mehl. Die Kinder der Arbeiterfamilien kratzten die letzten Reste Stroh und Heu aus den Wiesen und Feldern, damit sie etwas mehr Nahrung oder Stroh für ihre Kaninchen hatten. Stroh war in dieser Zeit sowieso sehr knapp, obwohl damals noch der Planta-Weizen angebaut wurde. Dieser war ja einiges höher als der heutige Weizen und gab noch viel mehr Stroh als dies heute der Fall ist.»[214]

Im Zusammenhang mit der Stationierung von Truppen in Riniken wird aus den Erzählungen deutlich, dass trotz Rationierung und Vorschriften ein Geben und Nehmen zwischen Soldaten und Bauernbevölkerung durchaus üblich war: «Vis-à-vis von uns war ja eine Soldatenküche. Da holten wir jeden Tag Suppe und Kakao für die Familie.» Und: «Als die Soldaten die Stellungen erbauten, kamen sie jeden Morgen bei der Grossmutter vorbei. Die hatte eine grosse Küche, da nahmen die Soldaten dann jeweils einen Kaffee. Den Zucker mussten sie selbst mitbringen, der war ja rationiert. So hatten wir auch immer genügend Zucker.»[215]

213 Interview mit R., 20. und 23. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang A., S. 24.

214 Interview mit S. M. und S. P., 18. und 21. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang B, S. 32.

215 Interview mit R., 20. und 23. 9. 2005. In: Schmucki 2005, Anhang A., S. 24. In: Stutz 2006, S. 5.

Weder in den Erinnerungen noch in den gemeinderätlichen Vorkehrungen lässt sich erkennen, dass die Arbeiter im Dorf selbst gesondert betrachtet worden wären. Es muss offenbleiben, ob man der Meinung war, sie seien wie die Bauern gut versorgt oder ob man ihre Lebensumstände gar nicht in Betracht zog.

5.1.3 Fischbach-Göslikon

Auch Fischbach-Göslikon war eine kleine Gemeinde. Die beiden Teile hatten 205 (Fischbach) und 167 (Göslikon) Einwohnerinnen und Einwohner.[216] Es bestanden 73 Haushaltungen. 64 Erwerbstätige waren in 47 Betrieben der Landwirtschaft tätig, 77 in 14 Industriebetrieben sowie zwei als Heimarbeiter.[217] Die 77 Erwerbstätigen des zweiten Sektors waren grösstenteils in der Strohindustrie tätig.[218] Die Bauernbetriebe waren eher klein: auf die 47 Höfe kamen 160 Kühe, 53 Rinder, 211 Ziegen und 19 Pferde.[219] Dazu kam bei 45 Betrieben die Geflügelhaltung.[220] Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde lebten in bescheidenen Verhältnissen, seit 1935 hatten viele ihre Steuern nicht bezahlt. Die höchste ausstehende Schuld betrug 149 Franken. Der Kanton warf dem Gemeinderat vor, zu wenig nachdrücklich auf der Bezahlung der Steuern zu bestehen. Die Gemeinde wurde schliesslich der Finanzdirektion direkt unterstellt.[221] Die Gemeindeämter wurden von wenigen Personen ausgefüllt. Manche derselben hatten mehrere Ämter inne. So wurden denn auch ab und zu bei den Rationierungsgeschäften Fristen nicht eingehalten.[222]

Der Gemeindeschreiber war zuständig für die Verteilung der Rationierungsmarken. Damit konnten die rationierten Güter über vier Läden, sogenannte Spezereien, bezogen werden.[223] Ein beträchtlicher Teil der Einwohnerinnen und Einwohner waren Selbstversorger. So verzeichnete der Rationierungsbericht der Sektion für Rationierungswesen 42 Selbstver-

216 Gemeinderatsprotokolle 1, 4. Sitzung vom 30. 1. 1940, Nr. 69. In: Stutz 2006, S. 5.
217 Gemeinderatsprotokolle 1, 34. Sitzung vom 12. 9. 1939, Nr. 496. In: Stutz 2006, S. 5.
218 Altgemeindeammann Josef Seiler-Lang. Interview. In: Stutz 2006, Anhang, S. 29.
219 Gemeinderatsprotokolle 2, 25. Sitzung vom 16. 6. 1042, Nr. 395. In: Stutz 2006, S. 5.
220 Briefeingang Gemeinde Fischbach-Göslikon (2), Verzeichnis der Geflügelhalter, 31. 10. 1942.
221 Gemeinderatsprotokolle (1), 9. Sitzung vom 5. 3. 1940, Nr. 153. In: Stutz 2006, S. 8.
222 Stutz 2006, S. 7 f. und Anhang 7.3, S. 33.
223 Briefeingang Gemeinde Fischbach-Göslikon (3), Schreiben der Kantonalen Preiskontrollstelle, 17. 1. 1943. In: Stutz 2006, S. 18.

sorger bei Milch, 43 bei Eiern, neun beim Fleisch, vier Selbstbacker und 40 Getreideselbstproduzenten.[224] Die Bauernbetriebe brauchten fast ausschliesslich nur für Zucker Rationierungsmarken.[225]

In den Quellen sind keine Probleme mit den Rationierungsvorgaben verzeichnet, sodass Dominik Stutz in seiner Arbeit festhält, es seien keine grösseren Einschränkungen für die Bevölkerung erfolgt. Nur der Bestellung von Fahrradreifen 1941 wurde nicht entsprochen.[226] Allerdings fällt auf, dass es keinerlei Berichte gab zur Situation der Stroharbeiter oder anderer nichtbäuerlicher Einwohnerinnen und Einwohner.

5.2 Zum Beispiel Eier

Eier spielten während des Krieges für die Ernährung der Bevölkerung eine marginale Rolle. Zwar wurde das Ei als «ein biologisch hochwertiges Nahrungsmittel» angesehen, «das die Menschen schon seit Jahrtausenden schätzten».[227] Aber Eier spielten «schon in Friedenszeiten wegen ihres geringen Verbrauches für die Volksernährung nur eine untergeordnete Rolle und in Kriegszeiten für die Nichtproduzenten eine ganz nebensächliche».[228] Dennoch vertrat die eidgenössische Kommission für Kriegsernährung die Auffassung, «dass die Eierversorgung pro Kopf und Jahr nicht unter 40 Stück fallen solle». Dies «wegen der grossen küchentechnischen und für viele Leute psychologischen Bedeutung des Eies».[229] Dies – wie schon die Überlegung, dass es wichtige Lebensmittel wie Gemüse und Kartoffeln geben müsse, die nicht der Rationierung unterstellt werden sollen – zeigt sehr deutlich, dass nicht nur bei der «Anbauschlacht», sondern auch bei Überlegungen im Kontext der Rationierung die psychologischen Komponenten eine bedeutsame Rolle spielten. Insbesondere wurde zum einen beachtet, dass in der Bevölkerung möglichst das Gefühl, Hunger leiden oder

224 Briefeingang Gemeinde Fischbach-Göslikon (2). Schreiben des Eidgenössischen Kriegs-Ernährungs-Amt, 11. 12. 1942. In: Stutz 2006, S. 19.
225 Altgemeindeammann Josef Seiler-Lang. Interview. In: Stutz 2006, Anhang, S. 27.
226 Briefeingang Gemeinde Fischbach-Göslikon (2). Schreiben der Zentralstelle des Arbeitsamts des Kantons Aargau, 28. 7. 1941. In: Stutz 2006, S. 19.
227 Engler 1950, S. 474.
228 Fleisch 1947, S. 114.
229 Fleisch 1947, S. 116.

übermässigen Verzicht leisten zu müssen, nicht aufkommen sollte. Zum andern sollte der Eindruck erhalten bleiben, die Zugänglichkeit der Nahrungsmittel, der freien wie insbesondere der rationierten, sei für alle gleich oder zumindest aus rationalen und sinnvoll erscheinenden Gründen (Kriterien Beruf und Alter) ungleich gewährleistet.

Allerdings gab es für die Steuerung des Eierangebots einige schwierige Sachverhalte. Zum einen bestand schon vor dem Krieg eine dauerhafte und nur schwer zu bändigende Auseinandersetzung zwischen den Eierimporteuren und den einheimischen Eierproduzenten. Dabei spielten Aspekte der Qualität und des Preises eine wichtige Rolle. Der Importhandel mit Eiern konkurrenzierte die Landesproduktion mit günstigen Preisen, was auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde.[230] 1929 hatten sich die Verwertungsgenossenschaften für Eier und Geflügel zu einem Verband zusammengeschlossen (SEG). Schon 1932 griff der Bundesrat mit einer Verordnung in den Eiermarkt ein.[231] Die Einfuhr von Eiern wurde kontingentiert.[232] Auf der Grundlage der Verordnung wurden die einheimischen Landeier geschützt, indem die Handelsabteilung des EVD für diese jeweils Abnahmequoten, Preise und Margen festlegte.[233]

In den ersten Kriegsjahren blieb der Import im Vergleich zu den Vorkriegsjahren hoch und das Inlandangebot weiter unter Druck. Gleichzeitig begann sich die Futtermittelsituation zu verschärfen. Die physiologischen Überlegungen rieten also davon ab, in Mangelzeiten weiterhin Eier zu produzieren. Fleisch sieht in der Nahrung für Hühner in Mangelzeiten ein zentrales Problem: «Bedauerlicherweise werden die Hühner in Mangelzeiten, genau wie die Schweine und vielleicht sogar in noch grösserem Masse, Konkurrenten für die menschliche Ernährung. Das Huhn ist von Natur aus ein Körnerfresser. Ballastreiches Futter wird von ihm schlecht ausgenützt und die Erträge gehen dabei rapid zurück. […] Daher müssen die Hühner Kraftfutter in reichlichem Masse erhalten. […] Diese Mengen Kraftmittel gäben als Nahrungsmittel vom Menschen gegessen 140 Kalorien je Kopf und Tag; ihre Verfütterung ist in Mangelzeiten nicht rationell, wenn man dafür nur

230 Vgl. etwa Ei, Ei. *Zürcher Illustrierte* 13 (13), 1937, 390.

231 Beschluss 30. 1. 1932, Inkrafttreten 5. 2. 1932, Aufhebung 10. 11. 1950, www.fedlex.admin.ch/de/cc/abrogated/by-decision-date/1932. Bundesrätliche Verordnung über die Beschränkung der Einfuhr vom 1. 2. 1932. Engler 1950, S. 474.

232 Rieder/Egger/Flückiger 1992, S. 252.

233 Engler 1950, S. 474.

zwei Eier mit 150 Kalorien im Monat erhält.»[234] Trotz dieser Überlegungen sollte die Versorgung mit Eiern – in bescheidenem Ausmass – aufrechterhalten bleiben.

Schon 1941 nahm die Menge importierter Eier ab. Lieferungen aus Frankreich und Polen blieben wenig nach Kriegsbeginn aus. Etwas später endete auch der Import aus den Niederlanden und Belgien, den baltischen Staaten und Finnland sowie Rumänien. Der Import sank auf 30 % des Vorkriegsniveaus.[235] 1942 fiel der Import von Eiern in sich zusammen. Erst 1946 konnte mit Eiern aus den USA die Versorgung wieder erheblich gesteigert werden.[236]

Der enorme Rückgang des Angebots führte dazu, dass am 3. Dezember 1941 die Eierrationierung in Kraft trat. Dies, obwohl dem Beschluss auch aus weiteren Gründen eine lange Diskussion vorausging. So wurden Bedenken geäussert, die Geflügelhöfe korrekt erfassen zu können, von den geschätzten rund 1,1 Millionen privaten Hühnerhalterinnen und -haltern ganz zu schweigen. Auch bestünden grosse Angebotsschwankungen. Die leicht verderblichen Eier eigneten sich zudem speziell gut für den Schwarzhandel. Festgelegt wurde dann eine vierteljährliche Meldepflicht (Dezember, März, Juni, September) für die Zahl der Hühner, Zwerghühner und Enten, aber auch die Anzahl Personen, die im Haushalt verpflegt wurden. Für Privatpersonen war ein Selbstversorgeranteil von 1 ½ Legehühnern beziehungsweise Enten oder 3 Zwerghühnern vorgesehen.[237]

Ohne die Organisation der Rationierung, die insbesondere wegen der vielen Möglichkeiten, an den Behörden vorbei Eier zu vermarkten, äusserst komplex war, hier darstellen zu wollen, sollen zentrale Merkwerte genannt werden. Das KEA nutzte nun die Branchenorganisation SEG für die konkrete Ausgestaltung der Eierverwertungsorganisation und -kontrolle.[238] Das KEA setzte dabei die Pflichtabgabe auf 70–90 Eier pro Huhn und Jahr fest. Unterschritt die jährliche Abgabe 70 Eier, konnte eine Überprüfung des Geflügelbetriebs angeordnet werden. Eine allfällige Strafverfolgung wurde

234 Fleisch 1947, S. 115.
235 Aarauer Tagblatt, 8. 7. 1941, StAAG, 355.RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 9.
236 Engler 1950, S. 475, 486 f., 489.
237 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 476. In: Meier 2011, S. 7.
238 Im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel lagern Dokumente zur SEG und anderen Eierhandelsakteuren wie der Schweizerischen Genossenschaft für Eierimport (OVA).

angedroht.[239] Die SEG verlangte die Schaffung lokaler Eiersammelstellen, wo ab dem 6. Juni 1941 sämtliche nicht für den eigenen Haushalt benötigten Eier abgegeben werden mussten.[240] Diese lokalen Stellen waren direkt der SEG unterstellt, allerdings standen sie gleichzeitig unter der Aufsicht der jeweiligen Gemeinde. Die SEG empfahl den Gemeinden zudem, für den Sammelstellenhalter eine Person mit landwirtschaftlichem Hintergrund zu wählen. Sie sagte eine Entschädigung von 1 Rappen pro Ei zu. «Es sollen nur Personen beauftragt werden, die Gewähr für eine einwandfreie und prompte Führung der Kontrollkarten und Sammelstellenkontrollhefte und namentlich auch Sicherheit für die richtige Auszahlung der Eierguthabe an die Geflügelhalter bieten.»[241]

Auch die Sammelstellen wurden kontrolliert. So erhielt der Leiter der Sammelstelle in Aarau am 12. August 1942 einen Brief, in welchem er darauf aufmerksam gemacht wurde, dass eine Kontrolle durch eidgenössische Inspektoren bevorstehe. Er wurde aufgefordert zu überprüfen, ob er eine in jeder Hinsicht korrekte Buchführung aufweisen könne. Das Schreiben ohne Absender macht nicht nur deutlich, dass kontrolliert wurde, sondern auch, dass man es durchaus für möglich hielt und fürchtete, dass die Kontrollen Mängel feststellen würden.[242]

Hans Engler stellte in seinem Rückblick auf die Arbeit der Sektion für Eier und Geflügel, die er ab 1942 leitete, fest: «Die Behauptung, der Schwarzhandel habe bei Eiern 100 % (!) betragen, war eine unüberlegte, aber auch unbillige Übertreibung. Wenn bei einem Vorkriegshühnerbestand von 4,2 Millionen jährlich 440 Millionen Eier produziert wurden, wovon 220 Millionen der Selbstversorgung dienten, so betrug die gesamte Erzeugung bei einem Legetierbestand von etwa 2,8 Millionen während der Rationierung nach Abzug eines Leistungsabfalles von durchschnittlich nur 15 %, bedingt durch ungünstigere Fütterung und Überalterung des Geflügels, jährlich noch 250 Millionen, das heisst etwa 90 Eier pro Huhn. Die

239 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 477. In: Meier 2011, S. 11.

240 Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement. Verfügung 18. In: SEG. Kreisschreiben an Gemeindestellen AG, 14. 11. 1941, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 9.

241 SEG. Kreisschreiben an Gemeindestellen AG, 14. 11. 1941, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 9 f.

242 Ohne Absender an Eiermeldestelle Aarau, 12. 8. 1942, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 10.

1,1 Millionen Selbstversorger hätten für sich […] rund 150 Millionen Stück [Eier beanspruchen dürfen]. Die durchschnittliche *jährliche Ablieferung von 111 statt nur 100 Millionen Landeiern und Coupons* beweist, dass die Selbstversorger freiwillig und ordnungsgemäss mehr Eier zugunsten der übrigen Bevölkerungskreise abgaben.»[243]

Fleisch hält demgegenüber zumindest fest: «Dass man sich bei der Eierablieferung nicht nur auf gemachte Vorschriften verlassen kann, sondern auch auf den guten Willen der Produzenten abstellen muss, ist selbstverständlich; denn schon die Bestandesaufnahme der Hühner kann am schlechten Willen der Geflügelhalter scheitern.»[244]

Eine der Bäuerinnen, deren Erinnerungen 2002 in Ausschnitten veröffentlicht wurden, bestätigt diesen Sachverhalt: «Die von der Behörde kamen häufig bei uns vorbei und zählten die Kühe, die Schweine und die Hühner. Es gab schon Bauern, bei denen die Hühner schwarze Eier legten. Die gaben den Behörden einfach nicht alle Hühner an. Sie sagten: ‹Wir haben soundso viele Hühner›, dabei hatten sie noch ein paar mehr an einem anderen Ort.»[245]

Engler setzte sich mit diesem Gedanken nicht auseinander und rechnete damit, dass «couponsfreie Schenkungen und Schwarzhandel» höchstens 10 % betragen hätten und zudem meist auf Kosten des Selbstversorgeranteils gegangen seien.[246] Insgesamt, so wird 1950 im Rückblick auf die schweizerische Kriegswirtschaft festgehalten, gab es zwischen 1942 und 1946 aber immerhin 20 000 Strafverfolgungen. Es bleibt unklar, ob es sich bei den Untersuchungen um Verfehlungen von Geflügelhalterinnen und -haltern handelte oder auch von Sammelstellen von einzelnen Gemeinden.[247]

5.2.1 Aarauer Geflügelhalterinnen und -halter

In Aarau produzierten zwei Geflügelfarmen Eier, die Firma Kunath und diejenige von Frau Wernli-Käser. Kunath dominierte den lokalen Markt mit 1944 3470 Tieren, während die zweite Farm 561 Tiere aufwies.[248] Dane-

243 Engler 1950, S. 486 (Hervorhebung im Original).
244 Fleisch 1947, S. 115.
245 Elise Scherer-Leu (* 1907), Bäuerin in Meggen. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 256.
246 Engler 1950, S. 486.
247 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 477. In: Meier 2011, S. 11.
248 Aarau, Fürsorgeamt an kantonale Zentralstelle für Ackerbau 6. 4. 1944, StAAG, 355, RB Nr. 1785, 2/5. In: Meier 2011, S. 13.

ben gab es in Aarau im März 1943 273 Geflügelhalter.[249] Diese erhielten das ebenfalls rationierte Futtermittel gegen Coupons über das Aarauer Fürsorgeamt von der Kantonalen Zentralstelle für Ackerbau, Sektion für Futtermittel, Brugg. Dabei wurde Ende Jahr kontrolliert, ob die gelieferten Eier und die erhaltenen Futtermittel übereinstimmten.[250] Falls nicht, drohte Bestrafung wegen Rationierungsvergehen.[251]

Nicht nur Mengen und dafür zugesprochene Futtermittel wurden geregelt, sondern auch Preise fixiert, um Wucher zu verhindern und damit ungleiche Verteilung zu mindern. Ende Dezember 1941 waren die Höchstpreise für ein Ei bei der Auszahlung an Geflügelhalter bei Strafandrohung wie folgt festgelegt:

ab Hof	27 Rappen
in der Eiersammelstelle	27,5 Rappen
Weiterverkauf (Ortsverkauf) an Detaillisten	30,5 Rappen
Verkauf an Grossverbraucher	31,5 Rappen
Verkauf an private Verbraucher	33 Rappen[252]

Die Kontrolle des Eierangebots war schwierig. Die beträchtliche Preisspanne zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen verleitete Produzenten immer wieder, die Eier nicht in die Sammelstellen abzuliefern, sondern direkt Konsumentinnen und Konsumenten zu verkaufen. Damit ergab sich auch eine regional ungleiche Verteilung von Eiern.[253] Erschwerend kam der Import von Eiern hinzu, der die zusätzliche Stabilisierung der Eierpreise nötig machte. Die aargauische Preiskontrollstelle rief denn auch die Bevölkerung zur Mitarbeit auf: «Fälle, wo in ganzen Ortschaften übersetzte Detailpreise gefordert werden, ohne dass die lokale [sic] Behörden einschreiten, dürfen nicht mehr vorkommen.»[254]

249 Aarau, Fürsorgeamt an Hauptmann Brönnimann, 21. 3. 1943, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 13.

250 Vgl. Meier 2011, S. 13 f.

251 Fürsorgeamt Aarau an Geflügelhalter Aarau, 8. 5. 1945, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 14.

252 NOWEG Basel. Kreisschreiben an Gemeinden, 18. 12. 1941, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 14.

253 Kantonale Preiskontrollstelle. Kreisschreiben an Preiskontrollstellen, 18. 5. 1942, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 14.

254 Kantonale Preiskontrollstelle. Kreisschreiben an Preiskontrollstellen, 18. 5. 1942, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 14 f.

5.2.2 Der Versuch der lückenlosen Erfassung der Eierproduktion

Geflügelhaltende nahmen es bei ihrer vierteljährlichen Angabe zu ihren Tieren nicht immer genau. So wurde der Leiter der Eiersammelstelle in Aarau 1944 (wiederum) ermahnt, die Geflügelhaltenden mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Angaben über die Anzahl der Küken und Jungtiere wahrheitsgetreu zu erfolgen hätten. Falsche Angaben würden mit Bussen bis zu 5000 Franken bestraft.[255] So wurde eine Frau Stirnemann vom Leiter des Fürsorgeamtes («ein letztes Mal») verwarnt, als sie die Angaben zur Personenzahl bei der Selbstversorgung nicht wahrheitsgemäss angegeben hatte. Sie hatte sich und eine Familie Rand als Selbstversorgende angegeben, aber die Eiercoupons, die ihr zusätzliche Eier verschafften, nicht abgegeben. Deshalb wurde sie ermahnt: «Wie sie wissen, wird diese Art des kriegswirtschaftlichen Vergehens schwer geahndet und ist nicht in allen Fällen nur mit einer Geldbusse zu sühnen.»[256] Sie hatte aufgrund des Betrugs neben den 280 regulären weitere 120 Eier abzuliefern. Andernfalls würden die Akten dem Staatsanwalt übergeben.[257]

Brigitte Meier befasste sich in ihrer Arbeit mit der Eierrationierung in Aarau. Sie schrieb, dass 1944 auch Ziervogelbestände erfasst wurden. So meldete sich am 29. September die Bernische Verwertungsgesellschaft beim Elektrizitätswerk Aarau (EWA) und verlangte Aufklärung, was mit den Eiern aus der «Geflügelzucht», also der Haltung von Ziervögeln auf dem «Aareinseli», passiere. Man vermute, dass auch diese Eier Verbraucher fänden, und verlange umgehend Klärung.[258] Schon am 18. September hatte sich die Bernische Verwertungsgesellschaft ans Fürsorgeamt Aarau gerichtet: «Der Kantonsschulgarten der Stadt Aarau besitzt Ziergeflügel. Wollen Sie bitte feststellen, was mit den Eiern aus dieser Geflügelzucht geschieht. Diese Eier werden nach unserem Ermessen wohl ebenfalls Verbraucher finden.»[259]

255 Unbekannt an Eiersammelstelle Aarau, 21. 3. 1944, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 15.

256 Fürsorgeamt Aarau an Frau Stirnemann, Aarau, 4. 8. 1945, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 16.

257 Fürsorgeamt Aarau an Frau Stirnemann, Aarau, 4. 8. 1945, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 16.

258 Bernische Verwertungsgesellschaft an EWA, 20. 9. 1944, StAAG, 355, RB Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 16.

259 Bernische Verwertungsgesellschaft an Schmuziger, Aarau. 20. 9. 1944, StAAG, 355, StAAG, 355. Rb Nr. 1789.7. In: Meier 2011, S. 16.

Die Arbeit über die Eierrationierung in Aarau wirft ein Schlaglicht auf die kleinteilige Verfolgung der Eierproduktion und -vermarktung und lässt gleichzeitig erahnen, dass der Eierhandel zu den schwierigeren Elementen der Rationierung gehörte.

6 Erinnerungen

Die von Simone Chiquet[260] sowie Christof Dejung, Thomas Gull und Tanja Wirz zusammengestellten Erinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkrieges liefern einen deutlichen Kontrast zu den Akten, in denen vor allem die Anstrengungen der Administrationen in Bund, Kantonen und den Gemeinden oder gar die wissenschaftliche und politische Konzeption und Umsetzung der Rationierung Thema sind. Hier wird entgegen den behördlichen Bemühungen, mit der Rationierung der gesamten Bevölkerung zu ausreichendem Essen zu verhelfen, von Entbehrung, ungerechter Verteilung, eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten, die Rationierungsmarken einzulösen, Schwarzhandel, Freundschaftsdiensten und milden Gaben an der Rationierung vorbei berichtet. Dabei spielt in den Erzählungen keine Rolle, dass über die Kriegsjahre hinweg die Versorgung anfänglich noch viel besser war als gegen Ende des Krieges. Auch die Tatsache, dass anfänglich nur wenige Lebensmittel rationiert waren, wird nicht thematisiert. Ebenso wenig wird darauf Bezug genommen, dass die zugeteilten Rationen in den letzten Kriegsjahren nach Berufen, Alter und Gesundheitszustand unterschiedlich ausfielen. Die Zustände in den Kriegsjahren scheinen ineinander zu fallen und kaum je wird explizit darauf hingewiesen, dass der Mangel teilweise noch zwei Jahre über den Krieg hinaus bestehen blieb.

6.1 An der Rationierung vorbei

Eine Sempacherin, die kurz vor Kriegsausbruch als 32-Jährige eine Fehlgeburt erlitten hatte und deshalb geschwächt war, berichtete von ihrem Alltag als «mitarbeitende Ehefrau»[261] in einem Käserei- und Molkereibetrieb mit dazugehörigem Laden für Milchprodukte. Mangel litten sie und ihr grosser Haushalt keinen. «Aber die schwere Arbeit machte uns im Alter krank», kommentierte sie.[262] Für sie habe die Rationierung mehr Arbeit bedeutet: «Sonntags mussten die drei älteren Buben von acht, neun und zwölf Jahren mit mir die ‹Märkli› sortieren und einkleben. Und alles dies

260 Chiquet 1992; Dejung/Gull/Wirz 2002.

261 So bezeichnete die Bevölkerungsstatistik damals Frauen, die als Ehefrau gemeinsam mit ihrem Ehemann einen Betrieb führten.

262 Chiquet 1992, S. 106.

musste mit dem Verkauf der Ware übereinstimmen.» «Durch die ‹Märkli›», so hält sie fest, «gab es auch viel Verdruss und Klagen», und sie wird dann plötzlich emotionaler: «Ja, es brach einem oft das Herz.» Sie fährt fort, indem sie von armen, alten und kranken Leuten berichtet: «Denn es gab damals viele ältere Leutchen, die von Suppe und Milch lebten. Ihnen ging durch die Rationierung viel ab. Es tat einem oft weh, wenn man ihre Tränen sah, dann konnte ich nichts anderes tun, als ihnen ein gutes Mass einschenken, wenn dies niemand merkte. Ansonsten hätte es für uns noch eine schwere Bundesstrafe gegeben. Es gab auch noch viele ältere und jüngere Lungenkranke, denen besonders die Butter fehlte. Diesen armen Kranken halfen wir mit etwas Butter nach und opferten für sie unser eigenes Butterbrot, denn unsere gute eigene Kost gab uns ja das nötige Eiweiss.»[263]

In der Erzählung dieser Frau war die Rationierung für die Leute ein Problem: Sie hatte mehr Arbeit, wurde laut ihrer Aussage streng kontrolliert und ging ein Risiko ein, wenn sie Kundinnen und Kunden helfen wollte. Die alten Leute, die bei ihr einkauften, lebten laut ihrer Aussage von Suppe und Milch nicht, weil sie wenig Geld hatten, sondern weil die Lebensmittel rationiert waren – was nicht plausibel ist, weil sie ja die gleichen Rationierungskarten erhielten wie andere nicht berufstätige Leute.

1943 besorgte der zwölfjährige Spiringer (Schächental, Kanton Uri) vom September an das Vieh der Hebamme «Thadi Bäbi», das zu diesem Zeitpunkt von der Alp auf die Herbstweide geführt wurde. Er arbeitete mit einer Schwester der Hebamme zusammen, die selbst ebenfalls Vieh besass. Nach dem Melken wurde das Vieh auf die Weide getrieben, der Stall besorgt und schliesslich die Milch nach Hause getragen. Zu Hause hatte dann «Greti» das Morgenessen bereit: «Viel Rösti mit Spiegeleiern! Vielleicht gab Greti damals dem Bund die Eier nicht nach Vorschrift ab», kommentiert der Spiringer in der Rückblende und fährt fort: «Aber Greti handelte schon richtig, sie wurden ja gut verwendet.»[264]

Der Mann beurteilte in der Rückblende mit einer von der Verteilungsgerechtigkeit der Rationierung abweichenden Logik über die nahrhafte Kost, die ihm als jungem Viehhirten zugutekam. Seine Arbeit war anstrengend und er hatte als Zwölfjähriger durchaus einen erhöhten Bedarf. Deshalb waren die Eier und das Fett für Rösti und Spiegeleier «gut verwendet».

263 Ebd.
264 Ebd., S. 98 f.

Ein Interviewpartner namens Schmid, der bei Kriegsausbruch acht Jahre alt war und in Full, in unmittelbarer Nähe des Rheins, lebte, erzählt aus seiner Kindheit als Bauernkind. Er berichtet von Schlachtungen auf dem Hof: «Dazumal schlachteten wir schon immer 2 Säue. Und wenn noch eine Dritte notwendig war, haben wir auch die Dritte noch geschlachtet.»[265] Dabei präzisierte er nicht, welches die Notwendigkeit war, der die Familie mit der Schlachtung einer dritten Sau begegnete. Auch von «Notschlachtungen» berichtete er: «Es gab auch Notschlachtungen, die wir im Stall hatten. Da mussten die Bauern aus der Nähe auch Fleisch abnehmen. Sie mussten von der Kuh den Anteil abnehmen, nach der Anzahl Tiere, die sie im Stall hatten. Teilweise war das sogar bis 20 kg für einen. […] Diejenigen, die keine Bauern waren, waren deshalb willkommen, dieses Fleisch zu holen. […] Für das brauchten sie nämlich keine Märkli, für dieses Fleisch. Das waren Notschlachtungen und das Fleisch galt dann als minderwertig. Es heisst, es ist geniessbar, doch nicht für den Verkauf genehmigt. […] ein paar Kilo ohne Märkli! Das war weiss Gott was!»[266]

Es scheint, dass Herr Schmid seine Sicht auf die Schwarzschlachtungen im Dorf seit seiner Kindheit unverändert beibehielt. In seiner Erzählung scheint es völlig selbstverständlich, dass Bauern sich auf ihren Höfen so verpflegen konnten, dass sie stets Rationierungsmarken übrig hatten und an andere Leute abgeben konnten. Dass sie dabei die Regeln des Rationierungssystems umgingen, ist für ihn kein Thema. Er befragte auch nicht, dass der «Grenzwächter» des «Polizeipostens» ins dörfliche Selbstversorgungssystem eingebunden war: «Auch mit dem Polizeiposten, mit dem Grenzwächter, hatten wir es immer gut. Der fragte einst meine Mutter, ob sie noch Märkli für ihn hätte. […] Der holte die Märkli für andere aus dem Dorf. Der wusste schon, wo er die herbekommt.»[267]

Die bei Kriegsausbruch 19-jährige Margrit Brügger stellt zwar fest, dass ihre Familie kaum beeinträchtigt gewesen sei von der Rationierung, «weil wir uns schon zuvor nie viel hatten leisten können». Allerdings fährt sie dann fort: «Meine Mutter war zudem Weltmeister im Schwarzhandel. Sie wusste immer irgendeinen Bauern, der ihr einen Liter Milch verkaufte. Ausserdem kannte sie die Frau eines Schweinemästers in der Nähe. Wenn

265 Herr Schmid. In: Burkart 2008, S. 14.
266 Herr Schmid. In: Burkart 2008, S. 14 f.
267 Herr Schmid. In: Burkart 2008, S. 15.

die schlachteten, bekamen wir Schweinefett und Würste und Fleisch. Ich weiss nicht genau, wie das lief. Jedenfalls ohne Marken. Vater kannte aus dem Militär einen, der einen Spezereiladen besass und uns schwarz Teigwaren lieferte.» Sie kommentiert: «Man half einander. Hunger musste niemand leiden.»[268]

Margrit Brügger, die von Praktiken berichtet, die den betreffenden Personen, der Mutter, dem Schweinemäster oder dem Spezereiladenbesitzer, Verzeigungen und teilweise saftige Bussen eingetragen hätten, ist sich zwar bewusst, dass dieses Handeln nicht rechtens war, aber ihr Kommentar war lediglich, dass sie die Rationierung kaum gespürt hätten.

Edith Kammer, bei Kriegsausbruch ein siebenjähriges Mädchen, erzählt vom Leben der Familie auf einem «Heimetli, ein eigenes kleines Haus». Auf 252 Aren Land habe es Obstbäume, Kaninchen, Hühner und acht Ziegen gegeben. Sie hätten alles gehabt, «Fleisch, Milch, Eier, alles, was man wollte». Zudem hätten sie Kartoffeln und Gemüse angebaut. Der Schilderung des Überflusses, den sie erinnert, stellt sie die Erzählung eines Lebens ohne «Heimetli» entgegen, in welchem man mit den rationierten Lebensmitteln zurechtkommen musste: «Für die meisten Familien reichten die Marken nicht. Die hatten bis Mitte Monat zu essen, dann gab es nichts mehr. Eine Schwester von Papa lebte in Thun und hatte zwölf- bis fünfzehnjährige Kinder. Die hatten grossen Appetit, und die Marken reichten ihnen nie. Jeden Sonntag kamen sie zu Fuss nach Höfen, um bei uns zu Mittag zu essen. […] Sie fragten nie, was es gebe, sondern assen, was immer auf den Tisch kam. Und wenn sie nach Hause gingen, nahm jedes Kind eine Tasche voller Nahrungsmittel mit.»[269]

In dieser Entgegensetzung traf die Schilderung der Zustände wohl auf beiden Seiten nicht ganz zu. Zum einen gab es ja auch nicht rationierte Lebensmittel und mit der abgestuften Rationierung ab 1943 erhielten Jugendliche grössere Portionen. Zum anderen behalf sich die Familie in Höfen mit Fleisch, bei dessen Nennung man die fehlende Begeisterung der Erzählerin spürt: «Auch wir mussten alles essen, von Katzen- über Hundefleisch bin hin zu Schnecken. Vater fing Dachse und Füchse, die assen wir auch. Fuchs und Dachs nahm man nur im Winter. Vater nahm die Tiere aus und hängte sie auf, damit sie gefroren. Das nahm dem Fleisch etwas

268 Margrit Brügger, * 1920. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 250.
269 Edith Kammer (* 1932). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 251.

vom schlechten Geschmack. Dann beizte er sie ein und machte Pfeffer daraus.»[270]

Fische, die der Vater aus dem privaten Amseldingersee zog, tauschte er gegen einen Kuhkopf, um Fett daraus gewinnen zu können. Die Mutter mischte es mit Katzenfett und Ziegenbutter, um Bratfett zu haben. Mit solchen Praktiken sei es der Familie möglich gewesen, die Fett- und Fleischmarken weiterzuverkaufen.[271] Es wird nicht klar, ob der Vater für das Fischen eine Erlaubnis des Eigentümers des Sees hatte. Jedenfalls ist sowohl das Fischen wie das Tauschgeschäft als Schwarzhandel einzustufen, was Edith Kammer aber in einem Zusammenhang von familiärer Lebenstüchtigkeit sieht.

Hans Beeler (* 1926) aber stellte bezüglich Schwarzhandel lapidar fest: «Es gab damals viel Schwarzhandel. Wenn wir ehrlich sind: In der Innerschweiz hatten doch alle Beziehungen zu einem Bauernbetrieb, bei dem man schwarz Lebensmittel beziehen konnte.» Und er fährt fort: «Überhaupt konnte man viele Sachen ohne Marken kaufen. Wenn die Bauern schlachteten, gingen sie von Haus zu Haus und fragten: ‹Wollt ihr ein Kilo Fleisch?› Dann kaufte man ihnen etwas ab. Von den Bauern konnte man auch an den Tagen Fleisch erhalten, an denen man eigentlich kein Fleisch hätte essen dürfen.»[272]

Othmar Hauser (* 1926) arbeitete eine Zeitlang bei einem Bauern in Ringlikon bei Zürich und berichtet: «Wir assen gut bei den Bauern! Am Sonntag sah man dann jeweils die Autos von Zürich her kommen, mit den Holzkohlevergasern hinten angebunden, denn Benzin gab es damals kaum mehr. So kamen die Herren mit ihren grossen Autos aus der Stadt und besorgten sich auf dem Land Käse, Eier, Geschlachtetes, ganze Schinken und Schweinehälften. Die Bauern verkauften ihnen die Sachen schwarz, sie hatten natürlich nichts dagegen.»[273]

Auch Maria Biaggini berichtet von schwarzer Beschaffung von Lebensmitteln, allerdings aus Italien: «Bei uns im Tessin gab es viele Schmuggler, die von Italien her über die Grenze kamen. Ich kannte einige von ihnen und wusste deshalb ungefähr, wann sie beim Spital, wo ich arbeitete, vorbeikommen würden. Bei ihnen bestellten wir jeweils Reis und grüne Kaffee-

270 Edith Kammer (* 1932). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 252.
271 Ebd.
272 Hans Beeler (* 1926). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 257.
273 Othmar Hauser (* 1926). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 257.

bohnen, die wir selber rösteten. Wir bezahlten mit Salz, weil es in Italien kein Salz mehr gab.»[274]

Die hier zitierten Erzählungen, die um weitere ergänzt werden könnten, machen deutlich, dass der Tausch, der Schwarzhandel und auch Unterstützungsleistungen verbreitet vorkamen. Meist wird selbst in der Rückblende in diesen Praktiken nichts Problematisches gesehen. Es wird meist kein Zusammenhang hergestellt zu Befürchtungen, man hätte bei solchem Handeln von Kontrolleuren erwischt oder von Nachbarn, Dorfbewohnern usw. denunziert werden können. Gleichzeitig wird immer wieder erwähnt, dass man sich einiges, das zu beziehen man aufgrund der Rationierungsmarken berechtigt gewesen wäre, nicht leisten konnte.

6.2 «Der Pflanzblätz»

Erzählungen zur Arbeit im «Pflanzblätz» waren häufig. Das dort gezogene Gemüse und die Kartoffeln waren frei von Rationierung und für die Versorgung der Familien wichtig. So berichtet Margrit Brügger: «Meine Mutter hatte also Zeit zum Gärtnern. Und wir Kinder mussten jäten helfen. Das machten wir nicht gerne, aber wir mussten einfach. Wir bepflanzten das hinterletzte Fleckchen. Wo heute Rasen ist, war damals überall Gemüse. Das lagerte man dann ein, sodass man den ganzen Winter über etwas hatte. Man grub ein Loch in den Boden und legte das Gemüse hinein und ein Brett darüber. So war es gegen den Frost geschützt. […] Gemüse und Früchte wurden sterilisiert und heiss eingefüllt. Wir hatten den ganzen Keller voller eigener Konserven! Das hatte man alles schon vor dem Krieg so gemacht, deshalb empfand man die Rationierung nicht als grosse Einschränkung.»[275]

Auch Rosa Binder erzählt: «Wir hatten ein Stück Land, wo wir Kartoffeln und Gemüse anpflanzten. Und als wir kein Öl mehr bekamen, auch Mägich.[276] Das sind runde Knollen, aus denen man Öl machen kann.»[277] Hildegard Janser berichtet von Quinten, einem kleinen Dorf auf der Nordseite des Walensees: Es «wurde von der Gemeinde Quinten jemand abkom-

274 Maria Biaggini * 1915. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 259.
275 Margrit Brügger, * 1920. In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 250 f.
276 Mägich ist ein mundartlicher Ausdruck für Schlafmohn (Papaveraceae somniferum). Höhn-Ochsner 1972, S. 41.
277 Rosa Binder (* 1905). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 252.

mandiert, um zu schauen, wo es noch ein Plätzchen gab, aus dem man noch etwas rausholen konnte. Überall pflanzte man etwas an. Sogar zwischen den Reben setzten wir Kartoffeln.»[278] «Wir hatten einen Obstgarten, und da ass man halt Äpfel und Kartoffeln. Heute sind das alles Grünflächen und Ziergärten»,[279] berichtete Theodor Neidhart.

6.3 Ungerechtigkeiten?

Im Nachhinein wird häufig erzählt, dass es einen intensiven und allgemein tolerierten Tauschhandel gegeben habe, indem ärmere Personen reicheren Fleisch- oder Schokoladecoupons verkauften, um zu Geld zu kommen, was es ihnen ermöglichte, andere, günstigere Lebensmittel, die auf der Rationierungskarte standen, zu kaufen. Diese Erzählungen enthalten kaum Kritik an den ungleichen finanziellen Verhältnissen – sie scheinen – zumindest in der Rückblende – selbstverständlich zu sein.

Werturteile finden sich eher im Verhältnis zwischen Städtern beziehungsweise «Fabriklern» und Bauern. So gab es Aussagen, die Mitleid mit Armen und Kranken bezeugen oder das Bewusstsein, sich in einer besseren Position befunden zu haben. Häufig ist die einfache Feststellung, dass es die Bauern gut gehabt hätten, besser als die städtische Bevölkerung, weshalb die Städter versucht hätten, bei Bauern zu mehr Lebensmitteln zu kommen. Die Empörung von Eva Auf der Maur, die sich zum Landdienst verpflichten liess und im Luzernischen auf einem grossen Hof arbeitete, steht ziemlich alleine da: «Auch wenn Soldaten vorbeikamen, durften diese sich kaum unter den Baum setzen, um aus ihren Feldflaschen zu trinken. Geschweige denn, dass man ihnen etwas Most gegeben hätte.»

«Manchmal kamen Kinder aus der Nachbarschaft zum Spielen. Als die Kinder vom Bauernhof ein Butterbrot bekommen sollten, hiess es, ich dürfe den anderen Kindern keines geben, das seien Fabrikler. Ich sagte: ‹Wenn die nichts bekommen, gebe ich unseren Kindern auch nichts! Entweder es bekommen alle etwas oder keines.› […] Das war ganz verrückt, wie sich die

278 Hildegard Janser (* 1920). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 256.
279 Theodor Neidhart (* 1930). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 263.

Bauern von den Fabriklern abgrenzten! Auf die schaute man hinab. Darum bin ich so gegen die Bauern, weil sich die so mehrbesser vorkamen.»[280]

Wenn Bauern sich beklagten, dann vor allem über den Staat, die ihnen auferlegten Einschränkungen und die Kontrollen. Max Beeler berichtet von den Unruhen in Steinen und der darin aufbrechenden Wut von Schwyzer Bauern und erinnert sich an «manche», die «fanden», «es komme bald nicht mehr darauf an, ob Hitler in die Schweiz einmarschiere, schlimmer könne es ohnehin nicht mehr kommen».[281]

Insgesamt aber sind die Erzählungen frei von Gefühlen der Ungerechtigkeit. Es kommt in den Erinnerungen weit eher die Haltung zum Ausdruck, dass man sich in die Verhältnisse schickte und versuchte, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die man fand, auch wenn sie illegal waren, um über die Runden zu kommen. Es gibt dementsprechend auch keine Erzählung, die die Bauern für ihren Handel auf dem Schwarzmarkt kritisiert hätte.

6.4 Es war halt, wie es war und man machte das Mögliche draus

Erinnerungen, so weiss die Erinnerungsforschung, sind situativ konstruierte Erzählungen einerseits mit Bezug auf die eigenen Erfahrungen und Prägungen, andererseits mit einem selektiven Einbau der Diskurse über die erzählte Zeit, die sich zwischen dieser und der Erzählzeit entwickelten und einander ablösten. Ihre Faktizität ist häufig äusserst unsicher und die Beurteilungen vergangener Zustände und Handlungen stark bestimmt vom Kommunikationszusammenhang der jeweiligen Erzählzeit und -situation. Die hier verwendeten erinnernden Erzählungen waren in zwei Situationen eingebettet, in welchen die schweizerische Öffentlichkeit über die Zeit des Zweiten Weltkriegs stritt: Chiquets Präsentation von Erzählungen resultierte aus einem Aufruf vom 17. Februar 1989, sich an einer Sammlung von «Erlebnis- und Erfahrungsberichten» zu beteiligen.[282] In diesem Jahr jährte sich der Kriegsausbruch zum fünfzigsten Mal und die offizielle Schweiz beziehungsweise das Eidgenössische Militärdepartement (EMD, heute VBS) schickte sich – zur Empörung und zum Entsetzen breiter Bevöl-

280 Eva Auf der Mauer (* 1919). In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 253.
281 Hans Beeler (* 1926), In: Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 259.
282 Rauber 1992, S. 8.

kerungsschichten – an, den Anlass mit einer umfassenden Würdigung der Leistungen der Armee im Zweiten Weltkrieg zu feiern.[283] Initiativen wie die genannte versuchten deshalb, der zivilen Welt des Zweiten Weltkriegs Gewicht zu geben. Die Erzählungsausschnitte der Archimob-Sammlung von Interviews[284] entsprang einer ähnlichen Motivation. Diesmal sollten Stimmen aus der Bevölkerung ein Gegengewicht schaffen zum Fokus, der im Kontext der Bergier-Kommission[285] auf dem flüchtlingspolitischen Handeln der Politik und der Wirtschaft im Krieg lag. In beiden Phasen war die Beschäftigung mit der Lebenssituation der zivilen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs der Ausdruck einer Selbstvergewisserung der Zivilgesellschaft, die sich auf die unspektakulären alltäglichen Leistungen im Geiste demokratischer Solidarität und Selbstbehauptung beziehen und sich vom Handeln und von Verantwortlichkeiten von Politik und Wirtschaft im Krieg absetzen wollte. Diese kollektive Selbstkonstruktion mag sich auch im sachlichen Duktus der Erzählungen niedergeschlagen haben.

283 Die Diamant-Feier des EMD stand auch im zeitlichen Kontext der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik», der Abstimmung über die Abschaffung der Armee vom 26. 11. 1989, www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis179.html, 13. 12. 2022.

284 www.archimob.ch/d/arch/archimob.html, 13. 12. 2022.

285 www.uek.ch/de, 13. 12. 2022.

7 Rationierung und Selbstversorgung: Nationalisierung und Eigensinn

Das System der Rationierung, der Preisbindung und der gelenkten landwirtschaftlichen Produktion, das in der Schweiz den Alltag der Bevölkerung in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren stark bestimmte, sollte den Widerstandswillen und den sozialen Frieden in der Bevölkerung stärken. Niemand sollte aufgrund von Vernachlässigung, Gleichgültigkeit oder Benachteiligung in seiner Existenz gefährdet werden. Erscheinungen wie die Hungerunruhen und Streiks im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach sollten vermieden werden. Insofern verband sich die Nationalisierung der Bevölkerung, die Jakob Tanner als These formulierte, mit dem Versprechen des Staates, dass er eine Schutzverpflichtung gegenüber der Bevölkerung eingegangen war und diese auch wahrnehmen wollte.

So übernahm der Bundesstaat in Kriegszeiten die Verantwortung dafür, dass die Bevölkerung ausreichend ernährt werden konnte. Dafür griff er in weitreichendem Masse ins Wirtschaftsgeschehen ein, so weitreichend, dass Vertreter der liberalen Marktwirtschaft in ihrer nachträglichen Beurteilung von «Planwirtschaft» sprachen. Grundidee war dabei keinesfalls die Verteidigung ökonomischer Gleichheit. Vielmehr liessen die Massnahmen die bestehende Ordnung der ökonomischen Ungleichheiten der ‹Marktteilnehmenden› sowohl beim Konsum und als auch bei der Produktion unverändert und sollten höchstens dafür sorgen, dass auf dieser Grundlage nicht eine kriegsbedingte Ernährungskrise entstehen würde. Der Zugriff mittels kriegswirtschaftlicher Massnahmen betraf allerdings die Freiheit der ‹Wirtschaft›: Bauern, Industrieunternehmen und Handel wurden durch Preisbindungen, Produktions- und Vermarktungsvorgaben in ihrer unternehmerischen Unabhängigkeit eingeschränkt.

In diesem Prozess verschoben sich für diesen Bereich auch die Zuständigkeiten und die Kräfteverhältnisse zwischen Bund und Kantonen. Denn Letzteren wurde die Rolle eines föderalen Vollzugsorgans kriegswirtschaftlicher Anordnungen des Bundes zugewiesen. In diesem Sinn agierten die Kantone mehrheitlich im Sinne einer Nationalisierung der Bevölkerung. Dass die kantonalen Regierungen damit unter Umständen in den Konflikt zwischen solidarischer Durchführung gesamtschweizerischer Kriegswirtschaft und den Wünschen der regionalen beziehungsweise kantonalen Interessengruppen gerieten, ist mit den Ereignissen in

Steinen und Bulle gezeigt worden. In beiden Fällen wurde die Ambivalenz der Positionierung der Kantone zwischen der Solidarität im Bundesstaat und der Interessenwahrung und -vertretung von regionalen Interessengruppen deutlich. Dennoch scheint es, dass die betreffenden Kantone keine föderale Einschränkung der Nationalisierung erreichen konnten oder auch nur wollten.

Die umfassende Bewirtschaftung des Lebensmittelangebots ab Herbst 1940 verlangte nach einem enormen administrativen Apparat sowohl beim Bund als auch in den Kantonen. Selbst die Gemeindebehörden mussten ihre Verwaltung beträchtlich ausbauen. Dieser administrative Aufwand betraf die wissenschaftlich gestützte Planung und Konzeption der Rationierungsprinzipien, die laufende Erfassung von Produktion und Verteilung, die Herstellung, Verteilung und Kontrolle der Rationierungskarten. Hinzu kam ein beträchtlicher Kontrollapparat auf Bundes- und kantonaler Ebene, der sowohl stichprobenartig als auch aufgrund von Hinweisen oder der Feststellung von Ungereimtheiten erfolgte. Die Androhung von Bestrafung war dabei allgegenwärtig, die Strafmasse relativ hoch. Derart war das kriegswirtschaftliche Versorgungssystem von der Konzeption her konsequent und lückenlos.

Die beträchtliche Aufmerksamkeit, die der Bundesstaat mit den Kantonen der Aufspürung, Verfolgung und Ahndung von kleineren und groben Verstössen gegen die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen – mit deutlichem Resultat – schenkte, zeigt, dass die Vorstellung des von Solidarität und geeinter Wehrhaftigkeit geprägten Handelns der Bevölkerung, der Wirtschaftskreise wie auch der Angestellten der Kriegswirtschaftsverwaltungen eine im Nachhinein konstruierte ideologische Figur ist. Sie wird der damaligen Alltagswelt im Krieg in keiner Weise gerecht, denn man versuchte – wenig erstaunlich – auch in den Jahren des Krieges das individuelle Leben gemäss Umständen, Verpflichtungen und Bedürfnissen bestmöglich zu gestalten. Dabei ist festzuhalten, dass man sich in nicht geringem Umfang unter Umgehung der staatlichen Vorschriften schadlos zu halten versuchte. Und dies, obwohl die Strafandrohungen erheblich waren und Strafen auch zur Anwendung kamen.

Mit den Vorschriften und Strafandrohungen, die die nationale Solidarität in Ernährungsfragen errichten und erzwingen sollten, scheint sich seit dem Kriegsausbruch – und im Fortschreiten des Krieges immer stärker – eine Logik etabliert zu haben, die gewohnten Denkweisen entgegenstand.

Solidaritäten hatten bislang in kleineren Räumen[286] und in spezifischen Gruppen bestanden. Der identitäre Horizont war vielerorts bestimmt von der hierarchisch strukturierten dörflichen Gemeinschaft, von der Familie oder, in ländlichen industriellen Zentren, von der Zugehörigkeit zum Unternehmen.[287] Solange also zum Beispiel die Schwarzschlachtungen dem ganzen Dorf oder der ganzen Region zugutekamen, wurden sie als legitim gesehen, obwohl man wusste, dass sie verboten waren. Unterhalb der staatlichen Kontrolle galten gemeinschaftliche Regeln. Diese Regeln bestanden schon lange vor dem Krieg und ihnen wurde weiter gefolgt. Selbst die Gemeindebehörden beachteten sie, sei es, weil sie selbst profitierten und profitieren wollten, sei es, weil sie befürchteten, die staatlichen Vorgaben nicht durchsetzen zu können. So lavierten sie häufig zwischen dem Druck des Nationalstaats und den Regeln der Dorfgemeinschaft.

Soweit eine übergreifende Solidarität wirksam wurde, war sie vielerorts auch in den Kriegsjahren noch auf den eigenen Kanton gerichtet. Wie die Ereignisse in Steinen und Bulle zeigen, waren selbst die kantonalen Amtsträger und Parlamentarier hin und her gerissen zwischen der Durchsetzung nationaler Gesetze, die von den Kantonen grundsätzlich gestützt wurden, und den Dynamiken in der Gesellschaft.

Die kleinräumige Solidarität war keine, die von der Gleichheit der Mitglieder der Gesellschaft ausging. Sie handelte vielmehr auf der Basis einer erheblichen Differenz der Mittel, über die Einzelne verfügten. Dass es Rationierungskarten gab, die zum Bezug von Fleisch berechtigten, und Karten ohne Fleisch, wurde nicht etwa als Ausdruck ökonomischer und sozialer Ungerechtigkeit interpretiert, sondern als Chance für zweckmässigen Tausch. Nicht wenige bezogen Fleischkarten, weil sie die Fleischcoupons legal gegen Coupons für billigere Lebensmittel, häufig wohl auch gegen Geld eintauschen konnten.

286 Die grossen Ballungszentren, die grossen Städte und industriell begründeten Siedlungskerne waren hier nicht Gegenstand der Untersuchungen. Sie sind aber auch in der Forschungsliteratur zum hier behandelten Thema kaum vorhanden. Deshalb ist die folgende Bilanz nur auf die kleineren Ortschaften, ländlicheren Gegenden zu beziehen.

287 In industriellen Ballungsräumen mag die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft eine Rolle gespielt haben. Das konnte aufgrund der hier untersuchten kleinen ländlichen Gemeinden nicht überprüft werden.

Die Tatsache, dass ärmere Personen eine «blaue Karte» für den Bezug von Lebensmitteln während der Lebensmittelsperre beziehen konnten, zeigt, dass man allen den Zugang zu Lebensmitteln garantieren wollte, aber auch, dass selbstverständlich ein Regime eingerichtet wurde, das Arme berücksichtigte, was Armut als ‹normal› erscheinen liess. Gerechtigkeit hatte keine ökonomische Dimension, sondern bezog sich auf die staatliche Vorsorge.

Mit dem Schutz der Bevölkerung vor Hunger und Mangel ging also die befehlende, lenkende und strafende Staatsgewalt einher, wobei im Rahmen des Vollmachtenregimes die Kantone Hoheit einbüssten und auf die Position einer Vollzugsinstanz in Belangen zurückgedrängt wurden, die sonst in föderaler Verantwortung lagen. Damit reorganisierte sich das Kräftespiel zwischen Bund und Kantonen vorübergehend in Richtung Nationalisierung der Bevölkerung. Diese akzeptierte die Rationierung als landesweite Regelung, interpretierte sie aber nach Gutdünken. Dass sie dabei gesetzliche Regelungen umging, sah sie möglicherweise als legitim an, weil sie ja gleichzeitig zur Selbstversorgung aufgefordert war. Was diese beinhaltete, war offensichtlich in hohem Grad interpretationsoffen.

IV Die «Anbauschlacht»

1 Historiografische Diskussion um die Lenkung der Agrarproduktion im Zweiten Weltkrieg

Mit den Vorbereitungen für die schweizerische Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs kam auf das Wirtschaftshandeln in der Landwirtschaft eine Lenkung des Anbauumfangs, der Art der Produktion und der Vermarktungsmöglichkeiten in vorher unbekannter Wucht zu. Staatliches Ziel der kriegswirtschaftlichen Lenkung von landwirtschaftlicher Produktion und Vermarktung war die Steigerung der Kalorien- und Eiweissmengen, also der (inländischen) Nahrungsmittelrationen, die der Bevölkerung zur Verfügung stehen sollten. Die «Agrarelite» verband den als unmittelbar drängend eingeschätzten Zweck aber auch mit der Absicht, die Landwirtschaft umfassend zu modernisieren.[1] Mit der grundlegenden Arbeit von Peter Maurer zur *Anbauschlacht*[2] ist zudem deutlich geworden, dass mit ihr auch die propagandistische Motivierung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, einen relevanten Beitrag an die Selbstversorgung zu leisten, und die gleichzeitige Mobilisierung für die Selbstbehauptungsanstrengungen der Schweiz angestrebt wurden.[3]

Die Geschichte der Agrarwirtschaft, der landwirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsweise sowie die Sozialgeschichte der mit der Landwirtschaft verbundenen Teile der schweizerischen Gesellschaft im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert sind von der Geschichtswissenschaft vernachlässigt worden. Da sich die hier beabsichtigte lokalgeschichtliche Thematisierung für die Zeit des Zweiten Weltkriegs auf bisherige geschichtswissenschaftliche

1 Tanner 2021.

2 Der Titel der zentralen Studie zum Mehranbau der schweizerischen Agrarwirtschaft während des Zweiten Weltkriegs von Maurer (1985) nimmt den Titel der Publikation des Gotthardbundes auf, mit der ein Vortrag Friedrich Traugott Wahlens, des Chefs der Abteilung für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Eidgenössischen Kriegsernährungsamt, popularisiert wurde. W. Schweizer-Hug, Die Anbauschlacht: aus einem Vortrag über die Aufgaben unserer Landwirtschaft in der Kriegszeit von F. T. Wahlen, hg. vom Gotthardbund, Bern 1941, zit. in Maurer 1985, S. 70. Vgl. auch Tanner 2021.

3 Maurer 1985.

Erkenntnisse abzustützen hat, wenn sie über das Episodische hinaus einen Erkenntniswert gewinnen soll, soll hier zuerst der bisherige geschichtswissenschaftliche Umgang mit dem Agrarischen diskutiert werden. Dabei ist die Perspektive eine zweifache: Vorerst gilt es zu prüfen, inwiefern die Agrargeschichtsschreibung ein begriffliches beziehungsweise konzeptuelles Instrumentarium für den Gegenstand «Agrarwirtschaft»[4] entwickelt und diskutiert hat. Denn erst dessen Verwendung macht die vorliegende lokalgeschichtliche Arbeit an bisherige Untersuchungen anschlussfähig.

Weiter ist der Stand der Forschung insgesamt zu befragen, nicht nur um «Wissen» zur Kenntnis zu nehmen, sondern vor allem um die von Historikerinnen und Historikern auf der Grundlage theoretischer Diskussionen und entsprechender Forschung vorgenommenen Deutungen zu erkennen. Denn die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung des Agrarischen, die insgesamt als eher rudimentär bezeichnet werden muss, ist gekennzeichnet durch eine dominierende Aufmerksamkeit für die Verbindung zwischen Verbands- und eidgenössischer Agrarpolitik, ihre Entwicklung und Abhängigkeit von der politischen Rahmung der industriellen Exportindustrie. Daneben hat ein gewisses Interesse der diskursiven Bearbeitung des «Bäuerlichen» als sogenanntes Merkmal schweizerischen «Wesens» beziehungsweise schweizerischer «Identität» in der Öffentlichkeit gegolten. Es wird also zu bestimmen sein, inwiefern vorliegende Deutungen durch die jeweiligen Forschungsfragen geprägt sind, und die davon unberührt bleibenden Leerstellen werden schliesslich zu bezeichnen sein.

Die allgemeine Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert hat von Themen wie Landwirtschaft, Bauern, agrarische Gesellschaft, Agrarwirtschaft nur marginal Kenntnis genommen. Agrargeschichtliche Gemeinplätze sind allerdings im Kontext der sektoriellen Wirtschaftsentwicklung die steilen Abwärtskurven der Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte und Bauernbetriebe und das Sinken des Anteils der Wertschöpfung der «Landwirtschaft» am Bruttoinlandprodukt.[5]

4 Der Begriff steht hier in aller Vorläufigkeit, ist es doch so – wie zu zeigen sein wird –, dass den bisher verwendeten Begriffen eine definitorische Schärfe fehlt.

5 Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Historische Statistik der Schweiz, Onlinedatenbank hsso.ch, Stichwort Landwirtschaft, https://hsso.ch/?q=Landwirtschaft&tp=eyJzdCI6bnVsbCwidHAiOm51b GwsImkiOltudWxsLG51bGxdfQ%3D%3D, 17. 4. 2023; Tanner 1992, S. 9 f.; Baumann/Moser 2007.

1.1 Der politikgeschichtliche Blick auf die Landwirtschaft

Ein eigentlich agrargeschichtlicher Forschungsbereich entwickelte sich bis in die 1990er-Jahre des 20. Jahrhunderts nicht.[6] Seither hat die Geschichte des Agrarischen insbesondere durch Peter Moser und Werner Baumann zunehmend Aufmerksamkeit erfahren. Primäres Forschungsinteresse der beiden ist dabei die Agrarpolitik, die politische Selbstorganisation der Bauernschaft im Schweizerischen Bauernverband (SBV), das Zusammenspiel zwischen dem SVB und der Abteilung Landwirtschaft in der Bundesverwaltung sowie wichtige Protagonisten der Agrarpolitik. Die dennoch nach wie vor bescheidene Aufmerksamkeit für die Geschichte des Agrarischen ist wohl als primäre Ursache dafür zu sehen,[7] dass weiterhin eine begriffliche Bearbeitung zentraler Gegenstände höchstens punktuell versucht worden ist und nie Eingang in die wissenschaftliche Diskussion gefunden hat. Zwar hat 1993 Werner Baumann eine kritische und anregende Kommentierung von wissenschaftlichen Zugängen zur «Agrargeschichte» in der Einleitung zu seiner Arbeit vorgenommen.[8] Aber auch sie ist kaum zum Anlass genommen worden, zentrale Bezeichnungen wie zum Beispiel die des «Bauernstandes» oder die der «Landwirtschaft» weiter zu präzisieren, theoretisch zu unterfüttern, voneinander abzugrenzen und fortan in dieser Weise geschärfte Begrifflichkeiten einzusetzen.[9] Ausserdem ist die sozial- und wirtschaftsge-

6 Moser 2010; 2022a.

7 Peter Moser arbeitete auf einen institutionellen Schwerpunkt zur Agrargeschichte hin, woraus das von ihm geleitete Archiv für Agrargeschichte entstand. Das Arbeitsgebiet betrifft Archivierung und Geschichtsschreibung «zur ländlichen Gesellschaft», www.histoirerurale.ch/afa/index.php/de/ueber-uns, 11. 7. 2024. Werner Baumann führte seine Forschungen neben seiner Tätigkeit als Rektor eines Gymnasiums weiter.

8 Baumann 1993, S. 15–36. Er nennt begrifflich unscharfe Bezeichnungen wie «Bauernstand» ideologische Kreationen, die weite Akzeptanz erfuhren. Man muss ergänzen, dass sie auch für die wissenschaftliche Behandlung agrarischer Entwicklungen sehr lange prägend geblieben und nicht dekonstruiert worden sind. Baumann 1992, S. 208.

9 In Abt/Forclaz/Hürlimann 2014 ist – wohl stimuliert von aktuellen öffentlichen diskursiven Bearbeitungen des «Stadt-Land-Gegensatzes» insbesondere in der politischen Kultur – ein völlig anderer Versuch unternommen worden: eine Diskussion der Bedeutung des «ländlichen Raumes». Die vorliegende Thematik hat diese Diskussion, ausser dass unterstrichen wurde, dass der ländliche Raum nicht unbesehen mit einer agrarischen Gesellschaft gleichgesetzt werden kann, allerdings nicht wesentlich weitergebracht.

schichtliche Perspektive auf die Bauernschaft, die Analyse der unterschiedlichen materiellen Grundlagen und Arbeitsbedingungen ihrer Existenz und der materiellen Funktionen des SBV für die Bauern und Bäuerinnen,[10] praktisch unbearbeitet geblieben.

Die insgesamt spärliche Geschichtsschreibung zum Agrarischen habe während der Nachkriegszeit zudem, so Peter Moser, im Wesentlichen auf eine Interpretation fokussiert, in der die Konstruktion und Pflege des Mythos[11] einer «bäuerlichen Qualität» der schweizerischen Kultur «den Bauern» eine starke Stellung in der schweizerischen Politik des 20. Jahrhunderts ermöglicht und ihnen erhebliche finanzielle Mittel aus der Bundeskasse zugeführt habe. «Die Bauern» hätten es demnach mit Bezug auf diesen Mythos verstanden, seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Profiteuren ihrer Stellung als Nahrungsmittelproduzenten zu werden. Moser kritisiert diese Interpretation, da er die Auffassung vertritt, dass damit die Möglichkeiten der organisierten Bauernschaft, sich angesichts der die industrielle Schweiz zunehmend prägende Modernisierungslogik zu behaupten, völlig überschätzt würden.[12]

Immerhin ist aber seit 1991 herausgearbeitet worden, dass in der Tat in politischen Zusammenhängen die ideologische Figur «Schweizerart ist Bauernart»[13] repetitiv bemüht worden ist.[14] Dennoch sind allfällige Zusammenhänge zwischen der ideologischen Konstruktion «der Bauern»

10 Die Genossenschaft Fenaco ist Mitglied des SBV und deren Zusammenarbeit eng, www.fenaco.com, 11. 7. 2024.

11 Zur Kritik am Begriff beziehungsweise an der Vorstellung, es handle sich dabei um einen Mythos, vgl. Sablonier 1992.

12 Moser 2022a, vor allem S. 72. Dazu auch Baumann 1993, S. 16. Es sei vermerkt, dass in diesen Zusammenhängen Bäuerinnen sozial und sprachlich unsichtbar bleiben.

13 Ernst Laur. Zit. nach Moser 2022a, S. 72.

14 Bedeutsam für diese Analyse war das 1991 abgeschlossene NFP 21-Projekt «Die alte Schweiz als ‹Bauernstaat›. Untersuchungen zum staatlichen und politischen Verhalten in der Eidgenossenschaft von 1450 bis 1520» des Schweizerischen Nationalfonds von Roger Sablonier, unter Mitarbeit von Matthias Weishaupt. Vgl. Sablonier 1992, Weishaupt 1992. Jüngst hat der Politologe Karel Ziehli in seiner Masterarbeit (2019a und 2019b) die vorhandene Literatur erneut gesichtet und den Schluss gezogen, dass auch in der heutigen Politik die Bezugnahme auf «le bon paysan» ein politisch erfolgreiches Rezept sei.

als «Profiteuren» in der Politik und der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin weitgehend unbeleuchtet geblieben.[15]

Moser stellt fest, die Geschichtsschreibung gehe davon aus, dass es vor allem «die Bauern» beziehungsweise deren Organisationen gewesen seien, die die Perspektive «Schweizerart ist Bauernart» eingeführt und propagiert hätten, um sich in den politischen Aushandlungen der Agrarpolitik Vorteile zu verschaffen.[16] Dies muss aber differenzierter angegangen werden. Zwar hat Thomas Maissen in seiner in der Öffentlichkeit wirkmächtigen «Geschichte der Schweiz» genau diese Deutung vertreten.[17] Aber bereits 1992 hielt Hans Ulrich Jost unter anderem am Beispiel der Propagierung des Trachtentragens fest, dass die Konstruktion der schweizerischen Gesellschaft als bäuerliche Gemeinschaft eine «invention of tradition» städtischer Eliten gewesen war.[18] Spätestens seit Anfang der 1990er-Jahre interpretiert die Geschichtswissenschaft das Ideologiekonstrukt[19] als vor allem von bürgerlich-industriellen Eliten gefördert und eingesetzt, um die Agrarvertreter zum Schulterschluss gegen gewerkschaftliche und politische Ambitionen der organisierten Arbeiterschaft zu bewegen. Dazu passt, dass Baumann die städtische Herkunft auch der «Agrarelite» betont. Diese macht er insbesondere an der Person von Ernst Laur[20] und seinem Umfeld fest, welche der Propagierung der bäuerlichen Schweiz das Wort redeten, um ihre politische Interessenverbindung mit der sich modernisierenden industriellen

15 Bäuerinnen bleiben in dieser Diskussion praktisch unerwähnt, vermutlich weil angenommen wird, dass sie angesichts ihres Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht bis 1971 als Akteurinnen irrelevant seien. Erste Texte zur politischen Bedeutung von einzelnen Bäuerinnenorganisationen beziehungsweise zum Schweizerischen Landfrauenverband sind von Moser/Gosteli (2005) und Moser (1994, S. 157–163; 2011) publiziert worden.

16 Moser 2022a, S. 72–74. Auch Albert Tanner (1992, S. 10) stellt die Kausalität so her.

17 Maissen 2010, S. 251 f.

18 Jost 1992, S 120–125, zur Trachtenvereinigung S. 122. Demgegenüber betont Albert Tanner auch die Bedeutung des Wirkens von Laur. Tanner 1992, S. 10.

19 Es war Roger Sablonier, der 1992 präzisierte, dass es sich beim Konstrukt nicht um einen Mythos («im Sinne eines nicht begründungsbedürftigen Bildes von Ursprung», S. 12) handle, sondern um ein Ideologiekonstrukt, denn «Ideologie nimmt Bezug auf gesellschaftliche Realitäten und erfüllt – als instrumentalisierte Wahrheit – handlungsleitende Funktionen» (S. 12).

20 Ernst Laur entstammte einer städtischen Familie, war an der ETH ausgebildeter Agraringenieur, wurde Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Vorsteher des Bauernsekretariats und lehrte gleichzeitig als Professor an der ETH Landwirtschaft, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/029856/2006-12-15, 25. 7. 2023.

Schweiz zu popularisieren.[21] Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Diskursfigur der politischen Kultur des 20. Jahrhunderts als Schmiermittel des bürgerlich-bäuerlichen Schulterschlusses diente. Dass dieser Schulterschluss für die Beteiligten auch politisch und materiell mit Vorteilen verbunden war, liegt nahe. Jakob Tanner betont, er habe die unter der ideologischen Ebene liegenden wirtschaftlichen und politischen Interessen von «Finanzsektor, Agrobusiness und Bundesverwaltung» mit der subventionierten Landwirtschaft synchronisiert.[22] Cédric Humair ergänzt diese Interpretation, indem er hervorhebt, dass das Bündnis auch die Verständigung beinhaltete, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte das Überleben der Landwirtschaft ermöglichen sollten. Dies habe nach sich gezogen, dass die Exportindustrie zur Zahlung etwas höherer Löhne bereit sein musste. Nicht der SBV und Laur, sondern der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins bestimmte laut Humair den Kurs. Der SBV sei «tout simplement alors, de manière imagée, une vache à qui l'on doit donner du foin pour obtenir qu'elle avance … et essayez toujours d'aller retirer le foin de l'estomac d'une vache! Quant à Ernst Laur, il cumule les rôles de fou du roi auprès d'Edmund Schulthess et de tour dans l'opinion publique, où il dénonce les agissements des pions rouges et de la reine parfois volage, l'USCI … mais il n'est roi que des paysans et encore, les années trente vont ternir son absolutisme.»[23]

Die politische Korrektur zur Erhaltung der Landwirtschaft, so Humair, sei nur unter dem Eindruck und in der Konsequenz des aufsteigenden schweizerischen Finanzsektors denkbar gewesen.[24] Was sie für die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung materiell tatsächlich bedeutete, wurde allerdings nicht angesprochen.

21 Baumann 1993, S. 357–363, auch Baumann 1992, S. 210. Schon Riesen (1972) hat die städtisch-bürgerliche Herkunft von Anführern der Bauernschaft hervorgehoben. Sablonier betonte, dass dieser Sachverhalt einzuordnen sei in eine «wissenschaftliche Aufarbeitung der nationalen Traditionsgeschichte». Diese habe «zum Ziel, schweizerisches Selbstverständnis und politische Kultur beziehungsweise politisches Handeln hierzulande besser verstehen zu können». Sablonier 1992, S. 13.

22 Tanner 2015, S. 208 f. Zum (geschichts)kulturellen Gehalt des Schulterschlusses vgl. auch Tanner 1992, S. 12 f.

23 Humair 1992, S. 236.

24 Ebd., S. 234–236.

1.2 Die Erforschung der Anbauschlacht im Kontext der Entwicklung der Agrarpolitik

Während sich die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Agrarischen über Jahrzehnte auf die politische Positionierung und Durchsetzungsfähigkeit des SBV einerseits, auf die öffentlichen Diskurse und dabei stark auf deren ideologische Komponente andererseits konzentriert hat, stellt eine umfassendere Agrargeschichte im Kontext einer schweizerischen Gesellschaftsgeschichte nach wie vor eine Leerstelle dar. Vor diesem Hintergrund erweist sich für die Zeit des Zweiten Weltkriegs die an Interessenlagen orientierte und damit auf sozialgeschichtliche Konzepte verweisende Arbeit von Peter Maurer zur «Anbauschlacht» als ein früher Meilenstein in weitgehender historiografischer Brache. Für seine Arbeit durchforstete er insbesondere die Archivbestände zur eidgenössischen (kriegswirtschaftlichen) Verwaltung und Politik, um die politische Konzeption, inhaltliche Konkretisierung, staatliche («föderalistische») Durchsetzung und wirtschaftliche Wirkung der gelenkten Landwirtschaft zu rekonstruieren und sie als Resultate interessen- und machtdurchzogener politischer, administrativer und verbandspolitischer Aushandlungen zu interpretieren.[25]

Dabei setzt Maurer voraus, dass sich politische Überlegungen bezüglich der Zielsetzung landwirtschaftlicher Produktion zwischen der Behauptung auf einem freien (Welt-)Markt durch gewinnorientierte Spezialisierung und Export und dem geringeres Einkommen generierenden Anbau für die sichere Versorgung der schweizerischen Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln bewegten.[26] Die damit verbundene (partielle) Unvereinbarkeit dieser Zielsetzungen hatte sich im Ersten Weltkrieg in der Schweiz wie in allen kriegführenden Staaten mit aller Deutlichkeit manifestiert,[27] als das Angebot importierter Lebensmittel wie auch von Dünger sich verknappte und verteuerte. Besonders die städtische Bevölkerung konnte sich in der Folge wegen der hohen Preise für Lebensmittel immer weniger ausreichend ernähren. Die enormen Preissteigerungen bei den Gütern des täglichen Bedarfs, die soziales Elend, soziale Unrast und Feindseligkeiten zwischen städtischer Bevölkerung und Bauernschaft gefördert hatten, hatten poli-

25 Maurer 1985.
26 Ebd., S. 28 f.
27 Vgl. dazu auch Baumann 1993, S. 287–323.

tische Ängste geweckt, dass die Widerstandskraft des Landes im Krieg geschwächt werde.[28]

Die starke Ausrichtung der schweizerischen Landwirtschaft auf Viehzucht und Milchwirtschaft mit entsprechender Exportorientierung und die gleichzeitige Notwendigkeit des Imports wichtiger Lebensmittel sowie des Düngers entsprachen zwar der Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft. Es setzte sich aber in den 1930er-Jahren die Einsicht durch, dass diese kapitalistische Marktwirtschaft gerade für eine kleine Volkswirtschaft in Kriegszeiten gefährlich sei. Die Ernährung der Bevölkerung könne dann nicht gewährleistet werden, da Warenströme im internationalen Austausch gestört und anfällig für politische Erpressungen sein würden.[29] Die Versorgung der Bevölkerung – wie im Übrigen eine hohe Beschäftigungsquote – hatte man als eine wichtige Bedingung dafür erkannt, die Zeit der kriegerischen Auseinandersetzungen bestmöglich zu überstehen. In der Schweiz setzte sich zudem zunehmend die Einsicht durch, dass eine erhöhte Selbstversorgung voraussetzte, dass der Anbau der pflanzlichen Nahrung, die einen höheren Nährwert aufweist als tierische, allenfalls zuungunsten der Viehwirtschaft forciert und die Viehzucht zumindest zugunsten der Milchwirtschaft umgewandelt werden musste. Eine solche Ausrichtung widersprach allerdings marktwirtschaftlichen Logiken und oft bäuerlichen Interessen – sprach man bezüglich der Viehzucht doch von der «Veredelung der Nahrungsmittelproduktion», da Fleischwaren wesentlich höhere Preise erzielten als pflanzliche Produkte. Dennoch orientierte sich schon in der Zwischenkriegszeit, insbesondere in den 1930er-Jahren, die Landwirtschaftspolitik verstärkt an diesen Zielsetzungen. Die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion verstärkte sich zusehends – sie lässt sich deutlich bei der Frage der Käsevermarktung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs erkennen.[30] Dabei anerbot sich der SBV den Landwirtschaftsbehörden als Partner, der die staatlichen Agrarpolitikziele teilweise formulierte, sicher aber konkretisierte und dafür in seiner Position als Interessenvertretung der Landwirtschaft bestätigt wurde.[31] Werner Baumann sieht den Ver-

28 Rossfeld 2014, insbesondere S. 144, 161; Krämer/Pfister/Segesser 2016; Meier 2020.

29 Moser 2014.

30 Sauerländer/Dubler 2018.

31 Baumann/Moser 1999, insbesondere S. 52–55. Diese Vertretung blieb trotz allem während Jahrzehnten in unterschiedlicher Deutlichkeit umstritten, was hier nicht

band nach dem Zweiten Weltkrieg dann in der Rolle des «Politikmachers»: «Die Entwicklungsbedingungen dieses Interventionismus führten dazu, dass die schweizerische Agrarpolitik nicht in erster Linie staatliche Politik war, sondern Verbandspolitik, die der Staat rechtlich und immer mehr auch finanziell unterstützte.»[32]

Die Landwirtschaft sollte sich am Ziel orientieren, genügende Mengen von Lebensmitteln zu moderaten Preisen zu produzieren, um in einer industrialisierten Schweiz kompatibel zu sein mit einer Wirtschaftspolitik, die der industriellen Produktion die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten auch dank niedrigen Löhnen garantieren konnte.[33] Baumann sieht diese Agrarpolitik als eine logische Entwicklung angesichts der wirtschaftlichen Zwänge und politischen Verhältnisse. Er betont aber zugleich, dass sie eines grundsätzlichen Entscheids der organisierten Bauernschaft (SBV) zugunsten der Integration in diese Wirtschaftspolitik bedurfte.[34] Ganz in dieser Deutungsperspektive spricht Jakob Tanner dem «Plan Wahlen» den Charakter eines «Agrarmodernisierungsprogramms» zu[35] und verweist auf den Umstand, dass es «langfristig konzipiert» und «an ausländischen Modellen orientiert» war.[36] In der Publikation *Eigensinnig vernetzt*[37] wird diese Perspektive mit der zugespitzten These von Peter Moser als «Integration durch Unterordnung: Zur Vergesellschaftung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Industriegesellschaft»[38] vertreten. Der Unterordnungsthese bezüglich des Integrationsakts stimmt Werner Baumann allerdings nicht zu.[39] Die Deutung lasse gänzlich unberücksichtigt, dass damit die schweizerische Agrarpolitik nicht als staatliche, sondern als Verbandspolitik eingestuft werden müsse. Der SBV sei in diesem Pro-

diskutiert werden kann. Vgl. etwa Riesen 1972 zur Schweizerischen Bauernheimatbewegung oder auch Häsler (1985, Kapitel 6 und 7) zur Landwirtschaftspolitik und zu den landwirtschaftlichen Allianzen der Migros.

32 Baumann 1993, 323. Vgl. auch Baumann/Moser 1999, S. 52 f. Hans Schaffner, Leiter der Zentrale für Kriegswirtschaft, bezeichnete diese Struktur als «kriegswirtschaftliches Milizsystem». Vgl. auch Jost 1998, S. 51.

33 Moser 2022b.

34 Baumann 1993, S. 72–74, 138–143, 321 f.

35 Tanner 2015, S. 178.

36 Ebd., S. 179. Vgl. dazu auch Tanner 2021.

37 Archiv für Agrargeschichte 2022. Das AfA sieht sich als Forum einer neuen Agrargeschichte, www.histoirerurale.ch/afa/index.php/de, 10. 3. 2023.

38 Archiv für Agrargeschichte 2022, S. 104.

39 Baumann 1993, S. 72–74.

zess zum mächtigen Interessenvertreter der «Bauern» aufgestiegen und habe mit seiner Abgleichung mit bürgerlichen Interessen erhebliche Mittel für die «Bauernschaft» erwirken können. Peter Moser seinerseits kritisiert in dieser Interpretation eine nach ihm unzutreffende Machtzuschreibung. Dies, obwohl nicht nur Baumann, sondern auch Moser selbst die elitäre, von den grösseren Bauern und nichtagrarischen Personen bestimmte Verbandsvorstandschaft des SBV benennt und auch ihre starke Verflechtung mit dem Bundesparlament betont.[40] Die Diskussion darüber, ob die gerade mit dem «Plan Wahlen» durchgesetzte «Vergesellschaftung der bäuerlichen Landwirtschaft», das heisst ihre Orientierung an einer von der industriellen Produktion inspirierten Modernisierung, mit der These «Integration durch Unterordnung» umfassend und differenziert genug charakterisiert ist, ist nicht abgeschlossen. Wer also in wessen Interesse mit welchen Argumenten und Ideologemen und mit welchen Folgen auf die Agrarpolitik federführend einwirkte, bedarf weiterhin der Klärung. Insbesondere ist dabei zu berücksichtigen, dass der SBV zwar möglichst alle bäuerlichen Gruppierungen unter seinem Dach vereinen, aber durchaus nicht die Interessen aller Bauern vertreten wollte, ein Sachverhalt, der ebenfalls nicht systematisch untersucht und dargestellt ist.

1.3 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Leerstellen der Agrargeschichte

Da es im Folgenden darum geht, die Akzeptanz und die Modalitäten des Mehranbaus im Rahmen der «Anbauschlacht» auf lokaler Ebene darzustellen, wären Gesamtdarstellungen hilfreich, die einem wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschungsansatz verpflichtet sind. Allerdings sind mit solchen Perspektiven bislang zur Agrarwirtschaft und -gesellschaft erst Bruchstücke erarbeitet worden und auch über die vielfältigen Kanäle der Vermarktung landwirtschaftlicher Produktion fehlt eine systematische Forschung. Dennoch machen bisherige Arbeiten zur Geschichte der Agrarwirtschaft deutlich, dass seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auf der landwirtschaftlichen Produktion ein hoher Druck lastete.[41] Von den Pro-

40 Baumann/Moser 1999, S. 51.

41 Am konkretesten thematisiert wird dieser Druck von Baumann 1993, S. 47–50, 66–70, 197–206, und Riesen 1972.

duzenten reagierten die einen mit einer Wachstumsstrategie, die anderen, meist mit kleinen Betrieben und unter ungünstigeren Rahmenbedingungen, gerieten in eine Abwärtsspirale.

Gründe und Ausprägungen dieses Drucks waren in verschiedenen Landesgegenden unterschiedlich, wie Riesen, Moser und Baumann am Beispiel der Verschuldung skizzieren. Während Baumann die allgemeine Verschuldung der Bauernbetriebe seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts festhält,[42] kennzeichnet Riesen regionale Zonen verschuldeter Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit[43] und Moser betont, dass drei Viertel der Betriebe, die in den 1930er-Jahren Probleme bekamen, kleine Betriebe waren, die in der Regel erst im oder nach dem Ersten Weltkrieg gekauft worden seien.[44] Alle drei zeigen, dass die Bauernorganisationen entweder nicht interessiert waren, die Entschuldungsfrage auch für kleinere Betriebe politisch voranzubringen, oder sich damit nicht durchzusetzen vermochten. Moser erwähnt weiter, dass nicht nur der Sekretär des SBV, Ernst Laur, sondern auch Rudolf Minger, der Bundesrat der «Bauernpartei», nicht «gewillt» gewesen sei, «für die Existenzerhaltung aller Bauern einzustehen». Minger habe sich explizit auf ein Engagement für die «‹lebensfähigen› Kreise» beschränkt.[45] So wichtig die Hinweise der drei Autoren sind, so deutlich wird, dass zu solchen Fragen weitere Forschung notwendig wäre. Sie machen auch deutlich, dass eine Geschichte der schweizerischen Landwirtschaft «die Bauern» sozial und politisch noch weit konsequenter nicht als Einheit zu verstehen hätte. Dementsprechend wäre verstärkt danach zu fragen, wessen Interessen die bäuerlichen Organisationen nachweislich vertreten haben – eine Frage, zu der bei Moser, Riesen und Baumann immer wieder, aber disparat Teilantworten zu finden sind.

Da die Geschichte der schweizerischen Agrarwirtschaft, der Bauernschaft und des Vertretungsanspruchs durch den SBV bislang nur in wenigen, allerdings gewichtigen Arbeiten thematisiert wurde,[46] basieren die

42 Baumann 1993, S. 66–70.

43 Riesen 1972, S. 98–104.

44 Moser (1994, S. 81 f., 105) bezieht sich dabei auf die Berner Dissertation von Fritz Roth zur *Schweizer Heimatwehr 1925–1937. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Frontenbewegung*, 2 Bände, Dissertation Universität Bern 1973. Demnach hätten 1932 rund 16 % der 45 000 bernischen Betriebe «sich in einer Notlage» befunden.

45 Moser 1994, S. 95.

46 Baumann 1993; Baumann/Moser 1999; Maurer 1985. 2010 veröffentlichte Moser

folgenden Ausführungen zur Umsetzung des «Plans Wahlen»[47] auf quellengestützten Einzelstudien. Diese können nicht immer in Bezug zur Arbeit von Peter Maurer, der auf die eidgenössische agrarpolitische Ebene fokussiert, gesetzt werden. Auch eine Einordnung in die übrige bisherige Forschung ist schwierig, da diese zur konkreten wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bauernschaft während des Zweiten Weltkriegs nur pauschale Aussagen macht.

1.4 Die Anbauschlacht im Narrativ der allgemeinen Schweizer Geschichte

Das Thema «Anbauschlacht» ist nach Maurer in der allgemeinen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg recht eigentlich vergessen worden.[48] In der *Geschichte der Schweiz* von 2014 widmet Sacha Zala der Versorgungssicherheit eine halbe Seite, wobei er bezüglich der Lenkung der agrarischen Produktion gemäss «Plan Wahlen» festhält, dass trotz der Anstrengungen eine wirtschaftliche Autarkie bei weitem nicht erreicht wurde.[49] Dieser Feststellung schliesst sich Jakob Tanner 2015 mit Verweis auf die weit geringere Ausdehnung der Anbaufläche als geplant an.[50] Tanner erwähnt ferner die schwierige Verlagerung von der Viehwirtschaft auf den Pflanzenbau, den knapper werdenden Dünger und überhaupt die Abhängigkeit von Importen bei der Steigerung der Produktion.[51] Zala hebt – in Nachfolge von Maurers Feststellungen – die psychologische Wirkung des «Plans Wahlen» vor allem durch den Einbezug der nichtlandwirtschaftlichen Teile der Bevölkerung durch Landdienst und Kartoffel- und Gemüseanbau hervor.[52] Und Tanner hält fest, dass sich

einen Stand der Forschung. Hinzu kommen zahlreiche Aufsätze von ihm zu Aspekten landwirtschaftlicher Produktion beziehungsweise der Landwirtschaftspolitik, die teilweise in Archiv für Agrargeschichte 2022 wiederveröffentlicht wurden.

47 Der gezielte Mehranbau während der Kriegsjahre wurde auch als «Plan Wahlen» bezeichnet, weil in der Öffentlichkeit der Chef der Abteilung für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Eidgenössischen Kriegsernährungsamt, Friedrich Traugott Wahlen, als Schöpfer der «Anbauschlacht» gesehen wurde.

48 Vgl. etwa Moser 2022b, S. 108.

49 Zala 2014, S. 519.

50 Tanner 2015, S. 278 f.; ebenso vor ihm Jost 1998, S. 129–131.

51 Tanner 2015, S. 279.

52 Maurer 1985, S. 75.

im «Plan Wahlen» aufgrund der breiten Partizipation der nichtbäuerlichen Bevölkerung der nationale Widerstand und Abwehrwille symbolisieren konnten.[53] Bilanzierend betont Zala, dass der Anbauplan «einen staatlichen Eingriff in einen wesentlichen Bereich der Wirtschaft, der noch wenige Jahre zuvor nicht möglich gewesen war», hervorgebracht habe.[54] Tanner hingegen legt das Gewicht darauf, dass sich bei der «Anbauschlacht» einerseits der Widerstandswille der schweizerischen Bevölkerung, aber auch ihre Zustimmung zu den dem nationalsozialistischen Programm entsprechenden Autarkiebemühungen feststellen lasse, was er als politische Ambivalenz bezeichnet.[55] Albert Tanner schliesslich betont, die Ergebnisse Maurers aufnehmend, die unterschiedlichen Zielsetzungen, die verschiedene Interessengruppen mit der «Anbauschlacht» verfolgten, und vermerkt, dass es der «jüngeren Agrarelite» (er nennt Wahlen, Feisst und Howald)[56] darum gegangen sei, «damit eine langfristige und letztlich weit über die Kriegszeit hinaus erfolgreiche Strategie zur Sanierung und Modernisierung der Landwirtschaft» zu implantieren.[57] Dies stimmt mit den Interpretationen von Werner Baumann und Peter Moser zur Entwicklung der schweizerischen Landwirtschaft und der Landwirtschaftspolitik überein.[58]

1.5 … und wo sind die Bauern und die Bäuerinnen?

Vor dem Hintergrund der insbesondere von Baumann und Moser beschriebenen längerfristigen Trends in der Agrarwirtschaft kann festgehalten werden, dass die Durchsetzung der Vorstellungen, die der «Anbauschlacht»

53 Tanner 2015, S. 279.
54 Zala 2014, S. 519.
55 Tanner 2015, S. 279.
56 Alle drei hatten an der ETH Agrarwissenschaften studiert und nahmen danach wichtige wissenschaftliche, politische und administrative Positionen ein. Die Mehrzahl der Absolvent*innen des Agronomiestudiums an der ETH, das ab 1871 möglich wurde und nicht nur für die Schweiz grosse Bedeutung erlangte, sind im Schweizerischen Verband der Ingenieur-Agronom:innen und Lebensmittel-Ingenieur:innen, im heutigen Schweizerischen Berufsverband der Hochschulabsolventen im Agro-Food-Bereich (SVIAL ASIAT) organisiert (www.svial.ch). Heute ist er zudem Teil des «Agro Food Networks», eines Clusters, der auch Vereine und Branchenverbände einschliesst, www.clusterfoodnutrition.ch/de, 20. 2. 2025.
57 Tanner 2021.
58 Baumann/Moser 1999; Moser 1994.

zugrunde lagen, nicht nur eine grosse politische und wirtschaftliche Herausforderung darstellte, sondern auch vielerorts bei der Bauernschaft wenig Begeisterung auslöste.[59] Die starke ideologische Überhöhung des Anbauwerks und die politische Umwerbung der Bauernschaft dürften also auch von der Frage gesteuert gewesen sein, ob die Bauern in ihren Betrieben unterschiedlicher Qualität überhaupt bereit waren, das ihnen Abverlangte zu leisten. Der durchaus empathische Leiter der aargauischen Ackerbaustelle Jakob Käch meinte: «Es brauchte oft sehr viel aufklärende Kleinarbeit, um den Bauern die Notwendigkeit einer weiteren Ausdehnung des Ackerlandes klar zu machen.»[60]

Allerdings ist gerade die Forschung zu den konkreten Umsetzungsbedingungen und den Folgen für Bauernbetriebe mit unterschiedlichen natürlichen Grundlagen, mit unterschiedlicher Grösse, Ausrichtung und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Betriebes weitgehend inexistent.[61] So ist auch zumeist unbekannt, welche Überlegungen Bauern zu welchen Auffassungen bezüglich ihres Berufes führten. Denn meist ist die Opposition gegen den Bauernverband pauschal auf finanzielle Überlegungen, die Auffassung, man sei durch diesen nicht wirklich vertreten, oder auch auf eine konservative, ja reaktionäre Vorstellung von «Bauernstand» und Landwirtschaft zurückgeführt worden. Die Bauernheimatbewegung etwa, die beträchtliche Unzufriedenheit mit dem agrarpolitischen Kurs zu bündeln vermochte, ist von René Riesen zwar thematisiert, ihre Politik dann aber doch primär durch die Antagonismen zwischen Protagonisten

59 Auch Tanner (2015, S. 278) erwähnt den Widerstand in bäuerlichen Kreisen und überhaupt in der Wirtschaft. Bereits Maurer (1985) hatte die intensiven Diskussionen und tiefen Verwerfungen auf eidgenössischer Ebene bezüglich des Anbauplans diskutiert. Tanner (2021) spricht diese erneut an.

60 Käch 1947, S. 26.

61 Vgl. etwa die Arbeit von Bühler (1948) zum Mehranbau im Kanton Zürich. Ruch (2023, S. 372–399) betont für die Bündner Landwirtschaft die unterschiedliche Situation in den einzelnen Tälern und die Schwierigkeiten der Umstellung für kleine Betriebe. Die Erreichung der geforderten Pflichtflächen im Kanton sei «eine Illusion» gewesen (S. 394). Sie wurden tatsächlich nicht erreicht, doch ist die Steigerung der Anbaufläche im Bergkanton eindrücklich (S. 395). So wurde in den Kriegsjahren ihre Verdoppelung erreicht. Ruch entwirft ein Bild grosser Opposition gegen den «Plan Wahlen», unterscheidet aber nicht zwischen einem Protest lokaler Politiker, die unterschiedlich motivierte Klienteln vertreten, und mit Produktionsbedingungen begründetem Widerstand.

erklärt worden.[62] Baumann und Moser betonen, dass es Opposition aus katholischen und viehwirtschaftlichen Gebieten gab. Dort habe man «die Förderung des Getreidebaus als ‹Staatssozialismus› abgelehnt». Der Widerstand sei insbesondere in der Milchwirtschaft des Kantons Freiburg seit den 1920er-Jahren wirksam geworden.[63] Auch in der Innerschweiz entstand in den späteren Zwanzigerjahren Opposition gegen die Politik des Bauernverbandes, die als «Grossbauernpolitik» charakterisiert und deren enge Abstimmung mit dem Bund heftig kritisiert wurde.[64] Baumann und Moser betonen allerdings, dass diese beiden oppositionellen Gruppen keine «tragfähigen Bündnisse» einzugehen imstande waren. Auch hätten sie keine alternativen Perspektiven entwickeln können.[65]

Abgesehen von diesen Ausführungen von Baumann und Moser gewinnen die im SBV organisierten Landwirte wenig Profil, dies vor allem, weil praktisch die gesamte Literatur im (agrar)politischen Kontext von «den Bauern» oder allenfalls «dem Bauernstand» ausgeht, ohne danach zu fragen, ob eine derart summarische Gruppenbildung für das Verständnis

62 Riesen 1972.

63 Baumann/Moser 1999, S. 153 f., Zitat S. 153. Diesen Hintergrund gilt es zu beachten bei der «émeute de Bulle», die sich an der Strafverfolgung von Schwarzschlachtungen entzündete. Vgl. Kap. III.1.2.

64 Baumann/Moser 1999, S. 154 f. Auch hier bildete die Opposition gegen die Verbandspolitik ein Motiv für einen Aufstand. Zum Aufstand von Steinen siehe Kap. III.1.1. Es wäre weiter zu klären, inwiefern diese Opposition nicht allein bäuerliche Unzufriedenheit zeigte, sondern auch – wie im Kanton Freiburg – einen tiefer gehenden Antagonismus zwischen lokalen beziehungsweise regionalen Eliten und «Bundesbern». Entsprechend wäre zu fragen, inwiefern diese die Unruhe befeuerten und welche Rolle die katholische Kirche dabei spielte.

65 Baumann/Moser 1999, S. 160 f. Der schweizerische Schriftsteller Meinrad Inglin hat dem Unmut von Bauern in «Der schwarze Tanner» Ausdruck verliehen. Die 1947 erschienene Erzählung interpretiert den «schwarzen Tanner» als einen eigenbrötlerischen Bergbauern, der sich gegen Vorschriften und Massregelungen wehrt, schliesslich aber von einem Kaplan zu einer geläuterten (und solidarischen) Haltung findet. Inglin 1947. Der schweizerische Filmemacher Xavier Koller griff den Stoff 1986 auf. Er zeichnete einen trotzigen Bergbauern, der auf seinem Selbstbestimmungsrecht beharrt und deshalb beginnt, seinen Hof autark zu bewirtschaften. In der Zusammenfassung auf Swiss Films wird Kollers Tanner als Demokrat und Patriot bezeichnet. Aber es wird festgestellt: Der «Typus Tanner, als ‹vegetativ› denkender und empfindender Mensch, wird mehr und mehr zu einer Rarität. In seinem widersprüchlichen ‹Eigensinn› steckt demokratischer ‹Urschlamm›, der in der Geschichte mit ironischen Mitteln aufgewühlt wird.» www.swissfilms.ch/de/movie/der-schwarze-tanner/6A6DE-A04F3414E0F95CFF2DB7EDAEB6A, 15. 7. 2024.

der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorgänge überhaupt Erkenntnisse ermöglichen kann.[66]

Die magere Thematisierung des Mehranbaus durch «die Bauernschaft» setzt sich in den Kantonsgeschichten fort.[67] Meist wurde lediglich festgehalten, dass im Zuge des Mehranbaus Meliorationen, allenfalls auch Waldrodungen vorgenommen wurden.[68] Für den Mehranbau im Kanton Zürich wird auf eine Arbeit von 1948 verwiesen.[69] In der Kantonsgeschichte Uri wiederum wird festgehalten, dass die Umwandlung von Wiesland für Viehzucht in Ackerfläche ein Misserfolg war und die Pflichtflächen nie erfüllt wurden.[70] Es wird aber von einem Vorfall berichtet, der nicht in die allgemeine schweizerische Geschichtsschreibung eingegangen ist: Die Experimente der schweizerischen Armee mit dem Gas Perchlornaphthalin zur Vernebelung von Gelände im Sommer und Herbst 1940 führten dazu, dass nicht nur ein Grossteil des Viehs (rund 14 000 Kühe) in den folgenden Jahren notgeschlachtet werden musste, sondern auch der Boden verseucht war. Ein Teil davon wurde im Rahmen der «Anbauschlacht» von der Anbaugenossenschaft Wilhelm Tell zur Entgiftung von den Bauern gepachtet und ein Jahr lang mit Kartoffeln, Getreide und Gemüse bepflanzt, danach begrünt und den Bauern zurückgegeben. Allerdings wurden lediglich 350 ha von den erwarteten 2000 ha Land umgearbeitet.[71] Ob der Boden überhaupt erfolgreich entgiftet wurde und damit sich die Viehzucht danach wieder erholte, ist kein Thema.

Im Kontext einer Forschung, die durch einen erheblichen Bedarf an Theoriereflexion und konkreter Forschungsarbeit gekennzeichnet ist, ist ferner die konzeptionelle Leerstelle der Kategorie Geschlecht festzuhalten, denn der Stand des Wissens repetiert den Sachverhalt, dass Bäuerinnen

66 Baumann/Moser 1999 sind hier in den Kapiteln 2 und 10 am differenziertesten. Angesichts des Forschungsstandes war es aber auch ihnen nicht möglich, die aufgefächerte Sicht auf «die Bauern» in den (agrar)politischen Kapiteln durchzuhalten.

67 Etwa für den Kanton St. Gallen mit Angaben zum Mehranbau und zur Forstwirtschaft Lemmenmeier 2003, S. 22–26, für Schwyz vgl. Horat 2012, S. 157. Für die konsultierten Kantonsgeschichten siehe S. 20, Anm. 31

68 Für das Wallis Fibicher (1993, S. 312) und für Uri Aschwanden (2015, S. 393–395); Schluchter (2018, S. 34–39) ist aus heutiger Sicht kritischer gegenüber den Massnahmen in Solothurn.

69 König/Kurz/Sutter (1994) verweisen auf die äusserst detaillierte Studie von Bühler (1948).

70 Aschwanden 2015, S. 392–395.

71 Ebd., S. 385–391; Fryberg/Baumann 2003, S. 100 f.

als «mitarbeitende Familienangehörige», die sich zudem meist und zunehmend auch selbst als «Hausfrauen» deklarierten,[72] weder in wirtschaftlichen noch in sozialen Belangen eigenständig sichtbar werden. Zwar hat sich Peter Moser den Bäuerinnen punktuell gewidmet. Dabei verfolgt er aber ausschliesslich die Spuren ihrer Berufsorganisationen und der politischen Vertretung. So widmet er der Entstehung von Bäuerinnenorganisationen ein Kapitel von *Der Stand der Bauern*, in welchem er einleitend das Erstaunen darüber formuliert, dass Bäuerinnen nicht nur bei den Bauernorganisationen keine aktive Rolle spielten, sondern dass sie «auch bei der Gründung und den Aktivitäten der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Bauernverbandes kaum in Erscheinung traten»:[73] «Angesichts der zentralen Rolle, die die Frauen in der bäuerlichen Ökonomie spielten, ist deren vollständige Abwesenheit innerhalb der bäuerlichen Interessenorganisationen bemerkenswert.»[74] Die Gründung der Landfrauenverbände in der Zwischenkriegszeit führt er auf die fehlenden Vermarktungsstrukturen bei Produkten, deren Herstellung wesentlich durch Frauen betrieben wurden (Eier, Geflügel, Beeren, Obst, Gemüse, Butter), zurück.[75] Dass diese Produktion gesteigert wurde, sieht er im Wesentlichen als Folge des Milchpreiszerfalls, weil damit die Kosten des bäuerlichen Haushaltes gesenkt werden konnten.[76] Die Beliebtheit der Verbände führt er aber auch darauf zurück, dass für die Frauen die Treffen im Landfrauenverband häufig die einzigen geselligen Anlässe waren.[77] Daneben sei auch das Bildungsangebot für Bäuerinnen wichtig gewesen. Der Schweizerische Landfrauenverband, zu dem sich die kantonalen und konfessionellen Gruppierungen allmählich zusammenschlossen, war Mitglied des Bunds schweizerischer Frauenvereine.[78] Man verhielt sich aber bezüglich des Stimm- und Wahlrechts für Frauen neutral, weil man, so Moser, angesichts der «Minder-

72 Wecker 1995.
73 Moser 1994, S. 157–163, hier S. 157.
74 Ebd., S. 158.
75 Ebd.
76 Ebd., S. 159. Mit dem bäuerlichen «Haushalt» ist eine der vielen begrifflichen Unschärfen benannt. Es geht hier eigentlich um die Betriebsrechnung. Allerdings sind Bäuerinnen in dieser Zeit offiziell meist «Hausfrauen», allenfalls «mit Nebenerwerb».
77 Ebd., S. 160 f.
78 Moser 2011.

heitenposition der bäuerlichen Bevölkerung» keine inneren Differenzen markieren wollte.[79] Für diese Interpretation liefert Moser aber keine Belege.

Bauernbetriebe waren in der fraglichen Zeit zu wesentlichen Teilen sogenannte Familienbetriebe. Was dieser Umstand allerdings für die Frauen bedeutete, bleibt unerwähnt. Bauernbetriebe hatten einen «Betriebsleiter»,[80] dem der Hof gehörte oder der ihn gepachtet hatte und der ihn mit seiner Familie und allenfalls weiteren Arbeitskräften betrieb. Ehefrauen waren dem Betriebsleiter untergeordnet, so wollte es auch das Schweizerische Zivilgesetzbuch, insbesondere das Eherecht. Die rechtlichen Regelungen sorgten in der Landwirtschaft ähnlich wie in Gewerbebetrieben für patriarchale Strukturen. Die Arbeit der Bäuerinnen wurde gerade mit der propagandistischen Förderung des «Hausfrauenideals» seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend als Betreuung eines bäuerlichen Haushaltes interpretiert.[81] Obwohl die Frauen viel Feld-, Stall- und Gartenarbeit leisteten, wurden sie zumeist und zunehmend als Hausfrauen (nicht mehr) angesprochen.[82] Entsprechend deklarierten sich diese Frauen in den Volkszählungen immer weniger als «Bäuerinnen» und immer mehr als nicht erwerbstätige Hausfrauen.[83] Bis anhin hat die Forschung die *black box* «bäuerlicher Familienbetrieb» sozial und wirtschaftlich nicht aufzubrechen vermocht. Die Folge ist die fast völlige Absenz der Frauen – seien sie Bäuerinnen, Mägde oder Landarbeiterinnen – nicht nur in den Quellen, sondern auch in der Forschung. Auf dieser Grundlage war der Versuch von geschlechtergeschichtlich arbeitenden Historikerinnen, anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs den Blick auf die Frauen zu lenken, von grossen Quellenproblemen, aber auch Interpretationsschwierigkeiten begleitet.[84] Für die «Anbauschlacht» ist es Regula Stämpfli, die feststellt, dass der von der Hausfrauenideologie bestimmte Blick auf die Frauen sowohl für die Bäuerinnen als auch für die arbeitsverpflichteten Frauen reale Konsequen-

79 Moser 1994, S. 163. Vgl. auch Moser 2022c.

80 Der Begriff wird in den behördlichen Quellen zur Kriegswirtschaft immer verwendet.

81 Vgl. Meier/Gysin 2003, S. 176–235.

82 Stämpfli (2002, S. 131 f.) konzentriert die Zuordnung der Frauen auf den (bäuerlichen) Haushalt auf Friedrich T. Wahlen, was dessen Definitionsmacht überhöht und ihre Selbstverständlichkeit unterschätzt. So lässt die Nachfahrin von Ernst Laur, Franziska Laur, beispielsweise in ihrer Familiengeschichte keinen Zweifel an den diesbezüglichen Vorstellungen ihres berühmten Ahnen. Laur 2022.

83 Wecker 1995.

84 Pavillon 1989, S. 22 f.; Barbey (Hg.) (1989), S. 105–109.

zen hatte.[85] Letztere leisteten zwar, wie sie zeigt,[86] in erheblichem Ausmass (ihr Anteil schwankte über die Kriegsjahre zwischen rund 20 % und 38 % der Dienstverpflichteten) Landdienst, waren aber schlecht bezahlt und wurden in den politischen Verlautbarungen kaum angesprochen. Aber auch die Historiografie ist bei der Thematisierung der Dienstverpflichtung selbstverständlich im Wesentlichen vom männlichen Geschlecht ausgegangen.

Die Leerstellen bisheriger Forschung zu verschiedenartigen agrarischen Betrieben, zu deren materieller Situation, zu materiell und sozial unterschiedlich gestellten Bauern und zur Zusammensetzung bäuerlicher Arbeitskräfte – von den mitarbeitenden Familienmitgliedern über Knechte und Mägde bis zu saisonal eingesetzten Arbeitskräften – sind beträchtlich. Aber auch darüber, in welcher Weise die Bauern und Bäuerinnen in ihren politischen Haltungen geprägt waren von den Bedingungen agrarischer Produktion, seien es Bodenbeschaffenheit, klimatische Bedingungen oder Wasseraufkommen, und den Vermarktungsmechanismen und -abhängigkeiten, sind lediglich summarische Aussagen in die geschichtswissenschaftliche Literatur eingeflossen. Deshalb wollen die folgenden lokalgeschichtlichen Befunde nicht mehr sein als erste Einblicke in solche Fragen zu bäuerlichem Wirtschaften im Kontext des Mehranbaus während des Zweiten Weltkriegs.

85 Stämpfli 2002, S. 130–143.
86 Ebd., S. 139.

2 Die Konkretisierung der «Anbauschlacht»

Die nachfolgenden Schlaglichter auf die «Anbauschlacht» in einzelnen Gemeinden können in der geschilderten Forschungssituation Impulse für umfassendere Untersuchungen liefern. Vorerst vermögen sie Einblicke in die Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen für die Umsetzung des «Plans Wahlen» geben. Sie liefern Beispiele dafür, dass der «Plan Wahlen» nicht nur positiven Einschätzungen begegnete. Des Weiteren geben sie Beispiele zu einzelnen Elementen wie Melioration, Güterzusammenlegung oder Waldrodung. Schliesslich könnten sie den Ausgangspunkt dafür bilden, mit den Vorgängen um die Konkretisierung der «Anbauschlacht» gängige Paradigmata zu verlassen: Zu einfach ist die Gegenüberstellung der mit ihr anvisierten grossflächigen und hoch technisierten Landwirtschaft als zukunftsträchtiger Weg zur Bewältigung der Lebensmittelknappheit während des Zweiten Weltkriegs und einer als rückständig beurteilten, auf Selbstversorgung fokussierten, wenig rentablen Familienlandwirtschaft, wie dies im Zeichen einer sich modernisierenden und industrialisierenden Schweiz üblich wurde.

Im Folgenden wird die Organisation der «Anbauschlacht» auf eidgenössischer Ebene knapp umrissen, dann werden die Massnahmen im Kanton Aargau vorgestellt, bevor Schlaglichter auf Geschehnisse, Konflikte und Probleme in der Durchführung der Mehranbaumassnahmen in einzelnen Gemeinden geworfen werden.

2.1 Von der Kriegsvorsorge zur «Anbauschlacht»

Auch wenn Studien, Diskussionen und Vorstösse bereits Jahre vor Kriegsausbruch eingesetzt hatten, wird im umfassenden Bericht zur schweizerischen Kriegswirtschaft von 1950 der Beginn der Kriegsvorsorge und des Anbauwerks gemäss der Sektion für Landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft mit dem Postulat Abt angesetzt. Dieses Postulat forderte in der Frühjahrssession 1938 zur Einsetzung einer Expertenkommission auf mit dem Auftrag, eine «neuzeitliche schweizerische Agrarpolitik zu studieren und zu umschreiben», auf deren Grundlage der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten sollte.[87] Dieser Vorgang war aber nur

87 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 258. Nationalrat Heinrich

der formale Startpunkt einer Diskussion um die krisenhaften Entwicklungen in der Landwirtschaft und von Planungen, die sich seit den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges vollzogen hatten.[88] Die gesetzliche Verankerung der Kommissionsergebnisse erfolgte im Frühjahr 1939, die einerseits die Kriegsvorsorge betonten, andererseits die Notwendigkeit, strukturelle Gesundungen in den «betriebswirtschaftlichen Verhältnissen» in der Landwirtschaft zu erreichen.[89] Als konkrete Massnahmen sollten noch 1939 die Anbauflächen für Hafer und Gerste von 16 000 ha auf 22 000 ha ausgedehnt werden. Bereits damals gab es allerdings weitergehende Pläne für die Erweiterung von Anbauflächen und der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Produktion.[90]

In Vorbereitung der weiteren Vorschriften zu den Anbauflächen und zur landwirtschaftlichen Produktion wurden die Böden jeder einzelnen Gemeinde inventarisiert. Im Herbst 1938 begann man mit der Schaffung des diesbezüglichen Produktionskatasters.[91] Die Feldaufnahmen erfolgten durch einen Vertreter des Katasters, je einen Vertreter des jeweiligen Kantons und der betreffenden Gemeinde. Festgehalten wurden die «Bodenbeschaffenheit, Oberflächengestaltung, Exposition, Höhenlage, Obstbaumbestand etc.» und die Anbaumöglichkeiten wurden untersucht.[92] Daneben wurden auch wirtschaftliche Gegebenheiten wie etwa die Absatzmöglichkeiten oder das Vorhandensein von Arbeitskräften und Zugtieren, Maschinen und Gerätschaften aufgenommen.[93] Diese Inventarisierung sollte die Grundlage für die Konkretisierung zu verfügender Anbausteigerungen und der Lenkung der Produktion bilden.

Bisherige organisatorische Strukturen in den Verwaltungen erachtete man als ungenügend, einerseits wegen der Pflichtenhefte der Beteiligten, andererseits wegen der mangelnden Verbindungen zwischen Bund, Kanto-

Roman Abt gehörte der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft an, die sich seit der Gründung 1918 unter anderem für den Mehranbau einsetzte. Maurer 1985, S. 83.

88 Vgl. Maurer 1985, S. 23.

89 Bundesbeschluss vom 6. 4. 1939. In: Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1950, S. 258. Vgl. Maurer 1985, S. 37 f.; Tanner 2021.

90 Wahlen/Keller 1950, S. 258. Vgl. auch Baumann/Moser 1999, S. 84 f.

91 Es war die Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft, die im Auftrag und mit Mitteln des Bundes den Kataster erstellte.

92 Wahlen/Keller 1950, S. 259.

93 Ebd.

nen und Gemeinden. In der Folge schufen die Kantone «Zentralstellen für Ackerbau» und die Gemeinden definierten «Gemeindeackerbaustellen».[94] Die Vorbereitung des Anbauwerks umfasste auch rechtliche Belange, etwa die rechtliche Möglichkeit einer Anbauverpflichtung oder Strafbestimmungen.[95] Man war sich bewusst, dass diese Massnahmen eine «Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber zur Folge» hatten, meinte aber auch noch 1950, dass nicht «übersehen werden [dürfe], dass diese Einschränkung im Interesse der gesamten Volkswirtshaft geboten war und dass sie nirgends über das absolut Notwendige hinausging».[96] Die neue «Agrarelite» glaubte sich zudem in der Pflicht, auf die Betriebsführung der Bauern lenkenden Einfluss zu nehmen: «Das Bauern ist nicht mehr Privatsache. Wenn es in normalen Zeiten das Privileg des freien Bauers auf freier Scholle sein mag, sich für die Betriebsführung nach Grossvaters Rezepten oder nach den Grundsätzen der modernen Technik zu entscheiden, so besteht heute der Allgemeinheit gegenüber eine höhere Verpflichtung.»[97]

Ursprünglich wurde im «Plan Wahlen» eine anzustrebende Anbaufläche von 500 000 ha genannt. Dies zu erreichen, erwies sich jedoch als völlig unrealistisch.[98] Vor der eigentlichen Lancierung der «Anbauschlacht» wurden 1939 rund 25 000 ha bezeichnet, die neu bewirtschaftet werden sollten. Die Pflichtanbauflächen wurden dann mit dem «Plan Wahlen» in den folgenden Jahren sukzessive erhöht (Tab. 2).

94 Ebd.
95 Ebd., S. 265.
96 Ebd.
97 EVD, Bundesrat Wahlen, an Bundesrat, 14. 6. 1940. Zit. nach Maurer 1985, S. 63.
98 Die Konzeption und Ausgestaltung des Anbauwerks auf Bundesebene wird hier nicht detailliert erörtert, da dafür die Arbeit von Peter Maurer (1985) vorliegt.

Tab. 2: Entwicklung der Pflichtfläche des landwirtschaftlichen Anbaus

Jahr	Pflichtfläche
1940	208 812
1941*	276 290
1942	309 600
1943	368 700
1943/44	362 464
1944/45	362 464
1946	330 941**

* Mit dem Jahr 1941 wurden sowohl die Landwirtschaft als auch Kleinpflanzer und Industrie zusammengenommen. Dies blieb sich gleich bis und mit 1945.

** Diese Fläche betraf nur noch die Landwirtschaft. Kleinpflanzer und Industrie waren nicht mehr eingeschlossen.

Quelle: Wahlen/Keller 1950, S. 266.

Ausserdem nahmen die Vorschriften hinsichtlich der anzubauenden Pflanzen von Jahr zu Jahr zu.[99] Die Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft des Bundes führte zu den einzelnen Kulturen detaillierte Kontrollen, von denen sie 1950 in einem knappen Überblick berichtete.[100]

Die «Anbauschlacht» griff in bislang nicht möglichem Ausmass in die landwirtschaftlichen Verhältnisse ein, auch wenn, wie Baumann und Moser betonen, hinter den spektakulären Massnahmen das Bild einer schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts «kontinuierlichen, der öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend entzogenen Agrarpolitik, einer stillen Modernisierung, die vor allem unter dem Titel Bodenverbesserung lief», aufscheine.[101] Sie habe Massnahmen wie «Entwässerungen, Weganlagen, Alpverbesserungen und die Arrondierung der Betriebe durch Güterzusammenlegungen» umfasst.[102] Die ambitionierten Anforderungen der Ausdehnung der Anbaufläche im Krieg stiessen aber bald einmal an vielen Orten auf Widerstand. Peter Maurer berichtet von «Anbaumüdigkeit und Arbeitskräftemangel». Die Opposition gegen eine weitere massive Ausweitung sei 1942 so

99 Wahlen/Keller 1950, S. 270.
100 Ebd., S. 270–287.
101 Baumann/Moser 1999, S. 105.
102 Ebd.

gross geworden, dass die ursprünglich geplante Ausdehnung der Pflichtfläche um 100 000 ha habe halbiert werden müssen, was gleichzeitig bedeutet habe, dass der Impuls des Plans weitgehend gebremst worden sei.[103] 1944, als Friedrich T. Wahlen angesichts der Versorgungslage eine nochmalige Grossetappe ansprach, kam die Expertenkommission Mehranbau zur Einschätzung, dass nicht nur das absehbare Ende des Krieges, sondern auch «die offenkundige Übermüdung der Bauernsame» die Forderung nach einer weiteren Ausbauetappe illusorisch werden lasse.[104]

Die wohl umstrittenste Anordnung war die Aufforderung zur Waldrodung. Zwar leisteten Kantone, Gemeinden, Förster und Waldbesitzer in den einzelnen Kantonen unterschiedlich starken Widerstand. Überall bestanden aber Zweifel am Sinn der Rodungen: Die Fragen der Eignung des Bodens für den Ackerbau, der Rentabilität des Anbaus im Vergleich zum Ertrag der Waldnutzung, Bedenken wegen der Zerstörung wertvoller Wälder, abgesehen von den Problemen der Rodung selbst, also den enormen Kosten und dem grossen Bedarf an bereits knappen Arbeitskräften bewogen breite Kreise zur Opposition gegen Abholzungen und zuweilen zur offenen Obstruktion. Raphael Singeisen untersuchte die Rodungsbemühungen im Kanton Bern. Diesem war vom Bund bei weitem die höchste Hektarzahl der zu rodenden Fläche auferlegt worden, da in ihm auch am meisten Wald stand. Der Rodungsbefehl betrug allerdings anteilsmässig weit mehr als der Anteil Wald ausmachte. Der Kampf im Kanton gegen die Abholzungen endete damit, dass der Kanton sein Soll trotz Zwangsrodungen beim weitem nicht erreichte. Singeisen hält in seinem Fazit fest: «Die Pflichtfläche von 3400 Hektaren war unrealistisch. Mit Rodungen von Auenwaldungen und mit ‹Waldkorrekturen› alleine war diese Fläche nicht zu erreichen. Weder der Staat noch die anderen öffentlichen und privaten Waldbesitzer waren bereit, freiwillig guten Wald in grösserem Umfang zu opfern. Erst unter Druck unternahm der Kanton Bern die nötigen Schritte. Für die Bundesbehörden wurde die Rodungsaktion 1943 zu einer staatspolitischen Grundsatzfrage, weil die Aufgabenerfüllung durch die Kantone, die Gleichbehandlung und nicht zuletzt die Autorität und das Ansehen des Bundes auf dem Spiel standen. Die Zwangsrodungen lösten Proteste aus und stellten den Regierungsrat vor neue Probleme, beispielsweise die Rege-

103 Maurer 1985, S. 79.
104 Ebd., S. 80.

lung des Realersatzes. Stählis Teilerfolg, die Reduktion der Rodungsfläche auf 2200 Hektaren, machte die Aufgabe nicht einfacher. Entscheidend waren schliesslich der Kriegsverlauf und das Kriegsende 1945. Mit der Verbesserung der Versorgungslage und dem Ende der grosszügigen Finanzierung wurde es immer schwieriger, die Weiterführung der kostspieligen Rodungen zu rechtfertigen. Am Schluss lag die Rodungsfläche im Kanton Bern weit unter dem geforderten Mass. Dem Berner Wald blieben dadurch grössere Opfer erspart.»[105]

In den auf den Krieg folgenden Jahrzehnten musste die Rodung durch Aufforstung kompensiert werden, die vor allem in Bergregionen vorgenommen werden sollte.[106]

2.2 Der «Plan Wahlen» im Kanton Aargau

Der Kanton Aargau war über die Pläne der eidgenössischen Verwaltung zur Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrags gut informiert, war es doch der Freiämter Nationalrat Hermann Roman Abt, der das Postulat zur Bildung der vorbereitenden Kommission eingereicht hatte. Auch Josef Käppeli, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft beim Bund, der die Kommission präsidierte, stammte aus dem Freiamt. Ein weiteres Mitglied der Kommission war der Sekretär des SBV in Brugg, Ernst Laur.[107]

Willi Gautschis Ausführungen in seiner Kantonsgeschichte zum Anbauwerk im Kanton Aargau umfassen knapp vier Seiten.[108] Damit zeigt sich auch in diesem Werk der dürftige Wissensstand zur effektiven Durchführung der «Anbauschlacht» in den Kantonen. In Gautschis Darstellung wird deutlich, dass von den Kantonen nicht nur der Eingriff in die bäuerliche Betriebsführung als heikel erachtet wurde, sondern auch die «eklatante Abkehr von der bisherigen kantonalen Souveränität auf dem Gebiete

105 Singeisen 2018, S. 47. Hans Stähli war Mitglied der kantonalbernischen Vereinigung für Binnenkolonisation, erster Sekretär der 1918 gegründeten BGB, 1919–1955 Nationalrat und 1931–1949 bernischer Regierungsrat. In der bernischen Regierung war er Landwirtschafts- und Forstdirektor. In dieser Funktion wehrte er sich vehement und partiell erfolgreich gegen die vom Bund verordneten Waldrodungen.

106 Singeisen 2018, S. 44 f.

107 Gautschi 1978, S. 433. Vgl. dazu auch Baumann/Moser 1999, S. 135.

108 Gautschi 1978, S. 436–439.

der Rechtsetzung in landwirtschaftlichen Dingen».[109] Demgegenüber wies Maurer bezüglich der Entscheidfindung und Durchführung des Mehranbaus darauf hin, «dass die Absicherung staatlicher Entscheidungen in Kantonen und Gemeinden die beste Gewähr für hohe Effizienz und breiten Konsens» lieferte. Er spricht in diesem Zusammenhang von einem «föderalistischen Pluralismus», der entscheidend für die massive Ausdehnung der Anbaufläche verantwortlich gewesen sei.[110]

1939 schuf der Kanton Aargau eine Kantonale Zentralstelle für Ackerbau. Sie hatte vierzehn Mitarbeitende. Dieser Ackerbaustelle unterstanden 233 Gemeindeackerbauleiter, 60 Kreiskommissäre und 21 Gemüsekontrolleure. Im Dezember 1939 wurden die Gemeindestellen bezirksweise zu Versammlungen aufgeboten, an denen sie über das Vorgehen und ihre Aufgaben informiert wurden.[111] Jakob Käch, Leiter der kantonalen Ackerbaustelle und Landwirtschaftslehrer in der Landwirtschaftlichen Schule Brugg,[112] der 1947 in den *Badener Neujahrsblättern* auf den Mehranbau im Bezirk Baden zurückblickte, befand die Zusammenarbeit zwischen kantonaler und kommunalen Ackerbaustellen für gut: «Die eigentliche Durchführung des Mehranbaues ruhte auf der Zusammenarbeit der kantonalen Zentralstelle für Ackerbau mit den örtlichen Ackerbaustellen. Bei der Verteilung der Ackerfläche war man bestrebt, die einzelnen Gemeinden und Bezirke des Kantons nach den wirtschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten zu belasten. Wenn die Verhandlungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden fast durchwegs ohne grosse Reibungen vor sich gingen, begannen sehr oft die Spannungen in den Gemeinden zwischen den Ackerbaustellen und dem einzelnen Betrieb.»[113]

Mit geringen jährlichen Abweichungen erreichte im Kanton Aargau die effektiv bebaute Fläche in den meisten Fällen die festgesetzte Pflichtfläche (Tab. 3). Insgesamt betrug laut Gautschi die effektive Anbaufläche sogar 113 % der Pflichtfläche und «überstieg deutlich den eidgenössischen Durchschnitt».[114]

109 Feisst 1952, zitiert nach Gautschi 1978, S. 433.
110 Maurer 1985, S. 28.
111 Gautschi 1978, S. 436.
112 Käch war Bauernsohn und Ing. agr. ETHZ (1930–1933) und wurde 1947 katholisch-konservativer Nationalrat. Vgl. Brian Scherer 2005.
113 Käch 1947, S. 25 f.
114 Gautschi 1978, S. 436.

Tab. 3: Mehranbauzuteilungen und effektive Anbauflächen, Schweiz und Kanton Aargau

Etappen	Kanton Aargau		Schweiz	
	Pflicht	effektiv	Pflicht	effektiv
1934		14 464		183 479
1. Etappe (1939/40) und	16 564	16 995	208 812	217 222
3. Etappe (1940/41)	22 013	21 913	276 290	270 540
4. Etappe (1941/42)	25 013	25 415	309 600	309 010
5. Etappe (1942/43)*	29 609	29 445	356 700	352 226
6. Etappe (1943/44)	30 553	30 611	362 464	365 856
7. Etappe (1944/45)	30 553	30 803	362 464	367 048
8. Etappe (1945/46)**	27 643	28 812	330 941	342 966

* ohne Rodungen
** mit Rodung
Quelle: Gautschi 1978, S. 436

Der aargauische Regierungsrat war der Meinung, dass im Allgemeinen die Anbaupflicht gut realisiert werde. 1943 klagte er aber, dass es eine «erhebliche Anzahl von Bauernbetrieben» gebe, die «um mehr als 5 %» unter ihrem Soll geblieben seien. Abklärungen ergaben, dass unter den Gründen «der Mangel an Arbeits- und Zugkräften, Behinderung durch Militärdienst, Krankheit usw.» aufzuführen waren und manchmal die Zuteilung schlicht eine «zu starke Belastung» war. Bei ungenügender Begründung wurden Anträge auf Bestrafung gestellt.[115] Gautschi berichtet von neun Zwangsverpachtungen, die aufgrund der Nichterfüllung der Mehranbaupflicht vorgenommen wurden. Ausserdem wurde in sechs Polizeiaktionen die Pflicht zur Ablieferung von Heu und Hafer durchgesetzt.[116] Schliesslich setzte es auch 43 Bussen ab.[117]

Ackerbaustellenleiter Käch stellte für den Bezirk Baden fest, dass dort die Bedingungen für die Ausweitung des Ackerbaus an sich günstig waren. Ihr entgegen standen allerdings insbesondere die hohe Zahl kleiner Parzellen und der Mangel an Zugkräften und Ackerbaugerät. Deshalb seien

115 Ebd., S. 437.
116 Sie bestand, um die Fütterung der Tiere der Armee sicherzustellen.
117 Gautschi 1978, S. 437.

Tab. 4: Effektive Anbaufläche im Bezirk Baden

Jahr	Hektaren
1934	1778,0
1940	1923,5
1941	2554,5
1942	2964,0
1943	3290,5
1944/46	3510,0

Quelle: Käch 1947, S. 23.

sofort Massnahmen ergriffen worden: «Durch sofortige Inangriffnahme von Güterregulierungen, von Meliorationen und durch genossenschaftliche Anschaffung von Zugkräften und Maschinen vermochte man diesen Hindernissen zu begegnen.»[118] Tab. 4 zeigt die Zunahme der offenen Ackerfläche inklusive Industriepflanzland und Kleinpflanzer im Bezirk Baden.
Der «Plan Wahlen» beruhte neben der intensiven Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion, die mit der Ausdehnung der bebauten Flächen die Verlagerung auf Futtermittel- und Getreideanbau beinhaltete, auch auf der Verpflichtung einer enormen Zahl von Kleinpflanzern[119] zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse sowie auf der Anordnung der Anbaupflicht durch Industriebetriebe. Von den Kleinpflanzungen im Kanton Aargau wurden laut Gautschi 1941 «152 ha mit Kartoffeln, 150 ha mit Gemüse» bebaut. 1944 habe der Anbau «eine Fläche von 496 ha Kartoffeln und 554 ha Gemüse» erreicht.[120] 1943 gab es gemäss den Zahlen von Gautschi 227 Firmen mit Anbauverpflichtung, also solche mit mehr als 50 Mitarbeitenden oder mit einem wehropferpflichtigen Vermögen von mindestens 500 000 Franken.[121] Die Zahl erweiterte sich im Herbst 1943 auf 384 Firmen, indem auch solche

118 Käch 1947, S. 23. Käch galt laut Brian Scherer (2005) als Fachmann für Güterregulierungen.
119 Mit Sicherheit befanden sich auch im Kanton Aargau sehr viele Frauen unter den «Kleinpflanzern», die aber sprachlich nicht ausgewiesen werden.
120 Gautschi 1978, S. 438.
121 Ebd., S. 437.

mit mindestens zwanzig Mitarbeitenden zum Anbau verpflichtet wurden.[122] Dabei leisteten die Industriebetriebe mit ihren Angestellten vor allem die Rodungen von neu zu bewirtschaftenden Flächen und sie trugen die finanziellen Risiken des Anbaus, während ein Teil der Bewirtschaftung durch die Landwirtschaft geleistet wurde.[123]

Die kantonale Forstverwaltung war beauftragt worden, zu erheben und zu berichten, wo Waldparzellen lagen, die gerodet werden könnten. Das kantonale Meliorationsamt, das der Baudirektion angehörte, betreute Subventionsgesuche für Rodungen, für die aber Gesuche an das eidgenössische Meliorationsamt eingereicht werden mussten. Erst nach erfolgter Rodung gelangte das Geschäft in die Landwirtschaftsdirektion, die für die Pachtverhältnisse verantwortlich war und die Anbauverhältnisse regelte. Da die Gemeinden, aber auch Private sich gegen Rodungen wehrten aus Angst, zu wenig entschädigt zu werden, oder weil sie der Meinung waren, dass die Böden sich nicht eigneten, schritt die Aargauer Regierung zu Zwangsrodungen. Auch die Förster wehrten sich gegen die Zerstörung von Wäldern, indem sie Alternativen zu Rodungsvorgaben entwickelten, die Öffentlichkeit zu mobilisieren suchten oder Rodungen verzögerten.[124] Die unversöhnlichen Positionen führten schliesslich zum offenen Konflikt, in welchem die aargauische Regierung die Förster des Kantons zum Aufgeben zwang.[125] Marcel Müller und Marion Wullschleger, die die Quellen des Staatsarchivs Aargau zur Nutzung des Waldes und zu den Rodungsvorhaben während des Zweiten Weltkriegs auswerteten, berichten von einer ernüchternden Bilanz nach dem Krieg: «Von den vom Bund vorgeschriebenen 950 Hektar Wald waren 924 Hektar tatsächlich gerodet worden. Diese Fläche […] entspricht 1,9 Prozent der Gesamtwaldfläche des Aargaus. Dabei entfielen die Rodungen zu 7 Prozent auf Staatswaldungen, zu 28 Prozent auf Privatwaldungen und zu 65 Prozent auf Gemeindewaldungen. Wie sich zehn Jahre später in einer gesamtschweizerischen Umfrage zu den Kriegsrodungen zeigte, war nur gerade ein Drittel der im Aargau gerodeten Waldfläche zu wirklich gutem Kulturland geworden, während etwa die Hälfte als mittelmässig eingestuft wurde. Dazu kam noch, dass sich die Kriegsrodungen für die Bodeneigentümer finan-

122 Ebd., S. 438.
123 Ebd., S. 437.
124 Müller/Wullschleger 2006, S. 149, 151.
125 Ebd., S. 151.

ziell nicht gelohnt hatten, da die Böden als Waldparzellen einen grösseren Reinertrag abgeworfen hatten, als der Pachtzins für landwirtschaftliches Land einbrachte.»[126]

2.3 Der «Plan Wahlen» in den Gemeinden

Zehn Arbeiten, die diesen Ausführungen zur Alltagsgestaltung der schweizerischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs zugrunde liegen, sind dem «Anbauwerk» gewidmet. In drei Arbeiten werden aufgrund von Quellen insbesondere aus Gemeindearchiven mehrere Themen untersucht. In einer wird die Bereitstellung von Land für «Kleinpflanzer» erörtert, in den anderen werden Diskussionen um Landrodungsvorgaben, Güterzusammenlegungen, Meliorationen und Mehranbau durch die Bauern vorgestellt. Der Konflikt zwischen Sportvereinen um den Mehranbau auf einem ihrer Sportplätze beherrscht eine weitere Arbeit. Schliesslich befassen sich zwei Arbeiten mit dem Industrie-Anbauwerk.[127]

Auf kommunaler Ebene, die hier im Zentrum steht, zeigten sich im Kanton Aargau Schwierigkeiten ganz besonders bei der Anforderung, die Anbauflächen zu erweitern. Zwar erhielten die kommunalen Ackerbaustellen von Bund und Kanton Mittel, um Meliorationsprojekte durchführen, Waldrodungen vornehmen und Güterumlegungen angehen zu können. Aber die Projekte stellten häufig Einschnitte in die gewohnten Verhältnisse dar, die Anlass zu Auseinandersetzungen, Abwehr und Verweigerungen gaben. Neben den Bemühungen, die von Bauern genutzte Landwirtschaftsfläche zu erweitern, waren die Kommunen auch damit befasst, den Nahrungsmittelanbau durch nichtbäuerliche Private und die Gemeinden selbst zu fördern und zu fordern. Dabei wurden sie mit einem erheblichen propagandistischen Aufwand des Bundes und der Kantone unterstützt.

Die lokale Bereitschaft und die Möglichkeit, dass sich eine Gemeinde am Mehranbau beteiligte, hingen stark davon ab, wie gross die bebaubare Fläche überhaupt war und inwiefern sie bereits intensiv genutzt und wie parzelliert sie bewirtschaftet wurde. Die Steigerung der Nahrungsmittelpro-

126 Ebd., S. 152.

127 Die zehnte Arbeit ist der ideologischen Komponente der «Anbauschlacht» gewidmet und wurde hier nicht berücksichtigt.

duktion war aber auch von der Bevölkerungszahl abhängig, indem grössere Gemeinden mit vieler zwar ländlicher, aber in Fabriken und Gewerbebetrieben tätiger Bevölkerung diese für die «Pflanzblätzaktion» gewinnen konnten. Mit dem Eigenanbau von Kartoffeln und Gemüse konnte man nicht nur die Nahrungsmenge steigern, da der Eigenanbau der Rationierung nicht unterstand, er war auch finanziell interessant, da dabei die Teuerung viel weniger ins Gewicht fiel als bei den rationierten, in Geschäften zu beziehenden Lebensmitteln. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein hoher Prozentsatz auch der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zur Zeit des Zweiten Weltkriegs noch über Kenntnisse des Anbaus von Kartoffeln und Gemüse verfügten, war der Eigenanbau doch vielen Arbeiterfamilien aufgrund ihrer ländlichen Herkunft vertraut, und zudem, weil nicht wenige Industriebetriebe und grössere Kommunen den freizeitlichen Anbau von Gemüse und Kartoffeln auch in den Jahrzehnten vor dem Krieg gefördert hatten.

2.3.1 Mehranbau in Mülligen

Mülligen war ein kleines Dorf südlich der Reuss im Bezirk Brugg. Es hatte 1941 341 Einwohnerinnen und Einwohner.[128] Ein Teil davon arbeitete in der Spinnerei Kunz in Windisch, was zu Fuss einen Arbeitsweg von rund einer Stunde voraussetzte. Die verschiedentlichen Anmerkungen in den Gemeinderatsprotokollen legen nahe, dass es sich bei den Bauernhöfen des Dorfes um kleine Familienbetriebe handelte. Auch war der Boden verhältnismässig kleinteilig parzelliert. Arbeitskräfte waren also wenige verfügbar, als es darum ging, die Anbauflächen auszudehnen, Wald zu roden und den Militärdienst der Dienstpflichtigen aufzufangen.

Die Gemeinderats- und Gemeindeversammlungsprotokolle von Mülligen machen deutlich, dass in einer kleinen Gemeinde, die von Bauern mit kleinen Höfen und von Fabrik- und Gewerbearbeitenden bewohnt wurde, der Mehranbau ein schwieriges Unterfangen war. Dabei scheinen sich die Zwänge knapper Ressourcen (Arbeitskräfte, Zeit) mit dem Willen, dem Lauf der Dinge lieber wie gewohnt nachzugehen, gepaart zu haben. Der Zwang der (kantonalen und eidgenössischen) Behörden und die Drohung,

128 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10., 13. 4. 2023.

Zwangszuweisungen, Bussen und anderes zu verhängen, scheint als Damoklesschwert über der Bevölkerung gehangen und sie nur mit viel offenem und verdecktem Widerstand zur Erfüllung der Anbauvorgaben gebracht zu haben.

Die Gemeindebehörden schöpften ihre Möglichkeiten, Bewilligungen für die Gesuche der Landwirte um Urlaub beziehungsweise Dienstdispensation zu erwirken, aus.[129] Sie informierten die Bauern verschiedentlich an den Gemeindeversammlungen über die Möglichkeiten, Gesuche um Dispensation oder Beurlaubung zu stellen.[130] Daneben wurden vom Kanton die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte für die Arbeitsdienstpflicht eingeteilt.[131] Dies betraf zum einen die schulpflichtigen Kinder der Oberstufe (7.–9. Schuljahr), zum anderen nichtmilitärdienstpflichtige Arbeitslose. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, also Knechte und Mägde, wurden an ihre Arbeitsorte gebunden. Die Arbeitsdienstpflicht war nicht bei allen beliebt. «Viele liessen sich krankschreiben um der Arbeit zu entgehen.» Deshalb wurde im Kanton festgelegt, dass ein Zeugnis nur von einem Bezirksarzt ausgestellt werden durfte.[132] Mülligen scheint mit den getroffenen Massnahmen die Arbeitslast weitestgehend selbst getragen zu haben. Als 1941 auch polnische Internierte angefordert werden konnten, hatte Mülligen für sie vorerst keinen Bedarf.[133] Erst im Frühjahr 1942 forderte die Gemeinde Internierte zur Unterstützung an, erhielt nun aber keine.[134] 1943 teilte das kantonale Arbeitsamt auf Anfrage mit, dass für die Heuernte polnische Internierte zur Verfügung gestellt würden.[135] Ob von Bauern in Mülligen tatsächlich Internierte angefordert wurden, bleibt offen.

Laut der Anbaustatistik von 1940 verfügte Mülligen über 57 ha Anbaufläche.[136] Davon waren rund 32 ha mit Brotgetreide, 15 ha mit Kartof-

129 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 5, 28, 53, 147, 149, 184, 406, 411. Gemeinderatsprotokoll 1944–1946, S. 66, 86. Gemäss Näf 2006, S. 10 f.

130 Mülligen, Gemeindeversammlungsprotokoll 1929–1943, S. 349, 391. Gemäss Näf 2006, S. 11.

131 Näf 2006, S. 12–14.

132 Ebd., S. 13. Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 132.

133 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 164. Gemäss Näf 2006, S. 14.

134 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 256. Gemäss Näf 2006, S. 14.

135 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 357, 390. Gemäss Näf 2006, S. 15.

136 Die Fläche des Gemeindegebiets beträgt heute 316 ha, davon sind 103 ha bewaldet und 100 ha überbaut, https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BClligen_AG, 13. 4. 2023.

feln, 7 ha mit Futtergetreide, 5 ha mit Gemüse und 1 ha mit Zuckerrüben bepflanzt.[137] Die Bauern erhielten für die Anbauetappe 1940/41 den Auftrag, 7,5 ha Wiesland umzubrechen.[138] Zudem wurde ihnen mitgeteilt, dass sie sich für den Mehranbau zu melden hätten. Sonst, so wurde ihnen angedroht, würde es zu Zwangszuteilungen kommen.[139] Es muss offenbleiben, ob diese Drohung auf bereits geäusserten Unwillen zurückzuführen ist oder ob die Behörden generell der Auffassung waren, man müsse den Einwohnern und Einwohnerinnen den Ernst der Lage klar machen.

Im Frühjahr 1941 wurde eine weitere Erhöhung der Anbaufläche festgelegt. Damit sollten Saatgut gesichert und Vorräte angelegt werden.[140] Diesmal sollte nach den Weisungen des kantonalen Oberforstamts durch das Roden von Wald die Anbaufläche beträchtlich erhöht werden. Dagegen wehrte sich die Gemeinde mit der Aussage, es seien in der Gemeinde keine geeigneten Flächen Wald vorhanden.[141] Man wollte versuchen mit Güterzusammenlegung mit umliegenden Gemeinden die Ausdehnung der geforderten Flächen zu erreichen. Ein Ortstermin der Behörden auf dem südlich gelegenen Birrfeld sollte zeigen, ob das Zusammenlegen von Parzellen und ein funktionaleres Wegnetz zur Erhöhung der Anbaufläche führen konnten. Als ein diesbezüglicher Vorschlag vor die Gemeindeversammlung kam, lehnte diese allerdings ab mit dem Argument, dass dabei die Kleinbauern und Kleinbewirtschafter zu kurz kommen würden.[142]

Mit dem Nein an der Gemeindeversammlung, das mindestens für einen Teil des kleinteilig parzellierten Bodens eine rationellere Bewirtschaftung verhinderte, und dem Unwillen, den hohen Arbeitsaufwand auf sich zu nehmen, um den Wald zu roden, stand man vor einer schwierigen Situation. Eine vorläufige Lösung brachte die Mitteilung, dass auch nichtlandwirtschaftlich genutztes Land als Ackerland angerechnet werden könne. Daraufhin begann man den Turnplatz umzupflügen.[143] Ausserdem trafen sich die Landwirte zu einer neuerlichen Feldbegehung, um mögliche Ver-

137 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 60, 65. Gemäss Näf 2006, S. 5.
138 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 2. Gemäss Näf 2006, S. 5.
139 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 86. Gemäss Näf 2006, S. 5.
140 Mülligen, Gemeindeversammlungsprotokoll 1929–1943, S. 112. Gemäss Näf 2006, S. 6.
141 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 124. Gemäss Näf 2006, S. 6.
142 Mülligen, Gemeindeversammlungsprotokoll 1929–1943, S. 345–347. Gemäss Näf 2006, S. 6.
143 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 160. Gemäss Näf 2006, S. 6.

besserungen zu erreichen. So erreichte Mülligen schliesslich bis September 1941 die Erfüllung der geforderten Pflichtfläche.

Für das folgende Jahr drohte die kantonale Ackerbaustelle mit Zwangszuteilungen, sollte die neuerliche Ausdehnung der Pflichtfläche nicht erreicht werden.[144] Nun übertrafen die Bauern bis Mai 1942 mit einer effektiven Fläche von 92 ha Ackerland die Pflichtfläche. Wie dies plötzlich möglich geworden war, bleibt offen. In der folgenden Anbauphase hatte Mülligen weitere 10 ha Ackerland unter den Pflug zu nehmen und sollte nun 2 ha Wald roden. Der Gemeinderat suchte noch einmal nach einem Ausweg. Sein Vorschlag betraf vier Punkte. Erstens wollte man die Düngerzufuhr erhöhen, um die Erträge zu steigern. Ob dies überhaupt möglich war, ist fraglich, waren doch die Düngermengen kontingentiert. Erneut schlug er zweitens die Regulierung der Parzellierung vor, mit der die zahlreichen Schäden an den Ackerfurchen vermieden würde.[145] Drittens sollte der Frischgemüsebau in Dauergemüsebau umgewandelt werden, was die anrechenbaren Flächen vergrössern würde. Die drei Vorschläge betrafen also Massnahmen, die die bebaute Fläche gar nicht ausgedehnt, sondern auf den bestehenden Flächen Anbauverbesserungen herbeigeführt hätten. Viertens machte man eine Eingabe ans Kreisforstamt, weil man den grösseren Teil des Flugplatzes Birrfeld umpflügen wollte.[146] Das Gesuch um dessen Bewirtschaftung wurde jedoch sofort abgelehnt, weil der Flugplatz aus militärischen Gründen nicht bepflanzt werden dürfe.[147] Insgesamt zeigte sich also in der Gemeinde ein grosser Unwille, die Anordnungen zum Mehranbau umzusetzen. Die Gemeindebehörden spielten mit offensichtlich untauglichen Vorschlägen auf Zeit.

Gleichzeitig mit der Ablehnung des Anbaus auf dem Flugplatzgelände machte nun laut Julia Näf, die die Quellen in der Gemeinde konsultiert hat, der Regierungsrat Druck auf die Gemeinde: Er wies auf die dringliche Rodung von Wald hin und drohte, bei Nichtbefolgung der Weisung Bussen bis zu 30 000 Franken auszusprechen.[148] Trotz der Aufforderung, 2 ha Wald zu roden, zögerte der Gemeinderat die Rodung hinaus. Mülligen wies denn

144 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 48. Gemäss Näf 2006, S. 7.
145 Waren die Parzellen klein, spielten die Schäden der Fuhrwerke eine viel grössere Rolle als bei grossen Ackerflächen.
146 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 304. Gemäss Näf 2006, S. 7.
147 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 316, 324. Gemäss Näf 2006, S. 7.
148 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 360. Gemäss Näf 2006, S. 7.

auch bei der nächsten Anbauerhebung im Juni 1943 zu wenig Anbaufläche aus. Neben 105,9 ha Wiesland standen den effektiven 100 ha Ackerland 102 ha Pflichtfläche gegenüber, eine Differenz, die der Gemeinderat auf das Verbot, den Flugplatz umzupflügen, zurückführte. Ein erneutes Gesuch um Reduktion der Pflichtfläche wurde von der kantonalen Ackerbaustelle abgelehnt.[149]

Hinzu kam im August 1943 eine Verfügung des KEA, 300 Aren Raps anzubauen. Die Landwirte erhielten Abnahmeverträge für Raps und Mohn, die jährlich erneuert wurden, und wurden für den Anbau angeleitet. Ausserdem bot ihnen der VOLG Abnahmeverträge für Gemüse an.[150] Diese neuen Möglichkeiten beseitigten allerdings das Problem nicht, dass noch immer Bussen wegen der Nichterfüllung bei den Pflichtanbauflächen drohten. So nahmen die Behörden im Januar 1944 den Plan einer Güterregulierung wieder auf. Die Gemeinderäte von Birr, Birrhard, Lupfig und Mülligen verständigten sich auf ein grossflächiges Projekt, das sie bei einem technischen Büro in Auftrag gaben.[151] Es scheint, dass im Zentrum der Motivation für diese Güterregulierung auf dem Birrfeld gar nicht mehr die Erfüllung der Anbaupflicht stand, wurde doch die Pflichtfläche 1944/45 ohne weitere öffentliche Anstrengungen erreicht.[152] Die Gemeinden stimmten dem Projekt Mitte 1945 zu.[153] Möglicherweise hat der ständige Druck, den Boden effizienter zu bewirtschaften, der gemeinsamen Regulierung der Klein- und Kleinstparzellen den Weg geebnet und damit einer Modernisierung der Agrarwirtschaft Schub verliehen.

149 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1940–1943, S. 390, 400. Gemäss Näf 2006, S. 8.
150 Mülligen, Gemeindeversammlungsprotokoll 1943–1952, S. 8, 2. Gemäss Näf 2006, S. 8.
151 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1944–1946, S. 4, 9, 73, 97. Gemäss Näf 2006, S. 8 f.
152 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1944–1946, S. 69, 74. Gemäss Näf 2006, S. 9.
153 Mülligen, Gemeinderatsprotokoll 1944–1946, S. 180. J. Ruh (1945). Projektvorschlag. Güterregulierung auf dem Birrfeld. Brugg. Gemäss Näf 2006, S. 9.

2.3.2 Kleinpflanzer und Kleinpflanzerinnen in Gelterkinden[154]

Gelterkinden im Bezirk Sissach, Kanton Basel-Landschaft, hatte 1941 2707 Einwohnerinnen und Einwohner.[155] In der Gemeinde wurde traditionell viel Getreide und seit dem 19. Jahrhundert auch Obst angebaut. Daneben gab es eine starke Heimarbeiter- (Posamenter-) und Fabrikbevölkerung (Seidenbandweberei), die sich aber im 20. Jahrhundert zunehmend nach Arbeit ausserhalb der Gemeinde umschauen musste.

Die Anbaufläche in der Gemeinde betrug am Anfang des Zweiten Weltkriegs 33,31 ha. Sie wurde von 44 Produzenten bewirtschaftet. Bis 1944 erreichte die Anbaufläche mehr als das Doppelte, nämlich 74,36 ha, und die Zahl der Produzenten war auf 84 gestiegen,[156] mit einbezogen Pflanzer und Pflanzerinnen mit mindestens 8 Aren unterschiedlicher Pflanzen, Gärtner, Besitzer von Vieh sowie Bewirtschafter von mindestens 25 Aren Kulturland.[157] Bei der jährlichen Überprüfung im Juli wurde die effektive Anbaufläche in der Gemeinde detailliert nach angebauten Pflanzen aufgeschlüsselt.[158]

In der ersten Etappe des Mehranbaus (1939/40) war von Gelterkinden eine Mehranbaufläche von 23 ha verlangt worden. Es folgten Vorgaben für die zweite und dritte Etappe von 55 ha, für die vierte Etappe von 13 ha und für die fünfte Etappe von 18,5 ha.[159] Dabei wurde schon bei der zweiten Etappe darauf hingewiesen, dass auch die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung in den Mehranbau eingebunden werden solle, wofür die Gemeindebehörden die Verantwortung trügen.

154 Im Material tauchen keine Frauen auf. Es ist allerdings – vor allem aus Erinnerungen – bekannt, dass es häufig Frauen waren, die den «Pflanzblätz» bewirtschafteten. Die Arbeit zu Gelterkinden ist die einzige, die sich nicht auf eine aargauische Gemeinde bezieht.

155 Bundesamt für Statistik 1992, S. 90.

156 Eduard Strübing et al.: Heimatkunde von Gelterkinden, Liestal 1966. Zitiert in Handschin 2006, S. 3.

157 Eidgen. Statistisches Amt an Gemeindebehörden vom 21. 6. 1940, GA Gelterkinden. Sitzungsakten April 1940 bis Januar 1941, Nr. 4/1/3. Gemäss Handschin 2006, S. 7.

158 Gemeinderatsprotokoll vom 27. 7. 1940, S. 286, Eintrag 530, GA Gelterkinden 1938–1941. Gemäss Handschin 2006, S. 8; Bericht der Ackerbaustelle Gelterkinden über die Anbauerhebung 1942 an den Gemeinderat vom 7. 7. 1942, GA Gelterkinden. Sitzungsakten 1942, Nr. 4/1/5. Gemäss Handschin 2006, S. 15.

159 Handschin 2006, S. 5, 9, 13, 16.

Der Mehranbau in der ersten Etappe wurde in erster Linie noch von den Landwirten getragen. Zu den bäuerlichen Anbauverhältnissen in Gelterkinden geben laut Urs Handschin die Materialien im Gemeindearchiv keine Auskunft. Es wird lediglich deutlich, dass im Kanton generell einzelne Bauernbetriebe wegen Militärdienst von Landwirten im Rückstand waren. So wies der Kanton darauf hin, dass die Bauernfamilien einer Solidaritätspflicht unterlägen, indem nicht Eingezogene zur Aushilfe bei den Mobilisierten verpflichtet seien. Die Namen der Landwirte, die einer Aufforderung zur Hilfe nicht nachkämen, sollten publiziert werden.[160] Die drakonische Androhung weist darauf hin, dass die gegenseitige Unterstützung für die Landwirte nicht selbstverständlich und möglicherweise bei den gesteigerten eigenen Anbauleistungen auch schwer zu bewerkstelligen war. Hatten die Landwirte die Pflichtfläche der ersten Etappe noch erreicht, mahnte die Kantonale Zentralstelle für Ackerbau am 12. Juni 1941 den Gemeinderat Gelterkinden: «Unsere vorläufige Erhebung durch die Gemeindestelle für Ackerbau hat ergeben, dass Ihre Gemeinde leider den zugewiesenen Pflichtmehranbau bei weitem nicht erfüllt hat. […] Ihre Gemeinde hat einen Ausfall von 16 ha. Wir bitten Sie, dafür zu sorgen, dass bis zur Aufnahme vom 16. bis 21. Juni 1941 so viel wie möglich von diesem Ausfall noch nachgeholt wird.»[161] Die Gemeinde verfehlte das Anbauziel schliesslich um 8,81 ha.[162] Urs Handschin, der den Mehranbau in Gelterkinden untersuchte, hält fest, dass im Gemeindearchiv zu allfälligen Bussen wegen Nichterreichens des Pflichtanbaus nichts zu finden war.[163] Bei der folgenden Anbauerhebung für die vierte Mehranbauetappe ergaben sich mit einer Ausnahme keine Schwierigkeiten. Das Soll wurde mit 143,77 ha um 6 ha übertroffen. Es ist zu vermuten, dass daran die Kleinpflanzerinnen und Kleinpflanzer einen wichtigen Anteil hatten. Nur einer der Bauern zeigte bei der Anbau-

160 Schweizerische Zentralstelle für Kriegswirtschaft an die Gemeindebehörden und Ackerbaustellen der Gemeinden, 7. 12. 1939, GA Gelterkinden, Sitzungsakten 1939 bis April 1940, Nr. 4/1/2. Kreisschreiben Nr. 26 der Direktion des Innern BL an sämtliche Gemeinderäte und landwirtschaftliche Arbeitseinsatzstellen, 4. 5. 1940, GA Gelterkinden, Sitzungsakten April 1940 bis Januar 1941, Nr. 4/1/3. Gemäss Handschin 2006, S. 6.

161 Kantonale Zentralstelle für Ackerbau an den Gemeinderat Gelterkinden, 12. 6. 1941, GA Gelterkinden, Sitzungsakten 1941 bis 15. 4. 1942, Nr. 4/1/4. Gemäss Handschin 2006, S. 11.

162 Handschin 2006, S. 12.

163 Ebd.

erhebung grossen Unmut: Die Beauftragten wurden unfreundlich empfangen und der Bauer war nicht bereit, die Messarbeit wie üblich zu begleiten, weshalb der Erhebungsbeauftragte riet, dem Bauern einen Verweis zu erteilen.[164] Bei der sechsten Etappe wurde in Gelterkinden die Pflichtfläche übertroffen.[165] Obwohl die Gemeinde damit den Mehranbau erfolgreich abschloss, wiesen einige Landwirte eine Fehlfläche von über 10 % auf[166] und waren offenbar von der kantonalen Zentralstelle mit einer Busse belegt worden, gegen die sie rekurriert hatten. Nun sollte die Gemeinde zu den Rekursen, die von der kantonalen Zentralstelle als unbefriedigend eingeschätzt wurden, Stellung beziehen. Der Gemeinderat kam schliesslich zum Schluss, dass zwei der vier Rekurse abzuweisen seien.[167]

Ab der zweiten Etappe sollten auch nichtlandwirtschaftliche Personen zum Mehranbau beitragen. Sie waren aufgerufen, Pflanzland zu bewirtschaften. Dieses sollte von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, sei es, indem den Kleinpflanzerinnen und Kleinpflanzern gemeindeeigenes Gelände überlassen wurde, sei es, dass die Gemeinde Pachtland beschaffte.[168] Gelterkinden, dies zeigen die folgenden Angaben, hatte relativ gute Möglichkeiten, den Privaten Pflanzland zur Verfügung zu stellen. Als im November 1940 die Gemeinden aufgefordert wurden, über ihre bisherigen Anstrengungen zur Beschaffung von Pflanzland Auskunft zu geben, meldete die Ackerbaustelle Gelterkinden, sie habe bereits 60 Aren von der Bürgergemeinde und 110 Aren von der Einwohnergemeinde erhalten, wovon 30 Aren in Pacht genommen worden seien.[169] Dieses Pflanzland reiche

164 Bericht über die Anbauerhebung an den Gemeinderat Gelterkinden, 3. 7. 1942, GA Gelterkinden, Sitzungsakten 1942, Nr. 4/1/5. Gemäss Handschin 2006, S. 14.

165 Handschin 2006, S. 17 f. Für die fünfte Etappe liegt kein Quellenmaterial vor, da der Gemeinderat, der bis anhin die Funktion der Gemeindeackerbaustelle selbst wahrgenommen hatte, diese an einen Privaten abgegeben hatte. Dieser wiederum gab seine Unterlagen offenbar nicht ins Gemeindearchiv ab.

166 Kantonale Zentralstelle für Ackerbau an Gemeinderat Gelterkinden, 27. 9. 1944, GA Gelterkinden, Sitzungsakten 10. 8. 1944 bis 21. 8. 1945, Nr. 4/1/7. Gemäss Handschin 2006, S. 18.

167 Gemeinderat Gelterkinden, Sitzungsakten 10. 8. 1944 bis 21. 8. 1945, Nr. 4/1/7. Gemäss Handschin 2006, S. 18.

168 Direktion des Innern BL an sämtliche Gemeinderäte, Kreisschreiben Nr. 53, 9. 10. 1940, GA Gelterkinden, Sitzungsakten April 1940 bis Januar 1941, Nr. 4/1/3. Gemäss Handschin 2006, S. 9.

169 Ackerbaustelle Gelterkinden, Fragebogen der Direktion des Innern BL, 20. 11. 1940, StABL, VR 3266, Nr. 08.00.00–08.00.01. Gemäss Handschin 2006, S. 10.

allerdings für die sehr zahlreichen Interessierten nicht aus. So berichtete der Gemeindeackerbaustellenleiter im Februar 1941, man benötige nicht nur das gesamte Gemeindepflanzland, sondern auch noch private Parzellen.[170] In der zweiten und dritten Anbauetappe machte das von Kleinpflanzerinnen und Kleinpflanzern bebaute Land 12,87 ha aus.[171] In der folgenden vierten Etappe wurde Privatland gepachtet, um dem anhaltenden Bedürfnis nach Pflanzland zu entsprechen. Von den 385 Aren Pflanzland im Februar 1942 waren 17 Aren aus dem Umbruch von Ziergärten gewonnen worden. Per Zwangspacht erhielt die Gemeinde 36 Aren. 60 Aren Land blieben nun noch ungenutzt.[172] Aber als sich der Kanton für das Land im Rahmen des Industriepflanzwerks interessierte, beschied die Gemeinde, sie brauche das Land selbst. Dies macht deutlich, dass die Nachfrage der lokalen Bevölkerung anhielt.[173]

Dank der Bodenreserven konnte Gelterkinden relativ vielen Kleinpflanzerinnen und -pflanzern Parzellen anbieten. Da der Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern relativ hoch war, liess sich der Anbau von Kartoffeln und Gemüse stark steigern, ein Phänomen, das auch für grosse urbane Kommunen typisch war.

2.3.3 Waldrodungen in Fischbach-Göslikon

1940 war Fischbach-Göslikon eine kleine Gemeinde mit 372 Einwohnerinnen und Einwohnern, bestehend aus zwei Dörfern, im Kanton Aargau.[174] 64 Personen gaben an, in 47 Landwirtschaftsbetrieben tätig zu sein.[175] Bezüglich des Mehranbaus sind die Auskünfte aus dem Gemeindearchiv laut Dominik Stutz spärlich, und nicht viel ausführlicher sind diejenigen zu den Rodungen. Letztere betrafen drei Waldparzellen. Die zwei kleineren

170 Gemeinderatsprotokoll, 8. 2. 1941, S. 376, Eintrag 88, GA Gelterkinden 1938–1941. Gemäss Handschin 2006, S. 11.

171 Mehranbauzuteilung 1941/42 Für die Gemeinden des Kantons BL der Kant. Zentralstelle für Ackerbau (undatiert, StABL, VS 3266, Nr. 08.00.00–08.00.01. Gemäss Handschin 2006, S. 12.

172 Gemeinderatsprotokoll, 5. 1. 1942, S. 108, Eintrag 10; 13. 4. 1942, S. 129, Eintrag 296. Gemäss Handschin 2006, S. 13.

173 Gemeinderatsprotokoll, 13. 4. 1942, S. 129, Eintrag 297, GA Gelterkinden 1941–1944. Gemäss Handschin 2006, S. 14.

174 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokolle 1, 4. Sitzung vom 30. 1. 1940, Nr. 69. In: Stutz 2006, S. 5. Vgl. Rationierungen Kapitel III. 5.1.3.

175 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokolle (1), 34. Sitzung vom 12. 9. 1939, Nr. 496. In: Stutz 2006, S. 5.

mit einer Fläche von 12 Aren in der «Kalberweid»[176] und 36 Aren unterhalb des Gemeindewasserreservoirs[177] dürften privates Eigentum gewesen sein, denn der Ernteertrag auf dem gerodeten Areal hatte zuvor je dem Eigenbedarf gedient. Das Kreisforstamt gab am 18. Januar 1943 den Auftrag für die Rodung einer grösseren Fläche, nämlich 6,6 ha, im ehemaligen «Oberholz». Die Gemeinde, die sehr arm war, weil ihre Einwohner und Einwohnerinnen zu einem beträchtlichen Teil die Steuern nicht bezahlen konnten, wehrte sich bis Anfang 1944 dagegen, ihren Anteil Wald zu schlagen, machte er doch 12 % des Gemeindewaldes aus.[178]

Der grössere Teil des zu rodenden Waldstücks gehörte dem Bauernbetrieb Seiler, dessen Besitzer Gemeindeammann war. Die Kosten der Rodung beliefen sich auf 39 400 Franken, woran sich Bund und Kanton mit 23 400 Franken beteiligten. Die restliche Summe musste von den Waldbesitzern aufgebracht und durfte durch den Holzverkauf kompensiert werden. Als 1945 das geschlagene Holz unter der Aufsicht des Kreisforstamts versteigert wurde, waren unter den Abnehmern Käufer aus Wohlen, Niederwil und Bremgarten. Die Versteigerung brachte einen nicht mehr eruierbaren, offenbar hohen Gewinn.[179] Zudem konnte die gerodete Fläche der Familie Seiler an die Konservenfabrik Lenzburg (Hero) verpachtet werden, die schon 1942 ihr Interesse angemeldet hatte.[180] Der Verpächter pflanzte dann darauf, beauftragt vom Industriebetrieb, selbst Kartoffeln an.[181] Die Tatsache, dass im Gemeindearchiv ein Brief der Hero von 1942, also noch von vor dem Rodungsentscheid des Kreisforstamts, liegt, weist darauf hin, dass der Anstoss zur effektiven Rodung im Kontext des Industriepflanzwerks erfolgte. Das Archiv liefert allerdings keine weiteren Hinweise.

176 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokoll (1), 46. Sitzung, 17. 11. 1942, Nr. 704. Gemäss Stutz 2006, S. 19.

177 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokoll (1), 1. Sitzung, 5. 1. 1943, Nr. 10. Gemäss Stutz 2006, S. 19.

178 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokoll (1), 10. Sitzung, 8. 3. 1944, Nr. 116. Gemäss Stutz 2006, S. 20.

179 Fischbach-Göslikon, Gemeinderatsprotokoll (2), 15. Sitzung, 18. 3. 1944, Nr. 57; Rodung Oberholze 1943/44 (Mappe). Holzverkaufsliste vom Frühjahr 1945. Gemäss Stutz 2006, S. 20.

180 Fischbach-Göslikon, Rodung Oberholze 1943/44 (Mappe), Schreiben der Konservenfabrik, 2. 12. 1942. Gemäss Stutz 2006, S. 20.

181 Interview mit Josef Seiler-Lang. Gemäss Stutz 2006, S. 20, 28.

Die Geschichte der Rodung im «Oberholz» weist darauf hin, dass ein Rodungsbefehl auf unterschiedliche Interessenlagen stossen konnte: Gemeinden waren in der Regel bemüht, ihre Waldbestände zu bewahren. Hablichere Bauern konnten in den Rodungsbedingungen im Kontext des Anbauwerks, vor allem wegen der Subventionen von Bund und Kantonen, durchaus ein gutes Geschäft vermuten, auch weil das Holz gut zu verkaufen war, während Kleinbauern daran kaum Interesse hatten, da sie über die flüssigen Mittel kaum verfügten, um ihren Anteil an den Rodungskosten zu berappen. Die Geschichte liefert deshalb Hinweise darauf, wie unterschiedlich die agrarpolitischen Vorgaben in den einzelnen Gemeinden und bei den einzelnen Bauernbetrieben aufgenommen worden sein dürften.

2.3.4 Melioration in Riniken

Riniken war mit seinen 290 Einwohnerinnen und Einwohnern (1941) noch kleiner als Fischbach-Göslikon.[182] Während des Zweiten Weltkriegs waren im Dorf Truppen stationiert. Die 202 Mann führten zur annähernden Verdoppelung der Einwohnerschaft. Für den Mehranbau relevant waren vor allem die militärischen Stellungsbauten im Wald und im offenen Feld. So reichte der Gemeinderat im März 1942 ein Gesuch an die Militärverwaltung ein, es solle ein Stacheldrahtverhau entfernt werden, der «auf einer Länge von ungefähr 1,2 Kilometern eine Hektare ertraglos» machte. Das Gesuch wurde abgelehnt.[183]

Der Gemeinde wurde 1939/40 eine Pflichtfläche von 47 ha vorgegeben, die sie bis 1944/45 auf 80 ha zu steigern hatte. Ausser bei der Etappe von 1940/41, wo sie die Pflichtfläche um 1 ha verfehlte,[184] erreichte der effektive Anbau stets die vorgegebenen Werte.[185]

Die Mitteilung des Gemeinderats an der Einwohnergemeindeversammlung vom 25. Januar 1941, dass der Bund gewillt sei, Entwässerungsprojekte mit 30–50 % zu subventionieren, und dass auch der Kanton Beiträge sprechen werde, stiess bei den Riniker Bauern auf gutes Echo, gab es doch eine beträchtliche Fläche an «versumpftem Land» insbesondere im Süd-

182 Riniken, Akten Gemeinderat 1941, Beleg 440. Gemäss Schmucki 2005, S. 4.
183 Riniken, Protokoll Gemeinderat, 1942, Tr. 107, S. 329; Tr. 119, S. 332. Gemäss Schmucki 2005, S. 7.
184 Riniken, Protokoll Gemeinderat, 1941, Tr. 44, S. 208. Gemäss Schmucki 2005, S. 7.
185 Riniken, Protokoll Gemeinderat, 1940. Tr. 473, S. 178; 1941, Tr. 44, S. 208; 1944, Tr. 262, S. 150. Gemäss Schmucki 2005, S. 7.

osten, aber auch im Nordosten des Dorfes.[186] An der Versammlung vom 5. April war die Sache entschieden. Die Landbesitzer wollten das Entwässerungsprojekt für eine Fläche von 74 ha, nach Einsprachen von 76 ha, durchführen.[187]

Die Entwässerungsbauten wurden bis Mitte 1943 abgeschlossen. Die Kosten beliefen sich insgesamt auf rund 200 000 Franken und waren zu 79 % von Bund, Kanton und Gemeinde finanziert. Riniken hatte für das Projekt einen Kredit von 26 100 Franken aufgenommen, was für die kleine Gemeinde eine erhebliche Verschuldung bedeutete.[188] Allerdings konnte damit die bebaubare Fläche erheblich ausgeweitet werden, was die Zustimmung der Bauern wohl bestimmte und dem Dorf auch nach dem Krieg wirtschaftliche Vorteile brachte. Wie aus heutiger Sicht aus Gründen nachhaltiger Bewirtschaftung des Bodens, des Wasserhaushalts und der Pflege der Artenvielfalt diese Melioration beurteilt würde, muss hier offenbleiben.

2.3.5 Sportplätze in Wettingen

Wettingen gehört zu den grössten Gemeinden des Kantons Aargau. 1941 hatte sie eine Bevölkerung von 9225 Personen.[189] In unmittelbarer Nachbarschaft von Baden, wurde Wettingen zum hauptsächlichen Wohnort der Arbeiterschaft der Firma BBC.[190] Wettingen erreichte seine landwirtschaftliche Pflichtfläche immer reichlich. Aber im Januar 1941 meldeten sich 67 Familien mit Anfragen wegen Pflanzland, das sie bewirtschaften wollten. Die Gemeinde verfügte lediglich über freie Flächen für zehn Familien. Dieser Sachverhalt war ein starkes Argument für die Gemeinde, die Sportvereine zu einer Geste im Sinne der nationalen «Anbauschlacht» zu zwin-

186 Riniken, Gemeindeversammlungsprotokoll 1941, 1929–1958, S. 134. Gemäss Schmuck 2005, S. 8.

187 Riniken, Generelles Entwässerungsprojekt, Schmucki 2005, Anhang C, S. 34. C.803.101 Entwässerungsprojekt 1941 – Kommissionsprotokolle. Schmucki 2005, S. 8, 41.

188 Riniken, C.803.101 Entwässerungsprojekt1941 – Kommissionsprotokolle. Schmucki 2005, S. 9.

189 Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Kantons Aargau seit 1850 (Excel). In: Eidgenössische Volkszählung 2000. Statistik Aargau, 2001, archiviert vom Original am 8. 10., 20. 4. 2023.

190 Die Brown, Boveri & Cie. war ein 1891 gegründeter Elektrokonzern, der die Region massgeblich prägte.

gen.[191] Simone Weibel, die die Auseinandersetzung um die Sportplätze von Wettingen untersuchte, macht deutlich, dass es beim Anbau auf Fussballfeldern nicht um eine wirtschaftliche Massnahme, sondern um Symbolpolitik ging. Sie hält fest, dass es schweizweit 1942 457 Fussballfelder gegeben habe, die nur gerade 0,13 % der geforderten Pflichtfläche von 350 000 ha ausmachten.[192] Der diesbezügliche Kommentar von Fabian Brändle und Christian Koller verrät die kleinliche Sichtweise, die dem grossen Anbauwerk auch innewohnte: «Für die Dauer des Krieges hatte das Vergnügen des Spiels hinter die Notwendigkeit der Lebensmittelproduktion zurückzutreten. Zuerst kam das Essen, dann der Fussball.»[193]

Am 17. Januar 1941 erhielten der Fussballclub Wettingen und der Fussballclub Baden einen identischen Brief. Es wurde ihnen mitgeteilt, dass nun gemäss dem Kriegsernährungsamt auch Sportplätze für den Mehranbau genutzt werden durften. Die Gemeinde sei der Ansicht, ein Fussballplatz für die beiden Clubs reiche aus. Zur Lösungsfindung lud der Gemeindeammann Clubvertretungen zu einem Gespräch.[194] Gleichzeitig wurde der Hockeyclub Baden vom Gemeindeschreiber über die Sachlage informiert, allerdings im gleichen Atemzug auch beruhigt, ihr Platz werde nicht in Anspruch genommen, da seine Instandstellung sehr teuer gewesen sei.[195] Allerdings sollte der Club klären, ob freie Flächen bei den Zuschauerplätzen verfügbar wären.

Zehn Tage später wurde die kantonale Ackerbaustelle von der Gemeinde konsultiert. Denn ihre Abklärungen hatten ergeben, dass die Fussballclubs eine gemeinsame Nutzung eines Platzes für nicht möglich erachteten und der Hockeyclub auf ihre Anfrage überhaupt nicht reagiert habe. Der FC Baden argumentierte in seiner abschlägigen Antwort, er habe fünf Mannschaften. Deshalb sei er auf den eigenen Platz angewiesen. Der FC Wettingen erwähnte inzwischen stattgefundene Verhandlungen, aber verneinte

191 Weibel 2009, S. 20. Mit diesen Familien begründete unter anderem das Kriegsernährungsamt die Abweisung des Rekurses des FC Wettingen vom 25. 3. 1941, GA K4/1-024.

192 Weibel 2009, S. 21 f.

193 Brändle/Koller 2002, S. 201. Nach Weibel 2009, S. 22.

194 Gemeindeammann an FC Wettingen und FC Baden, 17. 1. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 15.

195 Gemeindeschreiber an Hockeyclub Baden, 17. 1. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 15.

ebenfalls die Möglichkeit einer gemeinsamen Nutzung nur eines Platzes.[196] Die kantonale Ackerbaustelle nahm daraufhin einen Augenschein und teilte im Anschluss den Clubs ihre Beschlüsse mit: Der FC Wettingen hatte seinen Platz «Klosterbrühl» dem Mehranbau zu opfern. Begründet wurde der Entscheid damit, dass es sich bei dem Platz um «einfach ein Stuck Wiesland, auf dem plötzlich Fussball gespielt worden ist», handle. Es sei uneben und die Tore seien einfach eingesteckt worden. Er eigne sich also bestens als Pflanzland.[197] Dem FC Baden wurde beschieden, er habe dem FC Wettingen auf dem «Scharten» Spiel- und Übungsgelegenheit zu bieten. Der Platz bleibe verschont, weil seine Erstellung sichtbar teuer als derjenige des FC Wettingen gewesen sei.[198] Ein Rekurs des FC Wettingen beim Kriegsernährungsamt wurde am 25. März abgelehnt.[199]

In der Folge traten die Vereine in Verhandlungen, um die Nutzungsmodalitäten zu klären. Die Diskussionen waren mühsam – die Unterlagen zeigen, dass der FC Wettingen bei den beiden anderen Clubs lange bohren musste, um zu einer für ihn akzeptablen Lösung zu kommen. Diese wurde erst im September 1941 gefunden.[200] Dies nach einem halben Jahr, das beherrscht war von dauernden Reibereien wegen der Möglichkeiten für Trainings, der zur Verfügung stehenden Spielzeiten, aber auch für die Kosten, die der FC Baden dem FC Wettingen für die Benützung verlangte. Weil der Hockeyclub seinerseits nur widerwillig Trainingsmöglichkeiten zusicherte, war es im Juli noch einmal zu einem Hilferuf der Gemeinde Wettingen an die kantonale Ackerbaustelle gekommen.[201]

Von 1941 bis 1945 konnte dann der FC Wettingen seine Meisterschaftsspiele alle auf dem «Scharten» austragen. Allerdings verlangte der FC Baden vom FC Wettingen nun mehr Platzmiete, da dieser neu als direk-

196 Gemeinderäte Wettingen an Kantonale Ackerbaustelle Brugg, 27. 1. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 16.

197 Kantonale Ackerbaustelle an FC Wettingen, 8. 3. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 16.

198 Kantonale Ackerbaustelle an FC Baden, 8. 3. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 16.

199 Kriegsernährungsamt an FC Wettingen, 25. 3. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 17.

200 FC Baden an Gemeinderat Wettingen, 12. 9. 1941, GA Wettingen K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 18.

201 Gemeinderat Wettingen an kantonale Ackerbaustelle, 25. 7. 1941, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 19.

ter Konkurrent ebenfalls in der zweiten Liga spielte. Er argumentierte, dass die (Wett-)Einnahmen des FC Wettingen nun steigen würden und die Spiele attraktiver würden.[202]

Der Fall der drei Sportclubs von Wettingen zeigt, dass im Falle des «Anbauwerks» private Interessen mit aller Härte aufeinanderprallen, aber auch gegen dessen Ansinnen Front machen konnten. «Die eidgenössische Pflicht» zur Mitarbeit am «Anbauwerk» mochten manche nicht unbedingt einsehen und entzogen sich, so gut und so weit es ging. Dass es beim Entscheid um die Sportplätze den FC Wettingen traf, lässt sich angesichts der unterschiedlichen Investitionen in die Plätze – falls diese Feststellung zutraf – nachvollziehen. Allerdings zeigt sich dabei auch eine andere Dimension: Der FC Wettingen war ein Fussballclub unterer Schichten. Er entstand 1931 aus zwei «wilden» Clubs, «Nordstern Wettingen» und «FC Wettingen-Dorf», und trat überhaupt erst 1932 in den Fussballverband ein. Die beiden bisherigen Fussballfelder waren «‹Matten›, wohl kaum vergleichbar mit heutigen Fussballfeldern», und sie «zeigten den Stand des damaligen Fussballkönnens. Zur Bescheidenheit der Plätze, wohl eher als grüne Äcker zu bezeichnen, boten auch die technischen Einrichtungen kaum Unterschiede. Eine Schnur, über zwei Holzstangen gespannt, ergab das Tor. Auch als später feste Tore montiert wurden, brachte Fussball in den Zwanzigerjahren viele kleine abenteuerliche Momente. So musste die Gemeinde einen Maschendrahtzaun hinter den Toren errichten, da ein Anstösser die Bälle, die sich in seinem Garten verirrten, nicht mehr zurückgab.» So die Website des FC Wettingen über seine Vorgeschichte.[203] Demgegenüber war der «Scharten» im Besitz eines Clubs, der von englischen Angestellten der Brown Boveri 1897 gegründet worden war und getragen wurde.[204] Die Feststellung ist nicht mehr als ein Hinweis, dass die «Anbauschlacht» auch bezüglich des Einflusses von Klassenzugehörigkeiten noch Forschungsbedarf aufweist.

202 FC Baden an Gemeinderat Wettingen, 30. 8. 1041, GA Wettingen, K4/1-024. Gemäss Weibel 2009, S. 19. Vgl. auch «25 Jahre Fussball-Club Wettingen», 1931–1956, S. 22–25, GA Wettingen, T5/03, www.fcwettingen.ch/verein, 11. 8. 2023.

203 www.fcwettingen.ch/verein, 12. 4. 2023.

204 https://de.wikipedia.org/wiki/FC_Baden, 12. 4. 2023. Bereits Maurer wies auf die Inkonsistenz der «Anbauschlacht»-Verpflichtung und Widerständigkeit gegen diese hin. Maurer 1985, S. 156–161.

2.4 Das Industrie-Anbauwerk

Der Mehranbau wurde im Oktober 1941 auf Industriebetriebe ausgedehnt. Unter starker Beteiligung der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL),[205] die sich mit ihren «Ackerbaukolonnen» in den Dienst des industriellen Anbauwerks stellte, organisierten Industriebetriebe die Beschaffung von Land und mithilfe des SVIL seine Bereitstellung für den Anbau.

Das Obligatorium vom Oktober 1941 galt vorerst für Unternehmen mit 100 Arbeitskräften und einem Kapital von 1 Million Franken. Für 1943 erweiterte der Bund den Kreis der zum Anbau verpflichteten Unternehmen, nun waren bereits Betriebe mit 50 Arbeitnehmern und 500 000 Franken Kapital verpflichtet. Ein Jahr später wurden Unternehmen mit 20 Arbeitern einbezogen.[206] Ausserdem wurde die Pflichtfläche pro Arbeitnehmer von 1 Are auf 2 Aren erhöht. Die Pflichtfläche wurde für 1944 nochmals erhöht, auf 3 Aren.[207] Bereits 1939/40 hatten sich laut Maurer 72 Firmen auf freiwilliger Basis am Mehranbau beteiligt. Die Bepflanzung wurde unter teilweiser Beteiligung der Belegschaften dieser Firmen vorgenommen.[208] Am Beispiel des Anbauwerks der CIBA AG erörterte Peter Maurer Beweggründe und Rahmenbedingungen des Mehranbaus durch Firmen. Die Umsetzung der Anbaupflicht für industrielle Unternehmen war bei der CIBA AG begleitet von Befürchtungen, die kriegerischen Auseinandersetzungen würden Liefer- und Absatzwege drastisch stören und beschränken. Die deshalb (vorübergehende) mögliche Arbeitslosigkeit von mehreren Tausend Arbeitskräften sollte mit dem Anbauwerk bekämpft werden. Gleichzeitig würde die Arbeiterschaft der Firma erhalten bleiben. Auch konnte damit das Ansehen der Firma erheblich gesteigert werden. Das Engagement versprach zudem den Aufbau einer Kooperation des eigenen Unternehmens mit der Landwirtschaft bei der Entwicklung und Erprobung von Faserstoffen, Drogen, Extrakten, Saatkartoffeln, Setzlingen und anderem mehr. Ausser-

205 Vgl. für die ersten Jahre der Tätigkeit der SVIL Sachs 1947. In den 1980er-Jahren entstand erneut Interesse an der SVIL, etwa Borer 1984.
206 Maurer 1985, S. 76.
207 Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1945, S. 13–16.
208 Maurer 1985, S. 81–86.

dem ergaben sich aus den hohen Investitionen ins industrielle Anbauwerk Steuereinsparungen.[209]

War für die CIBA AG die Beteiligung am Anbauwerk also in vielerlei Hinsicht eine Chance, berichtete der SVIL von wenig Begeisterung bei den Unternehmen: «Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben; die meisten der Arbeitgeber empfanden den ihnen übertragenen Anbau als lästigen Zwang, als ein notwendiges Übel, das man mit möglichst wenig Aufwand zu erledigen suchte. Diese Einstellung zu einer wesensfremden Aufgabe war begreiflich, schloss aber keineswegs die Erkenntnis aus, dass der Beizug der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Nahrungsmittelproduktion einer Notwendigkeit entsprach.»[210]

Neben solchen sogenannten Einzelpflanzwerken wie dem der CIBA, die vor allem für grosse Unternehmen infrage kamen, gab es drei weitere Formen:[211] Es gab die Kollektivpflanzwerke, zu welchen sich meist kleinere Unternehmen zusammenschlossen, um die Belastungen durch die Landsuche, die Bereitstellung der finanziellen Mittel und das Stellen von Arbeitskräften zu mindern. Auch konnten so nicht zusammenhängende Landstücke bewirtschaftet werden, entsprechend den Standorten der Unternehmen. Ferner konnten diese mit Bauern Verträge abschliessen, in welchen sie ihnen Arbeitskräfte und finanzielle Mittel zur Verfügung stellten. Schliesslich konnten sie Meliorationen finanzieren.

Die Unternehmerschaft befürwortete laut Maurer grundsätzlich die Anbaupflicht der industriellen Betriebe. Aber die Berechnungsgrundlagen des KEA wurden stark kritisiert. Damit konnte sich die Unternehmerschaft aber nicht durchsetzen, wurde gar des mangelnden Patriotismus geziehen.[212] Auch die Landbeschaffung bot grosse Schwierigkeiten. Schliesslich wurde eine staatliche Stelle geschaffen, die die Unternehmer unterstützte, indem ein Büro für Landbeschaffung des KEA Pachtverträge abschloss, um das Land in Unterpachtverträgen an die Unternehmen zu vergeben.[213]

209 Maurer 1985, S. 86–96.
210 SVIL 1949, zitiert nach Maurer 1985, S. 191.
211 Vgl. Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft 1945, S. 21–25.
212 Maurer 1985, S. 76.
213 Ebd.

2.4.1 Das Industrie-Anbauwerk Zofingen

Nachdem der Bund die Anbauverpflichtung von Industriebetrieben für das Jahr 1943 auf Unternehmen mit mindestens 20 Angestellten und 500 000 Franken Kapital ausgedehnt hatte, wurde am 26. Dezember 1942 das Industrie-Anbauwerk Zofingen (IAZ) gegründet. Gründungsmitglieder waren 26 Firmen aus der Region.[214] Weitere 24 Unternehmen beteiligten sich ab der Generalversammlung vom 4. November 1943, eines kam zu einem unbekannten Zeitpunkt hinzu. Die Pflichtfläche aller Firmen zusammen betrug 1944 9550 Aren, was eine durchschnittliche Belegschaft von gut 60 Personen anzeigt. Fünf Firmen gaben bekannt, dass sie für den Anbau keine Arbeiter entsenden konnten.[215] Das IAZ blieb bis zum 26. Dezember 1946 bestehen. Nach Abschluss aller offenen Geschäfte wurden im Januar 1947 dem Bezirksspital Zofingen die verbleibenden 100 000 Franken für den Spitalneubau gespendet.[216]

Das IAZ sollte Waldparzellen zugeteilt erhalten, die es roden und für den Anbau bereitstellen musste. Vorgängig musste aber in den Gemeinden überhaupt Wald für die Rodung ausgeschieden werden. Dabei verfügte der Kanton, wie viel Wald eine Gemeinde zu roden hatte, und diese war verpflichtet, die vorgesehenen Waldstücke vom Kanton genehmigen zu lassen. In Zofingen – wie in vielen anderen Gemeinden – komplizierte sich das Vorgehen, weil die meisten Waldparzellen der Ortsbürgergemeinde beziehungsweise den Ortsbürgern gehörten. Sowohl der Umfang der verlangten Rodungen wie die Bezeichnung konkreter Parzellen boten dabei Anlass zu Protesten und Widerstand. Die Beschwerden waren zahlreich und verzögerten die Durchführung der Rodungen.

Das kantonale Meliorationsamt teilte dem Gemeinderat Zofingen am 17. Dezember 1942 mit, dass Wald im Umfang von 33 ha zu roden sei. Der Ortsbürgerausschuss, der offenbar die Verhandlungen koordinierte, vermerkte in seinem Protokoll vom 18. Februar des folgenden Jahres den Fortgang der Arbeiten. Bei der Rodung der Parzellen Ramoos und Probstholz sollte der südliche Teil bis zum Frühjahr zum Anbau zur Verfügung gestellt werden können, während die Arbeiten am nördlichen Teil langsamer vorangingen,[217] damit die Vorgabe des Regierungsrates nicht eingehal-

214 Erster Geschäftsbericht IAZ, 1943, S. 2. Zit. nach Schmid 2006, S. 8.
215 Zweiter Geschäftsbericht IAZ, 1944, S. 4. Zit. nach Schmid 2006, S. 8.
216 Schlussbericht IAZ, 1946, S. 11–13. Zit. nach Schmid 2006, S. 9.
217 Ortsbürgerausschuss, Protokoll, 18. 2. 1943. Zit. nach Schmid 2006, S. 9.

ten werden konnte. Dieser hatte als Stichdatum der Übergabe des ganzen Gebiets den 15. März 1943 festgesetzt.[218]

Zudem wurde gemäss dem Schreiben des Rodungskommissärs schon am 4. Januar 1943 der Gemeinde die Rodung von weiteren 21,3 ha Wald auferlegt. Dagegen erhob der Gemeinderat Einsprache,[219] die jedoch der Regierungsrat des Kantons Aargau, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 11. Februar 1941, ablehnte. Er bestimmte zudem die Parzellen «Saal» (1,3 ha) und «Kapf» (20 ha) zur Rodung in Verantwortung des Ortsbürgerausschusses.[220] Der Gemeinderat gab sich noch nicht geschlagen und erhob Einsprache beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) mit dem Argument, der Ortsbürgerausschuss müsse bereits 2 ½ % des Waldes der Ortsbürgergemeinde roden. Das EDI konsultierte in der Angelegenheit den aargauischen Regierungsrat, der die Ablehnung der Beschwerde empfahl.[221] Schon im Juli hatte dem Gemeinderat das eidgenössische Oberforstamt mitgeteilt, dass für die Gemeinde die Verfügung des aargauischen Regierungsrats massgeblich sei, wonach 2–4 % des Waldes in einer Gemeinde für eine Rodung beansprucht werden könne. Der Bund könne hier nicht eingreifen.[222] Der Gemeinderat beschloss trotzdem, auf die Antwort des EDI auf die Beschwerde zu warten. Diese erfolgte im Oktober 1943 und beinhaltete, die Ausschreibung der Rodungsarbeiten hätten unverzüglich zu erfolgen.[223]

Wohl nicht zuletzt wegen des Widerstandes der politischen Behörden in der Gemeinde – die Verhandlungen mit den Waldbesitzern verliefen harzig – konnte das IAZ seine Rodungsverpflichtungen nicht einhalten. Für solche Fälle, die offenbar nicht selten waren, verlangte das KEA einen Beitrag für die Ausgleichskasse, hier in der Höhe von 19 755.75 Franken für das Jahr 1943.[224] Das IAZ verlangte, dass dieser Betrag von der Gemeinde übernommen werde, da die Anbauflächen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt worden seien. Der Gemeinderat aber lehnte gemäss Gemeinderatsprotokoll ab mit dem Argument, «die OBG hätte ihre vaterländische Pflicht im Verhältnis zum Waldbesitz mindestens so gut erfüllt wie andere Wald-

218 Gemeinderatsprotokoll, 22. 1. 1943, Art. 159. Zit. nach Schmid 2006, S. 9.
219 Gemeinderatsprotokoll, 22. 1. 1943, Art. 161. Zit. nach Schmid 2006, S. 9.
220 Ortsbürgerausschuss, Protokoll, 23. 6. 1943, S. 2. Zit. nach Schmid 2006, S. 9.
221 Gemeinderatsprotokoll, 10. 9. 1943, Art. 1963. Zit. nach Schmid 2006, S. 10.
222 Gemeinderatsprotokoll, 16. 7. 1943, Art. 1523. Zit. nach Schmid 2006, S. 10.
223 Gemeinderatsprotokoll, 29. 10. 1943, Art. 2352. Zit. nach Schmid 2006, S. 10.
224 Erster Geschäftsbericht IAZ, 1944, S. 3. Zit. nach Schmid 2006, S. 10.

besitzer».[225] Schliesslich konnte das IAZ nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem KEA und den aargauischen Pflanzwerken unter Beizug des aargauischen Arbeitnehmerverbandes die Reduktion des Beitrags an die Ausgleichskasse auf 9000 Franken erreichen.[226]

Die Situation bei der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Anbauwerk schien verfahren zu sein. So informierte das IAZ im Januar 1944 die aargauische Baudirektion, dass das IAZ Wald im Umfang der verfügten Pflichtrodung nicht auftreiben könne, allenfalls müsse eine Zwangsrodung verfügt werden. Gleichzeitig meldete der Gemeinderat an die Baudirektion, man führe die Rodungen aktuell mit dem Forstpersonal durch. Ende Februar sei man wohl im «Probstholz» fertig, was einer Rodung von lediglich 19,5 ha entsprach. Danach könne man mit den weiteren Parzellen beginnen.[227] Trotz Interventionen des Bundes blieb die Gemeinde bei ihrem Vorgehen,[228] intensivierte aber die Rodungsarbeiten. Im Mai 1945 konnte die Gemeinde melden, dass die Rodung der geforderten Flächen abgeschlossen werden konnte.[229] Diese umfasste 3,5 % des Waldbestandes.[230]

Auch bezüglich der Kostenübernahme für die Rodungsarbeiten und die Drainage der gerodeten Parzellen hatte es zwischen dem IAZ und dem Ortsbürgerausschuss beziehungsweise Gemeinderat während des Jahres 1943 Auseinandersetzungen gegeben. Die Auskünfte des Bundes und des Kantons dazu, wer welche Kosten zu tragen habe, waren widersprüchlich. Schliesslich konnte bei den Pachtverträgen von 1945 festgelegt werden, dass der Ortsbürgerausschuss vom Anbauwerk für das Pflügen pro ha 200 Franken und 50 Franken für das Drainieren erhielt.[231]

Wie an vielen anderen Orten war der Boden der gerodeten Waldparzellen sauer und eignete sich anfänglich für den Anbau nur bedingt. Es wurde mit Kartoffeln und Hafer begonnen. Die Eidgenössische Versuchsanstalt in Liebefeld klärte mittels Feldversuchen ab, ob sich Kalk- oder Phosphordüngung für die Bodenverbesserung eigne. Es erwies sich, dass mit Kalk

225 Gemeinderatsprotokoll, 18. 2. 1944, Art. 370. Zit. nach Schmid 2006, S. 11.
226 Zweiter Geschäftsbericht IAZ, 1944, £S. 3. Zit. nach Schmid 2006, S. 11.
227 Gemeinderatsprotokoll, 14. 1. 1944, Art. 103. Zit. nach Schmid 2006, S. 11.
228 Ortsbürgergemeindeausschuss, Protokoll, 24. 4. 1944. Zit. nach Schmid 2006, S. 11.
229 Ortsbürgergemeindeausschuss, Protokoll, 23. 5. 1945. Zit. nach Schmid 2006, S. 11.
230 Ortsbürgergemeindeausschuss, Protokoll, 29. 11. 1945. Zit. nach Schmid 2006, S. 12.
231 Schmid 2006, S. 14 f.

bessere Resultate erzielt wurden. Dennoch beschränkte man sich auf den Anbau von Kartoffeln und einigen geeigneteren Getreidesorten. Der Firma Siegfried AG gelang auf dreijährigem Boden der Anbau von verschiedenen Heilkräutern.[232]

Das gerodete Land war vertraglich vom Ausschuss der Ortsbürgerschaft mittels Pachtverträgen ans KEA abgetreten worden. Dieses hatte mit dem IAZ Unterpachtverträge abgeschlossen, die von der Gemeinde genehmigt werden mussten. Die Pacht begann am 1. April 1944 und sollte am 31. März 1949 enden.[233] Aber bereits für das Jahr 1946 wurde dem Anbauwerk eine Reduktion der Pflichtfläche um 22 ha Ackerland genehmigt, weshalb das Land an den Ortsbürgerausschuss zurückging, parzelliert und an private Pächter weitergegeben wurde.[234] Im Februar 1946 kündigte das KEA den Pachtvertrag für die restlichen Flächen (21,97 ha).[235] Auch dieses Land wurde an private Pächter vergeben. Gemäss Vorgaben von 1943 sollte das Land zumindest 20 Jahre lang landwirtschaftlich genutzt werden. Es war um die Jahrhundertwende noch nicht wieder aufgeforstet.[236]

Die Bilanz, die das IAZ in seinem Schlussbericht zog, betonte vor allem die ideologischen Komponenten: Einen Beitrag geleistet zu haben für die Selbstversorgung der Arbeiterschaft war propagandistisch wichtig. Man glaubte, dass in der Industrieunternehmer- und -arbeiterschaft das Verständnis für die Sorgen der Bauernschaft gewachsen war.[237]

2.4.2 Das Anbauwerk der BBC

Die BBC in Baden gehörte zu den ersten Industriebetrieben, die sich freiwillig um den Mehranbau bemühten. Die Firma war 1932 Mitglied der SVIL geworden, wie sie sich in ihrer Hauszeitung 1942 erinnerte.[238]

Valéria Fueter, die die Hauszeitung nach Mitteilungen und Berichten zum Anbauwerk durchsuchte, berichtet, dass die BBC aufgrund des Bundesbeschlusses vom Oktober 1941 den Auftrag erhielt, nicht nur,

232 IAZ, Dritter Geschäftsbericht, 1945, S. 4; Schlussbericht, 1946, S. 6 f. Zit. nach Schmid 2006, S. 15.
233 Gemeinderatsprotokoll, 16. 3. 1945, Art. 325. Zit. nach Schmid 2006, S. 12.
234 Gemeinderatsprotokoll, 28. 9. 1945, Art. 2179, und Ortsbürgergemeindeausschuss, Protokoll, 10. 10. 1945. Schmid 2006, S. 12.
235 Gemeinderatsprotokoll, 8. 2. 1946, Art. 382. Zit. nach Schmid 2006, S. 13.
236 Schmid 2006, S. 13.
237 IAZ, Schlussbericht 1946, S. 5. Zit nach Schmid 2006, S. 15 f.
238 Brown Boveri Hauszeitung 1, Oktober 1942, S. 23. Zit. nach Fueter 2007, S. 10.

berechnet aufgrund der Zahl ihrer Arbeitskräfte 75 ha, sondern zusätzliche 70 ha anzubauen. Sie vermutet, dass diese erhöhte Bebauungspflicht aufgrund des «überdurchschnittlichen Vermögens» der Firma ausgesprochen worden war.[239]

Die Hauszeitung betonte, dass es für die Geschäftsleitung nicht so einfach gewesen sei, Boden in diesem Umfang zu finden, da wegen des Bundesbeschlusses zahlreiche Industriebetriebe auf der Suche nach Land waren. Die ursprüngliche Idee war zudem, Land in der Nähe der Betriebe zu finden, weil eigene Arbeitskräfte ins Pflanzwerk geschickt werden sollten. Die SVIL habe einen Landsuchdienst gegründet, den auch die BBC in Anspruch nahm.[240] Ackerland stand den Unternehmen kaum zur Verfügung. Man ging jedoch beim industriellen Anbauwerk im Wesentlichen davon aus, dass die Unternehmen über die notwendigen Finanzen verfügten, um Meliorationen oder Rodungen in Auftrag geben zu können. So wurde in der Hauszeitung von zwei Sumpfgebieten bei Kütt (Würenlos) und Litzibuech (Oberwil) berichtet, die von der BBC nutzbar gemacht wurden.[241] Die Bearbeitung des Bodens zur späteren Nutzung war zeitaufwendig und teuer.

Die BBC hatte anfänglich den Boden gepachtet und die SVIL mit der Bearbeitung beauftragt. Die hohen Kosten[242] bewogen die Firma, wenn immer möglich Land zu kaufen[243] und selbst zu bestellen. Dies war etwa in Oberglatt (Kanton Zürich) möglich geworden, wo die BBC den «Elektrohof» kaufte, da Zürich nicht entsprechend der Bundesregelung handelte, dass Industriebetriebe kein Landwirtschaftsland kaufen sollten.[244] Eine Zusammenstellung vom September 1943 zeigt allerdings, dass das Pflanzwerk in seiner dominierenden Mehrheit auf gepachtetem Land stattfand. So waren nur 27,3 ha Eigentum der BBC und 119,9 ha Pachtland.[245] Das letzte Pflanzwerk, das die BBC 1944 kaufte, lag auf 2000 m ü. M. In Paliumarscha im

239 Fueter 2007, S. 10. Diese Auffassung kann durch den Berechnungsschlüssel für die Anbauflächen gestützt werden. Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft 1945, S. 14.

240 Brown Boveri Hauszeitung 1 (2), Dezember 1942, S. 50 f. Zit. nach Fueter 2007, S. 10.

241 Brown Boveri Hauszeitung 1 (2), Dezember 1942, S. 50. Zit. nach Fueter 2007, S. 11.

242 Brown Boveri Hauszeitung 1 (3), Februar 1943, S. 67 f. Zit. nach Fueter 2007, S. 11.

243 Brown Boveri Hauszeitung 1 (4), April 1943, S. 87. Zit. nach Fueter 2007, S. 11.

244 Ebd.

245 Fueter 2007, S. 22, nach Brown Boveri Hauszeitung, 1 (8), September 1943, S. 149 f.

Kanton Graubünden sollten Kartoffelsetzlinge gezogen werden. Man hoffte, die Höhenlage würde einen Virenbefall verhindern.[246]

Während die SVIL 1942 noch alleinige Betreiberin der Pflanzwerke war, teilten sich BBC und SVIL 1943 die Aufgabe. 1945 schliesslich nahm die BBC die Bewirtschaftung der Böden ganz in die Hand. Die Hauszeitung kommentierte, nun habe die Firma auch genügend eigene landwirtschaftliche Erfahrung, um den Anbau selbständig zu bewerkstelligen.[247] Neben Kartoffeln und verschiedenen Getreidesorten wurden Gemüse und Pflanzen zur Ölgewinnung angebaut. Auch wenn bedingt durch die anfängliche Melioration oder Rodung die Ernten anfänglich nicht gross waren, konnte der Anbau bis 1944 auf 1 605 000 kg gesteigert werden.[248] Der Belegschaft der BBC konnten so Lebensmittel ausserhalb der Rationierung zu moderaten Preisen abgegeben werden.[249]

Die BBC machte während der Kriegsjahre gute Geschäfte und betonte deshalb in der Hauszeitung, dass sie nie viele Arbeitskräfte im Pflanzwerk beschäftigen musste. Ein Anbau- und ein «Oberkulturchef», weitere «Kulturleiter», Agrarfachleute, Gärtner und Karrer waren offenbar fest angestellt. Zudem wurden konstant 25 Arbeiter in den Pflanzwerken eingesetzt. In den Jahren, in welchen angepflanzt und geerntet werden konnte, erledigten die 30 Lehrlinge jeweils zu viert zwischen April und Oktober ihre obligatorische Landdienstpflicht von drei Wochen in den hauseigenen Pflanzwerken. Zudem wurden 15 Frauen eingesetzt. Bei den weiter entfernten Pflanzwerken wurden auch Personen der dortigen Gemeinden angestellt. Häufig seien dies Schulkinder gewesen.[250]

Valéria Fueter hält in ihrer Untersuchung abschliessend fest, die Geschäftsleitung habe das Anbauwerk als Mittel verstanden, der BBC-Belegschaft ein Bewusstsein einer Schicksalsgemeinschaft zu vermitteln. Deshalb sei sie bemüht gewesen, in der Hauszeitung hervorzustreichen, dass sie einen grossen Mitteleinsatz leiste, um das Pflanzwerk zu ermög-

246 Brown Boveri Hauszeitung 2 (8), August 1944, S. 103–105. Zit. nach Fueter 2007, S. 11.
247 Brown Boveri Hauszeitung 3 (1), Januar 1945, S. 6. Zit. nach Fueter 2007, S. 11.
248 Brown Boveri Hauszeitung 3 (4), April 1945, S. 58. Zit. nach Fueter 2007, S. 23.
249 Im Mai 1944 war die Rede von jährlich 150 kg Lebensmitteln pro Person. Brown Boveri Hauszeitung 2 (5), Mai 1944, S. 57. Zit. nach Fueter 2007, S. 13.
250 Brown Boveri Hauszeitung 2 (4), April 1944, S. 43. Zit. nach Fueter 2007, S. 14.

lichen.[251] Sie stellt damit das Pflanzwerk der BBC in einen vergleichbaren ideologischen Zusammenhang wie Peter Maurer dasjenige der CIBA.[252]

2.4.3 Bilanzierung des Industrie-Anbauwerks

Die materiellen Leistungen des Industrie-Anbauwerks wurden hinsichtlich der Ernteerträge, der finanziellen Aufwendungen und Erträge und des Erfahrungszuwachses bei der Bewirtschaftung von Neuland diskutiert, spielten in der abschliessenden Kommentierung der Eidgenössischen Zentrale für Kriegswirtschaft aber keine grössere Rolle. Einzig die Arbeitsbeschaffung fand dort Eingang. Diesbezüglich äusserte sie sich eher verhalten; es seien dem Anbauwerk «als Arbeitsbeschaffungsmassnahme doch ziemlich enge Grenzen gesetzt» gewesen.[253] Dieser Beurteilung könnte mit Blick auf das Zofinger Industrie-Anbauwerk angefügt werden, dass die grosse Zahl von Beteiligten mit unterschiedlichen Interessen, Unternehmen unterschiedlicher Grösse, Land- und Waldeigentümer, Gemeindebehörden und die Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft, die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Land zu einer aufwendigen und zeitintensiven Unternehmung machte, deren Ergebnis häufig wenig befriedigte.

So bilanzierte die Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft die Leistungen und Wirkungen des Industrie-Anbauwerks ganz im Sinne der geistigen Landesverteidigung. Demnach hätten die Beteiligten viel über Landwirtschaft gelernt und damit auch die «Hochachtung vor dem Beruf der Miteidgenossen»,[254] der Bauern also, gewinnen können. Es sei zu hoffen, dass «die Ehrfurcht vor dem täglichen Brot gefestigt und das Verständnis für die ihr Dasein unter ganz andern Lebensbedingungen fristenden Miteidgenossen hüben und drüben vertieft» worden seien.[255] Eingesetzte «Arbeiter und Angestellte [hätten] die Arbeit auf dem Acker oft als eine erfrischende Abwechslung zu ihrer Arbeit in der Fabrik und am Schreibtisch empfunden».[256] Zudem habe es die «Betriebsgemeinschaft in wirtschaftlich schwerer Zeit gefördert».[257] So hätten diese immateriellen

251 Fueter 2007, S. 16 f.
252 Maurer 1985, S. 94 f.
253 Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft 1945, S. 63.
254 Ebd., S. 60.
255 Ebd., S. 65.
256 Ebd., S. 60.
257 Ebd., S. 61.

Auswirkungen sich auch für die Industrie ausbezahlt und die finanziellen Aufwendungen kompensiert. Ganz in diesem Sinn dokumentierte die Hauszeitung der BBC die Beteiligung des Industriekonzerns und seiner Belegschaft am Industrie-Anbauwerk.

2.5 Erinnerungen

Hatten die Interviews mit Zeitzeugen, die 1992[258] und 2002[259] erschienen, sowohl die Rationierung als auch in geringerem Umfang die Verdunkelung thematisiert, sind sie zur «Anbauschlacht» weniger ergiebig. Die meisten thematisieren zudem nicht den landwirtschaftlichen Mehranbau, sondern die Bepflanzung kleiner Landstücke mit Kartoffeln und Gemüse. Ein naheliegender Grund dafür ist, dass der Anteil der Landwirte und Bäuerinnen an der Gesamtbevölkerung gering war. Selbst wenn es den Projektbeteiligten möglich gewesen sein sollte, Interviewpartnerinnen und -partner in einem repräsentativen Setting auszuwählen, wären die Bevölkerungsteile, die im Rahmen der «Pflanzblätzaktion» Lebensmittel angebaut hatten, dominant gewesen.

Die wenigen bäuerlichen Stimmen waren geprägt von einer Mischung von Ressentiments wegen der Vorschriften, die als Bevormundung empfunden worden waren, und einer fatalistischen Haltung, in welcher die aufgetragenen Pflichten und Vorgaben erfüllt wurden. So berichtete ein Landwirt aus dem Kanton Zürich, der schon in der Zwischenkriegszeit einen Traktor anschaffen konnte, er habe «unzählige Streuwiesen zu Ackerböden» umpflügen müssen. Auch Meliorationen hätten sie vornehmen lassen müssen, um das meliorierte Land dann zu Ackerland umzupflügen. Da es aber «zähes Land» gewesen sei, hätten sie es der Stadt Zürich verpachtet, die es vorbildlich bewirtschaftet habe. Der Bauer war im Rückblick nicht gegen die «Anbauschlacht». Aber er meinte: «Trotz der Nützlichkeit der Anbauschlacht kann ich mich heute noch nicht mit dem Ackerbauminister Wahlen befreunden, der konnte ja nur vom grünen Tisch aus befehlen!»[260] Hildegard Jansen (* 1920) von Quinten erzählte: «Überall pflanzte man

258 Chiquet 1992.
259 Dejung/Gull/Wirz 2002.
260 Chiquet 1992, S. 104.

etwas an. Sogar zwischen den Reben setzten wir Kartoffeln. Es hiess: ‹Du hast soundso viel Boden, also musst du soundso viele Kartoffeln anpflanzen.› Deshalb setzten wir sie einfach zwischen die Reben. Es wehrte sich niemand gegen die Anbaupflicht, denn sonst wäre man bestraft worden. Das wurde auch streng kontrolliert. Ohne angemeldet zu sein, kam einer und lief überall herum und kontrollierte. Dann hiess es jeweils: ‹Die Vögte kommen wieder!›»[261]

Peter Paul Moser (* 1926), der als ehemaliges Verdingkind als Knecht arbeitete, war an der Waldrodung im Entlebuch beteiligt. Die Rodung beschrieb er als harte Arbeit: «Zuerst musste man die Wurzeln und all das Zeug herausreissen; das war eine Wahnsinnsarbeit.»[262] Vor allem kritisierte er, dass die Böden sich überhaupt nicht für den Ackerbau eigneten und zuerst mit Kartoffeln bepflanzt wurden, weil diese wenig Nährstoffe benötigten. Auch den Bauern, meinte er, sei manchmal «dann doch der Wald wieder lieber gewesen als die Wiese, weil die Wiese nicht so viel brachte, wie sie sich erhofft hatten».[263] Er bedauerte bei manchen Wäldern die Rodung: «Aber manchmal war es auch schade, dass sie den Wald kaputtgemacht hatten. Später, als das Ackerland dort nicht mehr gebraucht wurde, pflanzten sie wieder Tannen. Aber ich habe auch Halden gesehen, wo sie gar nichts mehr machten und einfach alles wuchern liessen.»[264]

Die Wurzelstöcke, die bei der Rodung aus der Erde geschlagen werden mussten, wurden verkauft. So berichtet Theodor Neidhart (* 1930), Sohn eines Bäckers in Ramsen, dass sie, nicht wie das übrige Holz, das kontingentiert war, ohne Kontingentierung gekauft werden konnten. «Wir besorgten uns also solche Wurzelstöcke. Die mussten von Hand auseinandergeschlagen werden. Das war eine saumässige anstrengende Arbeit! Immer nach der Schule, von vier bis sechs Uhr, musste ich antreten, denn jeden Tag musste so ein Wurzelstock zerhackt werden, damit man am nächsten Morgen backen konnte. Zusammen mit dem 74-jährigen Bäckersgesellen machte ich das …»[265]

Die Stimmen sind zahlreich, die von den eigenen Gärten, die mit Kartoffeln und Gemüse bepflanzt wurden, erzählen. Margrit Brügger (* 1920)

261 Dejung/Gull/Wirz 2002, S. 256.
262 Ebd., S. 254.
263 Ebd., S. 255.
264 Ebd., S. 254.
265 Ebd., S. 264.

berichtete: «[…] meine Mutter hatte also Zeit zum Gärtnern. Und wir Kinder mussten jäten helfen. Das machten wir nicht gerne, aber wir mussten einfach. Wir bepflanzten das hinterletzte Fleckchen. Wo heute Rasen ist, war damals Gemüse. Das lagerte man dann ein, sodass man den ganzen Winter über etwas hatte.»[266] Sie ergänzte aber, dass man vor dem Krieg schon eine ausgedehnte Vorratshaltung betrieben, sterilisiert und eingelagert habe. Man sei das gewohnt gewesen.

Die Eltern von Edith Kammer (* 1932) konnten 1939 ein «Heimetli» bei Thun erwerben und wurden im Wesentlichen zu Selbstversorgern: «Damals war Anbaupflicht. Man musste Gemüse und Kartoffeln anbauen, das machten wir auch. Wer mehr als ein Huhn pro Familienmitglied hatte, musste die Eier auf der Gemeinde abgeben. Jede Familie hatte einen Stempel mit einer Nummer, und man musste jedes Ei stempeln.»[267]

Eine Gärtnerin, die während des Krieges in der Ostschweiz arbeitete, sah die Bereitschaft, anzupflanzen, kritischer: «Ich staunte damals schon, wie die ‹Gemüseplätze› auf dem mageren Boden den Waldrändern entlang angelegt waren. Die Leute waren sich nicht an Salat und Gemüse gewohnt, sondern mehr an Most und Käse. Ihnen passte der Plan Wahlen überhaupt nicht. Um zu beweisen, dass sich das Höhenklima nicht für die Anbauschlacht eigne, wählte man möglichst schattige Standorte. Nur auf unserem ‹Gemüseplätz› gedieh alles wunderbar.»[268]

Bei diesen etwas disparaten Aussagen ist der Grundton erstaunlich: Es wird vor allem die Arbeit selbst erinnert, die man meist nicht besonders schätzte. Kaum erwähnt wurde die dabei gewonnene verbesserte eigene Versorgungslage. Dies, obwohl von den kriegswirtschaftlichen Behörden nicht nur des Bundes, sondern auch der Kantone und Gemeinden dem individuellen Anbau von Kartoffeln und Gemüse beim Kampf gegen die Mangelernährung enorme Bedeutung zugemessen wurde. So bilanzierte die Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft die Arbeit der «Kleinpflanzer» wie folgt: «Für eine Ausdehnung des individuellen Eigenanbaues der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten waren die Voraussetzungen insofern günstig, als infolge bäuerlicher Abstammung und der Verbundenheit weiter Kreise mit dem Land überhaupt das Kleinpflanzerwesen in

266 Ebd., S. 250.
267 Ebd., S. 251.
268 Chiquet 1992, S. 100.

der Schweiz schon seit jeher in erfreulichem Masse gepflegt wurde. […] Trotz dieser Grenzen [beschränkten Bodens] wollen wir hier gleich vorweg nehmen, dass der Anbau der Kleinpflanzer eine sehr respektable Leistung darstellt. Er umfasste 1944 eine Fläche von über 11 000 ha. Wenn diese auch im Vergleich zum gesamten Ackerland bescheiden ist, so ist der Anteil der Kleinpflanzer versorgungsmässig aber bedeutend grösser als flächenmässig, weil die von ihnen bepflanzten Areale am intensivsten bewirtschaftet werden. Der Kartoffelanbau der Kleinpflanzer betrug 1944 5000 ha, der Gemüseanbau sogar 5350 ha, also nahezu ¼ der gesamten Produktion.»[269]

Völlig stumm blieben die Zeitzeugen zur ideologischen Befrachtung der «Pflanzblätzaktion»; die Einordnung der eigenen Arbeit in den so propagierten Kampf der nationalen Gemeinschaft um die Ernährung und damit der Selbstbehauptung schien überhaupt kein Thema mehr zu sein.

269 Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft 1945, S. 9 f.

3 Die «Anbauschlacht»: Autarkie oder Weg zur industriellen Landwirtschaft?

Die «Anbauschlacht» wurde von Bundesrat und eidgenössischen Behörden mit der Notwendigkeit begründet, die Ernährung für die Bevölkerung sicherzustellen, da dies als eine zentrale Bedingung für deren Widerstandswillen angesehen wurde. Wie vor allem mit Maurer für die Eidgenossenschaft und Gautschi für den Kanton Aargau gezeigt werden kann, bauten die Administrationen von Bund und Kantonen ein weites System von Anleitung und Finanzierung, Kontrolle und Bestrafung auf, um Menge und Art der Nahrungsmittelproduktion zu lenken, zu steigern und ins System der Rationierung überzuführen. Die Gemeinden waren für die Konkretisierung des Anbauwerks zuständig und gerieten damit, wie die empirischen Beispiele aus verschiedenen Regionen gezeigt haben, häufig in Interessenkonflikte mit den Direktbeteiligten, seien dies Bauern, Waldbesitzer, Kleinpflanzer oder allenfalls auch Vereine. Die Steigerung der Erträge war insgesamt beträchtlich, aber sie erreichte die gewünschten Werte gleichwohl nie. Trotz der Anstrengungen mussten die den Gruppen von Bezugsberechtigten zugesprochenen Kalorien- und Eiweissmengen wiederholt nach unten korrigiert werden und drohten vor dem Kriegsende gar in eine eigentliche Mangelernährung hineinzuführen. Die Gründe dafür, dass sich der Anbauplan der «Agrarelite» an der Autarkie gemessen nicht als genügend erfolgreich herausstellte, waren zahlreich. Die hier vorgestellten Beispiele aus einigen Gemeinden des Kantons Aargau vermögen Hinweise zu liefern auf jene Bedingungen seiner Umsetzung, die bislang von der historischen Forschung zu wenig systematisch Beachtung gefunden haben, die aber auch bereits in der zeitgenössischen Beurteilung der «Anbauschlacht» in der Regel vernachlässigt wurden. Einige dieser Bedingungen sollen hier zusammenfassend nochmals zur Sprache kommen.

Der Anbauplan wurde noch kaum als eine Etappe in der voranschreitenden Modernisierung der Landwirtschaft in der Schweiz des 20. Jahrhundert interpretiert. Dies, obwohl die «Agrarelite» mit ihm die Erwartung verband, dass mit einer solchen Modernisierung die Landwirtschaft die Bevölkerung einer industriellen Schweiz effizient und finanziell tragbar zu ernähren imstande sein würde. Zwar haben in den letzten Jahren vor allem Werner Baumann und Peter Moser in diese Richtung argumentiert, aber eine eigentliche Untersuchung der «Anbauschlacht» unter diesen Prämis-

sen hat bisher nicht stattgefunden. Dabei wären brisante Befunde zu diskutieren: Landwirtschaftspolitiker wie Ernst Laur und Rudolf Minger traten explizit mit der Absicht an, für das Überleben der Kleinstgüter nichts zu unternehmen. Zu Beginn des Mehranbaus waren diese häufig bereits hoch verschuldet und die sie Bewirtschaftenden nicht in der Lage, auf Dauer davon zu leben. Für Massnahmen der «Anbauschlacht» wie die Ausdehnung der Ackerfläche, die Beteiligung an der Finanzierung von Waldrodungen und Meliorationen hatten diese Bauernbetriebe weder Arbeitskräfte noch Finanzen. Auch eine Modernisierung im Sinne einer Mechanisierung war für sie nicht realistisch. Die Steigerung der Produktion während der Kriegsjahre musste deshalb bei dieser Gruppe von Bauern häufig mit Zwang durchgesetzt werden. Letztlich trieben Laur und Minger solche ohnehin unrentablen Bauerngüter kalkuliert in den Ruin – einen Ruin, der einer Politik mit langfristiger Perspektive entsprach, wie sich in der Nachkriegszeit zeigte.

Der «Plan Wahlen» stellte auf den Wechsel von Viehzucht auf Ackerbau ab, da damit der Nährwert der landwirtschaftlichen Produktion erheblich gesteigert werden konnte. Diese Steigerung war allerdings nur möglich, wenn dafür genügend Dünger, der ebenfalls aus dem Ausland kam, zur Verfügung stand. Widerstand von bäuerlicher Seite wurde als mangelnde Bereitschaft, ein Opfer für die Nation zu bringen, gedeutet und nicht akzeptiert. Der Widerstand gegen die Umstellung erklärt sich zum einen tatsächlich aus den verringerten Gewinnchancen, indem Ackerbauprodukte arbeitsaufwendiger waren und weniger Erlös brachten. Zudem erhielten Viehzüchter in ihrem Widerstand gegen eine Umstellung Unterstützung von politisch einflussreicheren Kreisen, jenen Personen und Unternehmen nämlich, die in der Verarbeitung und Vermarktung von Tieren, Fleisch und Milchprodukten tätig waren. Überdeutlich liess sich dies aufgrund der Arbeit von Daniel Landolf für den Fall der Metzger in Bulle zeigen. Es offenbarte sich hier aber auch konkret der Widerspruch, der zwischen der Ausrichtung auf kapitalistische Marktprinzipien und der Ausrichtung auf die Notwendigkeiten der Versorgung der einheimischen Bevölkerung grundsätzlich bestand und in der Phase des erschwerten internationalen Austauschs während der Kriegsjahre zum existenziellen Problem wurde.

Aber nicht nur der Widerspruch zwischen den Zielen des Anbauplans und dem (kapitalistischer Logik folgenden) Wirtschaften rief Widerstand hervor: An vielen Orten waren weder die Böden noch die klimatischen

Verhältnisse geeignet, eine Umstellung von der Viehzucht zum Ackerbau erfolg- und ertragreich vorzunehmen. In gewissen Regionen, wo noch im 19. Jahrhundert grosse Flächen Getreide angebaut worden waren, seither aber vermehrt Viehzucht betrieben wurde, konnte die Umstellung zwar mit Erfolg angegangen werden.[270] Andernorts aber gaben bäuerliche Erfahrungen mit den limitierten Möglichkeiten, die ihr Boden für die Bewirtschaftung hergab, Motiv zu Widerstand und Protest. Schlechte Erträge auf Wiesland, das zu Ackerland umgebrochen worden war, rechtfertigten teilweise die harte Arbeit nicht, die dafür aufgewendet werden musste. Deutlich, da flächendeckender als anderswo, war dies im Kanton Uri der Fall, wo Romed Aschwanden die Pflanzaktion als nicht sehr erfolgreich taxierte.[271]

Der Anbauplan sah zudem die Rodung erheblicher Waldbestände vor – in der Auffassung, damit könne eine relevante Fläche ackerbaufähiges Land gewonnen werden. Bauern waren gegenüber diesem Vorhaben gespalten, wie das Beispiel von Fischbach-Göslikon zeigt: Versprachen sie sich von der Rodung und vom Holzverkauf einen Gewinn, stimmten sie nicht selten zu, insbesondere weil die Kriegsrodung durch Bund und Kanton hoch subventioniert war. Da sich die Bauern aber finanziell beteiligen mussten, schreckten die ärmeren, die für die Rodung hätten einen Kredit aufnehmen müssen zurück. Sie wollten sich dafür nicht verschulden. Gemeinden befürworteten im Allgemeinen die Rodung ihres Gemeindewaldes nicht, war dieser doch ein wichtiger Vermögenswert und der darin mögliche jährliche Holzschlag generierte regelmässige Einnahmen. Selbst Kantone lehnten häufig das Vorhaben ab, wie die Beispiele der Kantone Aargau und Bern zeigen. Den stärksten Widerstand leisteten die Förster, die den unwiederbringlichen Verlust an «Natur», die Vernichtung von Wert beklagten und dafür widerständige Praktiken anwendeten, wovon die Verschleppung von befohlenen Rodungen nur die geringste war. Und in der Tat, die Bilanz der Waldrodung muss wohl negativ bewertet werden: Zum einen waren die Böden während mehrerer Jahre für den Ackerbau meist nicht geeignet und mussten mit einem Anbauprogramm nutzbar gemacht werden. Teilweise gelang dies nicht oder nur ungenügend.[272] Die Vorstellung, der geschlagene Wald könne nach dem

270 Eindrücklich zeigt dies Bühler 1948.
271 Aschwanden 2015, S. 393.
272 Vgl. auch die Beurteilung von Kappeler/Steigmeier (1999) zu den Rodungen auf der Baldegg.

Krieg wieder aufgeforstet werden, bestand zwar. Vielfach geschah dies aber nicht. Aus heutiger Sicht, angesichts der Klimakrise, müsste die Beurteilung dieses Waldschlags, der enorme Kosten und Arbeit verursachte und sich für die Ernährung der Bevölkerung im Krieg kaum lohnte, noch weit negativer ausfallen. Ganz dem damaligen Modernisierungsparadigma verpflichtet, wurde die Bedeutung der Bäume beziehungsweise des Waldes für Biodiversität, lokale Stabilisierung von Wind und Unwettern sowie die Bedeutung für die CO_2-Bindung nicht gesehen.

Meliorationen stellten in der gleichen Logik einen Erfolg der «Anbauschlacht» dar. In sumpfigem Gelände konnte in der Phase der Modernisierung niemand einen Wert erkennen. Die Trockenlegung brachte einem Dorf wie Riniken unter Umständen erheblichen Landgewinn und Mehreinkommen oder sicherte mittels Drainage Strassen durch sumpfiges Gelände und erleichterte damit die Kommerzialisierung von landwirtschaftlichen Produkten beziehungsweise die Arbeitswege von sogenannten Arbeiterbauern. Wie allerdings heute nicht nur Kanalisierungen von Flüssen, sondern auch Entsumpfung von weitem Gelände einzuschätzen wäre, müsste neu beurteilt werden. Die Einzwängung von Flüssen in betonierte Kanalufer jedenfalls ist in den letzten Jahrzehnten wegen der dadurch bewirkten Verarmung von Flora und Fauna, aber auch zunehmend wegen der Überschwemmungsgefahr als Fehler erkannt worden, der nun durch aufwendige Renaturierung wieder rückgängig gemacht werden muss.

Die «Anbauschlacht» muss also heute nicht nur unter dem Gesichtswinkel von Autarkiebemühungen im Zweiten Weltkrieg kritisch beleuchtet werden, sondern auch als Etappe einer Modernisierung der Landwirtschaft, die in den Nachkriegsjahren in eine industrielle Landwirtschaft mündete. Damit stellt sich heute das Problem, dass im Zuge dieser Entwicklung die Umweltzerstörung mit massiven Eingriffen weitergetrieben worden ist beziehungsweise recht eigentlich einsetzte. Angesichts der Tatsache, dass die Eigenversorgung während des Krieges nur ungenügend gesteigert worden war, sind die Kosten der Eingriffe in die Umwelt und die enormen Anstrengungen neu zu bewerten.

Peter Maurer hat die enorme ideologische Bedeutung der «Anbauschlacht» als Akt von Selbstbehauptung und Widerstand gegen Nazideutschland hervorgehoben. Ausgerechnet diejenige Massnahme, die wohl am deutlichsten Gefühle der gemeinsamen Anstrengung hervorzurufen imstande war, ist allerdings in der geschichtswissenschaftlichen Forschung

kaum ernsthaft dokumentiert worden. Der grosse Beitrag, den die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung auf ihren Kleinstparzellen mit dem Anbau insbesondere von Kartoffeln und Gemüse an die eigene Versorgung leistete, ist stets auf die Symbolik der Umpflügung von prominenten Orten wie dem Sechseläutenplatz in Zürich oder eben den Fussballfeldern lokaler Vereine (was nicht ohne Nebengeräusche realisiert wurde, wie in Wettingen sichtbar wurde) reduziert worden. Dabei war dieser Anbau mit erheblichem Zeitaufwand zusätzlich zur übrigen Berufs- und Haushaltsarbeit zu bewerkstelligen, und mit der Ernte war es auch nicht getan. Vieles davon musste arbeitsaufwendig haltbar gemacht werden. Auch wenn das in vielen Haushaltungen schon vor dem Krieg üblich gewesen war, wurde es nun noch existenzieller. Es fällt auf, dass ausgerechnet diese enormen Anstrengungen, die zu wesentlichen Teilen von Frauen geleistet worden sind, in der Forschung kaum Thema wurden. In den Rückblicken der Eidgenössischen Zentrale für Kriegswirtschaft werden sie als Beitrag an die Selbstversorgung gewürdigt, in der späteren Geschichtsschreibung wurden sie aber rasch zur Marginalie.

In der rückblickenden Beurteilung ist die «Anbauschlacht» bis zu Maurers Arbeit als Kampf um die Autarkie eingeordnet worden. Dabei wussten die Organisatoren der Kriegswirtschaft präzise, dass es um eine autarke Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht gehen konnte. Allein schon die totale Abhängigkeit von der Kohle – die im Zusammenhang der hier diskutierten Themen keine Rolle spielte – verbot ein solches Denken. Auch die Landwirtschaft – gerade in der Phase ihrer Produktivitätssteigerung – war über den Dünger und das Saatgut von ausländischen Lieferanten abhängig. Maurer schloss daraus, dass die Rede von der Selbstversorgung vor allem der propagandistischen Einschwörung der Bevölkerung auf den Widerstand gegen die nationalsozialistische Bedrohung gedient habe. Allerdings hat die Forschung auch seither nicht untersucht, wie dieser gebieterische Aufruf zur solidarischen Verzichts- und Durchhalteleistung zu bewerten ist angesichts der Tatsache, dass er für breite Bevölkerungsschichten enorme Arbeitsbelastungen mit sich brachte, deren Nutzen diskutabel ist.

In der geschichtskulturellen Erzählung zur «Anbauschlacht» gilt nach wie vor, dass sie ein Symbol für die geschlossene Haltung der Bevölkerung im Widerstand und in der Akzeptanz der damit verbundenen Massnahmen, Arbeits- und Verzichtleistungen während der Kriegsjahre sei. Aber schon Maurer mahnte, dass die dem Anbauplan zustimmenden Stimmen im

politischen Spektrum «nicht zur falschen Annahme verleiten [dürfen], der Plan sei auch von breiten Bevölkerungskreisen uneingeschränkt und aus gleichen Motiven unterstützt worden. Vielmehr wird aus den zahlreichen positiven, aber auch in den spärlichen negativen Kommentaren deutlich, dass die unterschiedlichsten politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen, Hoffnungen und Befürchtungen mit dem Anbauplan verknüpft wurden.»[1]

Es gab, so Maurer weiter, auch in der politischen Öffentlichkeit kritische Stimmen, die darauf hinwiesen, dass angesichts der Wirtschaftsstruktur der Schweiz eine Diskussion um «Autarkie oder Kollaboration» müssig sei. So zitierte er *Le Courrier de Genève*: «Il ne paraît pas qu'un pays comme le nôtre puisse hésiter entre deux politiques. La Suisse ne peut vivre qu'internationalement.» Es sei anachronistisch, auf eine «Insel der Teuerung» zu setzen. Es gelte, so *La Sentinelle*, die enormen technologischen Fähigkeiten der schweizerischen Wirtschaft für die Nachkriegszeit zu erhalten.[2]

1 Maurer 1985, S. 71.

2 Beide Zitate stammen von 1941. Zit. aus Maurer 1985, S. 73.

V Fazit

Diese Untersuchung hat die nach dem Zweiten Weltkrieg tradierte Vorstellung befragt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz während der Jahre des Zweiten Weltkriegs in Solidarität und Widerständigkeit ihr Land und die darin praktizierte demokratische Staatsform gegen eine Bedrohung durch die Nationalsozialisten einig zu verteidigen entschlossen waren. Mit dieser wirkmächtigen Vorstellung verband sich die Idee, die Bevölkerung habe sich als Solidargemeinschaft verstanden, die im Interesse von Freiheit und Demokratie den staatlichen Anordnungen ohne zu zögern gefolgt sei. Dieses Bild ist seither vor allem in der Geschichtskultur wachgehalten worden, während die Geschichtswissenschaft die damit beschriebenen Verhältnisse zwar erforscht und dadurch das entsprechende Bild in vielen Bereichen auch revidiert, aber in Bezug auf die sogenannte einfache Bevölkerung praktisch unverändert belassen hat.

In der Annahme, dass die Vorstellung eines einmütigen und solidarischen Widerstands ein wenig realistisches Ideal davon ist, wie sich die Lebensgestaltung einer Bevölkerung über immerhin sechs Jahre hinweg vollzieht, wurde hier danach gefragt, wie sich das Alltagsleben während des Zweiten Weltkriegs gestaltete. Vor allem aufgrund der Auswertung von lokalgeschichtlichen Quellen aus ländlichen Regionen des schweizerischen Mittellandes konnte gezeigt werden, dass eine Orientierung am nationalen Schicksal sich im Material zum Alltag der Bevölkerung nicht zeigt. Solidaritäten untereinander werden vielmehr in lokalen Netzwerken oder in dörflichen Gemeinschaften sichtbar. Sie orientierten sich dabei nur sehr begrenzt oder kaum an den staatlichen Vorgaben. Es wird also deutlich, dass die Individuen sich vor allem um die Weiterführung ihrer gewohnten Lebenssituationen bemühten. Diese waren entsprechend der materiellen Situation, der beruflichen Aktivitäten sowie der familiären und übrigen sozialen Einbindung sehr unterschiedlich und dokumentieren insgesamt eine von Ungleichheit tief gekennzeichnete Gesellschaft. Die Distanz des Alltagslebens zur staatlichen Organisation des Bundes, der Armee wie der Kantone bildet sich zudem in der Haltung der meisten Gemeindebehörden ab, die sich zwar in unterschiedlichem Ausmass, aber insgesamt doch deutlich zögerlich auf die Durchsetzung staatlicher Anordnungen einliessen. Dies

wohl, weil ihnen die Beibehaltung der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung, deren Teil sie waren, wichtiger war als der oftmals unbequeme Vollzug neuer kantonaler und eidgenössischer Anordnungen.

In dieser Studie wurden drei Elemente des militärischen und kriegswirtschaftlichen Vollmachtenregimes untersucht: die befohlene Verdunkelung des Aussenraumes, die Rationierung vor allem der Lebensmittel mit ergänzenden Massnahmen der Marktsteuerung sowie der Mehranbau und die Umlenkung von Viehwirtschaft und Milchproduktion zum pflanzlichen Anbau in der «Anbauschlacht». Die diesbezüglichen Dispositive wurden vom Bundesstaat beschlossen, angeordnet und kontrolliert, jedoch weitgehend der Organisation der Kantone überlassen. Diese – wie der Bundesstaat selbst – schufen nicht nur kriegswirtschaftliche Administrationen in beachtlichem Umfang, sondern nahmen die Gemeindebehörden für die konkreten Massnahmen in die Pflicht und überwachten sie dabei.

Es zeigt sich in allen drei Bereichen, dass die Befolgung der behördlichen Anordnungen sehr unterschiedlich vollzogen, ja mit grosser Selbstverständlichkeit missachtet wurden. Dies betraf nicht nur Privatpersonen, sondern auch Behördenvertreter. Von Beginn weg wurden denn auch nicht allein Vorschriften erlassen, sondern auch Bussen und teilweise drakonische Bestrafungen angedroht. Dies belegt, dass sich die Bundesbehörden und die Armee, teils auch die Kantonsbehörden nicht auf den solidarischen Vollzug durch die Gemeinden beziehungsweise Bürgerinnen und Bürger allein verlassen wollten, sondern mit Widerstand rechneten. Die Tatsache, dass es zu einer beeindruckenden Zahl von Strafverfahren kam, zeigt wiederum, dass diese Befürchtungen staatlicher Stellen, die neuen Vorschriften könnten nicht eingehalten und es könnte den Anordnungen offen zuwidergehandelt werden, begründet waren.

Widerstand gegen die behördlichen und militärischen Anordnungen zeigte sich in vielfältiger Form: Regelungen wurden nicht befolgt, was etwa bei Verdunkelungsbefehlen häufig vorkam. Vorschriften wurden gelegentlich oder systematisch umgangen, was sich bei den Schwarzschlachtungen, dem Schwarzhandel, den Falschangaben bei Bezugsberechtigungen und anderem mehr zeigte. Befehle wurden schlicht nicht beachtet oder ihre Durchführung wurde verschleppt, was etwa beim verlangten Mehranbau in der Landwirtschaft oft der Fall war. Neben den direkten Zuwiderhandlungen waren auch Rekurse, Wiedererwägungen und eindringliche Appelle an Behörden und Regierung häufig, in denen begründet wurde, weshalb

Anordnungen widerrufen werden sollten. So wehrten sich Private gegen Bussen wegen Verdunkelungsvergehen. Gemeinde- oder Kantonsbehörden opponierten zahlreich gegen angeordnete Waldrodungen. Wenn alles nichts half, kam es gar zu Auseinandersetzungen mit und Handgreiflichkeiten gegen Behördenmitglieder und eidgenössische Vollzugsbeamte, wie sich bei den Unruhen von Steinen und Bulle eindrücklich zeigt.

Aus der Sicht des Bundesrates und der Armeespitze war es zwingend, dass die Kantone und Gemeinden sowie die Bevölkerung ihre Anordnungen strikt befolgten. Gestützt auf das Vollmachtenregime und das militärische Machtmonopol liessen sie sich weder mit Kantonsregierungen noch mit Bürgern oder Bürgerinnen auf Diskussionen ein. Auseinandersetzungen endeten in der Regel mit dem – manchmal zwar abgemilderten – Vollzug behördlicher Massnahmen oder mit Strafanzeigen. Es zeichnet sich damit ein hierarchisches Gefüge ab, mit welchem die von Jakob Tanner angesprochene Nationalisierung der Bevölkerung während der Kriegsjahre strukturiert und weitgehend kompromisslos durchgesetzt werden konnte.

1 Vollmachtenregime und zivilgesellschaftliche Alltagslogik

Zu diesem Befund scheinen die zahlreichen angesprochenen Widerstände und Gegenpraktiken dennoch im Widerspruch zu stehen. Tatsächlich können sie als Ausdruck davon gedeutet werden, dass ein Staat, solange er nicht zum diktatorischen Verfolgungsstaat wird, auch bei strikten Anordnungen und Strafandrohungen stets gewisse Freiräume offenlässt und so ein Spektrum von «Ungehorsam» duldet, solange er sich damit nicht in seiner Autorität und Funktionstüchtigkeit als gefährdet interpretiert. Dies schon allein deshalb, weil ihm die Mittel zur lückenlosen Kontrolle fehlen, aber auch, weil eine solche staatliche Autorität für sein «Regieren» zwar nicht auf die Zustimmung zu einzelnen Massnahmen, aber auf die grundsätzliche Akzeptanz des «Staatsvolks» angewiesen ist. Dazu passt, dass die zentrale Regierung, also der Bundesrat und der General der Schweizer Armee, in der föderalistischen Staatsordnung, wie sie die Schweiz prägt, Appelle und Proteste von Kantonsregierungen nicht einfach verhallen lassen konnte, sondern respektvoll darauf einging und bemüht war, sie für sich und ihre Anordnungen zu gewinnen.

Aus den Quellen lässt sich erschliessen, dass die Bevölkerung ihre Loyalitäten gegenüber dem Staat, genauer gegenüber den verschiedenen staatlichen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) und die Solidaritäten untereinander unterschiedlich interpretierten und lebten. Es ist deutlich, dass Widerständigkeit gegen die staatlichen Anordnungen kein Ausnahmehandeln darstellte. Es ist zudem sichtbar geworden, dass Androhungen von Zwang und Strafen für nötig gehalten wurden, um Loyalitäten und Solidaritäten zu sichern. Nun ist dieser Befund zwar nicht weiter erstaunlich, er widerspricht aber der gängigen Interpretation einer Geschlossenheit der Haltung und des Handelns der Bevölkerung in den Kriegsjahren. Das individuelle Denken, Fühlen und Handeln der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz mag über die Kriegsjahre hinweg überlagert gewesen sein von der Angst vor einer kriegerischen Auseinandersetzung im eigenen Land und die Bevölkerung mag sich von den Verlautbarungen und Anordnungen der staatlichen Organe gelenkt und ein Stück weit auch angeleitet gefühlt haben. Trotzdem gestalteten die einzelnen Personen ihren Alltag entsprechend ihren wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten, ihren sozialen Verankerungen und ihren kulturellen Einbettungen. Sie handelten bestimmt von

der Sorge um die materielle Existenz, getrieben von Gewinnstreben, in der Sorge für die Familie und der Wahrung ihrer sozialen Stellung. Dabei dürfte auch das dörfliche Gefüge eine wichtige Rolle gespielt haben, wie sich in den Gemeinden, aus denen die hier ausgewerteten Quellen stammen, unterschiedlich deutlich zeigte. Diese Lebenssituationen und die damit verbundenen alltäglichen Geschäfte und Bemühungen motivierten das Handeln der Bevölkerung. Schien es den Leuten opportun oder vertretbar, entschieden sich nicht wenige für die Verletzung von Vorschriften oder den mehr oder weniger offenen Widerstand gegen die Anordnungen der kriegswirtschaftlichen und militärischen Behörden, die oft als Zumutungen wahrgenommen wurden.

Auch in den Interviews, die 40 bis 60 Jahre nach Kriegsende entstanden, erzählten die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ihren Alltag im Krieg – ob sie damals bereits erwachsen oder noch Kinder waren – eingebettet in die kleinräumigen Bezüge. Gleichzeitig dokumentieren viele dieser Berichte aber einen deutlichen Unterschied zu den lokalen Quellen: Ihren Erzählungen ist häufig ein Sinn der Zugehörigkeit zur nationalen Widerstandsgesellschaft unterlegt. Es scheint plausibel, diese Differenz zwischen lokalen Quellen und Erinnerungen mit der Überlagerung der erzählten Episoden durch Deutungen späterer geschichtskultureller Diskurse und mit der Anpassung an die Zusammenhänge der Erzählsituationen zu erklären. Diese Angleichung an die geschichtskulturelle Tradierung könnte auch die Ursache dafür sein, dass Unterschiedlichkeiten in den Erzählungen ein Stück weit verschwunden sind und dass kaum von konflikthaften Situationen und Entscheidungen erzählt wird.

2 Ungehorsam oder Widerspruch

In der Perspektive der Regierung und der Strafbehörden, soweit sie öffentlich formuliert wurde, wurden die Nichtbefolgung von Anordnungen oder Zuwiderhandlung als Ausdruck mangelnder Solidarität und fehlenden Gemeinschaftssinns, als fehlende Einsicht in die Tragweite solchen Handelns oder als verantwortungslose Selbstsucht interpretiert. In unterschiedlichem Ausmass wurden vorgebrachte Beweggründe als vorgeschoben, nicht haltbar oder als mangelnde Einsicht in grössere Zusammenhänge diskreditiert. In der Tat lassen sich aus den Quellen ein Verharrenwollen im Vertrauten, ein Unwille, sich auf Mehrarbeit einzulassen, und andere Befindlichkeiten herauslesen, die unsolidarisches Verhalten mit problematischen, ja kriminellen Motiven begründeten, was potenziell den gesellschaftlichen Frieden zu gefährden imstande war. Gegen die Be- und Verurteilung von behördlicherseits unerwünschten Verhaltensweisen und nicht akzeptierten Einschätzungen in der Bevölkerung – und bei den Behörden – wurden allerdings gewichtige Einwände vorgebracht. Auch in einer rückblickenden Perspektive sind demnach kritische Fragen angebracht.

Im Falle der Verdunkelungsanordnung war der Widerstand gross und vielfältig. Bedenkenswert scheint der in der Zeit vorgebrachte, aber auch heute zu formulierende Einwand, dass die Verdunkelung das Territorium der neutralen Schweiz nicht nur nicht schützte, sondern – im Interesse des kriegführenden Deutschen Reiches – sogar massiv gefährdete. Vor allem die Bevölkerung und die Regierungen der Grenzkantone, aber nicht nur sie, opponierten deshalb immer wieder gegen den Befehl aus Bern. Selbst General Guisan beurteilte die Massnahme als militärisch unsinnig und der politischen Rücksichtnahme geschuldet. Der schwelende Konflikt war Ausdruck des in der Geschichtswissenschaft immer wieder neu diskutierten Sachverhalts, dass Bundesrat und Armeeleitung damals von Neutralität sprachen und zugleich eine an die Achsenmächte angelehnte Politik betrieben, die im Fall des Verdunkelungsbefehls das Risiko menschlicher und infrastruktureller Opfer in Kauf nahm.

Das Rationierungssystem für Lebensmittel und andere Güter wiederum wurde im Allgemeinen von der Bevölkerung und den Behörden gut aufgenommen. Mehrheitlich wurden die Anordnungen als gerecht akzeptiert. Die Tatsache, dass Begüterte die Rationierungskarten besser ausschöpfen konnten als Leute mit wenig Einkommen, wurde offenbar nicht als Problem

des Rationierungssystem gesehen, sondern als Ausdruck der materiellen Ungleichheit und somit als eine Charakteristik der schweizerischen Gesellschaft gedeutet. Die Quellen ländlicher Gemeinden zeigen daneben aber, dass die Auslotung von Schlupflöchern – sei es Schwarzhandel, Eigenkonsum abgabepflichtiger Waren oder Handel mit Rationierungsmarken – als valable Möglichkeit gesehen wurde, sich Vorteile zu verschaffen. Die Auffassung, dass auf diese Weise in der Gemeinschaft des Dorfes oder in der Familie Lebensmittel gut genutzt und nichts verschwendet werde, liess die damit verbundene Verletzung der gesamtgesellschaftlichen Solidarität in den Hintergrund treten. Selbst die Schwarzschlachtung von Vieh und der Schwarzhandel grösseren Stils erfuhren anscheinend in vielen Milieus eine verständnisvolle Duldung, wie die Ereignisse in Steinen und Bulle, aber auch zahlreiche kleinere Vorfälle zeigen.

Die «Anbauschlacht» wiederum war propagandistisch hochgelobt und dennoch stark umstritten. Auch wenn das Bemühen, die Selbstversorgung zu steigern, angesichts sich von Jahr zu Jahr verschlechternder internationaler Versorgungswege von vielen begrüsst wurde, gab es doch gewichtige Argumente gegen einige der Massnahmen. Zum einen wurde die Festlegung zusätzlich zu bewirtschaftender Flächen vor allem wegen des hohen Arbeitsaufwands und des gleichzeitigen Arbeitskräftemangels kritisiert. Die Arbeitsbelastung wurde in der Kriegszeit je länger je mehr zu einem Argument, was Hinweise auf die zunehmende Erschöpfung und die wachsende Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung gibt. Daneben gab es Einwände gegen die Umwandlung von Weideflächen in Felder für den Pflanzenanbau mit dem Argument, dass Böden sich dafür nicht eignen und damit der Ertrag den Aufwand nicht rechtfertigen würde. Auch wenn dies gelegentlich vorgebracht wurde, weil man nicht vom Gewohnten abweichen wollte, zeigte sich doch verschiedentlich, dass der Getreide- oder Kartoffelanbau an Grenzen stiess und damit das Argument mehr Berücksichtigung verdient hätte. Deutlicher noch wird dieser Konflikt bei den Waldrodungsanordnungen greifbar: Die Abholzung von Wäldern stiess aus wirtschaftlichen, ökologischen und wohl auch aus kulturellen Motiven auf teilweise erbitterten Widerstand. Die erzielten Erträge belegen, dass in den allermeisten Fällen die Opposition berechtigt war. Man könnte also davon ausgehen, dass die Anbauschlacht ein gigantisches, in der Zeit gut gemeintes und partiell erfolgreiches Experiment darstellte, dessen agrarwissenschaftlichen Grundlagen aber ziemlich dürftig waren. Angesichts gegenwärtiger Herausforderungen

bezüglich einer Sicherung der (globalen) Ernährung, einer die natürlichen Grundlagen bewahrenden nachhaltigen Landwirtschaft und eines die Biodiversität und die Wasserqualität berücksichtigenden Umgangs mit Kulturland hätte die Geschichtswissenschaft die Chance, die Modernisierung der Landwirtschaft durch den «Plan Wahlen» und seine Fortführung als industrielle Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in einem neuen Licht zu zeigen. Damit würde nicht zuletzt auch ein Beitrag zur aktuellen Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der Landwirtschaft geleistet. Dies hiesse aber auch, damaligen Widerstand gegen die verfügten Massnahmen nicht vorschnell als mangelnde Solidarität und fehlenden Patriotismus zu bewerten, sondern die Argumente der Opponenten als Ressource für diese Diskussion zu prüfen. Damalige Rodungen und Meliorationen, aber auch damalige Vergütungsmodalitäten landwirtschaftlicher Produktion könnten damit zum gesellschaftlichen Diskussionsgegenstand werden, an welchem sich eine nachhaltigere Landwirtschaft und Konsumwirtschaft entwickeln liesse.

3 Alltägliche Eigenständigkeit trotz Nationalisierung

Eingangs wurde festgehalten, dass die ideologische Figur des solidarischen, demokratischen Widerstands der neutralen Schweiz seit 1945 in mehreren Etappen erforscht und dekonstruiert worden sei. Dabei wurde aber festgestellt, dass dies nicht «erschöpfend» erfolgt ist, weil gerade das Handeln der «einfachen Leute» nicht daraufhin untersucht worden sei, ob sie sich geeint, solidarisch, widerständig und den Anordnungen der Regierung folgend verhielten. Diese Leerstelle in der Forschung wurde als Ursache dafür bezeichnet, dass sich diese Vorstellung nahezu ungebrochen in der Geschichtskultur halten kann.

Dieses Buch schreibt gegen die Ideologie der entschlossenen Widerständigkeit der kleinen Demokratie im Zentrum Europas an und will darum zeigen, dass auch in den Kriegsjahren der Alltag der Bevölkerung so gewohnt wie möglich weiterging. Dies bedeutet, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz in den Kriegsjahren gemäss ihren Interessen, Werthaltungen, sozialen und kulturellen Ver- und Eingebundenheiten in Milieus, Schichten, Religions- und Konfessionszugehörigkeiten entsprechend ihrem Geschlecht und Alter unterschiedlichste Erfahrungen durchlebten. Es wurde gezeigt, dass dies letztlich bedeutet, dass die Vorstellung beziehungsweise die im Nachhinein gepflegte Ideologie kaum zu halten sein wird, wonach die Menschen sich während der Kriegsjahre zuvorderst als Schweizerinnen und Schweizer verstanden und ihr Denken und Handeln darauf ausgerichtet hätten, solidarisch und wehrhaft ihren Alltag zu gestalten unter Hintanstellung unterschiedlichster Interessen und Bedürfnisse. Auf den ersten Blick scheint es völlig klar, dass diese Ideologie dem gelebten Alltag in keiner Weise entsprach. Wir würden es heute wohl als selbstverständlich beurteilen, dass die Leute versuchten, ihr bisheriges Leben so gut wie möglich weiterzuführen mit allen Meinungsverschiedenheiten, Interessenkonflikten und unterschiedlichen (politischen) Auffassungen. Nur wurde der Alltag der schweizerischen Bevölkerung im Krieg bislang kaum unter dieser Perspektive erforscht. Und da die geschichtskulturelle Erinnerung die Unterschiedlichkeit von Auffassungen und Konflikte während der Kriegsjahre ebenso weitgehend ausblendet, erwächst auch aus der Geschichtskultur kaum das Bedürfnis, die ideologische Überhöhung der solidarischen und wehrhaften Bevölkerung zu befragen. Damit wird die vorausgesetzte Selbstverständlichkeit zu einem historiografischen Problem, gegen das in dieser Studie angeschrieben wurde.

Das Unterfangen, gängige Vorstellungen vom Verhalten der Bevölkerung während der Kriegsjahre zu untersuchen, ist bedeutsam.

Zum einen vertritt das Buch die Notwendigkeit einer Differenzierung der These der fortschreitenden Nationalisierung der Bevölkerung (Tanner) im Diskurs der Geschichtswissenschaft. Diese Differenzierung bestätigt die These zwar, kennzeichnet sie aber als Projekt der nationalen Politik und fragt danach, inwiefern diese Bewegung zur Erfassung der Bevölkerung als «Staatsvolk» oder gar als «Nationalkörper» in der Bevölkerung spürbar, gelebt und nachvollzogen wurde. Die Kriegsjahre wären die Zeitspanne, in der sich die Nationalisierung stark durchsetzen konnte: Immerhin regierte der Bundesrat mit Vollmacht und es wurden die Männer, teilweise auch die Frauen, von Dienstverpflichtungen erfasst – zusätzlich zum Erlass von Vorschriften wie den hier untersuchten. Wird die Nationalisierung nur «von oben» und nicht wie hier geschehen auch «von unten» untersucht, wäre das Ergebnis wohl, dass die Nationalisierung im Krieg weitestgehend vollendet wurde. Dies hiesse gleichzeitig, dass ein solches Unterfangen überhaupt umsetzbar ist.

Die hier vertretene Differenzierung basiert demnach auf einer Prüfung der Nationalisierung «von unten». Die Widerrede gegen die Nationalisierung der Bevölkerung ist der Betonung von Widerspenstigkeit, Ungehorsam, Gleichgültigkeit beziehungsweise des Eigensinns individueller Lebensgestaltung verpflichtet. Damit wird zum einen deutlich, dass das nationale Zusammenstehen ein ungleich komplexerer Prozess ist als die geschichtskulturell tradierte Idee patriotischen Gemeinschaftssinns es nahelegt. Dieser Prozess beinhaltete Überzeugung, Zwang und Verweigerung, aber auch verschiedene Facetten der Ausgestaltung und des Engagements. Zum andern wird sichtbar, dass die Feststellung einer zunehmenden Nationalisierung der Bevölkerung als wichtige Beschreibung von Entwicklungstendenzen der modernen Schweiz nachvollzogen werden kann, dass sie aber an bestimmte Quellenbestände gebunden ist. Bei diesen Beständen handelt es sich vor allem um bundesstaatliche, teilweise um kantonale Verwaltungsakten sowie Dokumente, die öffentliche Verlautbarungen, politische Reden und Diskussionen zum Inhalt haben. Andere Perspektiven und die ihr zugrunde liegenden lokalen Materialien erlauben demgegenüber notwendige Differenzierungen, neue Bewertungen und Einschätzungen.

Insgesamt wird zudem sichtbar, dass die in dieser Studie diskutierten Themen zwar historisch sind, ihnen in vielfältiger Weise aber für heutige

drängende Zukunftsfragen Relevanz zukommt. Das nachhaltige Wirtschaften, die Pflege der Biodiversität und der Schutz des Wassers, der gesunde, die Umwelt und Ressourcen schonende Konsum stellen Gesellschaften heute nämlich vor tief greifende Herausforderungen, in deren Licht damalige Handlungs- und Denkweisen neu bewertet und zur Quelle erweiterter Handlungsoptionen werden können. Zugleich liefert das Denken und Handeln der Nachkriegszeit mit seiner Fortschritts- und Wachstumsdoktrin einer kritischen geschichtswissenschaftlichen Perspektive heute ungleich weniger Inspiration. So gilt es wohl, damalige konfliktive und alternative Stimmen und Taten zum Ausgangspunkt für neue Perspektiven nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Zukunft zu diskutieren.

VI Literatur

Abt, Roman K.; Forclaz, Bertrand; Hürlimann, Katja (2014): Wirtschaft im ländlichen Raum. Einleitung. *Traverse* 21 (2), 19–23.

Archiv für Agrargeschichte (Hg.) (2022): *Eigensinnig vernetzt. Spuren sichern und Quellen erschliessen in der neueren Agrargeschichte*. Zürich: Chronos. DOI: 10.33057/chronos.1694.

Aschwanden, Erich (2017): 3700 Soldaten umstellen rebellische Schwyzer. *Neue Zürcher Zeitung* 25. 9. 2017.

Aschwanden, Romed (2015): Uri im Zweiten Weltkrieg. In: Stadler-Planzer, Hans (Hg.): *Geschichte des Landes Uri*, Teil 2b: *Von der helvetischen Umwälzung in die Gegenwart*. Schattdorf: Uranos, S. 369–408.

Bachmann, Thomas; Fuhrer, Hans Rudolf (2014): *Alliierte Luftraumverletzungen im Zweiten Weltkrieg* (Publikationen der SGMS 35). Wettingen: Schweizerische Gesellschaft für Militärhistorische Studienreisen.

Barbey, Mary Anna (Hg.) (1989): *39–45: les femmes et la Mob*. Genève: Edition Zoé.

Baumann, Werner (1994): *Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918*. Zürich: Orell Füssli.

Baumann, Werner; Moser, Peter (1999): *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968*. Zürich: Orell Füssli.

Baumann, Werner; Moser, Peter (2007): Landwirtschaft. 19.–20. Jahrhundert. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 19. 11. 2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013933/2007-11-19, 17. 4. 2023.

Behrendt, Fritz (1932): *Die Schweiz und der Imperialismus. Die Volkswirtschaft des hochkapitalistischen Kleinstaates im Zeitalter des politischen und ökonomischen Nationalismus*. Zürich: Rascher.

Biske, Käthe; Senti, Alfred (1948): Unsere Lebensmittelrationen im Zweiten Weltkrieg. *Zürcher Statistische Nachrichten* 25 (4), 159–224.

Borer, Renata (1984): *Hans Bernhard und die Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL) im Rahmen der frühen Siedlungspolitik und Landesplanung.* Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit Universität Basel 1984.

Brändle, Fabian; Koller, Christian (2002): *Goal! Kultur- und Sozialgeschichte des modernen Fussballs.* Zürich 2002.

Braun, Rudolf (1960): *Die Veränderungen der Lebensformen in einem ländlichen Industriegebiet vor 1800 (Zürcher Oberland)* (Industrialisierung und Volksleben 1). Erlenbach, Stuttgart: Rentsch.

Brian, Scherer Sarah (2005): Jakob Käch. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 6. 7. 2005, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/006403/2005-07-06, 11. 4. 2023.

Broda, May B., Joris, Elisabeth; Müller, Regina (1998): Die alte und die neue Frauenbewegung. In: König, Mario, Kreis, Georg, Meister, Franziska; Romano, Gaetano (Hg.): *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren* (Die Schweiz 1798–1998 3), Zürich: Chronos, S. 201–226.

Bühler, Bruno (1948): *Der Mehranbau der zürcherischen Landwirtschaft 1939–1945*. Zürich: Buchdruckerei Turbenthal.

Bundesamt für Statistik (1992*): Eidgenössische Volkszählung 1990. Bevölkerungsentwicklung 1850 bis 1990. Die Bevölkerung der Gemeinden*, file:///D:/Benutzer/Beatrice/Downloads/001-9004.pdf, 14. 4. 2023.

Buomberger, Thomas; Magnaguagno, Guido (Hg.) (2015): *Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Kunsthaus Zürich?* Zürich: Rotpunkt.

Burkart, Jasmin (2008): *Angst hatte ich eigentlich nie. Ein Zeitzeuge erzählt von seinen Kindheitserinnerungen an die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Schweiz, Full, 1939–1945*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Chiquet, Simone (Hg.) (1992): *«Es war halt Krieg». Erinnerungen an den Alltag in der Schweiz 1939–1945*. Zürich: Chronos.

Christen, Ruedi et al. (1981): *Die Bührle Saga. Festschrift für einen Waffenindustriellen, der zum selbstlosen Kunstmäzen wurde*. Zürich: Limmat.

Culler, Jonathan (1988): *Dekonstruktion. Derrida und die poststrukturalistische Literaturtheorie*. Reinbek: Rowohlt.

Degen, Bernard (2012): Arbeit und Kapital. In: Halbeisen, Patrick, Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. Basel: Schwabe, S. 873–922.

Degen, Bernard (2022): *Lebensmittelrationierung in der Schweiz*, *https://blog.nationalmuseum.ch/2022/01/lebensmittelrationierung-zweiter-weltkrieg*, 13. 12. 2022.

Dejung, Christof (2006): *Aktivdienst und Geschlechterordnung. Eine Kultur- und Alltagsgeschichte des Militärdienstes in der Schweiz 1939–1945*. Zürich: Chronos.

Dejung, Christof, Gull, Thomas; Wirz, Tanja (2002): *Landigeist und Judenstempel. Erinnerungen einer Generation 1930–1945*. Zürich: Limmat.

Dejung, Christof; Stämpfli, Regula (Hg.) (2003): *Armee, Staat und Geschlecht. Die Schweiz im internationalen Vergleich 1918–1945*. Zürich: Chronos.

Demuth, Yves (2023): *Schweizer Zwangsarbeiterinnen. Eine unerzählte Geschichte der Nachkriegszeit*. Zürich: Schweizer Beobachter.

Doll, Nikola (Hg.) (2024): *Museen in der Verantwortung. Positionen im Umgang mit Raubkunst*. Zürich: Rotpunkt.

Duttweiler, Dölf; Strehle, Res (Hg.) (2024): *Die Bührle Saga. Festschrift für einen Waffenindustriellen, der zum selbstlosen Kunstmäzen wurde.* 3., erweiterte Auflage. Zürich: Limmat.

Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft (Hg.) (1945): *Der Mehranbau der Industrie. «Das Industrie-Pflanzwerk 1942–1944»* (Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft 9). Bern.

Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft (Hg.) (1950): *Die Schweizerische Kriegswirtschaft 1939–1948. Bericht des EVD*. Bern.

Eidgenössisches Statistisches Amt (Hg.) (1954): *Statistisches Jahrbuch der Schweiz*. Basel: Birkhäuser.

Engler, Hans (1950): Sektion für Eier und Geflügel. In: Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft (Hg.): *Die Schweizerische Kriegswirtschaft 1939–1948. Bericht des EVD*. Bern, S. 473–489.

Espahangizi, Kijan (2023): *Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010*. Göttingen: Wallstein – Konstanz UP.

Feisst, Ernst (1945): *Wie hat die Schweiz ihr Kriegsernährungsproblem gelöst?* (Schriftenreihe des Aufklärungsdienstes der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft 11). Bern.

Feldman, Gerald D. (2008): The Economics of War and Economic Warfare 1914–1945. In: Groebner, Valentin; Guex, Sébastien; Tanner, Jakob (Hg.): *Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege* (SGWS 23), Zürich: Chronos, S. 87–98.

von Felten, Tomi (2009): *Ortswehr Olten. Zwischen militärischem Rückhalt und moralischer Stütze*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Fibicher, Arthur (1993): Krieg und Krisen (1914–1945). In: Fibicher, Arthur: *Walliser Geschichte*, Bd. 3.1: *Die Neuzeit. Ereignisse und Entwicklungen 1520–1991*. Sitten: Kantonales Erziehungsdepartement, S. 253–332.

Fink, Nadine (2014): *Paroles de témoins, paroles d'élèves. La mémoire et l'histoire de la Seconde Guerre mondiale, de l'espace public au monde scolaire* (Exploration. Education: Histoire et pensée 160). Bern etc.: Lang.

Fleisch, Alfred (1947): *Ernährungsprobleme in Mangelzeiten. Die schweizerische Kriegsernährung 1939–1946*. Basel: Schwabe.

Frei Berthoud, Annette (1998): Fakten, Mythen, Erinnerungen. Die unterschiedliche Wahrnehmung und Beurteilung von Aktivdienst und Fraueneinsatz. In: Sarasin, Philipp; Wecker, Regina (Hg.): *Raubgold, Reduit, Flüchtlinge. Zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*. Zürich: Chronos, S. 105–119.

Fuhrer, Hans Rudolf; Vincenz, Filip (2005): Der «Steiner Aufstand» 1942. *Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift* 171 (6), 25–34.

Gabathüel, Barbara (2006): *Rationierung und Dörren in der Schweiz während dem 2. Weltkrieg*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Gautschi, Willi (1978): *Geschichte des Kantons Aargau*, Bd. 3. Baden: Baden.

Giacometti, Zaccaria (1945): *Das Vollmachtenregime der Eidgenossenschaft*. Zürich: Polygraphischer Verlag.

Gross, Raphael (2024): *Überprüfung der Provenienzforschung der Stiftung Sammlung E. G. Bührle*, www.stadt-zuerich.ch/de/aktuell/publikationen/2024/evaluation-buehrle.html, 16. 8. 2024.

Güzel, Sengül (2007): *Die Lebensmittelrationierung von 1939–1948 in der Gemeinde Wohlen*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit.

Guggenbühl, Helen (1942): *Haushalten in der Kriegszeit*. Zürich: Schweizer Spiegel.

Gysling, Erich; König, Mario; Ganz, Michael T. (1995): *1945 – Die Schweiz im Friedensjahr*. Zürich: Silva.

Haag, Selma (2006): *Schutzmassnahmen der Gemeinde Muri AG während des Zweiten Weltkrieges*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Haag, Selma (2007): Schutzmassnahmen der Gemeinde Muri AG während des Zweiten Weltkrieges. Ein Beitrag zur neueren Ortsgeschichte Muris. *Unsere Heimat. Jahresschrift der Historischen Gesellschaft Freiamt* 74, S. 33–77.

Häsler, Alfred A. (1985): *Das Abenteuer Migros. Die 60 Jahre junge Idee*. Rüschlikon: Migros-Genossenschafts-Bund.

Hafner, Wolfgang (2015): Oerlikon-Bührle: Das hässliche Gesicht der Schweizer Industrie. In: Buomberger, Thomas; Magnaguagno, Guido (Hg.): Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Kunsthaus Zürich? Zürich: Rotpunkt, S. 31–70.

Haller, Gabriel (2007): *Dottikon 1939–1945. Die Gemeinde während des 2. Weltkrieges*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Handschin, Urs (2006): *Mehranbau in Gelterkinden 1939–1944*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Heim, Peter (2018): Kantonale Politik (bis 1952). In: Schluchter, André (Hg.): *Geschichte des Kantons Solothurn im 20. Jahrhundert*, Bd. 5.2: *Politik und Staat – Kirchen und Religion – Kultur.* Solothurn: Lehrmittelverlag Solothurn, S. 18–79.

Heiniger, Markus (1989): *Dreizehn Gründe warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde*. Zürich: Limmat.

Höhn-Ochsner, Walter (1972): Zürcher Volksbotanik. Mundartliche Pflanzennamen und botanisch volkskundliche Mitteilungen. *Vierteljahresschrift der naturforschenden Gesellschaft in Zürich* 117 (1), 1–99, www.ngzh.ch/archiv/1972_117/117_1/117_2.pdf, 13. 12. 2022.

Horat, Erwin (2007): Steiner Handel 1942: Schwarzhandel und «Anti-Bern-Reflexe» ergeben eine brisante Mischung. In: Horat, Erwin; Kessler, Valentin; Landolt, Oliver; Michel, Kaspar: *«Streit und Staat». Geschichte der politischen Unruhen im Kanton Schwyz* (Schwyzer Hefte 90). Schwyz: Kulturkommission Schwyz, S. 85–90.

Horat, Erwin (2008): Der Steiner Handel. *Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz* 100, S. 112–115.

Horat, Erwin (2012): Die Zeit der Weltkriege. In: Historischer Verein des Kantons Schwyz (Hg.): *Geschichte des Kantons Schwyz*, Bd. 4: *Politik und Verfassung 1712–2010*. Zürich: Chronos, S. 147–162.

Humair, Cédric (1992): L'influence de l'Union Suisse des Paysans sur la politique douanière de la Confédération suisse durant les années 1920. In: Tanner, Albert; Head-König, Anne-Lise (Hg.): *Die Bauern in der Geschichte der Schweiz. Les paysans dans l'histoire de la Suisse* (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 10). Zürich: Chronos, S. 219–241.

Hunger, Bettina (1989): Der Höhlenbewohner als Errungenschaft der hochentwickelten Technik. Konflikte um den Luftschutz in Basel. In: Guth, Nadia; Hunger, Bettina (Hg.): *Reduit Basel 39/45. Katalog zur Ausstellung des Historischen Museums Basel in der Stückfärberei, Kleinhüningen, 4. 11. 1989 bis 28. 1. 1990*. Basel: Reinhardt, S. 24–29.

Ineichen, Stefan (²2009): *Zürich 1933–1945. 152 Schauplätze*. Zürich: Limmat, Kap. 9: Verdunkelung.

Inglin, Meinrad (1947): Der schwarze Tanner. In: *Die Lawine und andere Erzählungen*. Zürich: Atlantis.

Jäger, Georg (2000): Graubündens Integration in die Schweiz. In: Simonett, Jürg: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 3: *19. und 20. Jahrhundert*. Chur: Bündner Monatsblatt, S. 311–329.

Jakob, Marcel, Maissen, Adriano; Schwarz, Philippe (2010): Kriegswirtschaftsrecht des Zweiten Weltkrieges. In: Gschwend, Lukas; Löhnig, Martin (Hg.): *Wirtschaft und Recht im Spannungsfeld der Modernisierung. Beiträge zur Wirtschaftsrechtsgeschichte der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts*. FR-HSG, www.alexandria.unisg.ch/61308/1/Wirtschaft%20und%20Recht%20im%20Spannungsfeld%20der%20Modernisierung.pdf, 13. 12. 2022.

Jaun, Rudolf (2019): *Geschichte der Schweizer Armee. Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Zürich: Orell Füssli.

Jorio, Marco (2006): «Geistige Landesverteidigung». In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 23. 11. 2006, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017426/2006-11-23, 22. 11. 2023.

Joris, Elisabeth; Witzig, Heidi (1986/42001) (Hg.): *Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz*. Zürich: Limmat.

Jost, Hans Ulrich (1992): *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*. Chronos.

Jost, Hans Ulrich (1998): *Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938–1948*. Zürich: Chronos.

Jost, Hans Ulrich (2006 (1983)): Bedrohung und Enge (1914–1945). In: Mesmer, Beatrix (Hg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Basel: Schwabe, S. 731–819.

Jost, Hans Ulrich (2015): Das Bührle-Paradox: Ausgegrent und eingespannt. In: Buomberger/Magnaguagno (Hg.): *Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Kunsthaus Zürich?* Zürich: Rotpunkt, S. 13–29.

Junker, Beat (1996): *Tradition und Aufbruch, 1881–1995*. Bern: Historischer Verein des Kantons Bern.

Käch, Jakob (1947): Der Anteil des Bezirks Baden am Mehranbau der Kriegsjahre 1939–1945. *Badener Neujahrsblätter* 22, 22–30.

Kalt, Robert (1951): *Rationierung der Nahrungsmittel und Schwarzer Markt in der Kriegswirtschaft*. Dissertation Universität Freiburg 1949.

Kamber, Peter (1993): *Schüsse auf die Befreier. Die «Luftguerilla» der Schweiz gegen die Alliierten 1943–1945*. Zürich: Rotpunkt.

Kappeler, Robert; Steigmeier, Andreas (1999): Waldboden als Kartoffelacker: die Rodungen auf der Baldegg im Zweiten Weltkrieg. *Badener Neujahrsblätter* 74, 116–120.

Kaufmann, Stefan (2006): *Lebensmittelsperre. Eine chronologische Aufarbeitung der Protokolle und Akten des Gemeindesrates von Küttigen*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Kaufmann, Ronny (2003): «Die alten verkehrten Auffassungen». Richtungsstreit und Geschlechterbilder in schweizerischen Militärzeitungen zwischen 1930 und 1939. In: Dejung, Christof; Stämpfli, Regula (Hg.): *Armee, Staat und Geschlecht. Die Schweiz im internationalen Vergleich 1918–1945*. Zürich: Chronos, S. 155–172.

Keller, Erich (2021): *Das kontaminierte Museum. Das Kunsthaus und die Sammlung Bührle*. Zürich: Rotpunkt.

Keller, Stefan (1998): *Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe*. Zürich: Rotpunkt.

Ketterer, Fabian (2006): *Licht und Schatten der Verdunkelung. Umgang der schweizer Bevölkerung mit der Verdunkelung während des 2. Weltkrieges*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Kley, Andreas (2011): Zaccaria Giacometti – Staatsrechtslehre als Kunst. *Schweizerische Juristenzeitung* 107 (19), 429–439.

Kley, Andreas (2020): Vollmachtenregime. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 6. 10. 2020, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/010094/2020-10-06, 30. 6. 2022.

König, Mario (1998): Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen. In: Hettling, Manfred et al.: *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21–90.

König, Mario; Kurz, Daniel; Sutter, Eva (1994): Klassenkämpfe, Krisen und ein neuer Konsens – Der Kanton Zürich 1918–1945. In: Fritzsche, Bruno; Lemmenmeier, Max; König, Mario; Kurz, Daniel; Sutter, Eva: *Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 3: *19. und 20. Jahrhundert*. Zürich: Werd, S. 250–349.

Koller, Christian (2008): Ladehemmungen. Streiks in der schweizerischen Rüstungsindustrie in den beiden Weltkriegen. In: Tanner, Jakob et al. (Hg.): *Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege*, Zürich: Chronos, S. 213–29.

Krämer, Daniel, Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.) (2016): *«Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcen-*

konflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte 6). Basel: Schwabe.

Kreis, Georg (2015): Zweiter Weltkrieg. 8. Historiographie und Debatte seit 1945. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 11. 1. 2015, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008927/2015-01-11/#HHistoriografieundDebatteab1945, 13. 12. 2022.

Krummenacher, Jörg (2017): Das harte Los der Judenretter. Schweizern, die sich im Zweiten Weltkrieg für Flüchtlinge einsetzten, blieb die Anerkennung lange versagt. *Tangram* 39, 94–98.

Küffer, Rafael (2014): *Eine liberale Kritik am Notrecht. Zaccaria Giacometti als Protagonist der Schweizer Notrechtdebatte* (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 79). Tübingen: Mohr Siebeck.

Landolf, Daniel (1996): *L'émeute de Bulle. Eine Region im Kampf gegen die Bundesautorität am Ende des Zweiten Weltkriegs*. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit Universität Bern.

Laur, Franziska (2022): Die Schatten der Ahnen. Niedergang einer Schweizer Familiendynastie. Zytglogge, Basel 2022.

Leimgruber, Matthieu (2021): *Kriegsgeschäfte, Kapital und Kunsthaus. Die Entstehung der Sammlung Emil Bührle im historischen Kontext. Forschungsbericht zuhanden des Präsidialdepartements der Stadt Zürich und der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich*. Zürich: buch & netz.

Lemmenmeier, Max (2003): *St. Galler Geschichte*, Bd. 7: *Die Zeit des Kantons 1914–1945*. St. Gallen: Amt für Kultur des Kantons St. Gallen.

Lüthi, Alfred (1975): *Küttigen. Geschichte einer Vorortsgemeinde*. Aarau: Sauerländer.

Lüthi, Christian; Ros, Manuela; Roth, Annemarie; Steigmeier, Andreas (1999): *Zofingen im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Kleinstadt sucht ihre Rolle*. Baden hier + jetzt.

Maissen, Thomas (2010): *Geschichte der Schweiz*. Baden: Hier + jetzt.

Marti, Luca (2008): *Schutzmassnahmen der Gemeinde Brittnau (AG) während dem Zweiten Weltkrieg*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Maurer, Peter (1985): *Anbauschlacht. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk 1937–1947*. Zürich: Chronos.

Meier, Brigitte (2011): *Es ist doch nur ein Ei! Eier-Rationierung im Spiegel der Akten der Stadtverwaltung Aarau 1941–1946*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Meier, Maria (2018): Die Lebensmittelversorgung im Krieg und ihre Bedeutung für den Landesstreik. Das Beispiel Basel. In: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte: *Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918*. Baden: Hier und Jetzt, S. 34–60.

Meier, Maria (2020): *Von Notstand und Wohlstand. Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg, 1914–1918* (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 6). Zürich: Chronos.

Meier, Peter; Gysin, Nicole (2003): *Vom heimischen Herd an die politische Front. Die Rolle der Ringier-Zeitschriften in den Krisen- und Kriegsjahren 1933–1945* (Berner Texte zur Medienwissenschaft 8). Bern: Lang.

Memoriav Memobase (2020): *Filmbestand Schweizer Filmwochenschau (1940–1975)*, https://memobase.ch/de/recordSet/bar-001, 6. 12. 2022.

Meyer, Alice (1965): *Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus*. Frauenfeld, Huber.

Meyerhans, Andreas (2012): Steinen (Gemeinde). In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 7. 11. 2012, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/000737/2012-11-07, 22. 10. 2022.

Mooser, Josef (1997): Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens in der schweizerischen politischen Kultur in der Zwischenkriegszeit. *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 47 (4), S. 685–708.

Moser, Peter (1994): *Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute*. Frauenfeld: Huber.

Moser, Peter (2010): Neue Perspektiven und Institutionen zur Analyse eines alten Gegenstands. Die Landwirtschaft in der wirtschaftshistorischen Geschichtsschreibung. Wirtschaftsgeschichte in der Schweiz: eine historiographische Skizze. *Traverse* 1, 60–74.

Peter Moser (2011): Schweizerischer Landfrauenverband. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 4. 11. 2011, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/047574/2011-11-04, 11. 7. 2024.

Moser, Peter (2014): Mehr als eine Übergangszeit. Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): *14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg*. Baden: Hier und Jetzt, S. 173–199.

Moser, Peter (2022a): Kein Sonderfall. Entwicklung und Potential der Agrargeschichtsschreibung in der Schweiz im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Agrargeschichte (Hg.): *Eigensinnig vernetzt. Spuren sichern und Quellen erschliessen in der neueren Agrargeschichte*. Zürich: Chronos, S. 71–97.

Moser, Peter (2022b): Eine «Sache des ganzen Volkes»? Überlegungen zum Prozess der Vergesellschaftung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Industriegesellschaft. In: Archiv für Agrargeschichte (Hg.): *Eigensinnig vernetzt. Spuren sichern und Quellen erschliessen in der neueren Agrargeschichte*. Zürich: Chronos, S. 105–118.

Moser, Peter (2022c): Partizipation ohne Integration. Das gesellschaftliche Engagement der Bäuerinnen Elizabeth Bobbett und Augusta Gillabert-Randin in der Schweiz und in der Republik Irland. In: Archiv für Agrargeschichte (Hg.): *Eigensinnig vernetzt. Spuren sichern und Quellen erschliessen in der neueren Agrargeschichte*. Zürich: Chronos, S. 265–289.

Moser, Peter; Gosteli, Marthe (2005): *Une paysanne entre ferme, marché et associations. Textes d'Augusta Gillabert-Randin 1918–1940*. Baden: Hier und jetzt.

Müller, Marcel; Wullschleger, Marion (2006): Von der Nutzung und Pflege des Waldes: die vom Staatsarchiv übernommenen Pläne und Akten der aargauischen Forstverwalgung von 1804 bis 2003. *Argovia* 118, 138–155.

Muggli, Arnold (1950): Die Sektion für Rationierungswesen. In: Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft (Hg.): *Die Schweizerische Kriegswirtschaft 1939–1948. Bericht des EVD*. Bern, S. 421–472.

Näf, Julia (2006): *Anbauschlacht in Mülligen, 1939–1945*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Pavillon, Monique (1989): *Les immobilisées. Les femmes suisses durant la Seconde Guerre mondiale. Essai historique*. Lausanne: éditions d'en bas.

Perrenoud, Marc (2005): Pierre Cérésole. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, übersetzt aus dem Französischen, Version vom 13. 7. 2005, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/010567/2005-07-13, 18. 7. 2023.

Perroux, Olivier (2014): *Histoire de Genève*, Bd. 3. Neuchâtel: Alphil.

Péquignot, Eugène (1950): Das kriegswirtschaftliche Strafrecht und die kriegswirtschaftliche Strafrechtspflege. In: Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft (Hg.): *Die Schweizerische Kriegswirtschaft 1939–1948*. Bern, S. 1071–1134.

Pestalozzi, Martin (1990): Die zusätzlichen Sorgen des Aarauer Gemeinderates während des ersten Kriegsjahres 1939/40 im Spiegel seiner Akten. *Aarauer Neujahrsblätter* 64, 85–104.

Rauber, Urs (1992): Vorwort. In: Chiquet, Simone (Hg.): *«Es war halt Krieg». Erinnerungen an den Alltag in der Schweiz 1939–1945*, Zürich: Chronos, S. 7–8.

Redolfi, Silke Margherita (2019): *Die verlorenen Töchter. Der Verlust des Schweizer Bürgerrechts bei der Heirat eines Ausländers. Rechtliche Situation und Lebensalltag ausgebürgerter Schweizerinnen bis 1952*. Zürich: Chronos.

Rieder, Katrin: Netzwerke des Konservatismus. Berner Bürgergemeinde und Patriziat im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 2008.

Rieder, Peter; Egger, Urs; Flückiger, Stefan (1992): *Schweizerische Agrarmärkte*. Zürich: vdf.

Riesen, René (1972): *Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern). Die Entwicklung von den Anfängen bis 1947, unter der Führung von Dr. Hans Müller, Möschberg/Grosshöchstetten* (Helvetia politica. Schriften des Forschungszentrums für Geschichte und Soziologie der Schweizerischen Politik an der Universität Bern: Series B 7). Bern: Francke.

Rossfeld, Roman (2014): «Rechte hat nur, wer Kraft hat». Anmerkungen zur Schweizer Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): *14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg*. Baden: Hier und Jetzt, S. 144–171.

Rossfeld, Romas; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.) (2018): *Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918*. Baden : Hier und Jetzt.

Roth, Fritz (1974): *Die Schweizer Heimatwehr. Zur Frontenbewegung der Zwischenkriegszeit im Kanton Bern* (Archiv des historischen Vereins des Kantons Bern 58), 2 Bände. Bern: Stämpfli.

Ruch, Christian (2023): *Graubünden und der Zweite Weltkrieg. Alltag im Ausnahmezustand*. Zürich: Hier und Jetzt.

Ruch, Dominik (2008): «*Das letzte Aufgebot*». *Kriegsalltag im Passiven Luftschutz Zofingen 1939–1945*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Sablonier, Roger (1992): Die «Bauernstaat»-Ideologie. In: Mesmer, Beatrix (Red.): *Neue Studien zum Schweizerischen Nationalbewusstsein. Referate, gehalten am Schweizerischen Historikertag vom 25. Oktober 1991 in Bern* (Itinera 13). Basel: Schwabe, S. 9–22.

Sachs, Lisbeth (1947): Aus der Tätigkeit der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und Industrielle Landwirtschaft (SVIL). *Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik / Revue suisse d'urbanisme* 4 (5), 133–136.

Sauerländer, Dominik; Dubler, Anne-Marie (2018): Käse. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 5. 2. 2018, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013951/2018-02-05, 23. 2. 2023.

Schärer, Thomas; Sutter, Eva (2000): *Chronik der Schweizer Filmwochenschau. Politische Information: Begleitprojekt «Schweizer Filmwochenschau 1940–1975». Zeitzeugenbefragung und Quellenrecherchen*, http://memoriav.ch/wp-content/uploads/2015/06/chronik_filmwochenschau.pdf, 6. 12. 2022.

Schluchter, André et al. (2018): *Geschichte des Kantons Solothurn 20. Jahrhundert*, Bd. 5.1: *Landschaft und Bevölkerung – Wirtschaft und Verkehr – Gesellschaft*. Solothurn: Lehrmittelverlag Solothurn.

Schmid, Pia (2006): *Anbauplan Wahlen / Industrie-Pflanzwerk. Das Industrie-Anbauwerk Zofingen» und seine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden der Stadt Zofingen in den Jahren 1943–1946*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Schmucki, Martin (2005): *Riniken im Zweiten Weltkrieg, 1939–1945*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Schmucki, Martin (2006): Riniken im Zweiten Weltkrieg (1939–1945). *Argovia* 118, 29–46.

Schneebeli, Paul (1948): *Die Lebensmittel-Versorgung der Schweiz während des Krieges 1939–1945*. Zug: Eberhard Kalt-Zehnder.

Siegrist, André (2011): *Die Verdunkelung während des Zweiten Weltkrieges in Rothrist und deren Umsetzung durch die Gemeindebehörden*. DV-Arbeit PH FHNW, Aarau.

Singeisen, Raphael (2018): Aus Wald wird Ackerland. Kriegsrodungen im Kanton Bern 1941–1946: ein umstrittenes Kapitel der Anbauschlacht. *Berner Zeitschrift für Geschichte* 80, 3–51.

Spieler, Willy (2006): Religiöser Sozialismus in der Frauen- und Friedensbewegung: zur Geschichte der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz (4. Teil und Schluss). *Neue Wege* 100 (10–11), 315–322.

Spörri, Balz; Staubli, René; Tuchschmid, Benno (2019): *Die Schweizer KZ-Häftlinge. Vergessene Opfer des Dritten Reichs*. Zürich: NZZ Libro.

Stämpfli, Regula (2002): *Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Frauenemanzipation und Schweizer Militär 1914–1945* (Zeitgeschichte). Zürich: Orell Füssli.

Steigmeier, Andreas; Bleuer, Elisabeth; Hartmann, Martin; Meyer, Werner; Sauerländer, Dominik; Staehelin, Heinrich (2018): Aargau. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 6. 2. 2018, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007392/2018-02-06, 8. 7. 2023.

Stutz, Dominik (2006): *Fischbach-Göslikon von 1939–1945. Analyse einer ländlich geprägten Gemeinde während der Krisenzeit*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Stutz, M. (1945): Über den Einfluss der Kriegsernährung auf das Wachstum der Schulkinder. *Zürcher Statistische Nachrichten* 22 (2), 211–226.

Tanner, Albert (1992): Einleitung: Die Bauern in der Schweizer Geschichte. In: Tanner, Albert; Head-König, Anne-Lise (Hg.) (1992): *Die Bauern in der Geschichte der Schweiz. Les paysans dans l'histoire de la Suisse* (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 10). Zürich: Chronos, S. 9–21.

Tanner, Albert: Anbauschlacht. In: *Historisches Lexikon der Schweiz*, Version vom 7. 1. 2021, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013783/2021-01-07, 3. 4. 2023.

Tanner, Albert; Head-König, Anne-Lise (Hg.) (1992): *Die Bauern in der Geschichte der Schweiz. Les paysans dans l'histoire de la Suisse* (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 10). Zürich: Chronos.

Tanner, Jakob (1988): Totale Verteidigung im bedrohten Kleinstaat. Vom Luftschutz der Zwischenkriegszeit bis zur Zivilschutz-Konzeption 1971. In: Albrecht, Peter; Gross, Andreas; Hohler, August et al.: *Schutzraum Schweiz. Mit dem Zivilschutz zur Notstandsgesellschaft*. Bern: Zytglogge, S. 59–109.

Tanner, Jakob (1999): *Fabrikmahlzeit. Ernährungswissenschaft, Industriearbeit und Volksernährung in der Schweiz 1890–1950*. Zürich: Chronos, https://doi.org/10.5167/uzh-58583, 8. 8. 2023.

Tanner, Jakob (2015): *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.

Tanner, Jakob; Groebner, Valentin; Guex, Sébastien (2008): Einleitung: Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege. In: Groebner, Valentin; Guex, Sébastien; Tanner, Jakob (Hg.): *Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege* (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 23), Zürich: Chronos, S. 9–27.

Thoma, Denise (2009): Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise: die Kantonale Zentralstelle für Kriegswirtschaft (KZK) im Aargau 1939–1948. *Argovia* 121, 192–202.

Wahlen, Friedrich Traugott; Keller, Hans Peter (1950): Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft. In: Zentrale für Kriegswirtschaft: *Die schweizerische Kriegswirtschaft 1939/48*. Bern: EVD, S. 257–298.

Wecker, Regine (1988): Von der Langlebigkeit der ‹Sonderkategorie Frau› auf dem Arbeitsmarkt: Frauenerwerbstätigkeit 1880–1980. In: Barben, Marie-Louise;

Ryter, Elisabeth (Hg.): *verflixt und zugenäht! Frauenberufsbildung – Frauenerwerbsarbeit 1888–1988*. Zürich: Chronos, S. 45–54.

Wecker, Regine (1995): «… ein wunder Punkt für das Volkszählungswesen»: Frauenarbeit und Statistik an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 45 (1), 80–93.

Weibel, Simone (2009): *Anbauschlacht in Wettingen. Am Beispiel des Konfliktes «Mehranbau Sportplatz Klosterbrühl»*. PH FHNW, unveröffentlichte DV-Arbeit, Aarau.

Weishaupt, Matthias (1992): *Bauern, Hirten und «frume edle puren». Bauern- und Bauernstaatsideologie in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft und der nationalen Geschichtsschreibung der Schweiz*. Basel, Frankfurt am Main: Helbing & Lichtenhahn.

Wipf, Matthias (1999): Die Verdunkelung während des Krieges – zwischen Eigenschutz und Konzession. In: *Geschichten zur Geschichte. Autoren und Leser der Schaffhauser Nachrichten blicken zurück*. Schaffhausen: Meier, S. 156–163.

Wipf, Matthias (2001): Schweizerkreuze zur Grenzmarkierung – eine kontrovers diskutierte Kriegsmassnahme. *Hegau. Zeitschrift für Geschichte, Volkskunde und Naturgeschichte des Gebietes zwischen Rhein, Donau und Bodensee. Jahrbuch* 58, S. 179–201.

Wipf, Matthias (2019): *Die Bombardierung von Schaffhausen – ein tragischer Irrtum (Im Auftrag des Stadtrates Schaffhausen zum 75. Jahrestag)*. Schaffhausen: Meier.

Zala, Sacha (2014): Krisen, Konfrontation und Konsens (1914–1949). In: Kreis, Georg (Hg.): *Die Geschichte der Schweiz*. Basel: Schwabe, S. 490–539.

Ziegler, Béatrice (2006): Geschichtswissenschaftliche Qualifikationsarbeiten. Fachwissenschaftliche Ausbildung als Grundlage für die Lehrtätigkeit von Fachlehrpersonen auf der Sek-I-Stufe. *Argovia*, 8–11, https://doi.org/10.5169/seals-19706.

Ziehli, Karel (2019): *Le mythe du «bon paysan». De l'utilisation politique d'une figure idéalisée*. MA-Arbeit Bern, https://anneepolitique.swiss/static_files/Travail%20de%20Master%20Karel%20Ziehli%20-%20Le%20Mythe%20du%20Bon%20Paysan%20FINAL.pdf, 8. 3. 2023.

Ziehli, Karel (2019): *Der Mythos vom guten Schweizer Bauern – Eine Chronik der politischen Instrumentalisierung einer idealisierten Figur*, www.defacto.expert/2019/11/04/der-mythos-vom-guten-schweizer-bauern-eine-chronik-der-politischen-instrumentalisierung-einer-idealisierten-figur, 8. 3. 2023.

Abkürzungen

BAR	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
BGE	Bundesgerichtsentscheidung
BB	Bundesbeschluss
DV	Disziplinäre Vertiefung
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement (heute VBS)
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EWA	Elektrizitätswerk Aarau
EZK	Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft
GA	Gemeindearchiv
GF	Georg Fischer
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz
IAZ	Industrie-Anbauwerk Zofingen
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
KEA	Eidgenössisches Kriegsernährungsamt
NFP	Nationales Forschungsprogramm
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OVA	Schweizerische Genossenschaft für Eierimport
SEG	Schweizerische Eierverwertungsgenossenschaft
SIG	Schweizerische Industriegesellschaft
StAAG	Staatsarchiv Aargau
StABL	Staatsarchiv Basel-Landschaft
SVIL	Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft
VOLG	Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften